

RROP Entwurf 2015 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie

Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange

Themen

A: Allgemein SO: Standort mit Nr. der Detailkarte

B: Beschreibende Darstellung U: Umweltbericht

E: Erläuterung Z: Zeichnerische Darstellung allgemein

E-N: Anlage naturschutzfachliche Einschätzung

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
001	Stadt Cuxhaven				
001	001.01	A	die Planung zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie im RROP wird von der Stadt Cuxhaven weiterhin grundsätzlich begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
001	001.02	A	Die Stadt hält auch nach der vorgelegten Modifizierung des RROP-Entwurfes an ihrer Stellungnahme vom 30. Juli 2014 fest, die im Rahmen der ersten Beteiligung abgegeben wurde. Dieses betrifft die Entwicklungsoption für Testanlagen im Bereich der Produktionsstätten, den Einwand bezüglich der bereits im förmlichen Verfahren befindlichen Bauleitplanungen und den Hinweis auf den Landschaftsrahmenplan für die Stadt Cuxhaven vom April 2013 als Datengrundlage für die naturschutzfachlichen Einschätzungen.	Kenntnisnahme. Die Stellungnahme zum RROP Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Kenntnisnahme
001	001.03	B 04	Zu den jetzigen Modifizierungen des RROP-Entwurfes werden aus städtischer Sicht ergänzend folgende Anregungen gegeben: Das Rückbaugesuch für nicht mehr betriebene Windenergieanlagen wird begrüßt. Ob die nunmehr in Ziffer 4.2.2.04 vorgesehene Aufgabe des Ziels ab 2,5 m Tiefe sachlich erforderlich ist, wird angesichts der über das Repowering erzielbaren wirtschaftlichen Gewinne bezweifelt. Sofern zur gewünschten Förderung des Repowerings dieses Zugeständnis an die Windparkbetreiber als notwendig angesehen wird, sollten anstelle der naturschutzfachlichen die wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund der Begründung dieser Abwägungsentscheidung gestellt werden.	Die Tiefe von 2,5m in Ziffer 04 wird in Hinblick auf die Begründung als notwendig und sachlich erforderlich gesehen. Es handelt sich dabei nicht um ein Zugeständnis an die Windparkbetreiber; eine Überarbeitung der Begründung mit wirtschaftlichen Aspekten ist somit nicht erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
001	001.04	B 06	Das in Ziffer 4.2.2.06 neu eingefügte Ziel, dass neu zu errichtende Windenergieanlagen vollständig innerhalb der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche stehen müssen, verursacht in der Praxis erhebliche Planungserfordernisse, da rückwirkend restriktive Forderungen erfolgen.	Es ist nicht ersichtlich, wieso ein Ziel, das sich auf neu zu errichtende Anlagen bezieht, rückwirkend restriktive Forderungen erzeugen sollte. Davon abgesehen entspricht diese Zielsetzung der aktuellen Rechtsprechung.	Nicht zu berücksichtigen.
001	001.05	B 06	Davon abgesehen erscheint es fragwürdig, ob im Themenfeld der aus Landessicht zu fördernden Windenergienutzung für das Repowering stark einschränkende Vorgaben im Abwägungszusammenhang sachgerecht sind, wenn mit dem Instrument eines Regionalen Raumordnungsprogrammes detaillierte Vorgaben vorgesehen sind, die die Ausschöpfungsmöglichkeiten dieser Energiegewinnungsform weitest einschränken.	Die Gründe für die Regelung in Ziffer 06 wurden ausführlich in der Begründung dargelegt. Der Windenergie wird auch mit dieser Regelung ausreichend Raum geschaffen. Der Landkreis Cuxhaven hat mit dem vorliegenden einheitlichen Planungskonzept der besonderen Lage des Landkreises und der damit verbundenen Stellung im Rahmen der Energiewende umfassend Rechnung getragen. Die Einschränkung der Ausschöpfungsmöglichkeiten wird in diesem Zusammenhang als vertretbar erachtet.	Nicht zu berücksichtigen.
001	001.06	B 06	Neben den inhaltlichen sind diesbezüglich auch die planungstechnischen Aspekte zu kritisieren, da weder bei dem RROP noch bei der vorbereitenden Bauleitplanung von einer Parzellenschärfe der Planungen auszugehen ist.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Zudem können durch die heutigen GIS-Programme genaue Berechnungen durchgeführt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
001	001.07	B 06	Abgesehen von Problemen der praktischen Umsetzung wird der mögliche Konkretisierungsgrad der Regelungen innerhalb der Planungsebene einer Raumordnungsplanung in diesem Punkte ebenso wie mit der in Ziffer 4.22.1 1 Satz 3 (und 4) beabsichtigten zielverbindlichen Festlegung der überstrichenen Vertikalfäche für ausgewählte Windparks deutlich überschritten; dieses führt im Gesamtkontext zu einer Schiefelage, da die Regelungen des RROP ansonsten von dem Prinzip der planerischen Zurückhaltung geprägt sind.	Die praktische Umsetzung stellt kein Problem dar. Bereits jetzt (Stand September 2015) liegen dem Landkreis Anträge nach BImSchG vor, die dieses Ziel berücksichtigen. Die Gründe für diese Zielsetzung werden umfassend in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
001	001.08	B 12	Die Konkretisierung des Abschnitts über Testanlagen im Zusammenhang mit Produktionsstandorten für Windenergieanlagen steht im Einklang mit den städtischen Interessen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Cuxhaven (Ziffer 4.2212).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
002	Stadt Geestland				
002	002.01	A	zur Entwurfsfassung der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven (RROP) wird seitens der Stadt Geestland folgende Stellungnahme abgegeben: Die mit meiner Stellungnahme vom 23.07.2014 (Stadt Langen) vorgebrachten Anregungen wurden weitgehend im Entwurf 2015 berücksichtigt bzw. haben sich durch die Ermöglichung des Repowerings in den bestehenden Windparks (bauleitplanerisch gesicherte Bereiche) erübrigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
002	002.02	E 01	Lediglich zu den Punkten 2.) und 3.) meiner Stellungnahme hinsichtlich einer nachvollziehbaren Erläuterung bei den zu Grunde gelegten Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen wurden keine Aussagen getroffen. Hierzu bitte ich noch entsprechende Erläuterungen in den Entwurf einzuarbeiten.	Die Erläuterung wird in diesem Punkt überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
004	Gemeinde Hagen im Bremischen				
004	004.01	Z	im Zuge des erneuten Beteiligungsverfahrens nach § 3 NROG im Rahmen der wesentlichen Änderungen in der Beschreibenden Darstellung und in der Zeichnerischen Darstellung zum o.g. RROP Entwurf Windenergie 2015 nimmt die Gemeinde Hagen im Bremischen wie folgt Stellung: Die Bauleitpläne zu Sondergebieten der Windenergiegewinnung in der Gemeinde Hagen im Bremischen finden inzwischen in der Entwurfsfassung 2015 zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie zum RROP des Landkreises Cuxhaven Berücksichtigung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
004	004.02	Z	Auf die aktuellen Planungen der Windparkflächen in Bramstedt-Lohe / -Wittstedt und Uthlede wird erneut hingewiesen und sich für den Erhalt der Vorranggebiete in den Grenzen des zurzeit gültigen RROP 2012 ausgesprochen, um die weiteren Planungen nicht zu gefährden.	Die Auswahl der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.03	SO 05	Für die Windenergiegewinnung mit Standort in Bramstedt-Wittstedt (Detailkarte 5 der Zeichnerischen Darstellung) wurde das Vorranggebiet im südwestlichen Bereich gegenüber dem RROP 2012 und 2006 stark eingeschränkt. Die Gründe dafür entziehen sich dem Verständnis der Gemeinde Hagen im Bremischen.	Siehe Stellungnahme 004.02	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
004	004.04	SO 05	<p>Offenbar wurde das Kriterium für Wald neu angewendet, wonach auch sehr schmale Gehölzstmkturen als Wald eingestuft wurden. Seit Jahren hat sich jedoch an der Situation vor Ort nichts geändert. Das vorhandene Gehölz (Birkenbruchwald) wurde auch in früheren Genehmigungsverfahren bewusst nicht als Wald im Sinne der Waldgesetze (BWaldG und NWalULG) eingestuft. Die vorliegenden Erfassungen der Fledermäuse, Bwtvögel und Biotope lassen darüber hinaus keine Anhaltspunkte erkennen, die einen Abstand zu den vermeintlichen Waldflächen erforderlich machen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 49 bis 52]. Beim südwestlichen Bereich handelt es sich um die in der 40. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. dargestellten Sonderbauflächen Windenergienutzung [= Bereich 2]. - In die Sonderbaufläche Windenergienutzung ragt ein schmaler Wald (Breite etwa 30 m) hinein; dieser ist gemäß Kriterienkatalog mit einem Puffer von 100 m versehen worden. - Die Wälder sind aus den Biototypen-Daten der Landschaftsrahmenplan-Fortschreibung mit Stand Juli 2013 (April 2014) abgeleitet worden. Die Maßstabsebene des Landschaftsrahmenplans ist der Maßstab 1:50.000 - und entspricht somit der Maßstabsebene des Regionalen Raumordnungsprogramms. - In der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sind auch Waldflächen unter 1 ha zu berücksichtigen. Im RROP 2012 ist im Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel formuliert: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern." - Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
004	004.05	SO 05	Das Kriterium für den Abstand zu Wald wird im vorliegenden Entwurf uneinheitlich angewendet: Für die Genehmigung des Flächennutzungsplanes (58. F-Planänderung) musste im vergangenen Jahr ein Mindestabstand von 100m zum Wald im nahen Umfeld der vorhandenen Anlagen und innerhalb der geltenden Vorrangfläche eingehalten werden, was dazu führte, dass eine beantragte Windenergieanlage der Betreibergesellschaft nicht genehmigungsfähig war. Innerhalb der sog. bauleitplanerisch gesicherten Bereiche im Rahmen des aktuellen Entwurfs wird dagegen auf Pufferzonen zu Wald verzichtet. Hier müssen lediglich die Waldflächen freigehalten werden.	Für die Vorranggebiete Windenergienutzung gilt der Kriterienkatalog; dort sind Waldflächen ab einer Größe von 1 ha mit einem Puffer von 100 m den weichen Tabuzonen zugeordnet. Die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche Windenergienutzung werden über eine Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen; hier sind u.U. auch harte oder weiche Tabuzonen enthalten. Jede Ziel-Ausnahme-Regelung wird begründet und erläutert. - In der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sind auch Waldflächen unter 1 ha zu berücksichtigen. Im RROP 2012 ist im Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel formuliert: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern."	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.06	SO 05	Die Gemeinde Hagen im Bremischen beantragt deshalb die Situation für den konkreten Einzelfall und unter Berücksichtigung der für das BImSchG-Verfahren relevanten fachlichen Gutachten erneut zu bewerten und an den gegenwärtigen Kenntnisstand anzupassen, sodass die Vorrangfläche im Südwesten des Windparks Bramstedt-Wittstedt wie im RROP 2012 dargestellt, erhalten bleibt und die geplante Windenergieanlage des Windparkbetreibers errichtet werden kann.	Siehe 004.04 und 004.05.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.07	SO 36	Für die Windenergiegewinnung des RROP 2012 mit Standort in Uthiede (Detailkarte 36 der Zeichnerischen Darstellung) spricht sich die Gemeinde Hagen im Bremischen für den Erhalt des Vorranggebietes aus, um die Altanlagen zu sichern und ein angemessenes Repowering gewährleisten zu können.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.08	SO 36	Das Vorranggebiet Uthiede wurde in mehreren Teilbereichen drastisch verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Im Bereich des Bestandsparks ist das Vorranggebiet bis auf den Bereich, der dem 1000 m Abstandskriterium zur Ortschaft entspricht, gestrichen worden. Im Bereich der im RROP 2012 ausgewiesenen Flächenerweiterung sind nahezu alle Außengrenzen nach innen verlegt worden. Im nördlichen Bereich zwischen den beiden Hochspannungsleitungen, rechts und links des Kuhfleetes, ist ein kompletter Teilbereich rausgenommen worden. Ebenfalls sind Streifen um die Hochspannungsleitungen aus der Vorrangzone gestrichen worden, dies entspricht einem neuen harten Kriterium des RROP 2014. Die Erweiterung, in südlicher Richtung zum Landkreis Osterholz, über die L 134 hinweg, ist ebenfalls gestrichen.	Siehe Stellungnahme 004.07	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.09	SO 36	Durch diese „Form“ des Windvorranggebietes, gekoppelt mit den Vorgaben des RROP (Rotorflächen innerhalb des Vorranggebietes) und den benötigten Abstandsflächen zu dem Gebiet mit den durchlaufenden Hochspannungsleitungen, könnte heute keine Windenergieanlage mehr in Uthiede errichtet bzw. der Bestandspark angemessen, nach dem aktuellen Stand der Technik, repowert werden.	Die einzelnen "Teilbereiche" des Vorranggebietes Uthiede werden als ein gemeinsames Vorranggebiet gesehen. Für den Landkreis Cuxhaven ist die Außengrenze eines Vorranggebietes bei der Anwendung der Grundsätze und Ziele maßgeblich. Sofern in diesem Einzelfall innerhalb des Vorranggebietes kleine Lücken durch das festgelegte Überschwemmungsgebiet Aschwardener Flutgraben entstehen, so ist dies für die Anwendung des Ziels in Ziffer 06 nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
004	004.10	SO 36	Die Gemeinde Hagen im Bremischen spricht sich für den Erhalt des Vorranggebietes in den Grenzen des zurzeit gültigen RROP 2012 aus.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
004	004.11	SO 04	Um die laufenden Planungen zur Windenergiegewinnung mit Standort in Bramstedt (Detailkarte 4 der Zeichnerischen Darstellung) nicht zu beeinträchtigen, ist der durch die 57. Flächennutzungsplanänderung Sonderbaufläche Bramstedt) bauleitplanerisch gesicherte Bereich aus Sicht der Gemeinde Hagen im Bremischen in jedem Fall als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung beizubehalten.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.12	SO 04	Der Wegfall des Vorranggebietes wird u.a. mit einer Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde von August 2014 begründet, welche das Gebiet aus naturschutzfachlichen Gründen ablehnt. Hier zu nennen sind die bereits zu diesem Zeitpunkt mehrfach widerlegten vermuteten Vorkommen von z.B. Wespenbussard, aber vor allem ein dokumentiertes Vorkommen eines Uhu-Brutpaares.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 47 bis 49]. - Sowohl der Uhu als auch der Wespenbussard kommen im Umfeld des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Bramstedt" vor; für beide Arten gibt es Nachweise aus dem Jahr 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.13	SO 04	Das Uhu paar wurde im Rahmen einer Raumnutzungskartierung durchgehend vom 30.03.20 14 bis zum 17.06.2015 untersucht (dieses Gutachten liegt diesem Schreiben bei). In dieser Zeit gab es mehrere Vorortbesichtigungen zwischen der Betreibergesellschaft und der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven. Die komplette Ablehnung des Windparks wurde diskutiert, aber unter extrem harten Auflagen, welche die Wirtschaftlichkeit des Windparks gefährden, ist eine Einigung auf die grundsätzliche Bebaubarkeit in Aussicht gestellt worden. Seitens der Betreibergesellschaft wurde darauf hingewiesen, dass sich dies auch in einer weiteren Ausweisung des Gebietes im RROP wiederfinden muss.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 47 bis 49]. - Der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt" liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers zu einem Uhu-Vorkommen. Die Existenz des Uhu-Vorkommens steht außer Zweifel. Auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms wird ein 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] angelegt. Im Entwurf 2015 wird der in den Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten angegebene Mindestabstand von 1.000 m zu Vorkommen des Uhus bei Vorranggebieten Windenergienutzung durchgängig eingehalten. - Die hier angesprochenen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für die Windenergieanlagen sind nicht Gegenstand der Betrachtung auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.14	SO 04	In den Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde wird das Gebiet allerdings primär mit der Begründung des Schutzes des Uhus abgelehnt. In der Zwischenzeit ist das Uhuweibchen laut der beiliegenden Untersuchung verschwunden, es kam in 2015 zu keiner Brut. Die Gutachter kommen aufgrund der Nutzung der Windparkfläche durch die Uhus zu dem Ergebnis, dass das Tötungsrisiko für den Uhu durch den Windpark nicht signifikant erhöht wird.	Siehe 004.13.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.15	SO 04	Die aktuellen Unterlagen zum Genehmigungsantrag zur Errichtung von 4 Windenergieanlagen liegen der Bauaufsichtsbehörde vor. Durch die vorgesehenen Änderungen des RROP — Teilabschnitt Windenergie könnten keine der beantragten Windenergieanlagen errichtet werden.	Die Genehmigung nach BImSchG hat sich stets nach den aktuell gültigen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu richten. Sofern eine Planung diese nicht einhält muss sie angepasst werden.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.16	SO 04	Die Gemeinde Hagen im Bremischen weist ausdrücklich auf den Erhalt des Vorranggebietes in den Grenzen des zurzeit gültigen RROP 2012 hin.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
004	004.17	B 06	Die Vorgabe im RROP, dass die vom Rotor überstrichene Fläche vollständig innerhalb der Vorranggebiete liegen muss, würde für die Gemeinden zu einem beachtlichen Verlust an real beplanbarer Fläche führen. Wenn der Rotor die Grenzen eines Vorranggebietes nicht überschreiten darf, können Vorranggebiete, deren Grenzen, Ecken und Spitzen aufweisen, wirtschaftlich nicht mehr optimal zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien genutzt werden. Diese Festlegung hat zur Folge, dass die Vorranggebiete aufgrund der marktüblichen Anlagen mit Rotordurchmessern von 100-130 m nur sehr stark eingeschränkt genutzt werden können. Bei gleichbleibender Vorrangflächengröße würden 20-30% der bislang geplanten Windenergieanlagen durch diese Regelung wegfallen.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.18	B 06	Im Sinne der Investitionssicherheit und im Sinne einer möglichst großen Ermessensbreite im Genehmigungsverfahren und in der Bauleitplanung fordern wir, die Möglichkeit der Rotoren auch außerhalb von Vorranggebieten entsprechend der bisherigen Praxis im neuen RROP zu regeln. Es wäre aus unserer Sicht zumindest notwendig, eine entsprechende Regelung in die Begründung zum RROP aufzunehmen bzw. im Sinne der Rechtssicherheit diese Regelung als Ziel der Raumordnung zu verankern.	Eine Aufweichung der Regelung in Ziffer 06 ist nicht vorgesehen. Der Landkreis Cuxhaven hält analog zur Begründung an diesem Ziel fest.	Nicht zu berücksichtigen.
004	004.19	A	Allgemein wird für alle Windenergieflächen im Gebiet der Gemeinde Hagen im Bremischen hingewiesen; wenn keine Berücksichtigung der bisherigen Vorranggebiete mit den Grenzen des zurzeit gültigen RROP 2012 erfolgen kann, hätte das eine erhebliche Gefährdung in der Realisierung und Entwicklung der Windparks in der Gemeinde Hagen im Bremischen zur Folge. Der Planungswille der Gemeinde würde damit nicht berücksichtigt.	Der Planungswille der Gemeinde wird durch die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ausreichend berücksichtigt. Die Gründe für den Zuschnitt der Gebiet bzw. deren Einstufung als Vorranggebiet oder bauleitplanerisch gesicherter Bereich wurden ausführlich in der Begründung dargelegt. Der Naturschutz als öffentlicher Belang, insbesondere der Artenschutz, ist dabei als hochrangig zu bewerten.	Nicht zu berücksichtigen.
006	Gemeinde Wurster Nordseeküste				
006	006.01	A	Die Gemeinde Wurster Nordseeküste nimmt zu dem vorliegenden Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 — Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie (RROP 2015) wie folgt Stellung: Grundsätzlich begrüßt die Gemeinde Wurster Nordseeküste die Bemühungen des Landkreises auch in den nicht als Vorranggebiet ausgewiesenen Windparkflächen die Möglichkeiten eines Repowering zu schaffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
006	006.02	E 01	Unter Bezug auf die Stellungnahmen zum RROP 2014 der ehemaligen Gemeinde Nordholz vom 04.08.2014 und der ehemaligen Samtgemeinde Land Wursten vom 06.08.2014 gebe ich dennoch folgende Anregungen und Bedenken. In der Begründung werden die Ausschlusskriterien für die Ermittlung der Potentialflächen benannt. Aber es ist nicht nachvollziehbar dargestellt, welches Kriterium zu einem Ausschluss einer Fläche führt. Die der Begründung beigefügten Übersichtskarten, die lediglich die harten und weichen Tabuzonen insgesamt darstellen, sind hier wenig geeignet, erkennbar zu machen, welches Kriterium greift. Auch die Karte, die die weichen Tabuzonen, Natur und Landschaft, Wald enthält, liefert hier keine Anhaltspunkte, welche Belange hier konkret zum Ausschluss einzelner Flächen führen. Vielmehr hat man schematisch die Anwendung der harten und weichen Tabuzonen benannt und lediglich das Ergebnis insgesamt dargestellt.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes muss der Landkreis Cuxhaven lediglich darlegen, welche Flächen als Potentialfläche für das weitere Verfahren ausgeschlossen wurden (z.B. aufgrund der Größe oder naturschutzfachlichen Einschätzung) bzw. welche Flächen als Vorranggebiete übernommen wurden. Der Landkreis Cuxhaven ist nicht verpflichtet alle Flächen, die aufgrund der der harten und weichen Tabuzonen erst gar nicht als Potentialfläche in Betracht kommen, mitsamt aller betroffenen Kriterien aufzuzählen. Dies würde den Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms massiv sprengen. Sofern von TÖB oder von Privaten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Fragen zu bestimmten Flächen gestellt wurden, wurden vom Landkreis Cuxhaven alle für die betreffende Fläche greifenden Tabuzonen transparent dargelegt. Den Gemeinden gegenüber wurde mehrfach das Angebot gemacht mögliche Fragen zu Flächen in einem persönlichen Gespräch zu klären.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.03	E 01	Gerade im Blick auf die bestehenden Windparkflächen sollte hier eine bessere Darstellung in der Anwendung der Kriterien gesucht werden.	Die Begründung zu Ziffer 11 wird ergänzt. Es werden alle harten und weichen Tabuzonen, die den jeweiligen bauleitplanerisch gesicherten Bereich betreffen, aufgelistet. Dies dient der besseren Nachvollziehbarkeit und der Transparenz.	Zu berücksichtigen.
006	006.04	E 01	Zum Beispiel ergibt sich aus der Begründung nicht, welches Kriterium aus Natur und Landschaft den Ausschluss des Windparks Sachsendingen-Dorum als Vorranggebiet zur Folge hat. Zumal im Entwurf des RROP 2014 diese Fläche noch als Vorranggebiet enthalten war. In der Begründung sind keine Hinweise enthalten, die auf die zum Ausschluss der Fläche führenden Belange verweisen.	Siehe Stellungnahme 006.02	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.05	E 01	Lediglich unter Einbeziehung der tabellenartigen Darstellung der Schutzgüter im Umweltbericht lässt sich erkennen, dass die Wertung als Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung sowie Vogelbrutgebiet internationaler Bedeutung im Umfeld des Windparks Ursache für den Ausschluss sein müsste. Jedoch kann den Unterlagen in keinsten Weise entnommen werden, worauf diese Einstufung basiert.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 6 bis 7]. - Auf Nachfrage seitens der Gemeinde Wurster Nordseeküste wurden der Gemeinde per E-Mail vom 18. Juni 2015 umfangreiche Informationen zu Brutvögeln in den Sonderbauflächen Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" und in angrenzenden Bereichen zur Verfügung gestellt, u.a. waren zwei Karten und sechs Datenblätter beigefügt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
006	006.06	E 01	Die auf Nachfrage beim Landkreis Cuxhaven übersandten Informationen zu den Brutvögeln liefern meines Erachtens nicht ausreichend Anhaltspunkte für die Bewertung, da hier ausgeführt wird, dass es erhebliche Kenntnisdefizite im Hinblick auf die Brutvögel (und die Gastvögel sowie die Zugvögel) gibt. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, dass eine defizitäre Kenntnislage zu dem Ausschluss dieser Flächen führen kann.	Im Zuge der Erstellung der Entwürfe zum Sachlichen Teilabschnitt Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde auf die hier verfügbare - aber eben auch heterogene - Datengrundlage zu den Brut- und Gastvögeln zurückgegriffen. Eine systematische Erfassung und Bewertung des Gebietes des Landkreises Cuxhaven - nach Abzug der harten Tabuzonen - im Hinblick auf die Brut- und Gastvögel ist nicht erfolgt; sie wäre auch extrem aufwändig - und würde auch dann lediglich die Verhältnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt abbilden. Für den vorliegenden Fall des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" liegen immerhin die Daten aus den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vor, einschließlich der Raumnutzungsanalyse(n) zur Wiesenweihe.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.07	B 06	Unter Ziffer 06 wird das Ziel festgelegt, dass die neu zu errichtenden Windkraftanlagen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches stehen müssen. Dies schließt ausdrücklich auch die Rotorblätter ein. Dieses hat zur Folge, dass in einigen Windparkflächen keine Windenergieanlagen mit der maximal zulässigen Höhe errichtet werden können, da die Rotoren zu lang wären. Z. B. im Bereich des Windparks Padingbüttel könnten sich hier unter Berücksichtigung der Abstände Probleme ergeben, rentable Anlagen aufzustellen.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.08	B 06	Diese Regelung steht im Gegensatz zu der bisherigen Anwendung, dass der Anlagenturm innerhalb der festgelegten Flächen liegen muss. Die neue Regelung hat zur Folge, dass die Flächen nicht ausreichend Raum bieten.	Da es sich um ein neues Ziel handelt, steht diese Regelung selbstveränderlich im Gegensatz zur bisherigen Praxis. Hierfür gibt es jedoch gute Gründe, die auch dargelegt wurden. Auch mit dieser Regelung bieten die Flächen ausreichend Raum für Windenergieanlagen. Inwieweit Unternehmen dies für sich selbst als rentabel bzw. unrentabel ansehen ist für die Raumordnung nicht von Belang. So könnten andere Investoren auch eine geringere Anzahl an Anlagen weiterhin als rentabel ansehen.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.09	B 11	In Ziffer 11 Satz 3 wird für die Windparks Wremen-Schottwarden, Padingbüttel, Spieka-Neufeld, Cappel Neufeld, Wremen-Grauwall und Misselwarden festgelegt, dass die Gesamtrotorfläche nicht wesentlich erhöht werden darf. Nicht wesentlich ist eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um 15 %. Wie in der Begründung ausgeführt wird, basiert die Festlegung für die Definition „nicht wesentlich“ nicht auf rechtlichen Vorschriften oder Fachmeinungen. Vielmehr ergibt sich dieser Wert von 15 % aus Überlegungen und Berechnungen des Landkreises Cuxhaven. Eine konkrete Herleitung dieses Wertes anhand von Untersuchungen wird nicht vorgenommen. Insofern stellt sich die Frage, ob nicht auch eine Erhöhung um 17% oder 18 % eine nicht wesentliche Erhöhung der Gesamtrotorfläche darstellt. Dieses ist konkreter auszuführen und zu belegen.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
006	006.10	B 11	Weiterhin wird in Anhang 2 der FFH-Verträglichkeitsvorprüfungen zum Vogelschutzgebiet „Niedersächsisches Waftenmeer“ unter den „Anlagenbedingten Beeinträchtigungen“ folgendes ausgeführt: „Der potenziell geeignete Flugkorridor wird durch die Erweiterung nicht beeinträchtigt. Die Anlagen an sich stellen für die Arten keine Barriere da. Beeinträchtigungen der Flugbeziehungen verbunden mit erhöhtem Energiebedarf durch anlagebedingte Wirkungen werden für die Arten ausgeschlossen.“ Diese Aussage wird zu den Windparkflächen M isselwarden, Cappel-Neufeld, Spieka-Neufeld, Padingbüttel und Wremen-Schottwarden getätigt. Insofern stellt sich die Frage, warum die Erhöhung der Gesamtrotorfläche überhaupt reglementiert wird.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
006	006.11	SO 38	Vor allem für den Windpark Wremen-Grauwall kann diese Festlegung nicht greifen. Dieser Bereich liegt zwar in für die Avifauna wertvollem Bereich, dennoch steht diese Flächen in keiner Interaktion mit einem Natura 2000-Gebiet. Warum hier eine Beschränkung der maximalen Rotorfläche vorgenommen wird, ist nicht nachvollziehbar. Bereits im Rahmen der Erstaufstellung der Windkraftanlagen sind umfangreiche Untersuchungen gemacht und Gutachten zu den Vogelvorkommen erstellt worden. Eine erhebliche Beeinträchtigung hat sich demnach nicht eingestellt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 6 bis 7]. - Die Sonderbauflächen Windenergienutzung "Wremen-Grauwallkanal" werden im Norden, Westen und Süden von einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung umschlossen. Dieser Gastvogellebensraum weist für eine Vielzahl von Gastvogelarten eine extrem hohe Bedeutung auf, so für die Art Goldregenpfeifer eine internationale, für die Arten Singschwan, Kiebitz, Lachmöwe und Sturmmöwe eine nationale Bedeutung. Bei der Art Kiebitz wird fast die internationale Bedeutung erreicht. Der Gastvogellebensraum weist für die Arten Saatgans, Graugans und Regenbrachvogel eine landesweite Bedeutung, für die Arten Höckerschwan, Krickente, Grünschenkel, Kurzschnabelgans und Mantelmöwe eine regionale Bedeutung, für die Arten Graureiher, Zwergschwan, Blässgans, Spießente, Reiherente, Gänsesäger und Großer Brachvogel eine lokale Bedeutung auf. - Über die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der fünf Windparks "Misselwarden", "Nordholz/Cappel-Neufeld", "Nordholz/Spieka-Neufeld", "Padingbüttel" und "Wremen-Schottwarden" hinaus gilt die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 auch für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der drei Windparks "Belum", "Loxstedt-Stotel" und "Wremen-Grauwallkanal". Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Hindernisse sind sehr gravierend; es ist fraglich, ob sie bewältigt werden können. - Der Grund für die Ziel-Ausnahme-Regelung für diesen Standort liegt darin, mit dieser Begrenzung des Repowerings überhaupt ein Repowering zu ermöglichen. Für eine Reihe von Arten werden Raumnutzungsanalysen erforderlich sein.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.12	B 11	Auch bei einem Repowering dieses Windparks sind die Auswirkungen auf die Avifauna zu untersuchen und zu bewerten. Auf die Regelung der Gesamtrotorfläche für den Windpark Wremen-Grauwall ist zu verzichten.	Siehe 006.11	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.13	E 01	Des Weiteren ist nicht nachvollziehbar, warum die begrenzte Nutzungsdauer als Kriterium für die Herausnahme der Windparkfläche Midlum herangezogen wird. Da derzeit noch nicht absehbar ist, ob ein Abbau der Schwerminerale zukünftig erfolgen wird, sollte von einer dauerhaften Nutzung der Windparkfläche ausgegangen werden. Dieses kann daher mithin nicht als Ausschlusskriterium maßgebend sein.	Die Nutzungsdauer für den Windpark Midlum wurde im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens im Dezember 2006 festgelegt. Insoweit ist eine dauerhafte Nutzung der Windparkfläche ausgeschlossen. Dabei ist es irrelevant, ob derzeit ein Abbau der Schwerminerale geplant ist oder nicht. Die Zugänglichkeit für den Abbau von Schwerminerale wird höher gewichtet, als die Nutzung als Windpark, die überhaupt erst im Rahmen einer Zielabweichung ermöglicht wurde. Diese Aspekte werden auch in der Begründung zu Ziffer 08 ausgeführt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
006	006.14	E 01	Für den Windpark Midlum ergibt sich eine geeignete Fläche von 269,5 ha. Im Vergleich dazu ergibt sich für den Windpark Holßel/Neuenwalde lediglich eine Fläche von insgesamt 157,13 ha, so dass der Windpark Midlum ein höheres Ausnutzungspotenzial bietet.	Das Ausnutzungspotential ist in diesem Zusammenhang irrelevant, da die Nutzung des Windparks Midlum im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens bis 2030 begrenzt wurde. Die Fläche des Windparks Holßel/Neuenwalde ist theoretisch unbegrenzt möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.15	E 01	Zudem sollte berücksichtigt werden, dass die planerischen Voraussetzungen für eine Umsetzung des Windparks Midlum vor den anderen Windparks geschaffen wurden, so wurde bereits im Jahr 1996 das Raumordnungsverfahren mit der landesplanerischen Feststellung abgeschlossen. Die anderen Windparks folgten erst später.	Der Belang Errichtungsdatum/Errichtungsalter ist in diesem Zusammenhang für die Abwägung nicht von Belang, da bereits gewichtige Gründe gegen die Fläche des Windparks Midlum sprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.16	E 01	Insofern sollte die Streichung des Windparks Midlum als Vorranggebiet nochmals überdacht werden, auch unter dem Aspekt, dass in dem Bereich der Gemeinde Wurster Nordseeküste keine Vorranggebiete mehr ausgewiesen werden.	Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt, das sich auf das gesamte Kreisgebiet bezieht. Dieses Konzept ist unabhängig von Partikularinteressen und objektiv. Die Anzahl der Vorranggebiete pro Gemeinde ist dabei ohne belang. Würde der Landkreis Cuxhaven im Vorfeld festlegen, dass pro Gemeinde mindestens ein Vorranggebiet bestehen muss, würde kein einheitliches und objektives Planungskonzept mehr bestehen.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.17	B 08	Auch die Regelungen zur Beschränkung der Nutzungsdauer bis zum Jahr 2030 für den Windpark Midlum ist zu streichen. Es sollte an eine Bedingung geknüpft werden, da derzeit nicht abzusehen ist, ob und wann ein Abbau der Schwermineralien erfolgen wird.	Die Gründe für diese Regelung wurden in der Begründung ausgeführt. Die Nutzungsdauer wurde im Zielabweichungsverfahren in 2006 festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.18	E 01	Die ehemalige Samtgemeinde Land Wursten als auch die ehemalige Gemeinde Nordholz haben Verfahren zur Änderung der Flächennutzungspläne, die zum Ziel hatten, die Höhen der betroffenen Windparkflächen zu ändern, durchgeführt. Die Änderungen wurden leider seitens des Landkreises Cuxhaven nicht genehmigt. Im Rahmen dieser Änderungen wurden umfangreiche Untersuchungen zur Avifauna und Fledermäusen als auch FFH-Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt. Diese finden in dem vorliegenden Entwurf in keiner Weise Berücksichtigung.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015. - Dort ist im Hinblick auf die Bedeutung als Vogelbrutgebiet als auch im Hinblick auf die Bedeutung als Gastvogellebensraum angegeben, dass BIOS-Daten mit Stand Herbst 2014 (November 2014) zugrunde gelegt worden sind. In diese Zusammenstellung und Bewertung vorhandener Daten sind auch einzelne Gutachten im Auftrag der ehemaligen Gemeinde Nordholz bzw. der ehemaligen Samtgemeinde Land Wursten eingegangen, beispielsweise die Erfassung von Gastvögeln und die naturschutzfachliche Bewertung eines Gastvogellebensraums in Cappel-Neufeld (Kartierung 2009/2010) durch die BIOS.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.19	E 01	Vielfach wird in den vorliegenden Unterlagen dargestellt, dass im Rahmen der Prüfung Kartierungen und Daten zur Avifauna als auch Fledermausvorkommen nicht zur Verfügung standen als auch im Umweltbericht eine Verträglichkeitsprüfung gefordert wird.	Siehe 006.18.	Nicht zu berücksichtigen.
006	006.20		Letztlich merke ich an, dass bedauerlicherweise die Auslegung wieder weit in die Hauptferienzeit hineinragt und die Durcharbeitung der Unterlagen, die einen erheblichen Umfang aufweisen, neben den allgemeinen Verwaltungsaufgaben, einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand darstellt. Insofern behalte ich mir vor auch in Nachgang noch Ergänzungen meiner Stellungnahme vorzunehmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	SG Am Dobrock und Mitgliedsgemeinden				
008	SG Am Dobrock				

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
008	008.01	A	Die Samtgemeinde Am Dobrock wird vom RROP in drei Teilbereichen betroffen. Gemäß der Detailkarte 3 ist der Bereich um die ehemalige Raketenstellung in Belum als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im RROP dargestellt. Durch die geltende Ausweisung im Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Am Dobrock ist die Sonderbaufläche Windenergie für die Anlagenbetreiber gesichert. Ein Repowering ist im gewissen Umfang möglich. Das RROP führt aus, dass der Standort im Rahmen einer Zielausnahmeregelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden kann. Um die Belange von Natur und Landschaft dennoch ausreichend zu würdigen, müssen bei einem Repowering besondere Vorgaben an diesen Standort eingehalten werden. Daher wird zu diesem Standort als Ziel der Raumordnung folgende Festlegung getroffen: "Ein Repowering im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung in den bauleitplanerisch gesicherten Flächen des Windparks Belum setzt voraus, dass sich die Gesamtrotorfläche nicht wesentlich erhöht. Nicht wesentlich ist eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um 15 %."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.02	B 11	Diese Zielvorgabe wird aus Sicht der Samtgemeinde Am Dobrock abgelehnt, da sie nicht nachvollziehbar ist. Es wird nicht konkret dargelegt, warum eine 15 %-Regelung gewählt wurde. Ebenso könnten 20 % als unwesentlich angesehen werden. Daher sollte die Entscheidung, welche zusätzliche Rotorfläche hier bei einem Repowering entsteht, dem einzelnen Antragsverfahren überlassen werden. Sofern der Antragsteller nachweisen kann, dass bei einem Repowering die naturschutzfachlichen Belange ausreichend berücksichtigt werden können, ist diese Zielvorgabe entbehrlich. Sie wird daher abgelehnt.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
008	008.03	SO 32	Bei der zweiten Fläche handelt es sich um die in der Detailkarte 32 dargestellte Windparkfläche in Belum-Kehdingbruch. Diese Fläche ist ebenfalls bauleitplanerisch gesichert. Gegen die Darstellung der Fläche in der geplanten Form bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.04	SO 09	Bei der dritten Fläche handelt es sich um die in der Detailkarte 9 dargestellte Fläche in den Gemeinden Geversdorf und Oberndorf. Diese Fläche war im Entwurf 2014 noch als Vorrangfläche für die Windenergie ausgewiesen. Die Samtgemeinde Am Dobrock hat für diese Fläche mit der 7. Flächennutzungsplanänderung, die seit dem 28.08.2015 rechtswirksam ist, eine Sonderbaufläche für Windenergie dargestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.05	A	I. Das Potentialgebiet Geversdorf/Oberndorf wird im Entwurf des RROP 2015 nicht mehr als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen, sondern wird nur noch als bauleitplanerisch gesicherter Bereich gekennzeichnet. II. Die von den Rotoren überstrichenen Flächen müssen vollständig innerhalb der festgelegten Vorranggebiete für Windenergienutzung oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches liegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.06	SO 09	zu I. Entfall des Status Vorranggebiet für Windenergienutzung Die Herabstufung des Potentialgebiets Geversdorf/Oberndorf, das nicht mehr als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen ist, ist für die Samtgemeinde Am Dobrock nicht nachvollziehbar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.07	U	<p>Diese Entscheidung basiert auf unzutreffenden, zumindest aber veralteten Tatsachen:</p> <p>1) Umweltbericht — Teil C, 5. 55 und 5. 56:</p> <p>a) Weißstorch:</p> <p>Lt. Untersuchungen aus dem Jahre 2014 befinden sich nur 2 Brutpaare des Weißstorchs innerhalb des Prüfbereichs zum Potentialgebiet. Dieses Gutachten schließt ein erhöhtes Tötungsrisiko für den Weißstorch aus.</p>	<p>Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten nicht berücksichtigt. Die verwendeten Daten stammen aus dem BIOS-Datensatz (vgl. dazu auch die naturschutzfachl. Einschätzung von Potenzialflächen, S. 1f.). Daneben würden weitere Gutachten bzw. die veränderte Anzahl von Brutpaaren des Weißstorchs (2 anstatt 3) innerhalb des Prüfbereichs zum Potentialgebiet weder zu einer anderen Ermessensgrundlage führen noch eine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein, weshalb die Bewertung des Tötungsrisikos für Brutvögel auf der Regionalplan-Ebene nicht erfolgen kann. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
008	008.08	U	<p>b) Rohrweihe:</p> <p>Lt. Untersuchungen aus dem Jahre 2015 befinden sich nur 2 Brutpaare der Rohrweihe innerhalb des Mindestabstands zum Potentialgebiet. Die Brutplätze befinden sich direkt an der Oste in ca. 750 m Entfernung zum Potentialgebiet.</p>	<p>Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten nicht berücksichtigt. Die verwendeten Daten stammen aus dem BIOS-Datensatz (vgl. dazu auch die naturschutzfachl. Einschätzung von Potenzialflächen, S. 1f.). Daneben würden weitere Gutachten bzw. die veränderte Anzahl von Brutpaaren der Rohrweihe (2 anstatt 3) innerhalb des Mindestabstands zum Potentialgebiet weder zu einer anderen Ermessensgrundlage führen noch eine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.09	U	<p>c) Seeadler:</p> <p>Es befindet sich kein Brutpaar innerhalb des artspezifischen Prüfbereichs. Für sämtliche aufgeführten Arten sind bereits mehrfach, zuletzt in 2014/2015, Einzelfallprüfungen durchgeführt worden. Alle Gutachten verneinen ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Weißstorch, Seeadler und Rohrweihe bei Realisierung des Windparks. Für den Kiebitz wird unter Verweis auf Ausgleichsmaßnahmen eine erhebliche Störung verneint.</p>	<p>Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten nicht berücksichtigt. Bei den Funden der Seeadler-Brutpaaren handelt es sich um Nachweise aus den Jahren 2010 und 2012. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Erfassungen des Seeadlers, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. Daneben würde das Wegfallen der Seeadlerbrutpaare keine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken.</p> <p>Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein, weshalb eine Bewertung des Tötungsrisikos und der Störungstatbestände für Brutvögel auf der Regionalplan-Ebene nicht erfolgen kann. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Daneben kann das RROP des LK Cuxhaven, als übergeordnetes, zusammenfassendes und rahmensetzendes Planwerk keine konkreten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung oder zum Ausgleich der im Rahmen der Umweltprüfung nachgewiesenen nachteiligen Auswirkungen darstellen. Diese werden im nachgeordneten Planungs- und Zulassungsverfahren insbesondere im Rahmen der Eingriffsregelung konkret festgelegt.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
008	008.10	U	d) Landschaftsbild: Das Windparkgebiet liegt in ca. 700 m Entfernung zur Oste in einem intensiv landwirtschaftlich genutztem Gebiet. Die Bestandsbeschreibung zum Landschaftsbild setzt sich mit diesem Umstand nicht auseinander. Ohne Begründung wird angenommen, dass ein Landschaftsbild mittlerer sowie hoher Bedeutung in Anspruch genommen werde. Die darauf basierende Einschätzung, dass dies zu einer erheblichen Umweltauswirkung führe, ist unverständlich und u. E. falsch.	Die Bewertung des Landschaftsbilds erfolgte auf Grundlage der Karte zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft aus dem Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven. Eine differenziertere Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Potenzialgebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus. Weiterhin müssten u a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was ebenfalls im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Somit ist eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
008	008.11	U	Die SG Am Dobrock bittet darum, die schutzgutbezogene Beurteilung (erhebliche Umweltauswirkungen) zu den Themen „windenergieempfindliche Vogelarten“ und „Landschaftsbild“ zu aktualisieren und zu überarbeiten.	Bezugnehmend auf die Hinweise zum Standort Geversdorf/Oberndorf erfolgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einschätzung der erheblichen Umweltauswirkungen auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein kann. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei der Durchführung erforderlicher Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und so keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Gleiches gilt für das Landschaftsbild, für welches im Genehmigungsverfahren ebenfalls eine differenzierte Betrachtung erfolgt, als es auf Ebene der Regionalplanung möglich ist. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.12	E-N	<p>2) Naturschutzfachliche Stellungnahme, 5. 55</p> <p>a) Landschaftsbild: Auch hier fehlt es an einer Beschreibung des Potentialgebietes (intensiv landwirtschaftlich genutztes Gebiet). Eine daraus abgeleitete Auseinandersetzung mit der Wertigkeit des Landschaftsbildes findet nicht statt. Die Vergabe der Wertstufen wird weder begründet noch erläutert. Die Grenze, bis zu der die Wertigkeit der Potentialgebiets-Umgebung in die Bewertung einbezogen wird, bleibt unklar. Die Landschaftsbildbewertung ist deswegen weder nachvollziehbar noch — aus unserer Sicht — korrekt.</p>	<p>In der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind bei allen betrachteten (Potenzial-)Flächen im Hinblick auf die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) lediglich die zugeordneten Wertstufen angegeben. In der Einleitung der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist angegeben, dass sich die Angaben auf die Karte zum Landschaftsbild im Internet-Geoportal beziehen (http://www.landkreis-cuxhaven.de/index.phtml?La=1&sNavID=1779.140&mNavID=1779.11&object=tx%7c1779.2712.1&sub=0). Hier - und im Erläuterungstext zur Karte - wird eindeutig auf die Methodik nach KÖHLER und PREISS (2000) verwiesen [Quelle: KÖHLER, B.; PREISS, A. (2000): Erfassung und Bewertung des Landschaftsbildes - Grundlagen und Methoden zur Bearbeitung des Schutzguts "Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft" in der Planung. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 20. Jg., Heft 1, Seite 1-60. Hildesheim.]; vor diesem Hintergrund erschienen umfangreiche Darlegungen zur Methodik entbehrlich.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.13	E-N	<p>b) Bedeutung als Vogelbrutgebiet: Die Annahme, dass die Sonderbaufläche Windenergienutzung in zwei Vogelbrutgebieten bzw. sogar in einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung liege, bleibt unbegründet. Sie widerspricht der Darstellung des NLWKN (Stand 19.08.2015), der die Potentialfläche als Weißfläche ausweist. Der Verweis auf den Landschaftsrahmenplan aus dem Jahre 2000 ist kritisch zu sehen, weil dieser planerisch nicht verbindlich und zudem 15 Jahre alt und damit veraltet ist.</p>	<p>Die der Naturschutzfachlichen Einschätzung zugrunde liegende Datengrundlage ist weitaus umfangreicher als die Darstellung des NLWKN; gemeint ist hier augenscheinlich der Dienst "Niedersächsische Umweltkarten" (http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/globalnetfx_umweltkarten/) mit dem Layer "Brutvögel - wertvolle Bereiche 2010". Die dortige "weiße" Fläche bedeutet, dass in der Datenquelle zum Dienst keine Informationen für diesen Bereich vorhanden sind; sie bedeutet nicht, dass dieser Bereich keine Wertigkeit aufweist. Der Dienst geht von den der Staatlichen Vogelschutzwarte vorliegenden avifaunistischen Daten aus (http://www.umwelt.niedersachsen.de/service/umweltkarten/natur_landschaft/weitere_den_naturschutz_wertvolle_bereiche/brut_und_gastvoegel_wertvolle_bereiche/wertvolle-bereiche-9098.html). - Die Angaben aus dem Landschaftsrahmenplan 2000 zur Bedeutung als Vogelbrutgebiet haben nachrichtlichen Charakter. Sie fließen nicht in die Abwägung zu einem Gebiet ein. Vielmehr zeigen sie für einzelne Gebiete Entwicklungstendenzen auf.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.14	E-N	<p>c) Brutvogelarten [Mindestabstände]:</p> <p>Es sind lt. aktuellen Untersuchungen aus dem Jahre 2015 nur zwei Rohrweihe Brutpaare nordwestlich des Potentialgebietes bekannt. Betroffen ist damit allenfalls ein kleiner nördlicher Teil der Sonderbaufläche. Die Argumentation in diesem Absatz zu Kiebitzen (Sonderbaufläche Windenergienutzung vollständig innerhalb der 500 m — Puffer als Argument für die Ungeeignetheit der Potentialfläche) geht nicht darauf ein, dass ein Eingriff durch den Bau von Windenergieanlagen ausgeglichen werden kann. Das wurde durch Gutachten nachgewiesen.</p>	<p>In der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind drei Rohrweihen-Vorkommen berücksichtigt: Zwei Vorkommen aus dem Gutachten "Avifaunistisches Gutachten zum potenziellen Windparkstandort Oberndorf (Landkreis Cuxhaven)" (REGIONALPLAN & UVP 2011), ein Vorkommen aus dem Gutachten "Neubau der B73 (B73n) - Verlegung der Bundesstraße zwischen Otterndorf und Cadenberge und Ortsumgehung Cadenberge" (PLANUNGSGRUPPE GRÜN 2014). - Das neue Gutachten "Windpark Geversdorf/Oberndorf - Untersuchung Brutvögel 2015" mit Stand vom 25. September 2015 (ÖKOLOGIS 2015) liegt hier seit Oktober 2015 vor; es fehlt dort ein im Juli 2015 mitgeteiltes Vorkommen der Rohrweihe in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf". Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs 2015 lag es noch gar nicht vor. - Die Frage der Rohrweihen-Vorkommen kann eigentlich einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu einem möglichen Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung auf der Grundlage des Entwurfs 2015 (oder später) vorbehalten bleiben. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegen mehrere Kiebitz-Vorkommen. In räumlicher Nähe, teilweise unmittelbar angrenzend, befinden sich zahlreiche weitere Kiebitz-Vorkommen. Wenn die Kiebitz-Vorkommen mit einem Puffer von 500 m versehen werden, liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung vollständig innerhalb der 500 m-Puffer. - In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung wird angegeben: "(...) Hierzu ist anzumerken, dass ein Mindestabstand von 500 m für den Kiebitz wohl als fachlich strittig einzuschätzen ist. Eine Umsetzung eines Mindestabstandes von 500 m würde in einer Vielzahl von zu prüfenden Gebieten zu erheblichen Problemen führen; insoweit sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden."</p>	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.15	E-N	<p>Zudem werden die vom NLT empfohlenen Mindestabstände für die Art Kiebitz starr angewendet. Das widerspricht S. 10 der Begründung/Erläuterung zum RROP: „Im Landkreis Cuxhaven ist eine Abweichung von der Arbeitshilfe des NLT sogar geboten. [...] Bei Verwendung des kompletten NLT-Kriterienkatalogs kann somit im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werden.“</p>	<p>In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung wird angegeben: "(...) Hierzu ist anzumerken, dass ein Mindestabstand von 500 m für den Kiebitz wohl als fachlich strittig einzuschätzen ist. Eine Umsetzung eines Mindestabstandes von 500 m würde in einer Vielzahl von zu prüfenden Gebieten zu erheblichen Problemen führen; insoweit sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden."</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.16	E-N	d) Brutvogelarten [Prüfbereiche]: Es gibt im Prüfbereich zum Potentialgebiet weder ein Seeadler-Brutpaar noch ein Seeadler-Vorkommen. Die Aussage, dass laut Weisung des Niedersächsischen Umweltministeriums eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler erforderlich sei, ist nicht korrekt.	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ein Vorkommen des Seeadlers im Prüfbereich berücksichtigt. Dabei handelt es sich um einen Nachweis aus dem Jahr 2012; das Vorkommen befindet sich im Landkreis Stade. - Das neue Gutachten "Windpark Geversdorf/Oberndorf - Untersuchung Brutvögel 2015" mit Stand vom 25. September 2015 (ÖKOLOGIS 2015) liegt hier seit Oktober 2015 vor. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs 2015 lag es noch gar nicht vor. - Die Frage der Seeadler-Vorkommen kann eigentlich einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu einem möglichen Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung auf der Grundlage des Entwurfs 2015 (oder später) vorbehalten bleiben.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.17	E-N	e) Bedeutung als Gastvogellebensraum: Die Ausführungen sind überholt. Das Gutachten aus 2014/2015 konnte die mittlerweile fünf Jahre alten — Erfassungen aus 2009/2010 nicht bestätigen, aus der u.a. die landesweite Bedeutung (Graugänse) hergeleitet wird. Die Vermutungen zur Bedeutung des Potentialgebiets für Weißwangengänse sind weder substantiiert noch wurden sie in dem neuen Gutachten bestätigt. Vermutungen sind keine verlässliche Grundlage für Abwägungen.	Das Gutachten "Avifaunistisches Gutachten zum potenziellen Windparkstandort Oberndorf (Landkreis Cuxhaven)" (REGIONALPLAN & UVP 2011) ist keinesfalls so alt, als dass es nicht mehr verwendet werden dürfte. - Das neue Gutachten "Windpark Geversdorf/Oberndorf - Untersuchung Rastvögel 2014/2015" mit Stand vom 2. Oktober 2015 (ÖKOLOGIS 2015) liegt hier seit Oktober 2015 vor. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs 2015 lag es noch gar nicht vor. - Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung liegt. Es gibt einige Einwendungen, die - mit Angabe von Daten und Uhrzeit - eine hohe Bedeutung als Gastvogellebensraum mitteilen, bis hin zu einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. In einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren eines möglichen Antrags auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung auf der Grundlage des Entwurfs 2015 (oder später) kann geklärt werden, ob auf einer Teilfläche der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" einige Windenergieanlagen genehmigt und errichtet werden können. Nach den derzeit hier vorliegenden Daten kommt dies am ehesten in räumlicher Nähe zu den vorhandenen sechs Windenergieanlagen auf dem Gebiet des Landkreises Stade in Betracht.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.18	E-N	f) Gastvogelarten: Die SG am Dobrock bittet nach Vorlage der jeweiligen Gutachten um Überarbeitung der — mittlerweile überholten — Annahmen zur Häufigkeit der o. g. genannten Arten und um Berichtigung der darauf basierenden Einschätzung.	Siehe 008.17.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.19	E-N	<p>g) Schutzgebiete und —objekte sowie gesetzlich geschützte Biotope</p> <p>Die Entfernung des Gebiets von gemeinschaftlicher Bedeutung „Untereibe“ und die Entfernung des Naturschutzgebiets „Schnook“ entsprechen dem Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven (weiches Tabukriterium, S. 12 der Begründung/Erläuterung). Die Entfernung dürfen deswegen nicht in der Abwägung negativ bewertet werden. Auf dem Gebiet des Landkreises Stade wird ein gesetzlich geschütztes Biotop vermutet. Es wird auf e) verwiesen.</p>	<p>Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untereibe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt. Eine weiche Tabuzone, die in den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" hineinreicht, wird durch diese beiden Schutzkategorien nicht erzeugt. Gleichwohl sind Wechselwirkungen denkbar bzw. zu erwarten. - Das neue Gutachten "Windpark Geversdorf/Oberndorf - Untersuchung Rastvögel 2014/2015" mit Stand vom 2. Oktober 2015 (ÖKOLOGIS 2015) liegt hier seit Oktober 2015 vor. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs 2015 lag es noch gar nicht vor. In diesem Gutachten wird ausgesagt: "(...) Gelegentlich, v.a. bei Störungen, fliegen Gänse offenbar aus dem NSG ['Schnook'] kommend in das östlich angrenzende 500 m-Umfeld des Windpark-Plangebietes und einmal auch in das Windpark-Plangebiet selbst (vgl. Karte 5), wobei die Individuenzahl mit zunehmender Entfernung zum NSG 'Schnook' abnimmt. Diese Flächen werden dann als Ausweich- bzw. Zwischenrastplätze genutzt. (...) [ÖKOLOGIS 2015: 18]. - Ein öffentlich zugängliches Verzeichnis der gesetzlich geschützten Biotope für den Bereich des Landkreises Stade ist nicht bekannt, von daher die Einschränkung mit dem Begriff "vermutlich": In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung gibt es auf dem Gebiet des Landkreises Stade vermutlich ein gesetzlich geschütztes Biotop." Das im Geoportal der Metropolregion Hamburg enthaltene Luftbild gibt Hinweise (http://geoportal.metropolregion.hamburg.de/mrhportal/index.html).</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.20	E-N	<p>h) Einstufung/Einschätzung</p> <p>Der Verweis auf das Gutachten vom 27. März 2014 wird herangezogen, um zu begründen, dass das Potentialgebiet als Windvorrangfläche nicht geeignet sei. (S. 56: „Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Windvorranggebiet Windenergienutzung „Geversdorf/Oberndorf“ [...] dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch.“) Dieses Vorgehen ist aus Sicht der SG Am Dobrock falsch, weil sich das zitierte Gutachten mit der Güte der eingereichten Antragsunterlagen zum BlmSchG-Verfahren befasst, aber nicht mit der Einschätzung des Potentialgebietes — Windvorrangfläche ja oder nein.</p> <p>Für diese Einschätzung ist der Umweltbericht Teil C da. Insofern basieren schon die Ausführungen in diesem Absatz auf einer fehlerhaften Grundlage. Die Möglichkeit, inwieweit Konflikte gemindert oder ausgeglichen werden können, wird nicht erörtert.</p>	<p>Die Ebenen "Regionales Raumordnungsprogramm", "Flächennutzungsplan(-Änderung)" und "Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren" zu trennen, ist grundsätzlich richtig. - Die auf der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bekannt gewordenen Umweltinformationen bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht berücksichtigt zu haben, wäre jedoch problematisch gewesen. Die Einstufung/Einschätzung in der Naturschutzfachlichen Einschätzung wird aufrecht erhalten: "Im Gutachten 'Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven' mit Stand 27. März 2014 sind die Defizite in den Antragsunterlagen zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Detail aufgeführt. Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Vorranggebiet Windenergienutzung 'Geversdorf/Oberndorf' des bzgl. des Teilabschnitts Windenergie unwirksamen Regionalen Raumordnungsprogramms Landkreis Cuxhaven 2012; dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch. – Bereits auf der Basis der vorhandenen Daten sind gravierende Konflikte ersichtlich. Dies betrifft v.a. die Bedeutung als Gastvogellebensraum, aber auch die Bedeutung als Vogelbrutgebiet bzw. die Bedeutung für einzelne Brutvogelarten. - Für die Potenzialflächen 007, 033 und 091 außerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Auch für die Potenzialflächen 007 und 033 in der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Im Hinblick auf die verschiedenen Konfliktlagen innerhalb der Sonderbaufläche erscheinen die Konflikte im nord-östlichen Bereich – in räumlicher Nähe zu den Windenergieanlagen im Bereich des Landkreises Stade – und im mittleren Bereich noch am relativ geringsten, weil hier eher wenige Gastvögel nachgewiesen wurden, der Abstand zu den Weißstorch- und Rohrweihen-Vorkommen etwas größer ist und die Zahl der Kiebitz-Vorkommen eher niedrig ist [... diese Aussage ist auf Basis der vorliegenden Daten getroffen]."</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.21	E-N	Die Naturschutzfachliche Stellungnahme <ul style="list-style-type: none"> • basiert auf falschen bzw. veralteten Daten, • zieht unzulässige Begründungsgrundlagen (ungeeignete Gutachten, Vermutungen) heran, • wertet Abstände als problembehaftet, die lt. RROP Begründung unkritisch sind und • setzt sich nicht mit eingriffsmindernden Umständen (behördenbekannte Ausgleichsmaßnahmen) auseinander, die für die Ausweisung sprächen. Daher beantragt die SG Am Dobrock eine grundlegende Überarbeitung.	Siehe 008.12, 008.13, 008.14, 008.15, 008.16, 008.17, 008.18, 008.19 und 008.20.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.22	E 11	3) Begründung/Erläuterung, S. 31 und S. 32 Die Argumente der Naturschutzfachliche Stellungnahme sind in den Tabellen auf S. 31 und S. 32 wiederholt worden. Auf die oben genannten Ausführungen wird verwiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.23	SO 08	4) Begründung/Erläuterung, S. 45 und S. 46 • Die Einschätzung, dass das Potentialgebiet Geversdorf-Oberndorf auf Regionalplanungsebene schwerwiegende naturschutzfachliche Belange aufweist, beruht auf einer fehlerhaften, bestenfalls veralteten Datengrundlage. Diese naturschutzfachlichen Belange werden aus unserer Sicht überbewertet.	Siehe 008.12, 008.13, 008.14, 008.15, 008.16, 008.17, 008.18, 008.19 und 008.20.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.24	E 11	• Seit 2012 bzw. seit 2014 hat sich nichts in dem Potentialgebiet geändert. Warum von den Abwägungen des RROP in 2012 und des RROP-Entwurfs 2014 abgewichen wurde, ist nicht begründet worden. Auch hier wird um Erläuterung gebeten.	Die Einstufung und der Zuschnitt aller Vorranggebiete sowie bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurde nachvollziehbar und transparent in der Begründung dargelegt. Zudem wurde die naturschutzfachliche Einschätzung des Naturschutzamtes als Anlage beigefügt. Den Gemeinden wurde seitens des Landkreises wiederholt angeboten, die sie betreffenden Planungen in Einzelgesprächen zu erörtern.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.25	E 11	• Es fehlt eine Definition, welche Rechtsfolgen ein „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ haben soll und wie Repowering möglich sein soll. Auch die doppelte Verneinung ist nicht hilfreich. („Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass auf dem Standort insgesamt keine Windenergieanlagen errichtet werden können.“)	Die Definition des Begriffes "bauleitplanerisch gesicherter Bereich" wurde in der Begründung dargelegt. Die Art und Weise wie auf diesen Flächen repowert werden kann ergibt sich sowohl aus der Beschreibenden Darstellung, als auch aus der Begründung. Zudem wurde die Regelung zum Repowering auf einem extra veranstalteten Informationstermin zum RROP Entwurf 2015 allen anwesenden Bauamtsleitern vorgestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.26	E 11	Die SG Am Dobrock fordert eine grundlegende Überarbeitung der Begründung /Erläuterung und um eine erneute Abwägung aller Belange im Sinne einer Aufrechterhaltung des Vorranggebietsstatus für das Potentialgebiet Geversdorf/Oberndorf.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008	008.27	E 06	zu II. Rotoren innerhalb Vorranggebiete Die Vorgabe, dass Rotoren innerhalb der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zu bleiben haben, ist sach- und rechtswidrig. 1) Raumordnungspläne haben zum Ziel, den Gesamttraum zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern (1 Abs. 3 ROG). Die Umsetzung von Zielen der Raumordnungspläne in der — parzellenscharfen — Bauleitplanung (Teilräume) bleibt den Gemeinden überlassen (1 Abs. 4 BauGB).	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtssprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.28	E 06	a. Da die Vorgabe „Rotor innerhalb Vorranggebiet“ eine parzellenscharfe Planung verlangt, die für einen Raumordnungsplan nicht vorgesehen ist, greift der Landkreis hier in Hoheitsrechte der Samtgemeinden und Gemeinden ein.	Eine parzellenscharfe Planung ist für diese Regelung nicht notwendig. Dank moderner GIS-Programme kann die Regionalplanung genau bestimmen, ob sich Rotorblätter innerhalb oder außerhalb von Windparkflächen befinden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.29	E 06	b. Gleiches gilt für die Vorgabe „Rotor innerhalb bauleitplanerisch gesicherter Bereich“. Die Kompetenz, Baugrenzen für Rotoren festzulegen, ist den Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung vorbehalten, vgl. auch die im RROP 2015 zitierte Rechtsprechung des BVerwG vom 21.10.2004, Rn. 40ff. Eine Festlegung des RROP, die das auf kreisplanerische Ebene regelt, greift in die gemeindliche Planungshoheit ein.	Im RROP werden keine Baugrenzen festgelegt. Für die Regionalplaner ist es irrelevant, wo in einem bauleitplanerisch gesicherten Bereich bzw. in einem Vorranggebiet die Rotorblätter sind. Wenn sich Rotorblätter außerhalb der Windparkflächen befinden, greifen sie jedoch in den Raum ein und widersprechen dem Planungskonzept des Landkreises. Insoweit hat die Raumordnung hier eine Regelungskompetenz.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.30	E 06	2) Für diesen Eingriff gibt es keine planerische Notwendigkeit: Selbst wenn Rotoren die — unzulässigerweise — parzellenscharf festgelegte Grenze zu einem Windvorranggebiet überragen, würde der Zweck eines RROP Ziels „Ausschlusswirkung“ nicht verfehlt werden. Weder dem Zweck der Freihaltung des Außenbereichs noch dem Gesamtkonzept schadet es, wenn gelegentlich Rotorblattspitzen über die Luftgebietsgrenzen streichen.	Wie in der Begründung ausgeführt wurde, würden bei aus den Windparkflächen hinausragenden Rotorblättern die politisch festgelegten Mindestabstände zur Wohnbevölkerung unterschritten.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.31	E 06	3) Das Argument „Vorsorgeabstände“ ist u. E. nicht geeignet, das raumplanerische Ziel „Rotor innerhalb Vorranggebiet“ zu begründen. Es hätte z. B. genügt, einen generellen Vorsorgeabstands (500 / 1000 m) festzulegen und auf die nachgeordnete, parzellenscharfe Bauleitplanung oder eine Einzelfallprüfung der nachgeordneten BImSchG-Genehmigungsverfahren zu verweisen. Diese hätten die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu Mindestabständen auf den jeweiligen Einzelfall angewendet.	Durch die Regelung wird sichergestellt, dass die Windenergieanlagen komplett die Mindestabstände zur Wohnbebauung einhalten. Ein weitere Planung bzw. Prüfung ist somit nicht mehr erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.32	E 06	4) Im Übrigen scheint es nicht angebracht, angegriffene Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Hannover als rechtliche Begründung für ein Ziel der Raumordnung heranzuziehen. Dies gilt umso mehr, weil sich das VG Hannover in seiner Urteilsbegründung nicht mit den unterschiedlichen Zielen von Raum- und Bauleitplanung sowie der betroffenen Planungshoheit der Gemeinden auseinander gesetzt hat.	Wie in der Begründung ausgeführt wurde, sprechen neben der Rechtssprechung auch weitere gewichtige Gründe für diese Regelung. Zudem muss bei der Aufstellung eines RROP stets die aktuelle Rechtslage beachtet werden. Die aktuelle Rechtssprechung ist dabei in dieser Frage eindeutig.	Nicht zu berücksichtigen.
008	008.33	SO 09	Darüber hinaus ist anzumerken, dass anlässlich eines Ortstermins am 12. Februar 2015 in Oberndorf der Bauamtleiter des Landkreises Cuxhaven Herr Eickmann und der Sachbearbeiter für das Regionale Raumordnungsprogramm Herr Mechnig bestätigten, dass diese Fläche auch im neuen Entwurf als Vorrangfläche ausgewiesen wird. Die Fläche sollte gegenüber dem Entwurf 2014 sogar noch leicht in südliche Richtung erweitert werden. Der Samtgemeinde ist nicht bekannt, dass seit Februar 2015 neue gutachterliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Herausnahme des Vorranggebietes rechtfertigen. Tatsächlich beruhen die jetzt angeführten naturschutzfachlichen Gründe auf zum Teil veralteten Erhebungen und Unterlagen.	Die Festlegung der Zeichnerischen Darstellung erfolgte im April/Mai 2015. Eine Zusicherung für bestimmte Standorte wurde seitens der Regionalplanung aufgrund des laufenden Verfahrens und der damit verbundenen Unsicherheit über die Ausgestaltung der Flächenausweisung zu keinem Zeitpunkt gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008	008.34	SO 09	Seit 2 Wochen liegen die Entwürfe der Bauleitpläne der Samtgemeinde Nordkehdingen und der beteiligten Gemeinden Balje und Oederquart über den in direkter Nachbarschaft angrenzenden geplanten Windpark vor. Die Planungsunterlagen sind insofern interessant, als dass sie bezüglich der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu einem vollkommen anderen Ergebnis kommen als der Landkreis Cuxhaven, obwohl beide Flächen direkt aneinander grenzen. Auch der Landkreis Stade beurteilt die Fläche scheinbar anders, da sie im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellt ist. Insofern wird der Landkreis Cuxhaven aufgefordert, seine Planungen mit denen des Landkreises Stade enger abzustimmen. Aus Sicht der Samtgemeinde Am Dobrock ist nicht nachvollziehbar, warum zwei Flächen, die direkt aneinander grenzen und sich somit wie eine Windparkfläche darstellen, unterschiedlich bewertet werden.	Wie in der Einwendung angegeben, handelt es sich um Entwürfe. Es ist zu erwarten, dass es auch bei diesen Entwürfen zum Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Nordkehdingen bzw. zu den Vorhabensbezogenen Bebauungsplänen der Gemeinden noch diverse Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Einstellung der Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege geben wird. - Für die Ebene des "Regionalen Raumordnungsprogramms" sind die genannten Entwürfe der Bauleitpläne zunächst einmal ohne Belang, zumal sie sich auf den Bereich des Landkreises Stade beziehen. - Die Wertigkeiten innerhalb der Gebiete "Geversdorf/Oberndorf" und "Oederquart-Wetterdeich" können durchaus unterschiedlich sein. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untereibe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km von der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste".	Nicht zu berücksichtigen.
008a	Gemeinde Geversdorf				
008a	008a.01	A	Die Belange der Gemeinde Geversdorf werden durch die in der Detailkarte 9 dargestellte Fläche berührt. Dieser Standort, der auch die benachbarte Gemeinde Oberndorf betrifft, war im Entwurf 2014 noch als Vorrangfläche für die Windenergie ausgewiesen. Die Samtgemeinde Am Dobrock hat für diese Fläche mit der 7. Flächennutzungsplanänderung, die seit dem 28.08.2015 rechtswirksam ist, eine Sonderbaufläche für Windenergie dargestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008a	008a.02	A	Siehe Stellungnahme 008.05	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008a	008a.03	SO 09	zu 1. Entfall des Status Vorranggebiet für Windenergienutzung Die Herabstufung des Potentialgebiets Geversdorf/Oberndorf, das nicht mehr als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen ist, ist für die Gemeinde Geversdorf nicht nachvollziehbar.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
008a	008a.04-07	U	Siehe Stellungnahme 008.07-10	Siehe Stellungnahme 008.07-10	Siehe Stellungnahme 008.07-10

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008a	008a.08	U	Die Gemeinde Geversdorf bittet darum, die schutzgutbezogene Beurteilung (erhebliche Umweltauswirkungen) zu den Themen „windenergieempfindliche Vogelarten“ und „Landschaftsbild“ zu aktualisieren und zu überarbeiten.	Bezugnehmend auf die Hinweise zum Standort Geversdorf/Oberndorf erfolgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einschätzung der erheblichen Umweltauswirkungen auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein kann. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei der Durchführung erforderlicher Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und so keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Gleiches gilt für das Landschaftsbild, für welches im Genehmigungsverfahren ebenfalls eine differenzierte Betrachtung erfolgt, als es auf Ebene der Regionalplanung möglich ist. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
008a	008a.09-16	E-N	Siehe Stellungnahme 008. 12-19	Siehe Stellungnahme 008. 12-19	Siehe Stellungnahme 008. 12-19
008a	008a.17	E-N	h) Einstufung/Einschätzung Der Verweis auf das Gutachten vom 27. März 2014 wird herangezogen, um zu begründen, dass das Potentialgebiet als Windvorrangfläche nicht geeignet sei. (S. 56: „Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Windvorranggebiet Windenergienutzung „Geversdorf/Oberndorf“ [. . .] dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch. ‘ Dieses Vorgehen ist aus Sicht der Gemeinde Geversdorf falsch, weil sich das zitierte Gutachten mit der Güte der eingereichten Antragsunterlagen zum BImSchG Verfahren befasst, aber nicht mit der Einschätzung des Potentialgebietes — Windvorrangfläche ja oder nein. Für diese Einschätzung ist der Umweltbericht Teil C da. Insofern basieren schon die Ausführungen in diesem Absatz auf einer fehlerhaften Grundlage. Die Möglichkeit, inwieweit Konflikte gemindert oder ausgeglichen werden können, wird nicht erörtert.	Die Ebenen "Regionales Raumordnungsprogramm", "Flächennutzungsplan(-Änderung)" und "Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren" zu trennen, ist grundsätzlich richtig. - Die auf der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bekannt gewordenen Umweltinformationen bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht berücksichtigt zu haben, wäre jedoch problematisch gewesen. Die Einstufung/Einschätzung in der Naturschutzfachlichen Einschätzung wird aufrecht erhalten: "Im Gutachten 'Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven' mit Stand 27. März 2014 sind die Defizite in den Antragsunterlagen zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Detail aufgeführt. Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Vorranggebiet Windenergienutzung 'Geversdorf/Oberndorf' des bzgl. des Teilabschnitts Windenergie unwirksamen Regionalen Raumordnungsprogramms Landkreis Cuxhaven 2012; dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch. – Bereits auf der Basis der vorhandenen Daten sind gravierende Konflikte ersichtlich. Dies betrifft v.a. die Bedeutung als Gastvogellebensraum, aber auch die Bedeutung als Vogelbrutgebiet bzw. die Bedeutung für einzelne Brutvogelarten. – Für die Potenzialflächen 007, 033 und 091 außerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Auch für die	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Potenzialflächen 007 und 033 in der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Im Hinblick auf die verschiedenen Konfliktlagen innerhalb der Sonderbaufläche erscheinen die Konflikte im nord-östlichen Bereich – in räumlicher Nähe zu den Windenergieanlagen im Bereich des Landkreises Stade – und im mittleren Bereich noch am relativ geringsten, weil hier eher wenige Gastvögel nachgewiesen wurden, der Abstand zu den Weißstorch- und Rohrweihen-Vorkommen etwas größer ist und die Zahl der Kiebitz-Vorkommen eher niedrig ist [... diese Aussage ist auf Basis der vorliegenden Daten getroffen]."	
008a	008a.18	E-N	Die Naturschutzfachliche Stellungnahme <ul style="list-style-type: none"> • basiert auf falschen bzw. veralteten Daten, • zieht unzulässige Begründungsgrundlagen (ungeeignete Gutachten, Vermutungen) heran, • wertet Abstände als problembehaftet, die lt. RROP Begründung unkritisch sind und • setzt sich nicht mit eingriffsmindernden Umständen (behördenbekannte Ausgleichsmaßnahmen) auseinander, die für die Ausweisung sprächen. Daher beantragt die Gemeinde Geversdorf eine grundlegende Überarbeitung.	Siehe 008.12, 008.13, 008.14, 008.15, 008.16, 008.17, 008.18, 008.19 und 008.20.	Nicht zu berücksichtigen.
008a	008a.19-22	E 11	Siehe Stellungnahme 008.22-25	Siehe Stellungnahme 008.22-25	Siehe Stellungnahme 008.22-25
008a	008a.23	E 11	Die Gemeinde Geversdorf fordert ein grundlegende Überarbeitung der Begründung /Erläuterung und um eine erneute Abwägung aller Belange im Sinne einer Aufrechterhaltung des Vorranggebietsstatus für das Potentialgebiet Geversdorf/Oberndorf.	Wie in der Auswertung bezüglich der in der Stellungnahme vorgebrachten Argumente dargelegt wurde, ist eine Ausweisung als Vorranggebiet für diesen Standort aus naturschutzfachlichen Gründen nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
008a	008a.24-29	E 06	Siehe Stellungnahme 008.27-32	Siehe Stellungnahme 008.27-32	Siehe Stellungnahme 008.27-32
008a	008a.30	A	Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass anlässlich eines Ortstermins am 12. Februar 2015 in Oberndorf der Bauamtsleiter des Landkreises Cuxhaven Herr Eickmann und der Sachbearbeiter für das Regionale Raumordnungsprogramm Herr Mechnig bestätigten, dass diese Fläche auch im neuen Entwurf als Vorrangfläche ausgewiesen wird. Die Fläche sollte gegenüber dem Entwurf 2014 sogar noch leicht in südliche Richtung erweitert werden. Der Gemeinde Geversdorf ist nicht bekannt, dass seit Februar 2015 neue gutachterliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Herausnahme des Vorranggebietes rechtfertigen. Tatsächlich beruhen die jetzt angeführten naturschutzfachlichen Gründe auf zum Teil veralteten Erhebungen und Unterlagen.	Die Festlegung der Zeichnerischen Darstellung erfolgte im April/Mai 2015. Eine Zusicherung für bestimmte Standorte wurde Seitens der Regionalplanung aufgrund des laufenden Verfahrens und der damit verbundenen Unsicherheit über die Ausgestaltung der Flächenausweisung zu keinem Zeitpunkt gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008a	008a.31	SO 09	Seit 2 Wochen liegen die Entwürfe der Bauleitpläne der Samtgemeinde Nordkehdingen und der beteiligten Gemeinden Balje und Oederquart über den in direkter Nachbarschaft angrenzenden geplanten Windpark vor. Die Planungsunterlagen sind insofern interessant, als dass sie bezüglich der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu einem vollkommen anderen Ergebnis kommen als der Landkreis Cuxhaven, obwohl beide Flächen direkt aneinander grenzen. Auch der Landkreis Stade beurteilt die Fläche scheinbar anders, da sie im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellt ist. Insofern wird der Landkreis Cuxhaven aufgefordert, seine Planungen mit denen des Landkreises Stade enger abzustimmen. Aus Sicht der Gemeinde Geversdorf ist nicht nachvollziehbar, warum zwei Flächen, die direkt aneinander grenzen und sich somit wie eine Windparkfläche darstellen, unterschiedlich bewertet werden.	Wie in der Einwendung angegeben, handelt es sich um Entwürfe. Es ist zu erwarten, dass es auch bei diesen Entwürfen zum Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Nordkehdingen bzw. zu den Vorhabensbezogenen Bebauungsplänen der Gemeinden noch diverse Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Einstellung der Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege geben wird. - Für die Ebene des "Regionalen Raumordnungsprogramms" sind die genannten Entwürfe der Bauleitpläne zunächst einmal ohne Belang, zumal sie sich auf den Bereich des Landkreises Stade beziehen.	Nicht zu berücksichtigen.
008b	Gemeinde Oberndorf				
008b	008b.01	A	Die Belange der Gemeinde Oberndorf werden durch die in der Detailkarte 9 dargestellte Fläche berührt. Dieser Standort, der auch die Gemeinde Geversdorf betrifft, war im Entwurf 2014 noch als Vorrangfläche für die Windenergie ausgewiesen. Die Samtgemeinde Am Dobrock hat für diese Fläche mit der 7. Flächennutzungsplanänderung, die seit dem 28.08.2015 rechtswirksam ist, eine Sonderbaufläche für Windenergie dargestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008b	008b.02	A	Siehe Stellungnahme 008.05	Siehe Stellungnahme 008.05	Siehe Stellungnahme 008.05
008b	008b.03	SO 09	Die Herabstufung des Potentialgebiets Geversdorf/Oberndorf, das nicht mehr als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen ist, ist für die Gemeinde Oberndorf nicht nachvollziehbar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008b	008b.04-07	U	Siehe Stellungnahme 008.07-10	Siehe Stellungnahme 008.07-10	Siehe Stellungnahme 008.07-10
008b	008b.08	U	Die Gemeinde Oberndorf bittet darum, die schutzgutbezogene Beurteilung (erhebliche Umweltauswirkungen) zu den Themen „windenergieempfindliche Vogelarten“ und „Landschaftsbild“ zu aktualisieren und zu überarbeiten.	Bezugnehmend auf die Hinweise zum Standort Geversdorf/Oberndorf erfolgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einschätzung der erheblichen Umweltauswirkungen auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein kann. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei der Durchführung erforderlicher Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und so keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Gleiches gilt für das Landschaftsbild, für welches im Genehmigungsverfahren ebenfalls eine differenzierte Betrachtung erfolgt, als es auf Ebene der Regionalplanung möglich ist. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
008b	008b.09-16	E-N	Siehe Stellungnahme 008.12-19	Siehe Stellungnahme 008.12-19	Siehe Stellungnahme 008.12-19

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008b	008b.17	E-N	<p>h) Einstufung/Einschätzung</p> <p>Der Verweis auf das Gutachten vom 27. März 2014 wird herangezogen, um zu begründen, dass das Potentialgebiet als Windvorrangfläche nicht geeignet sei. (S. 56: „Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Windvorranggebiet Windenergienutzung „Geversdorf/Oberndorf“ [...] dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch.“ Dieses Vorgehen ist aus Sicht der Gemeinde Oberndorf falsch, weil sich das zitierte Gutachten mit der Güte der eingereichten Antragsunterlagen zum BlmSchG-Verfahren befasst, aber nicht mit der Einschätzung des Potentialgebietes — Windvorrangfläche ja oder nein. Für diese Einschätzung ist der Umweltbericht Teil C da. Insofern basieren schon die Ausführungen in diesem Absatz auf einer fehlerhaften Grundlage. Die Möglichkeit, inwieweit Konflikte gemindert oder ausgeglichen werden können, wird nicht erörtert.</p>	<p>Die Ebenen "Regionales Raumordnungsprogramm", "Flächennutzungsplan(-Änderung)" und "Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren" zu trennen, ist grundsätzlich richtig. - Die auf der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens bekannt gewordenen Umweltinformationen bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht berücksichtigt zu haben, wäre jedoch problematisch gewesen. Die Einstufung/Einschätzung in der Naturschutzfachlichen Einschätzung wird aufrecht erhalten: "Im Gutachten 'Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven' mit Stand 27. März 2014 sind die Defizite in den Antragsunterlagen zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Detail aufgeführt. Die Aussagen beziehen sich dabei auf das Vorranggebiet Windenergienutzung 'Geversdorf/Oberndorf' des bzgl. des Teilabschnitts Windenergie unwirksamen Regionalen Raumordnungsprogramms Landkreis Cuxhaven 2012; dieses Gebiet ist mit der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Wesentlichen hinsichtlich der Fläche identisch. – Bereits auf der Basis der vorhandenen Daten sind gravierende Konflikte ersichtlich. Dies betrifft v.a. die Bedeutung als Gastvogellebensraum, aber auch die Bedeutung als Vogelbrutgebiet bzw. die Bedeutung für einzelne Brutvogelarten. – Für die Potenzialflächen 007, 033 und 091 außerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Auch für die Potenzialflächen 007 und 033 in der Sonderbaufläche Windenergienutzung lautet die Einstufung 'Gravierende Konflikte vorhanden – Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet'. Im Hinblick auf die verschiedenen Konfliktlagen innerhalb der Sonderbaufläche erscheinen die Konflikte im nord-östlichen Bereich – in räumlicher Nähe zu den Windenergieanlagen im Bereich des Landkreises Stade – und im mittleren Bereich noch am relativ geringsten, weil hier eher wenige Gastvögel nachgewiesen wurden, der Abstand zu den Weißstorch- und Rohrweihen-Vorkommen etwas größer ist und die Zahl der Kiebitz-Vorkommen eher niedrig ist [... diese Aussage ist auf Basis der vorliegenden Daten getroffen]."</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008b	008b.18	E-N	Die Naturschutzfachliche Stellungnahme • basiert auf falschen bzw. veralteten Daten, • zieht unzulässige Begründungsgrundlagen (ungeeignete Gutachten, Vermutungen) heran, • wertet Abstände als problembehaftet, die lt. RROP Begründung unkritisch sind und • setzt sich nicht mit eingriffsmindernden Umständen (behördenbekannte Ausgleichsmaßnahmen) auseinander, die für die Ausweisung sprechen. Daher beantragt die Gemeinde Oberndorf eine grundlegende Überarbeitung.	Siehe 008.12, 008.13, 008.14, 008.15, 008.16, 008.17, 008.18, 008.19 und 008.20.	Nicht zu berücksichtigen.
008b	008b.19-22	E 11	Siehe Stellungnahme 008.22-25	Siehe Stellungnahme 008.22-25	Siehe Stellungnahme 008.22-25
008b	008b.23	E 11	Die Gemeinde Oberndorf fordert ein grundlegende Überarbeitung der Begründung /Erläuterung und um eine erneute Abwägung aller Belange im Sinne einer Aufrechterhaltung des Vorranggebietsstatus für das Potentialgebiet Geversdorf/Oberndorf.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008b	008b.24-29	E 06	Siehe Stellungnahme 008. 27-32	Siehe Stellungnahme 008. 27-32	Siehe Stellungnahme 008. 27-32
008b	008b.30	A	Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass anlässlich eines Ortstermins am 12. Februar 2015 in Oberndorf der Bauamtsleiter des Landkreises Cuxhaven Herr Eickmann und der Sachbearbeiter für das Regionale Raumordnungsprogramm Herr Mechnig bestätigten, dass diese Fläche auch im neuen Entwurf als Vorrangfläche ausgewiesen wird. Die Fläche sollte gegenüber dem Entwurf 2014 sogar noch leicht in südliche Richtung erweitert werden. Der Gemeinde Oberndorf ist nicht bekannt, dass seit Februar 2015 neue gutachterliche Erkenntnisse vorliegen, die eine Herausnahme des Vorranggebietes rechtfertigen. Tatsächlich beruhen die jetzt angeführten naturschutzfachlichen Gründe auf zum Teil veralteten Erhebungen und Unterlagen.	Die Festlegung der Zeichnerischen Darstellung erfolgte im April/Mai 2015. Eine Zusicherung für bestimmte Standorte wurde Seitens der Regionalplanung aufgrund des laufenden Verfahrens und der damit verbundenen Unsicherheit über die Ausgestaltung der Flächenausweisung zu keinem Zeitpunkt gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
008b	008b.31	SO 09	Seit 2 Wochen liegen die Entwürfe der Bauleitpläne der Samtgemeinde Nordkehdingen und der beteiligten Gemeinden Balje und Oederquart über den in direkter Nachbarschaft angrenzenden geplanten Windpark vor. Die Planungsunterlagen sind insofern interessant, als dass sie bezüglich der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu einem vollkommen anderen Ergebnis kommen als der Landkreis Cuxhaven, obwohl beide Flächen direkt aneinander grenzen. Auch der Landkreis Stade beurteilt die Fläche scheinbar anders, da sie im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellt ist. Insofern wird der Landkreis Cuxhaven aufgefordert, seine Planungen mit denen des Landkreises Stade enger abzustimmen. Aus Sicht der Gemeinde Oberndorf ist nicht nachvollziehbar, warum zwei Flächen, die direkt aneinander grenzen und sich somit wie eine Windparkfläche darstellen, unterschiedlich bewertet werden.	Wie in der Einwendung angegeben, handelt es sich um Entwürfe. Es ist zu erwarten, dass es auch bei diesen Entwürfen zum Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Nordkehdingen bzw. zu den Vorhabensbezogenen Bebauungsplänen der Gemeinden noch diverse Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Einstellung der Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege geben wird. - Für die Ebene des "Regionalen Raumordnungsprogramms" sind die genannten Entwürfe der Bauleitpläne zunächst einmal ohne Belang, zumal sie sich auf den Bereich des Landkreises Stade beziehen.	Nicht zu berücksichtigen.
008c	Gemeinde Belum				
008c	008c.01	A	Die Gemeinde Belum wird vom RROP in zwei Teilbereichen betroffen. Gemäß der Detailkarte 3 des RROP ist der Bereich um die ehemalige Raketenstellung herum als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im RROP dargestellt. Im alten Entwurf war noch teilweise ein Vorranggebiet ausgewiesen. Durch die geltende Ausweisung im Flächennutzungsplan ist die Sonderbaufläche Windenergie für die Anlagenbetreiber gesichert. Ein Repowering im gewissen Umfang ist möglich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
008c	008c.02	SO 03	Allerdings führt das RROP aus, dass der Standort im Rahmen einer Zielausnahmeregelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden kann. Um die Belange von Natur und Landschaft dennoch ausreichend zu würdigen, müssen bei einem Repowering am Standort Belum besondere Vorgaben eingehalten werden. Daher wird zu diesem Standort als Ziel der Raumordnung folgende Festlegung getroffen: "Ein Repowering im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung in den bauleitplanerisch gesicherten Flächen des Windparks Belum setzt voraus, dass sich die Gesamttrotorfläche nicht wesentlich erhöht. Nicht wesentlich ist eine Erhöhung der Gesamttrotorfläche um 15 %."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
008c	008c.03	B 11	Diese Zielvorgabe wird von der Gemeinde Belum abgelehnt, da sie nicht nachvollziehbar ist. Es wird nicht dargelegt, warum eine 15 %-Regelung gewählt wurde. Ebenso könnten 20 % als unwesentlich angesehen werden. Daher ist die Entscheidung, welche zusätzliche Rotorfläche bei einem Repowering entsteht, der Bauleitplanung oder dem einzelnen Antragsverfahren zu überlassen. Da die Bauleitplanung oder der Antragsteller den Nachweis erbringen können, ob bei einem Repowering die naturschutzfachlichen Belange ausreichend berücksichtigt werden, ist diese Zielvorgabe entbehrlich. Diese Zielsetzung ist unbegründet und willkürlich. Die Untersuchung und Entscheidung über den Umfang eines möglichen Repowering in diesem Windpark muss der Bauleitplanung bzw. der Genehmigungsprüfung vorbehalten bleiben.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
008c	008c.04	SO 32	Bei der zweiten Fläche handelt es sich um die in der Detailkarte 32 dargestellte Windparkfläche in Belum-Kehdingbruch. Diese Fläche war im ersten Entwurf ebenfalls als Vorrangfläche ausgewiesen. Aufgrund der zu geringen Abstände zur Wohnbebauung und der naturschutzfachlichen Belange wird diese Fläche im neuen RROP-Entwurf ebenfalls als bauleitplanerisch gesicherte Fläche dargestellt. Die Fläche ist durch eine Darstellung im Flächennutzungsplan und durch den rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde Belum gesichert. Im RROP wird ausgeführt, dass auf regionaler Ebene keine Belange erkennbar sind, die gegen ein zumindest eingeschränktes Repowering sprechen. Das eingeschränkte Repowering beruht auf der Nähe zur vorhandenen Wohnbebauung. Dies zugrunde gelegt kommt der Landkreis Cuxhaven zu dem Ergebnis, dass der Standort Kehdingbruch als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden kann. Gegen die Darstellung der Fläche als bauleitplanerisch gesicherter Bereich bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	SG Börde Lamstedt				
010	010.01	A	„Die Samtgemeinde Börde Lamstedt gibt ihre Stellungnahme in ihrer Funktion als zuständige Trägerin der Flächennutzungsplanung (§ 98 Abs. 1 Ziffer 1 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG) ab. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Samtgemeinde mit der Flächennutzungsplanung eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises ihrer Mitgliedsgemeinden erfüllt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
010	010.02	A	Mit Blick auf die Anpassungsverpflichtung der Flächennutzungsplanung an die Regionale Raumordnung, die sich aus § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) ergibt, wird erwartet, dass die Stellungnahme der Samtgemeinde, die letztlich das gesamte Gebiet der Börde Lamstedt betrifft, im Zuge der Abwägung entsprechend gewichtet wird.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
010	010.03		Dieses vorausgeschickt wird nachstehende Stellungnahme abgegeben: Durch die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde der im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP-Stand 2002) des Landkreises Cuxhaven ausgewiesene Vorrangstandort Lamstedt-Mittelstenahne als Darstellung übernommen. Gleichzeitig wurde die Flächennutzungsplanung durch Rahmenentwicklungsplan mit einer Ausschlussplanung (Negativplanung) verbunden. Diese Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mit Verfügung der seinerzeitigen Bezirksregierung Lüneburg vom 14.02.2003 genehmigt und ist seit 13.03.2003 rechtskräftig und geltendes Recht in der Börde Lamstedt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
010	010.04	A	Nach § 8 Abs. 2 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) ist der Landkreis Cuxhaven als Regionale Raumordnungsbehörde verpflichtet, gemeindliche Planungen (z.B. Flächennutzungspläne) und Stellungnahmen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen, um der gemeindlichen Planungshoheit Rechnung zu tragen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
010	010.05	Z	Die Ausweisung neuer Vorranggebiete/Erweiterung eines Vorranggebietes in der Börde Lamstedt kollidiert mit der derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplanung. Die Darstellungen in der Regionalen Raumordnungsplanung ist für den Vorrangstandorte Nr. 30 „Odisheim/Stinstedt“ (hier Gemarkung Stinstedt) zu streichen und für den Vorrangstandort Nr. 17 „Lamstedt/Mittelstenahne“ für den Bereich der Gemarkung Lamstedt in Bezug auf die Erweiterungsbereiche des Vorrangstandortes auf die Darstellungen der genannten 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Börde Lamstedt zurückzuführen / zu reduzieren.	Die Ausschlusswirkung der 22. FNP-Änderung der Börde Lamstedt wurde im Rahmen der Aufstellung des einheitlichen Planungskonzeptes berücksichtigt (vgl. S. 34 der Begründung/Erläuterung). Dieser Belang wurde jedoch weggewogen, da das einheitliche Planungskonzept des Landkreises Cuxhaven im Gegensatz zur Ausschlusswirkung der Börde Lamstedt die aktuelle Rechtssprechung umsetzt und auf aktuellen Daten basiert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
010	010.06	Z	An der derzeitigen Rechtslage die sich aus der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes 1980 mit Ausschußplanung für Windkraftanlagen (Rahmenentwicklungskonzept Windenergie) ergibt, wird grundsätzlich festgehalten; unangetastet bleibt die Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen auf max. 99,90 m in der Gemeinde Lamstedt.	Durch das Regionale Raumordnungsprogramm werden keine Höhen festgelegt. Im Rahmen der Planungshoheit kann die Börde Lamstedt selbstverständlich weiterhin an der Höhenbegrenzung festhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
010	010.07	SO 40	Der Geltungsbereich der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes 1980 (Windkraftanlagen Liese) wurde als „städtebaulich gesicherter Bereich“ aufgenommen, diese Darstellung wird zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	010.08	SO 30	Gegen die Darstellung des Vorranggebietes „Odisheim/Stinstedt“ ist vorzutragen: Der dem Landkreis vorliegenden Stellungnahme des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg vom 12.08.2014 ist als Hinweis zu Mindestanforderungen an den Umweltbericht bei der Bewertung der naturschutzfachlichen Eignung der jeweiligen Potentialflächen bzw. Vorranggebietsdarstellungen zu entnehmen: „Die Prüfung der Umweltauswirkungen im Umweltbericht muss im Ergebnis für jedes Vorranggebiet eine zusammenfassende Aussage zur Eignung für die Windenergienutzung treffen. Der Landkreis muss aufgrund der sich aus § 35 BauGB ergebenden hohen Anforderungen an die Ausschlußwirkung und aus Gründen der Rechtsicherheit bereits im Aufstellungsverfahren die Eignung eines Vorranggebietes hinreichend geprüft haben, so dass sichergestellt ist, dass die ergänzenden Untersuchungen eine Vorranggebiet Windenergienutzung nicht in Frage stellen. Vorranggebiete Windenergienutzung sind als raumordnerische Zielfestlegungen landesplanerische Letztentscheidungen, die einer weiteren Abwägung nicht mehr zugänglich sind. Bei der Übernahme der Vorranggebiete in die Flächennutzungspläne ist lediglich eine räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung anhand der örtlichen Gegebenheiten möglich.“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	010.09	E 01	Der Landkreis erläutert in den Entwurfsunterlagen zum RROP, dass die Ausweisung der Potentialfläche Nr. 24 „St. Joost/Heidelberg“ zu einer Vorranggebietsfläche wegen artenschutzrechtlichen Bedenken nicht erfolgen kann. Die Fläche befindet sich um Flugkorridor eines Seeadlerpärchens zum Stinstedter Seegebiet das am Balksee brütet (Entfernung zum Horst rd. 4.600 m). Der östliche Teil liege im Bereich von Brutvorkommen des Rotmilans 1.500 m –Puffer (Mindestabstand). Die Fläche wird von daher abschließend als artenschutzrechtlich nicht verträglich und zu konfliktreich bewertet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	010.10	E 01	An der hier vorgenommenen fachlichen Bewertung des Landkreises Cuxhaven werden erhebliche Zweifel geäußert, belegende Unterlagen zu der Einschätzung der Unverträglichkeit der Potentialfläche Nr. 24 sind dem Entwurf des RROP 2015 nicht enthalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 20 bis 22 (= Bei Stinstedt-Sankt Joost) und Seite 31 bis 33 (= Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Belege sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung grundsätzlich nicht beigelegt; der Umfang würde extrem steigen. In der Einleitung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die geprüften Aspekte und die verwendeten Daten jeweils angeben. Bei Bedarf können einzelne Aspekte näher belegt werden. Ein Teil der angegebenen Informationen ist öffentlich zugänglich. - Die Potenzialfläche 024 nach dem RROP-Entwurf 2015 (bzw. Potenzialfläche 030 nach dem RROP-Entwurf 2014) hat bei früheren Neuaufstellungen bzw. Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms nie eine Rolle gespielt (einschließlich RROP 2012); erstmalig nach der Umstufung von "Ortslage" in "Sonstige wohnbauliche Nutzung" durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Vorfeld der Erstellung des Entwurfs 2014 gab es diese Potenzialfläche.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
010	010.11	E 01	So ist zum einen festzustellen, dass in den Aussagen des Umweltberichtes zur Bewertung naturschutzfachlicher Verträglichkeit (Seite 22) ausdrücklich festgestellt wird, dass eine mangelhafte Datengrundlage zur Thematik Brut-/Gastvögel und Fledermäuse besteht. Hier wird zitiert: „Es fehlen nicht nur aktuelle Daten zu den Brut- und Gastvögeln sowie Fledermäusen. Die Datengrundlage ist nicht nur mangelhaft, sondern ungenügend. Im Hinblick auf die Gastvögel ist eine Kartierung und Bewertung seitens des Naturschutzamtes des Landkreises Cuxhaven in Auftrag gegeben worden.“	Das Zitat ist der Naturschutzfachlichen Einschätzung [Seite 22] - nicht dem Umweltbericht - entnommen. - Die Aussage zur Datengrundlage ist korrekt. - Die in Auftrag gegebene Kartierung und Bewertung der Gastvögel ist noch nicht abgeschlossen und liegt noch nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
010	010.12	E 01	Trotzdem kommt der Landkreis bei mangelhafter Datengrundlage bei der Bewertung der Potentialfläche 024 (St. Joost/Heidelberg - Seite 23/24 des Entwurfes der Begründung/Erläuterung) in direktem Vergleich zur Potentialfläche 053 (Odisheim/Stinstedt) zu dem Ergebnis (siehe Seite 36 der Begründung / Erläuterung) die Potentialfläche 053 zu bevorzugen und die Potentialfläche 024 zu streichen.	Die Einschätzung wird - auf der Basis der derzeit vorliegenden Daten - aufrecht erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
010	010.13	E 01	Die fachliche Herleitung dieser Entscheidung ist nicht nachvollziehbar und wird auf derzeitiger Datengrundlage in Frage gestellt. Sie wäre erst nach Auswertung der nun während der Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung/Behördenbeteiligung zu spät beauftragten Begutachtung fachlich korrekt möglich, da erst dann das erforderliche Datenmaterial als Grundlage zur Verfügung steht. Den formulierten Anforderungen des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg aus der Stellungnahme vom 12.08.2014 wird nicht ausreichend Rechnung getragen – dies stellt einen Abwägungsmangel dar.	Die unterschiedliche Qualität der Datengrundlage ist so schnell nicht zu ändern. Die Abwägung wurde/wird auf Grundlage der aktuell zur Verfügung stehenden Datengrundlagen getroffen. Auch die absehbare Verfügbarkeit der Kartierung und Bewertung der Gastvögel für den Bereich Basmoor und Umgebung ist nur ein "Mosaikstein". - Es ist nicht ersichtlich, auf welche Passage im Schreiben des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg die Einwendung exakt abstellt. - Die Abwägung wird - auf der Basis der derzeit vorliegenden Daten - aufrecht erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
010	010.14	E 01	Die naturschutzfachliche Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven vom 27.07.2015 zum beim Landkreis Cuxhaven vorliegenden Blmsch-Antragsverfahren für den Windpark Odisheim/Stinstedt, bestätigt ergänzend die nicht ausreichende Prüfung der Umweltauswirkungen im Sinne der Anforderungen des Amtes für regionale Landesentwicklung.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
010	010.15	Z	Gegen die Ausweisung eines Vorrangstandortes St.Joost/Heidelberg, Potenzialfläche 24, bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	010.16	SO 17	Für die Erweiterungsbereiche des Windparks Lamstedt/Mittelstenahe gibt es zur Frage der naturschutzfachlichen Verträglichkeit ebenfalls gegensätzliche Ergebnisse aus Fachgutachten zur Bewertung von Belangen der Avifauna (Brutvögel/Gastvögel) von Landkreis (beauftragt durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Jahre 2010) und Gutachten zu BlmSchG-Antragsverfahren des Unternehmens Energiequelle, die zu diesem Zeitpunkt eine Erweiterung des Vorrangstandortes und andererseits die Rücknahme des Vorranggebietes in westlicher Ausrichtung fachlich fraglich erscheinen lassen. Auch hierzu ist dem Entwurf des RROP 2015 keine ausreichende Datengrundlage nachvollziehbar zu entnehmen. Insofern wird der Entwurf des RROP 2015 abgelehnt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Belege sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung grundsätzlich nicht beigelegt; der Umfang würde extrem steigen. In der Einleitung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die geprüften Aspekte und die verwendeten Daten jeweils angegeben. Bei Bedarf können einzelne Aspekte näher belegt werden. Ein Teil der angegebenen Informationen ist öffentlich zugänglich.	Nicht zu berücksichtigen.
010	010.17	SO 17	Eine Erweiterung des Vorrangstandortes Lamstedt/Mittelstenahe, für den Bereich der Gemarkung Mittelstenahe, wie sie im Entwurf des RROP 2014 vorgesehen war, wird befürwortet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010	010.18	SO 17	Es bestehen Zweifel daran, dass der von der Rechtsprechung ausgesprochene Umgebungsschutz zum Denkmal Gut Haneworth bei der Reduzierung des Vorrangstandortes Lamstedt/Mittelstenahe ausreichend berücksichtigt wurde. Um eine Prüfung dieses Sachverhaltes wird gebeten."	Ohne weitere Ausführung worauf diese Zweifel basieren, ist eine vertiefende Prüfung nur schwerlich möglich. Das rechtskräftige Urteil wurde berücksichtigt und das Vorranggebiet in dem Bereich der zurückzubauenden Anlage verkleinert.	Nicht zu berücksichtigen.
010a	Gemeinde Stinstedt				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
010a	010a.01	A	auf Grundlage der Beschlußfassung durch den Rat der Gemeinde Stinstedt vom 21.07.2015 wird zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Cuxhaven; sachlicher Teilabschnitt Windenergie (Entwurf 2015) durch die Gemeinde Stinstedt folgende Stellungnahme abgegeben: „Die Gemeinde Stinstedt nimmt den Entwurf des Landkreises Cuxhaven zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP-Entwurf 2015) zur Kenntnis. Die Ausweisung des Vorrangstandortes für die Erzeugung von Windenergie Odisheim / Stinstedt (Detailkarte Nr.30) wird abgelehnt.	Kenntnisnahme. Dieser Teil der Stellungnahme ist an die Samtgemeinde Börde Lamstedt gerichtet.	Kenntnisnahme
010a	010a.02	A	Dafür wird die Potenzialfläche Nr. 24 St.Joost/Heidberg als Vorrangstandort für die Erzeugung von Windenergie befürwortet.	Kenntnisnahme. Dieser Teil der Stellungnahme ist an die Samtgemeinde Börde Lamstedt gerichtet.	Kenntnisnahme
010a	010a.03	A	Die Samtgemeinde wird gebeten dies bei der Abgabe ihrer Stellungnahme zum Verfahren der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) entsprechend zu werten und nach Rechtskraft des RROP, der Anpassungsverpflichtung des § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) folgend, das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes 1980 an die Festsetzung des Vorrangstandortes St.Joost/Heidberg (Potenzialfläche Nr. 24) des RROP (Windpark St.Joost/Heidberg; hier Gemarkung Stinstedt) auszurichten und unter vorheriger erneuter Beteiligung der Gemeinde Stinstedt einzuleiten.	Kenntnisnahme. Dieser Teil der Stellungnahme ist an die Samtgemeinde Börde Lamstedt gerichtet.	Kenntnisnahme
010a	010a.04	A	Es besteht hierbei der Wunsch im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplanes zur Höhenfestsetzung von Windkraftanlagen eine max. zulässigen Gesamthöhe von 186 m vorzugeben und auch einen Bebauungsplan aufzustellen.“	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
010a	010a.05	E 01	Beründung: Der Landkreis erläutert in den Entwurfsunterlagen zum RROP, dass die Ausweisung der Potentialfläche Nr. 24 „St. Joost/Heidberg“ zu einer Vorranggebietsfläche wegen artenschutzrechtlichen Bedenken nicht erfolgen kann. Die Fläche befindet sich um Flugkorridor eines Seeadlerpärchens zum Stinstedter Seegebiet das am Balksee brütet (Entfernung zum Horst rd. 4.600 m). Der östliche Teil liege im Bereich von Brutvorkommen des Rotmilans 1.500 m-Puffer (Mindestabstand). Die Fläche wird von daher abschließend als artenschutzrechtlich nicht verträglich und zu konfliktreich bewertet.	Kenntnisnahme. Dies ist richtig wiedergegeben.	Kenntnisnahme
010a	010a.06	E 01	An der hier vorgenommenen fachlichen Bewertung des Landkreises Cuxhaven werden erhebliche Zweifel geäußert, belegende Unterlagen zu der Einschätzung der Unverträglichkeit der Potentialfläche Nr. 24 sind nicht enthalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 20 bis 22 (= Bei Stinstedt-Sankt Joost) und Seite 31 bis 33 (= Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Belege sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung grundsätzlich nicht beigelegt; der Umfang würde extrem steigen. In der Einleitung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die geprüften Aspekte und die verwendeten Daten jeweils angegeben. Bei Bedarf können einzelne Aspekte näher belegt werden. Ein Teil der angegebenen Informationen ist öffentlich zugänglich. - Die Potenzialfläche 024 nach dem RROP-Entwurf 2015 (bzw. Potenzialfläche 030 nach dem RROP-Entwurf 2014) hat bei früheren Neuaufstellungen bzw. Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms nie eine Rolle gespielt (einschließlich RROP 2012); erstmalig nach der Umstufung von "Ortslage" in "Sonstige Wohnbauliche Nutzung" durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Vorfeld der Erstellung des Entwurfs 2014 gab es diese Potenzialfläche.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
010a	010a.07	E 01	So ist zum einen festzustellen, dass in den Aussagen des Umweltberichtes zur Bewertung naturschutzfachlicher Verträglichkeit (Seite 22) ausdrücklich festgestellt wird, dass eine mangelhafte Datengrundlage zur Thematik Brut-/Gastvögel und Fledermäuse besteht.	Mit der Einwendung wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung [Seite 22] - nicht auf den Umweltbericht - Bezug genommen. - Die Aussage zur Datengrundlage ist korrekt.	Nicht zu berücksichtigen.
010a	010a.08	E 01	Trotzdem kommt der Landkreis bei mangelhafter Datengrundlage bei der Bewertung der Potentialfläche 024 (St. Joost/Heidelberg - Seite 23/24 des Entwurfes der Begründung/Erläuterung) in direktem Vergleich zur Potentialfläche 053 (Odisheim/Stinstedt) zu dem Ergebnis (siehe Seite 36 der Begründung / Erläuterung) die Potentialfläche 053 zu bevorzugen und die Potentialfläche 024 zu streichen.	Die Einschätzung wird - auf der Basis der derzeit vorliegenden Daten - aufrecht erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
010a	010a.09	SO 09	Die fachliche Herleitung dieser Entscheidung ist nicht nachvollziehbar und wird auf derzeitiger Datengrundlage in Frage gestellt. Sie wäre erst nach Auswertung der nun während der Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung/Behördenbeteiligung zu spät beauftragten Begutachtung fachlich korrekt möglich — dies stellt einen Abwägungsmangel dar.	Die unterschiedliche Qualität der Datengrundlage ist so schnell nicht zu ändern. Die Abwägung wurde/wird auf Grundlage der aktuell zur Verfügung stehenden Datengrundlagen getroffen. Auch die absehbare Verfügbarkeit der Kartierung und Bewertung der Gastvögel für den Bereich Basmoor und Umgebung ist nur ein "Mosaikstein". - Die Abwägung wird - auf der Basis der derzeit vorliegenden Daten - aufrecht erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
010b	Gemeinde Lamstedt				
010b	010b.01	A	durch die Gemeinde Lamstedt wird auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Gemeinde Lamstedt vom 22.07.2015 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Cuxhaven (Entwurf 2015) folgende Stellungnahme abgegeben: Um dem Ergebnis der Bürgerbefragung aus dem Jahre 2010 weiter Rechnung zu tragen, wird die Ausweisung eines Erweiterungsbereiches zum Vorrangstandort für die Erzeugung von Windenergie Lamstedt-Mittelstenahe, hinausgehend über die bestehenden Darstellungen der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes 1980, abgelehnt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010b	010b.02	A	Die Anpassung für den Teilbereich, bauleitplanerisch gesichert, mit Einschränkungen für ein mögliches Repowering von Windkraftanlagen, wird zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010b	010b.03	SO 17	Begründung: Durch die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde der im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP-Stand 2002) des Landkreises Cuxhaven ausgewiesene Vorrangstandort für Windenergie Lamstedt-Mittelstenahe als Darstellung übernommen. Gleichzeitig wurde diese Flächennutzungsplanung durch Rahmenentwicklungsplan mit einer Ausschlussplanung (Negativplanung) verbunden. Die Änderung des flächennutzungsplanes wurde mit Verfügung der seinerzeitigen Bezirksregierung Lüneburg vom 14.02.2003 genehmigt und ist seit 13.03.2003 rechtskräftig. Nach § 2 Abs. 2 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) ist der Landkreis Cuxhaven als Regionale Raumordnungsbehörde verpflichtet, gemeindliche Planungen (z.B. flächennutzungspläne) und Stellungnahmen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen, um der gemeindlichen Planungshoheit Rechnung zu tragen. Die Erweiterung des Vorranggebietes Lamstedt-Mittelstenahe kollidiert mit der derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplanung.	Die Ausschlusswirkung der 22. FNP-Änderung der Börde Lamstedt wurde im Rahmen der Aufstellung des einheitlichen Planungskonzeptes berücksichtigt (vgl. S. 34 der Begründung/Erläuterung). Dieser Belang wurde jedoch weggewogen, da das einheitliche Planungskonzept des Landkreises Cuxhaven im Gegensatz zur Ausschlusswirkung der Börde Lamstedt die aktuelle Rechtsprechung umsetzt und auf aktuellen Daten basiert.	Nicht zu berücksichtigen.
010b	010b.04	SO 17	Bereits durch Investoren für die Erweiterungsbereiche vorgelegte BImSchG-Anträge zur Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der vorgesehenen Erweiterungsbereiche wurden teilweise vom Landkreis Cuxhaven mit der Begründung einer artenschutzrechtlichen Unverträglichkeit der Planung abgelehnt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010b	010b.05	SO 17	Es bleibt insoweit unverständlich, warum es zu einer Ausweisung von weiteren Vorrangbereichen zur Erzeugung von Windenergie kommt, jedoch für die nachgelagerte Ebene wegen artenschutzrechtlichen Bedenken bereits die Errichtung von Windkraftanlagen in diesen Teilen ausgeschlossen werden kann.	Der Zuschnitt des Vorranggebietes SO 17 bzw. des bauleitplanerisch gesicherten Bereiches Lamstedt-Mittelstenahe wird in der Begründung zum RROP 2015 ausführlich erläutert. Der westliche Bereich ist aus naturschutzfachlichen Gründen nicht als Vorranggebiet ausweisbar.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
010b	010b.06	A	Zur Verpflichtung des Landkreises Cuxhaven zur naturschutzfachlichen Analyse der einzelnen Vorrangstandorte wird auf die Inhalte des Schreibens des Amtes für regionale Landesentwicklung von August 2014 zum Verfahren der Neuaufstellung des RROP verwiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010c	Gemeinde Mittelstenahe				
010c	010c.01	A	durch die Gemeinde Mittelstenahe wird auf Grundlage der Beschlußfassung des Rates vom 29.07.20 15 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Cuxhaven; sachlicher Teilabschnitt Windenergie (Entwurf 2015) folgende Stellungnahme abgegeben: „Die Gemeinde Mittelstenahe spricht sich in vollem Umfang für die Ziele des RROP aus, wonach der Windenergie die notwendigen Möglichkeiten gegeben werden sollen, an dem positiven Gelingen der Energiewende ihren Beitrag zu leisten. Sowohl die Bevölkerung wie auch der Rat der Gemeinde stehen hinter diesem Konzept, auch auf dem Gebiet der Gemeinde. Dem möglichen Ausbaupotential für das Vorranggebiet Mittelstenahe wird uneingeschränkt zugestimmt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
010c	010c.02	SO 17	Dabei sind die Festsetzungen im RROP 2014 wiederherzustellen und unbedingt einzuhalten, um keine Beschneidung der Fläche nach Westen zuzulassen, die für die Errichtung drei weiterer Mühlen infrage kommt.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
010c	010c.03	SO 17	Die naturschutzfachlichen Bedenken, die zu einer Verkleinerung im Westen des Vorranggebietes geführt haben, werden von der Gemeinde Mittelstenahe nicht akzeptiert, weil im Rahmen der Erweiterungsplanung durch den Betreiber des Windparks die Bedenken seitens der Unteren Naturschutzbehörde durch unabhängige Fachgutachten komplett widerlegt wurden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Der westliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe", der im Entwurf 2015 kein Vorranggebiet Windenergienutzung ist, gehört zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung und grenzt an einem Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung an. - Die in der Einwendung angesprochene Erweiterung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. Eine Widerlegung der Bedenken der Unteren Naturschutzbehörde ist hier nicht bekannt.	Nicht zu berücksichtigen.
010c	010c.04	SO 17	Zudem wurde im Entwurf des RROP 2014 ebenfalls im Umweltbericht des Landkreises durch ein unabhängiges Büro im Auftrag des Landkreises selbst die Unbedenklichkeit der Fläche bestätigt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Maßgeblich für den Entwurf 2015 ist der Umweltbericht 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
010c	010c.05	SO 17	Die Samtgemeinde wird aufgefordert, das Änderungsverfahren zur Änderung des F-Planes von 1980 an die Festsetzung des Vorrangstandortes 17 des RROP zügig auszurichten und im Einvernehmen mit der Gemeinde Mittelstenahe zu vollenden.“	Kenntnisnahme. Dieser Teil der Stellungnahme ist an die Samtgemeinde Börde Lamstedt gerichtet und somit für den RROP Entwurf 2015 nicht relevant.	Kenntnisnahme
011	Samtgemeinde Hemmoor				
011	Gemeinde Osten				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.01	SO 31	1. Schwebefähre Osten-Hemmoor In ihren Stellungnahmen vom 16.09.2010 und vom 29.07.2014 hat die Gemeinde Osten nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, mit der Darstellung eines Vorranggebietes für die . Windkraftnutzung im Umfeld von 5 km um die Schwebefähre Osten-Hemmoor nicht einverstanden zu sein. Befürchtet wird namentlich, dass der Antrag auf Anerkennung des Welterbestatus dieses „Wahrzeichens der deutschen Ingenieurbaukunst“ abschlägig beschieden wird, sollte in deren Umfeld ein Windpark errichtet werden. Dieser Einwand wird vollen Umfangs aufrechterhalten und nochmals der Forderung Ausdruck verliehen, über die Darstellung der Vorrangzone Nr. 31 „Osten-Isensee“ nicht ohne vorherige Einholung eines Gutachtens der UNESCO zu befinden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
011	011.02	U SO 31	Mit Verwunderung wird in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass der Umweltbericht (Entwurf, Stand: Juni 2015, S. 163) die Aussage trifft, weder im Plangebiet noch in dessen Umfeld wären Kultur- oder Baudenkmäler zu finden. Dies lässt den Hinweis geboten erscheinen, dass die Schwebefähre, die sich im Abstand von etwa 2,9 km vom geplanten Vorranggebiet „Osten-Isensee“ befindet, bereits seit 1974 als technisches Kulturdenkmal unter Schutz steht.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet (potenzielles Vorranggebiet Osten-Isensee) berücksichtigt. Die Schwebefähre sowie weitere Baudenkmäler (z.B. denkmalgeschützte Wohn-/Wirtschaftsgebäude oder Scheunen) liegen außerhalb dieser 300 m. Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.03	SO 31	Mag eine dort erfolgende Errichtung von Windkraftanlagen aus Sicht des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege auch „keine wesentlichen Beeinträchtigungen“ befürchten lassen, kann dies aus der Perspektive der UNESCO doch abweichend zu bewerten sein.	Ein möglicher Antrag als Weltkulturerbe bei der UNESCO kann nicht als Belang in die Abwägung eingestellt werden. Weder gibt es derzeit einen Antrag, noch ist abzusehen wann ein solcher Antrag gestellt wird. Die Raumordnung kann lediglich tatsächlich bestehende Fakten in die Abwägung einstellen. So wird weder von der Denkmalschutzbehörde des Landkreises noch vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege eine Beeinträchtigung des Denkmals Schwebefähre durch den Windpark Osten-Isensee gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.04	SO 31	Insoweit ist daran zu erinnern, dass der Einrichtung von Pufferzonen nach den „Richtlinien für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Rn. 103 ff.) eine besondere Bedeutung zukommt, die neben dem unmittelbaren Umfeld auch und gerade die wesentlichen Sichtachsen umfassen, die eine wichtige praktische Rolle spielen, um einen wirksamen Schutz der jeweiligen Welterbestätte zu unterstützen.	Siehe Stellungnahme 11.03	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.05	SO 31	Vor der Beschlussfassung über den Entwurf des RROP 2015 bedarf daher der Klärung, ob durch die Einrichtung eines Windparks im Vorranggebiet Nr. 31 wesentliche Sichtachsen verstellt werden.	Eine solche Klärung wäre nur dann notwendig, wenn die Schwebefähre tatsächlich als Weltkulturerbe ausgewiesen wäre. Mögliche Zustände und Eventualitäten können nicht berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.06	SO 31	Schließlich erscheint der Hinweis geboten, dass das Oberverwaltungsgericht Lüneburg in seinem Urteil vom 14.05.2014 wohl einen Schutzabstand von 5 km als in gesteigertem Maße rechtfertigungsbedürftig erachtet hat (OVG Lüneburg, Urt. v. 14.05.2014, 12 KN 244/12, NuR 2014, 571 (574).), sich damit aber gerade nicht die Aussage verbindet, dass ein Ausschluss der Potenzialflächen 008 und 122 (= geplantes Vorranggebiet Nr. 31) nicht in abwägungsgerechter Weise vorgenommen werden könnte. Auch aus diesem Grunde ist die Einholung eines Gutachtens erforderlich, um die Bedeutung des Interesses an der Wahrung des optischen Beziehungsgefüges zwischen der Schwebefähre und des sie umgebenden Landschaftsraumes zutreffend beurteilen zu können.	Siehe Stellungnahme 011.05	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.07	SO 31	II. Mangelnde Eignung des geplanten Vorranggebietes Nr. 31 „Osten-Isensee“ Eine Festlegung der Fläche Nr. 31 als Vorranggebiet sieht sich unter den Aspekten des Naturschutzes und der Landschaftspflege schwerwiegenden Bedenken ausgesetzt.	Kenntnisnahme. Die Begründung dieser Kritik erfolgt im Weiteren.	Kenntnisnahme
011	011.08	SO 31	Die „Naturschutzfachliche Einschätzung von Potenzialflächen“ (Entwurf, Stand: Juni 2015, S. 14) bezeichnet die Potenzialflächen 008 und 122 als bedingt geeignet, lässt aber keinen Zweifel daran, dass die Wertungstendenz eher in Richtung „Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten — Fläche ist als Vorranggebiet voraussichtlich ungeeignet“ geht. Bestimmend ist dafür die Erwägung, dass die Potenzialflächen zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung und — unter Einbezug der Nahrungshabitate — zu Vogeibrutgebieten von landesweiter Bedeutung gehören.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die in der Einwendung getroffene Aussage, dass die Tendenz in Richtung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet" geht, ist korrekt.	Kenntnisnahme.
011	011.09	SO 31	Außerdem befindet sich der westliche Teil der Fläche 008 innerhalb des 2.000 m umfassenden Prüfbereichs mehrerer Weißstorch-Vorkommen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet (bzw. zu den Gebieten) gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. Der westliche Teil des Gebietes 008 liegt im 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen; diese Aussage ist korrekt. Hier muss eine Prüfung im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren erfolgen [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 3].	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
011	011.10	SO 31	Ein kleiner Teil der Fläche 008, die im RROP als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft dargestellt ist, und die gesamte Fläche 122 gehören zu einem Biotop der landesweiten Biotopkartierung (Objekt-ID: 890 Nr. 2320004).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. -Ein kleiner Teil im nördlichen Bereich des Gebietes 008 sowie das gesamte Gebiet 122 gehören zu einem Biotop der Landesweiten Biotopkartierung. - Die Objekt-ID und die Gebietsnummer, die in der Einwendung angegeben sind, entstammen dem interaktiven Kartendienst "Niedersächsische Umweltkarten" des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz.	Kenntnisnahme.
011	011.11	SO 31	Selbst wenn diese Aspekte nur eine Tendenzaussage zulassen sollten, vermitteln die Ergebnisse jüngerer Brutvogelkartierungen doch die Erkenntnis, dass die Potenzialflächen für die Nutzung der Windenergie tatsächlich ungeeignet sind.	Es wird davon ausgegangen, dass hier und nachfolgend v.a. auf das Gutachten "Zusammenstellung der Erfassungen zu Brut-, Zug- und Rastvögeln im Bereich der geplanten Vorrangzone Nr. 31 Osten/Isensee der Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015" (Auftraggeber: Diplom-Biologe Georg Ramm, Oederquart, Auftragnehmer: Diplom-Biologe Reinhard Utzel, Gnarrenburg) Bezug genommen wird.	Kenntnisnahme.
011	011.12	SO 31	Hinzu weisen ist auf folgende Umstände:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
011	011.13	SO 31	• Nordwestlich der Fläche 008 hat in den Jahren 2014 und 2015 ein Brutpaar der Rohrweihe jeweils erfolgreich reproduziert. Der für diese Art maßgebliche Schutzabstand von 1.000 m (Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSKt9, Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten, Überarbeitung vom 15.04.2015, Tabelle 2, S. 4 und S. 11.) überlagert wesentliche Teile der Potenzialfläche. Zugleich werden die südlich des ausgesparten Waldes befindlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen von den Rohrweihen regelmäßig zur Jagd aufgesucht. Würden dort Windkraftanlagen errichtet, bestünde ein hohes Risiko, dass einzelne Individuen durch eine Kollision mit den Rotoren zu Tode kommen. Das gilt vor allem während der Ansiedlungs- und Reproduktionsphase, zu der im Umfeld der Horste mit Flugaktivitäten im Wirkraum der Rotoren zu rechnen ist (z.B. Balzflüge, Transferflüge, Feindabwehr, Überwachungsflüge, Übungsflüge der Jungvögel). (Vgl. Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Staatliche Vogelschutzwarte (Langgemach/Dürr), Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel, Stand: 01.06.2015, S. 28. Eine jüngere dänische Studie vermittelt die Erkenntnis, dass bis zu 31,9% aller Flüge auf Höhe der Rotoren stattfinden können. (Therkildsen/Elmeros, First year post-construction monitoring of bats and birds at wind turbine test centre østerild. Scientific Report Danish Centre for Environment and Energy 133 (2015), p. 81.)	Diese Information ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu dem Brutpaar der Rohrweihe ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen. Das Vorkommen wird mit einem 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] berücksichtigt; hieraus resultiert eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.14	SO 31	<p>• Südlich des „Großen Fleths“ brüten drei Paare des Kiebitzes innerhalb der Fläche 008. Drei weitere Brutpaare haben ihre Niststätten im direkten Umfeld der Fläche 122. Werden diese Vorkommen mit einem 500 m umfassenden Schutzabstand versehen, (LAG VSW (Fn. 2), Tabelle 2, S. 4; Niedersächsischer Landkreistag (NLT), Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie, 5. Aufl. 2014, Tabelle 2, S. 14.) wird hiervon die Fläche 122 vollständig und die Fläche 008 zum weit überwiegenden Teil überlagert. Diese Pufferzone muss von Windkraftanlagen freigehalten werden, um sicherzustellen, dass erhebliche Störungen des Brutgeschehens sowie hiermit einhergehende Brutverluste bzw. Minderungen des Reproduktionserfolges unterbleiben, die sich nachteilig auf den Erhaltungszustand der lokalen Population des Kiebitzes auswirken.</p>	<p>Diese Information ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu den drei Brutpaaren des Kiebitzes südlich des Großen Flethes ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen; hinzu kommt ein Vorkommen des Kiebitzes nördlich des Großen Fleths. Durch die Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels erfolgt eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung. - Die Art Kiebitz ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu bearbeiten.</p>	Teilweise zu berücksichtigen.
011	011.15	SO 31	<p>• Nördlich des „Großen Fleths“ kommt noch immer die Bekassine vor, die ebenfalls störepfindlich ist und im Falle der Realisierung des Windparks voraussichtlich vergrämt würde. Dasselbe gilt für den Rotschenkel, der ebenfalls verschiedentlich beobachtet werden konnte. Bei der Bekassine besteht zudem die Gefahr, dass Individuen dieser stark gefährdeten Art während ihrer im hohen Luftraum stattfindenden Balzflüge durch eine Kollision mit den Rotoren zu Tode kommen.</p>	<p>Diese Information ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu dem Brutpaar der Bekassine ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen, allerdings liegt das Vorkommen hier südliche des Großen Fleths. Das Vorkommen wird mit einem 500 m-Puffer [Mindestabstand] berücksichtigt; hieraus resultiert eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung.</p>	Zu berücksichtigen.
011	011.16	SO 31	<p>• Der Mäusebussard brütet mit drei Paaren im direkten Umfeld der Potenzialflächen 008 und 122. Der für diese Art fachwissenschaftlich für erforderlich erachtete Schutzabstand von 500 m um den Horst (NLT(Fn. 5), Tabelle 2 S. 14.) überlagert die Potenzialflächen vollständig. Auch bei dieser besonders unter der Windkraftnutzung leidenden Greifvogelart ist damit zu rechnen, dass einzelne Exemplare an den Windkraftanlagen zu Tode kommen.</p>	<p>Die Vorkommen des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.17	SO 31	• Westlich der Fläche 008 brütet seit 2010 alljährlich die Waldohreule. Auch wenn der Abstand zum geplanten Vorranggebiet mehr als 500 m betragen dürfte, ist davon auszugehen, dass die Fläche 008 den regelmäßigen Aktionsraum der Eulen überlagert, die im offenen Gelände zur Jagd schreiten.	Das Vorkommen der Waldohreule ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.18	SO 31	• Im Luftraum über der Potenzialfläche konnten verschiedentlich bis zu 11 Greifvögel (vorwiegend Mäusebussard und Rohrweihe) gleichzeitig in größerer Höhe beobachtet werden. Ein Belegfoto liegt vor und kann bei Bedarf gern zur Verfügung gestellt werden. Ob die Greifvögel am Waldrand entstehende Aufwinde nutzen oder sich von der Thermik in größere Höhen tragen lassen, ist nicht bekannt, indessen ist absehbar, dass die Individuen an diesem Standort erhöhten Kollisionsrisiken ausgesetzt wären, würden dort Windkraftanlagen errichtet.	Die Vorkommen des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - Bezüglich des Vorkommens der Rohrweihe wird auf 011.13 verwiesen.	Teilweise zu berücksichtigen.
011	011.19	SO 31	Im Rahmen der aus naturschutzfachlicher Sicht vorgenommenen Untersuchung der Potenzialflächen wurden ausweislich der Begründung/Erläuterung (Entwurf, Stand: Juni 2015) zahlreiche Flächen vollständig oder teilweise u.a. wegen des Vorkommens von Rohrweihen, Kiebitzen und Weißstörchen ausgesondert (z.B. 040/220 bei Kührstedt; 090/129/303 bei Osten-Schüffdamm; 007 und 033 Windpark Geversdorf-Oberndorf).	Im Entwurf 2015 wird der in den Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten angegebene Mindestabstand von 1.000 m zu Vorkommen der Rohrweihe von 1.000 m zu Vorkommen des Weißstörchs durchgängig eingehalten. Im Hinblick auf den Kiebitz sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden.	Teilweise zu berücksichtigen.
011	011.20	SO 31	Mitunter genügte hierzu schon die Lage in einem Prüfbereich für den Schwarzstorch und ein in der Nähe befindliches Vorkommen des Kiebitzes (032 Windpark Appeln) oder die Nähe zu FFH-Gebieten (170, 173 und 196 Windpark Uthiede), obwohl der Abstand über den für diese Gebiete maßgeblichen Puffer von 500 m hinausreicht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Appeln" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 45 bis 47 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln")]. Im Entwurf 2015 wird der Standort "Kirchwistedt-Altewistedt" gegenüber dem Standort "Appeln" bevorzugt [Begründung/Erläuterung, Seite 35]. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Uthiede" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 81 bis 84 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Uthiede" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. Im Entwurf 2015 entfallen die Potenzialflächen 170, 173 und 196 aufgrund der Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet"; diese Potenzialflächen 170, 173 und 196 liegen u.a. zwischen zwei (!) Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung, nämlich "Kuhlmoor, Tiefenmoor" einerseits und "Teichfledermausgewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" andererseits.	Kenntnisnahme.
011	011.21	SO 31	Dann aber sollte sich angesichts der klaren Tendenzaussage der „Naturschutzfachlichen Einschätzung von Potenzialflächen“ unter Einbezug der nun nachgewiesenen Brutvorkommen windkraftsensibler Vogelarten von selbst verstehen, dass der Windkraftnutzung in den Potenzialflächen 008, 122 schon im Interesse der Vermeidung einer Verfehlung der Anforderungen des Abwägungsgebotes kein Raum gegeben werden darf. Das Risiko einer artenschutzrechtlich relevanten Beeinträchtigung windkraftsensibler Brutvogelarten (44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG) ist hier derart hoch, dass das Interesse an der Realisierung einiger weniger Windkraftanlagen dahinter zurückzutreten hat.	Siehe 011.12 bis 011.20.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.22	SO 31	Ob sich die Planung des Vorranggebietes aus artenschutzrechtlichen Gründen womöglich gar als undurchführbar erweist und mit dem raumplanerischen Gebot der Erforderlichkeit in Konflikt gerät, mag daher dahinstehen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
011	011.23	Z	Um den sich mit dem Ausschluss der Potenzialfläche „Osten-Isensee“ verbindenden Verlust an Flächen ein Stück weit zugunsten der regenerativen Energieerzeugung zu kompensieren, hält die Gemeinde Osten an ihrem Vorschlag fest, die in der Stellungnahme vom 29.07.2014 im Einzelnen bezeichneten und insgesamt rund 52 ha umfassenden Flächen beidseits der B 495 als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Das bietet sich vor allem auch deshalb an, weil diese Flächen nicht nur den zur Identifikation der Potenzialflächen herangezogenen Kriterien vollauf entsprechen, sondern bereits ein Investor Interesse angemeldet hat, in diesen Bereichen Windenergieanlagen zu errichten und zu betreiben, die einen substantiellen Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung im Landkreis Cuxhaven erbringen können.	Die vom Landkreis Cuxhaven ermittelten Potentialflächen in dem angesprochenen Bereich 090 (13,41ha), 129 (5,24ha) sowie 303 (0,18ha) sind knapp unter 19 ha groß und entsprechen somit nicht dem Kriterium der Mindestgröße.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.24	Z	Die Gemeinde Osten legt daher besonderen Wert darauf, dass ihr konstruktiver Vorschlag im Rahmen des weiteren Planungsverfahrens einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird.	Alle Potentialflächen wurden im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes selbstverständlich umfassend und sorgfältig geprüft. Wie ausgeführt ist der Standort beidseitig der B 495 jedoch nicht geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.25	E 01	III. Planungskonzeption Im Übrigen wird auf Grundlage einer Durchsicht der verfügbaren Unterlagen auf folgende Aspekte aufmerksam gemacht, die das Planungskonzept betreffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
011	011.26	E 01	1. Harte Tabuzone „Siedlungsflächen“ Die der Planung zugrundeliegende Konzeption differenziert zutreffend zwischen harten und weichen Tabuzonen, bemisst den der Abwägung unzugänglichen Schutzabstand zur Wohnbebauung aber mit 420 m (Begründung/Erläuterung, 5. 7). Während als Referenzanlage in diesem Zusammenhang die höchste bekannte Windenergieanlage vom Typ Fuhrländer FL 2500 mit einer Gesamthöhe von 210 m dient, wird zur Ermittlung der Mindestgröße der Potenzialflächen eine Anlage mit einer Gesamthöhe von 150 m angenommen (Begründung/Erläuterung, S. 20). Auch wenn der planenden Stelle in Ansehung der harten Tabuzonen eine Einschätzungsprärogative zukommt, (Vgl. nur BVen,vG, Urt. v. 13.12.2012, 4 CN 1.11, juris Rn. 14; ferner Rubel, Die neue Rechtsprechung zu Windenergieanlagen, in: Quaas/DAI (Hrsg.), Rechtsprobleme der Energiewende, 2015, 8. 189 (196 f.)) muss die dem Planungskonzept zugrundeliegende Referenzanlage im Interesse der Vermeidung innerer Widersprüchlichkeiten einheitlich bestimmt werden. Ist daher bei der Bemessung der Mindestgröße einer Potenzialfläche von Anlagen mit einer Gesamthöhe von 150 m auszugehen, beläuft sich die zum Schutz der Wohnbebauung vor einer bedrängenden Wirkung erforderliche harte Tabuzone auf 300 m. Zur Vermeidung von Abwägungsfehlern wird insoweit eine Korrektur angeregt.	Die unterschiedliche Zugrundelegung der Anlagenhöhe wurde vom Landkreis bewusst vorgenommen. Bei der Ermittlung der Mindestgröße für Potentialflächen, bzw. die sich aus diesen herausbildenden Vorranggebiete Windenergienutzung, wurde eine im Landkreis Cuxhaven gängige Anlagenhöhe zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung des Mindestabstandes ist der Landkreis Cuxhaven aus Gründen des Bevölkerungsschutzes vom Worst-Case ausgegangen, d.h. von der höchstmöglichen Anlagenhöhe, auch wenn diese bislang noch nicht im Landkreis Cuxhaven vorkommt.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.27	E 01	2. Unterscheidung von Ortslagen und sonstiger Wohnbebauung Im Rahmen der Ermittlung der weichen Tabuzonen wird zwischen Ortslagen und der sonstigen Wohnbebauung unterschieden. Daran anknüpfend wird die aus Gründen eines vorbeugenden Immissionsschutzes gewählte weiche Tabuzone mit 1.000 m für Ortslagen und mit 500 m für die sonstige Wohnbebauung bestimmt. Abgesehen davon, dass diese Abstände sicher kaum als genügend zu erachten sind, um der Wohnbevölkerung einen vorsorglichen Schutz vor den Auswirkungen der windkraftbedingten Infraschallbelastung zu vermitteln, ist in diesem Zusammenhang auf folgende Aspekte hinzuweisen:	Rechtlich wäre aufgrund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bzw. der optisch bedrängenden Wirkung nur ein viel geringerer Abstand notwendig. Der Abstand ist das Ergebnis einer Abwägung zwischen einerseits dem Ziel die Bürger im Landkreis vorsorgend zu schützen und andererseits die gesellschaftlich gewollte und politisch beschlossene Energiewende umzusetzen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.28	E 01	2.1 Die gewählte Unterscheidung weicht von den bauplanungsrechtlichen Begriffen des Innen- und Außenbereichs ab (Begründung/Erläuterung, 5. 8). In Konsequenz dessen wird einer Wohnbebauung außerhalb einer Ortslage nur der dem Außenbereichswohnen entsprechende vorbeugende Schutz vor Immissionen selbst dann zuerkannt, wenn sie alle Merkmale des § 34 BauGB erfüllt und nach der Eigenart ihrer Umgebung als allgemeines Wohngebiet im Sinne des § 4 BauNVO einzustufen ist. Mit Rücksicht darauf, dass allgemeine Wohngebiete nach den Regeln der Nr. 6.1 TA Lärm einen einheitlichen Schutz vor Immissionen unabhängig davon genießen, ob sie sich in einer Ortslage oder außerhalb derselben befinden, ist kein Grund ersichtlich, der es — gemessen am Maßstab des Art. 3 Abs. 1 GG — rechtfertigen könnte, die Bewohner eines allgemeinen Wohngebietes in einer Ortslage besser vor windkraftbedingten Immissionen zu schützen, als die Bewohner eines allgemeinen Wohngebietes außerhalb einer Ortslage.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss. Auch die angesprochenen Regelungen beispielsweise in Bayern und Sachsen, die sich derzeit als Entwurf in der Diskussion befinden, beziehen diesen zehnfachen Abstand auf Wohngebäude im Siedlungsbereich; zu Einzelgebäuden und Splittersiedlungen muss dieser Abstand nicht eingehalten werden. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung eines Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.29	E 01	2.2 Erschwerend kommt hinzu, dass sogar das Wohnen in einem Gewerbe- und Industriegebiet in der Ortslage (z.B. Betriebsleiterwohnung) besser vor windkraftbedingten Immissionen geschützt werden soll, als eine Wohnbebauung außerhalb der Ortslagen, die alle Merkmale des § 34 BauGB erfüllt und nach der Art der Bebauung einem allgemeinen Wohngebiet oder einem Dorfgebiet zuzuordnen ist. Auch darin offenbart sich eine von den Regelungen der TA Lärm abweichende Bewertung, für die es keine rechtfertigenden Gründe gibt.	Die Einstufung in Ortslagen bzw. sonstigen wohnbaulichen Nutzungen wird ausführlich in der Begründung erläutert. Das Vorgehen ist in sich stimmig und entspricht der Kompetenz der Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.30	E 01	2.3 Zieht man überdies in Betracht, dass nicht einmal dem Wohnen dienende Sportanlagen und Grünflächen innerhalb der Ortslagen besser vor Immissionen geschützt werden sollen als eine Wohnbebauung außerhalb der Ortslagen, empfiehlt es sich, das Planungskonzept in grundlegender Hinsicht unter Einbezug der sich aus der TA Lärm ergebenden Wertungen zu überarbeiten.	Siehe Stellungnahme 011.29	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.31	E 01	2.4 Im Übrigen ist im Anschluss an die Stellungnahme vom 29.07.2014 nochmals nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Straßenzügen Achthöfen, Fünfhausendorf, Großes Wegfährels, Kranenweide, Niederkögt-Süd und Zehntwege um Straßendörfer, Streusiedlungen und Siedlungsspitzen handelt, die nicht zuletzt der Anzahl der dort befindlichen Wohnhäuser wegen zumindest teilweise als Ortslagen anzusprechen sein dürften. In Konsequenz dessen hätte ein Abstand von 1.000 m gewahrt werden müssen.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.32	E 01	3. Weiche Tabuzone „Natur und Landschaft“ Die bereits angesprochene Überarbeitung des Planungskonzepts erscheint gerade auch in Ansehung der Zuordnung geschützter Gebiete von Natur und Landschaft dringend geboten. Auch wenn einzuräumen ist, dass in Ansehung dieser Gebiete eine Zuordnung zu den harten oder weichen Tabuzonen gelegentlich Schwierigkeiten bereiten kann, ist die Differenzierung dennoch geboten, weil andernfalls nicht mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Planung der Windenergienutzung im Ergebnis in substantieller Weise Raum gibt.	Die Zuordnung aller harten und weichen Tabuzonen wird ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.33	E 01	Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erkannte zwar durchaus für Recht, dass über den Ausschluss von Tabuzonen bei Unsicherheiten über die Zuordnung abwägend befunden werden kann, ließ aber keinen Zweifel daran, dass dies nur „hilfweise“ in Betracht kommt (OVG Lüneburg, Beschl. v. 16.05.2013, 12 LA 49/12, BeckRS 2013, 50948; Urt. v. 14.05.2014, 12 KN 29/13, NuR 2014, 654 (656 f.); Gatz, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2. Aufl. Rn. 82.) Von einer pauschalen Zuordnung zu den weichen Tabuzonen war keine Rede.	Die Zuordnung aller harten und weichen Tabuzonen wird ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.34	E 01	Die pauschale Zuordnung der Gebiete und Objekte zum Schutz von Natur und Landschaft ist im Übrigen auch entbehrlich, zumal jedenfalls als gesichert gelten darf, dass Naturschutzgebiete und Nationalparks, gesetzlich geschützte Biotope und Landschaftsschutzgebiete als harte Tabuzonen begriffen werden dürfen, (Eingehend Scheidler, in: Schrödter (Hrsg.), Baugesetzbuch, Kommentar, 8. Aufl. 2014, § 5 Rn. 120ff.) während es sich bei den diese Gebiete umgebenden Flächen, Waldflächen sowie Vogelei- und Vogelrastgebieten um weiche Tabuzonen handelt. Bei Natura 2000-Gebieten unterliegt die Zuordnung zu harten Tabuzonen jedenfalls dann keiner Beanstandung, wenn sie dem Schutz windkraftsensibler Arten dienen (z. B. Vogelarten, Fledermäuse). (Vgl. OVG Münster Urt. v. 01.07.2013, 2 D 46/12, NuR 2013, 831 (834); OVG Koblenz, Urt. v. 16.05.2013, 1 C 11003/12.OVG, ZfBR 2013, 688 (691); wohl auch OVG Lüneburg, Urt. v. 14.05.2014, 12 KN 244/12, NuR 2014, 571 (572).)	Sowohl die "Natura 2000-Gebiete und Puffer 500 m" als auch die "Gesetzlich geschützten Biotope ab einer Fläche von 5 ha und Puffer 200 m" sind den weichen Tabuzonen zugeordnet worden. Die weichen Tabuzonen dürfen anhand einheitlicher Kriterien ermittelt und vorab ausgeschieden werden, bevor diejenigen Belange abgewogen werden, die im Einzelfall für und gegen die Nutzung einer Fläche für die Windenergie sprechen [BVerwG, Urteil vom 11. April 2013, 4 CN 2.12, RdNr. 6]. Seine Entscheidung für weiche Tabuzonen muss der Plangeber rechtfertigen. Dazu muss er aufzeigen, wie er die eigenen Ausschussgründe bewertet, d.h. kenntlich machen, dass er - anders als bei harten Tabukriterien - einen Bewertungsspielraum hat, und die Gründe für seine Wertung offen legen [BVerwG, Urteil vom 11. April 2013, 4 CN 2.12, RdNr. 6]. - Die Vorgehensweise, dass anhand der harten und weichen Tabuzonen Potenzialflächen ermittelt werden und diese einer naturschutzfachlichen Einschätzung unterzogen werden, ist somit nicht zu beanstanden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.35	E 01	4. Im Hinblick auf die vorgesehenen Schutzabstände für schutzwürdige Gebiete ist daran zu erinnern, dass der Plangeber seine diesbezüglichen Entscheidungen rechtfertigen muss.(Vgl. nur BVerwG, Urt. v. 11.04.2013, 4 CN 2.12, NuR 2013, 489 Rn. 5 m.w.N.) Gerade bei Natura 2000-Gebieten, aber auch bei gesetzlich geschützten Biotopen bedarf daher einer das jeweilige Schutzziel in den Blick nehmenden Begründung, warum es eines 500 m bzw. 200 m breiten Puffers bedarf. Die bisherige Begründung/Erläuterung (S. 12) lässt einen rechtfertigenden Grund nicht erkennen.	Siehe Stellungnahme 011.34	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.36	E 01	IV. Einzelabwägung 1. im Rahmen der Einzelabwägung werden insgesamt 172 Potenzialflächen ausgesondert, die den Mindestabstand von 4 km um bauleitplanerisch bereits gesicherte Bereiche nicht einhalten, indessen wird dieses Kriterium auf Potenzialflächen nicht angewendet, die sich innerhalb der in den Flächennutzungsplänen dargestellten Sondergebieten bzw. Sonderbauflächen befinden oder direkt angrenzen (Begründung/Erläuterung, S. 19). Das pauschale Abstandskriterium ist für die bei der Einzelabwägung vorzunehmende Betrachtung ungeeignet, weil es auf dieser Prüfungsebene darum geht, die in Ansehung der Gegebenheiten der jeweiligen Potenzialfläche maßgebliche Vorrangrelation zwischen den dort miteinander konfligierenden öffentlichen Belangen festzustellen. Der Sache nach handelt es sich um ein weiches Tabukriterium, das allenfalls zur Ermittlung der Potenzialflächen herangezogen werden kann, als solches dann aber auch einheitlich angewendet werden muss, weil für eine differenzierte und ortsbezogene Ermittlung der Potenzialflächen kein Raum besteht.(BVerwG, Beschl. v. 15.09.2009, 4 BN 25.09, ZUR 2010, 96 Rn. 10; OVG Lüneburg, Urt. v. 14.05.20 14, 12 KN 244/12, NuR 2014, 571 (573).)	Das Abstandskriterium kann bei der Ermittlung der Potentialflächen nicht bereits als weiches Kriterium gelten. Es kann erst dann zugrunde gelegt werden, wenn Potentialflächen ermittelt wurden.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.37	E 01	2. Die Untersuchung der Potenzialflächen aus naturschutzfachlicher Sicht (Begründung/Erläuterung, S. 22 if. Tabelle 2) lässt erkennen, dass dort Belange eine Rolle spielen, die bereits auf der vorherigen Prüfebene bemüht wurden, um die Potenzialflächen zu identifizieren. Das gilt vor allem für Abstände von Naturschutzgebieten und Natura-2000-Gebieten (z.B. 007 und 033 Windpark Geversdorf-Oberndorf; 170, 173, 196 Windpark Uthlede). Da dem Interesse an der Vermeidung nachteiliger Auswirkungen durch Windkraftanlagen im Umfeld von Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten bereits bei der Ermittlung der Potenzialflächen durch die Zuerkennung eines Puffers von 200 m bzw. 500 m Rechnung getragen wurde, verbietet sich eine nochmalige Berücksichtigung desselben Belangs im Rahmen der Einzelabwägung.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substanziell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann sich bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten - auch in einem Naturschutzgebiet oder in einem Natura 2000-Gebiet - sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.38	E 01	Zu einer doppelten Berücksichtigung desselben Belangs kommt es auch in Ansehung etwaiger Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes (z.B. 045 Windpark Bramstedt), die an sich bereits durch den 4 km-Abstand Rechnung getragen ist. Da die Einhaltung dieses Kriteriums die Wahrung der Belange des Landschaftsbildes indiziert, kann der selbe Belang nicht nochmals für den Ausschluss der aus Sicht des Landschaftsbildes geeigneten Potenzialfläche bemüht werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Bramstedt" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 47 bis 49 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt")]. Der Standort "Bramstedt" ist nicht aufgrund der Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) als Vorranggebiet Windenergienutzung entfallen, sondern aufgrund der artenschutzfachlichen und -rechtlichen Belange.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
011	011.39	E 01	Allerdings ist ohnehin unklar, welche Bedeutung diesem Aspekt tatsächlich zuerkannt wurde, zumal der Erste Kreisrat Jochimsen in der letzten Ausschusssitzung des Kreistages am 24.06.2015 zum Ausdruck brachte, das Landschaftsbild hätte bei der Abwägung „keine Rolle gespielt“. Derlei Verlautbarungen finden in der Begründung/Erläuterung allerdings keinen Rückhalt.	Im Rahmen der Aufstellung des Kriterienkatalogs hat kein Kriterium zum Schutzgut "Landschaftsbild" Berücksichtigung gefunden. Gleichwohl zeigt sich, dass Gebiete mit sehr hoher Bedeutung für das Landschaftsbild eigentlich auch immer für andere Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege eine herausgehobene Rolle spielen, das Landschaftsbild über andere Schutzgüter gleichsam mit abgedeckt wird. Lediglich ein kleiner Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" gehört zu einer Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung. - Dass Gebiete mit hoher Bedeutung für das Landschaftsbild zu Vorranggebieten Windenergienutzung zu rechnen sind, ist ebenfalls eher selten.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.40	E 01	Die verschiedentlich herangezogenen Prüfbereiche für kollisionsempfindlichen Großvögel (z.B. 040 und 220 bei Kührstedt — Rotmilan, Fischadler; 049 bei Hemmoor Bröckelbeck — Seeadler, Uhu, Graureiher) kommen für sich betrachtet als Abwägungselement nicht in Frage, weil sie — im Unterschied zu den Mindest- oder Schutzabständen — keine besondere Gefährdung indizieren, sondern lediglich die Prüfung nahelegen, ob es innerhalb des in Rede stehenden Raumes zu erhöhten Flugaktivitäten und einem entsprechend gesteigerten Tötungsrisiko (44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) kommt (Vgl. OVG Magdeburg, Urt. v. 19.01.2012, 2 L 124/09, juris Rn. 94.) Abweichend ist dies allenfalls zu bewerten, wenn es auf Grundlage entsprechender Untersuchungen ernst zu nehmende Anhaltspunkte für erhöhte Flugaktivitäten im Prüfbereich gibt (z.B. 024 bei Stintstedt-Sankt Joost — Seeadler).	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ausgeführt, dass Angaben zu den Prüfbereichen nicht bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden sind; hier muss jedoch eine Prüfung im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren erfolgen [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 3].	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.41	E 01	V. Ergebniskontrolle Im Rahmen der Überprüfung des Planungsergebnisses belässt die Begründung/Erläuterung (S. 36 f.) es im Wesentlichen bei einem schlichten Vergleich zwischen den vorgesehenen Vorranggebieten und der nach Abzug der harten Tabuzonen verbleibenden Fläche des Landkreises. Das lässt den Hinweis geboten erscheinen, dass dieser Flächenvergleich für sich betrachtet ungeeignet ist, um zu klären, ob der Windenergienutzung in substantieller Weise Raum gegeben wurde.(Vgl. nur BVerwG, Urt. v. 13.12.2012, 4 CN 1/11, NVwZ 2013, 519 Rn. 18; OVG Münster, Urt. v. 01.07.2013, 2 D46/12.NE, NuR 2013, 831 (836).) Es empfiehlt sich daher, weitere Kriterien (z.B. Anzahl der Anlagen, voraussichtlich installierbare Leistung, Zahl und Größe der Vorranggebiete, Lage und Zuschnitt) heranzuziehen, um das gefundene Ergebnis zu begründen.	Die Feststellung, ob der Windenergie substantiell Raum geschaffen wurde, entspricht der gängigen Vorgehensweise in Regionalen Raumordnungsprogrammen und wurde bislang rechtlich nicht beanstandet.	Nicht zu berücksichtigen.
011	011.42	E 01	Dabei könnte sich durchaus herausstellen, dass der Windkraftnutzung im Landkreis Cuxhaven bereits aktuell in einer Weise Raum gegeben wird, die den Vorwurf einer Verhinderungsplanung in keinem Falle rechtfertigt. Diese Erkenntnis könnte dann auch Anlass dazu bieten, von in hohem Maße problematischen Vorranggebieten wie jenem in Osten-Isensee Abstand zu nehmen.	Siehe Stellungnahme 011.41	Nicht zu berücksichtigen.
012	Samtgemeinde Land Hadeln				
012	012.01	SO 29	im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 — Teilabschnitt Windenergie — wird seitens der Samtgemeinde Land Hadeln folgende Stellungnahme abgegeben: Sonderbaufläche Windenergienutzung Nordleda Der Begründung/Erläuterung zur Sonderbaufläche Windenergienutzung in Nordleda (Seite 61) ist folgender Hinweis zu entnehmen: „In der Vergangenheit wurden seitens der Bundeswehr wiederholt Bedenken bezüglich dieses Windparks geäußert. So wird der Flugbetrieb auf dem Fliegerhorst Nordholz insbesondere durch den Windpark Nordleda eingeschränkt.“ Hierzu wird festgestellt, dass von Dienststellen der Bundeswehr derartige Bedenken weder auf der Ebene der Flächennutzungsplanung noch auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bislang gegenüber der Samtgemeinde Land Hadeln und der Gemeinde Nordleda vorgetragen worden sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
012	012.02	SO 29	Die Berücksichtigung militärischer Belange in Bauleitplänen hat im jeweils notwendigen Planverfahren zu erfolgen und wird diesbezüglich durch eine mehrfache Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sichergestellt. Insoweit wird beantragt, den in der Begründung zum RROP-Entwurf 2015 enthaltenen Hinweis zu streichen.	Diese Einschätzung wurde im Rahmen eines Abstimmungsgespräches zwischen dem Landkreis Cuxhaven und dem Fliegerhorst Nordholz deutlich kommuniziert. Insoweit wird dieser Hinweis beibehalten.	Nicht zu berücksichtigen.
014	Landkreis Stade				
014	014.01	A	den Entwurf für die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie habe ich zur Kenntnis genommen. Der Landkreis Stade ist durch das Vorranggebiet Osten-Isensee sowie die bauleitplanerisch gesicherten Sonderbauflächen Belum, Geversdorf / Oberndorf und Lamstedt betroffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
014	014.02	A	Grundsätzlich gilt, dass die Andienung der Windpark-Standorte über das Kreisstraßennetz des Landkreises Stade nicht möglich ist, da sämtliche Kreisstraßen aus bautechnischer Sicht nicht geeignet sind, Schwerverkehr oder gar Schwerlasttransporte zu tragen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
014	014.03	SO 09	Zu den Standorten im Einzelnen: Der nun als Sonderbaufläche dargestellte Windparkstandort Geversdorf / Oberndorf grenzt unmittelbar an das Vorranggebiet Oederquart-Wetterdeich, das im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade (zwischenzeitlich rechtskräftig durch Bekanntmachung vom 08.01.2015) festgelegt ist. Ich gehe davon aus, dass die qualitative Abstufung zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich keine Auswirkungen auf die bisherige Absicht unserer Landkreise hat, in enger Abstimmung einen grenzüberschreitenden Windpark zu entwickeln.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
014	014.04	SO 09	Im Nahbereich der Sonderbaufläche Geversdorf/ Oberndorf befindet sich der für ein anderes Windparkprojekt im Landkreis Stade hergerichtete Kompensationsraum Moorstrich. Bei der Kompensationsfläche handelt es sich um ein als Wiesenvogellebensraum hergerichtetes extensives Feuchtgrünland. Die Fläche liegt auf den Flurstücken 41 und 42 der Flur 2 in der Gemarkung Oederquart und hat eine Größe von 3,2 ha. Zum jetzigen Zeitpunkt können Konflikte mit den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nicht ausgeschlossen werden.	Diese Information ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Da eine direkt an der Kreisgrenze im Bereich des Landkreises Stade gelegene Fläche mit extensivem Feuchtgrünland - nach Luftbild - größer als 3,2 ha ist, wäre die Übersendung einer Karte hilfreich. Die Daten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) liegen hier lediglich für den Bereich des Landkreises Cuxhaven, nicht jedoch für den Bereich benachbarter Gebietskörperschaften vor. - Eine Beachtung im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren ist erforderlich. - Extensiv genutztes Feuchtgrünland ist den gesetzlich geschützten Biotopen zuzurechnen; diesbezüglich wird auf die Auswertung zu 008.19 verwiesen.	Zu berücksichtigen.
014	014.05	SO 09	Grundsätzlich sind die Vorsorgeabstände entsprechend der NLT-Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie in der aktuellen Fassung anzuwenden.	Die Abstände der NLT-Arbeitshilfe wurden berücksichtigt und an die Gegenbenheiten im Landkreis Cuxhaven angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
014	014.06	SO 09	Außerdem wird durch den gemeinsamen Windparkstandort beiderseits der Kreisgrenze das Landschaftsbild massiv beeinträchtigt.	Das Landschaftsbild wird durch Windenergieanlagen immer beeinträchtigt. Aussagen zu Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den Windpark werden im Umweltbericht getroffen. Es wird nicht als notwendig erachtet, diese Planung aufzugeben.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
014	014.07	SO 09	Im Umfeld des Windparks Geversdorf / Oberndorf befindet sich unmittelbar an der Landkreisgrenze und etwa 600 m von der Sonderbaufläche entfernt eine Wurt, die nicht mit denkmalgeschützten Gebäude bebaut ist. Darüber hinaus befinden sich im Bereich Kleiner Wetterdeich nördlich von Neuenschleuse Deichreste (Einzeldenkmal gem. § 3 Abs. 2 NDSchG), die etwa 800 m von der Sonderbaufläche entfernt sind. Eine Betroffenheit der vorgenannten Wurt und der Deichreste wird aus Sicht der unteren Denkmalbehörde beim Landkreis Stade nicht gesehen. Die Hofanlage Wetterdeich 18, Oederquart ist aufgrund starker Veränderungen aus der Liste der Denkmale gestrichen worden und findet somit keine Berücksichtigung als Denkmal.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
014	014.08	A	Im Falle der beiden vorhandenen Windparkstandorte Belum und Lamstedt sowie des neuen Standorts Osten-Isensee sind bei der erstmaligen Entwicklung bzw. dem Repowering — teils erhebliche — Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu erwarten, die sich bis auf das Gebiet des Landkreises Stade erstrecken können.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
014	014.09	SO 03	Hinsichtlich der Sonderbaufläche Belum sind darüber hinaus in besonderem Maße auch etwaige Auswirkungen auf den sehr bedeutsamen Brut- und Rastvogellebensraum Untereibe (Drehscheibe des Vogelzugs; Natura 2000-Kulisse) für den Landkreis Stade zu begutachten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 4 bis 6]. - Auch unter Berücksichtigung der Vorbelastungen durch vorhandene Windenergieanlagen kommen lediglich Teile der Sonderbaufläche Windenergienutzung für ein Repowering in Betracht. Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Hindernisse sind gravierend. - Über die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der fünf Windparks "Misselwarden", "Nordholz/Cappel-Neufeld", "Nordholz/Spieka-Neufeld", "Padingbüttel" und "Wremen-Schottwarden" hinaus gilt die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 auch für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der drei Windparks "Belum", "Loxstedt-Stotel" und "Wremen-Grauwalkanal". - Im Hinblick auf die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" ist eine vertiefende Prüfung auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erforderlich.	Teilweise zu berücksichtigen.
014	014.10	A	Diese landkreisübergreifenden Betroffenheiten sind im Zuge der Bauleitplanung und / oder der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung darzulegen. Als Erfassungs- und Beurteilungsgrundlage ist grundsätzlich die NLT-Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie in der aktuellsten Fassung maßgeblich.	Der Aussage, dass die landkreisübergreifenden Betroffenheiten im Zuge der Bauleitplanung und/oder den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren darzulegen sind, wird ausdrücklich zugestimmt. - Als Erfassungs- und Beurteilungsgrundlage wird hier weithin, jedoch nicht durchgängig, die NLT-Arbeitshilfe "Naturschutz und Windenergie" in der jeweils aktuellen Fassung zugrunde gelegt.	Teilweise zu berücksichtigen.
016	Landkreis Osterholz				
016	016.01	A	Wie bereits in meiner Stellungnahme vom 19.08.2014 bitte ich darum, auch die Stadt Osterholz-Scharmbeck, die Samtgemeinde Hambergen sowie die Gemeinde Schwanewede zu beteiligen. Aufgrund des Ihrem aktuellen Schreibens vom 02.07.15 beigefügten Verteilers ist dies bisher nicht erfolgt.	Die Beteiligung der Gemeinden außerhalb des Landkreises Cuxhaven hat durch den jeweiligen beteiligten Landkreis selbst zu erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen.
016	016.02	A	Insbesondere die Gemeinde Schwanewede ist durch die Planung stark berührt. Die Erweiterung des Vorranggebietes Uthlede (Detailkarte 36) hat einen Abstand von nur etwa 500 m zur Gemeindegrenze von Schwanewede.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
016	016.03	A	Nach Entfallen des Standortes Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte 14) verbleiben in einem Abstand von 5 km zur Landkreisgrenze im RROP-Entwurf des Landkreises Cuxhaven drei Standorte zur Windenergienutzung, deren Abgrenzungen mit dem aktuellen Entwurf verändert werden. Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
016	016.04	SO 04	Standort Bramstedt (Detailkarte 4): Gegenüber dem Entwurf von 2014 soll der Standort nicht mehr als Vorranggebiet, sondern nur noch als "Bauleitplanerisch gesicherter Bereich" in das RROP übernommen werden. Hiergegen bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
016	016.05	SO 15	Standort Kirchwistedt-Altewistedt (Detailkarte 15): Das Vorranggebiet sowie der "Bauleitplanerisch gesicherte Bereich" werden gegenüber dem Entwurf von 2014 geringfügig verändert. Hiergegen bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
016	016.06	SO 36	Standort Uthlede (Detailkarte 36): Der Standort Uthlede wird gegenüber dem Entwurf 2014 geringfügig verändert. Der Teil des Vorranggebietes südlich der L 134 soll entfallen. Hiergegen bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
016	016.07	SO 36	Des Weiteren hatte ich in meiner Stellungnahme vom 19.08.2014 angeregt, einen Grundsatz zur besonderen Abstimmung in das RROP aufzunehmen (s. drittletzter Absatz). Da in diesem Bereich die Vorranggebiete in den Landkreisen Osterholz und Cuxhaven sehr nahe beieinander liegen, werden diese als ein Standort wahrgenommen. Ich rege daher einen Grundsatz zur einheitlichen Anlagengestaltung an.	Das Vorranggebiet Windenergienutzung "Uthlede" bzw. der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich Windenergienutzung "Uthlede" einerseits und das Vorranggebiet Windenergienutzung "S3 Nord" andererseits grenzen nicht aneinander; sie weisen einen Abstand von etwa 0,7 km auf. - In der Erweiterungsfläche "Uthlede" sind die Windenergieanlagen erst vor einigen Monaten errichtet worden. Die Anregung bedeutet, dass letztendlich die zuständigen Behörden im Bereich des Landkreises Osterholz sich bei der einheitlichen Anlagengestaltung an den Windenergieanlagen im Bereich der Erweiterungsfläche "Uthlede" anlehnen müssten; hiergegen bestehen keine Vorbehalte. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Uthlede" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 81 bis 84 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Uthlede" - und mögliche Erweiterungsflächen)].	Kenntnisnahme.
016	016.08	SO 36	Ich weise wie bereits in meiner Stellungnahme vom 19.08.2014 darauf hin, dass im Rahmen der Bauleitplanung für das unmittelbar südlich der Kreisgrenze im Landkreis Osterholz anschließende Vorranggebiet Windenergienutzung umfangreiche Gutachten zur Avifauna sowie zu Fledermäusen erstellt wurden. Ich rege an, diese Gutachten bei der o.g. Planung zu berücksichtigen.	In der Erweiterungsfläche "Uthlede" sind die Windenergieanlagen erst vor einigen Monaten errichtet worden. - Einige zum Zeitpunkt der Aufstellung des Entwurfs 2015 vorliegende Gutachten sind berücksichtigt worden; die neuesten Gutachten sind vermutlich nicht (mehr) berücksichtigt worden.	Kenntnisnahme.
016	016.09	A	Im Übrigen bitte ich als Genehmigungsbehörde in Antragsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz um Beteiligung bei Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen mit möglichen Auswirkungen auf das Gebiet des Landkreises Osterholz.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
017	Landkreis Wesermarsch				
017	017.01	A	Von unserer Seite ergeben sich zu dem vorliegenden Entwurf keine Anmerkungen. Wir bitten Sie den Landkreis Wesermarsch auch im weiteren Verlauf des Verfahrens weiterhin zu beteiligen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
020	Seestadt Bremerhaven				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
020	020.01	E 01	Flächenentwicklung Windkraft Die im regionalen Raumordnungsprogramm ausgewiesenen Flächen sind zu gering. Die Bremerhavener Unternehmen beschäftigen zu einem hohen Teil Personen aus dem Landkreis Cuxhaven. Über die Sicherung der Unternehmen sind auch diese Personen ökonomisch versorgt. Eine Steigerung der Produktion wird auch zu vermehrt Einstellung von Arbeitskräften, auch aus dem Landkreis führen. In Bremerhaven ansässige Unternehmen produzieren nicht nur Elemente für Offshorewindkraftanlagen, sondern auch für Onshore. Zur Sicherung dieser Kapazitäten sind zusätzliche Flächen im Landkreis notwendig. Daher sollten Vorrang- und Vorbehaltsflächen für mindestens 5% der Landkreisfläche angestrebt werden.	Die Vorranggebiete Windenergiegewinnung werden nach einem einheitlichen Planungskonzept bestehend aus harten und weichen Tabuzonen festgelegt. Die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen stellt dabei weder ein hartes noch ein weiches Tabukriterium dar. Mit dem RROP Entwurf 2015 wird der Windenergie substanziell Raum geschaffen und der Orientierungswert für den Landkreis Cuxhaven im aktuellen Entwurf des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen eingehalten. Ein Anteil von 5 % an der gesamten Landkreisfläche hätte massive negative Auswirkungen für Flora und Fauna sowie die Bevölkerung und wird deshalb abgelehnt.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.02	Z	Es wäre zudem sinnvoll die Eignungsgebiete (Potenzialflächen) darzustellen, so dass auch orientierende Angaben für die Entwickler von kleineren Ansiedlungen an die Hand gegeben werden können.	Alle Potentialflächen, die sich nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen gebildet haben, werden in einer Karte dargestellt. Diese liegt dem RROP Entwurf 2015 bei und folgt auf die Begründung/Erläuterung.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.03	B 11	Im Rahmen einer gemeinsamen Ansiedlung von Windkraftanlagen diesseits und jenseits der Stadt- und Landesgrenze von Bremerhaven, schlagen wir vor, eine erneute Überprüfung der nachfolgenden Aspekte durchzuführen: Zu Ziffer 11, Höhenbeschränkung Die Begrenzung der Gesamtrotorfläche auf 15% erscheint aus hiesiger Sicht kontraproduktiv. Nach vorliegenden Prognosen im Rahmen der Planverfahren zum Offshore-Terminal Bremerhaven ist zukünftig damit zu rechnen, dass die Onshore-Anlagen die Abmessungen heutiger Offshore Anlagen erreichen werden. Im Sinne der weiteren technischen Entwicklung sollte aus Sicht der Stadt Bremerhaven auf eine Höhenbeschränkung verzichtet werden.	Der Landkreis Cuxhaven nimmt im RROP Entwurf 2015 keine Höhenbegrenzung vor. Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.04	B 11	Zu Ziffer 11, harte Tabuzonen Insbesondere kann der Darstellung der harten Tabuzonen nicht komplett gefolgt werden. Der wesentliche planerische Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen besteht darin, dass Letztere einer Abwägung zugänglich sind. Puffer auf Grundlage der TA Lärm und der optischen Beeinträchtigungen (vgl. S.7) können nicht zu den harten Tabuzonen gerechnet werden (vgl. OVG NRW 01.07.2013, Az. 2D46, Randnummer 67). Ebenfalls betrifft das die Abstände zur technischen Infrastruktur (ebd.). Angesichts der geringen Vorrangflächen, sollten auch die weichen Tabuzonen einer weiteren Überprüfung zugeführt werden müssen.	Die Tabuzonen und die jeweilige Einteilung in hart oder weich wird ausführlich in der Begründung vorgenommen. Eine Anpassung wird nicht als notwendig erachtet.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.05	B 06	Zu Ziffer 06. Reglementierungen bei der Umsetzung von WEA Im Sinne eines nicht kalkulierbaren technischen Fortschrittes sollten feingliedrige Einschränkungen und Begrenzungen auf ein Mindestmaß reduziert werden.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
020	020.06	U	Zu 1.4 Artenschutz (Umweltbericht) In den Unterlagen vermissen wir Ausführungen zu den Vogelzugrouten zur Herleitung der Höhenreglementierungen.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP Entwurf 2015) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die küstennahen Gebiete, so auch große Teile des LK Cuxhaven, werden größtenteils breitflächig von Vogelzügen überquert. In der Regel können die Leitkorridore des Vogelzuges nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. Die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore sollten berücksichtigt werden. Entsprechende Untersuchungen zu Flugkorridoren und Zugvögeln werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. In diesem Kontext werden auch die Austauschbeziehungen zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen untersucht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
020	020.07	U	Zur Methodik der vertiefenden Prüfung sollten die Aussagen bzgl. EU Vogelschutzgebiet und Vogelschutzgebiete von nationaler Bedeutung auf der Grundlage bestehender Urteile (vgl. OVG NRW 01 .07.2013, Az. 2D46, Randnummer 72) überprüft werden.	Zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabuzonen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. Im Hinblick auf das Urteil des OVG NRW vom 01 .07.2013, Az. 2D46, Randnummer 72 wird darauf hingewiesen, dass unter Beachtung der Hinweise vom NLT (2013, 2014) und des Windenergieerlasses Niedersachsen (Entwurf, Stand Juli 2014) Gebiete des Natura 2000-Schutzgebietsnetzes und Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung sowie deren Umfelder nicht als harte Tabuzonen angenommen wurden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
020	020.08	A	Nachrichtliche Übernahmen Im Sinne einer Gesamtentwicklung im Bereich der Ansiedlung von Windkraftanlagen sollten die nachfolgenden Entwicklungen in Bremerhaven im Rahmen einer nachrichtlichen Übernahme Berücksichtigung finden: Vorrangstandort „Mndpark Weddewarden“ Die Stadt Bremerhaven beabsichtigt das bereits existierende Vorranggebiet für Windenergieanlagen mit einer Größe von ca. 10 ha mit der Flächennutzungsplanänderung 12 auf ca. 30 ha zu erweitern und als Sonderbaufläche Windenergieanlagen/Vorrangstandort für Windenergienutzung darzustellen. Das Verfahren wird vermutlich Ende des Jahres abgeschlossen. Daher sollte die Erweiterung des Vorranggebietes „Windpark	Es werden keine Vorranggebiete Windenergienutzung in benachbarten Gebietskörperschaften nachrichtlich dargestellt. Angesichts eines sich relativ häufig ändernden Planungsstandes in den benachbarten Gebietskörperschaften hätte eine nachrichtliche Darstellung nur den Charakter einer Momentaufnahme.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.09	A	Weitere Windkraftanlagen in Bremerhaven In den Gewerbegebieten Bremerhavens (Carl-Schurz-Gelände, Bohmsiel) sowie im Außenbereich (Geesteniederung) und damit unmittelbar im Übergang zum Landkreis Cuxhaven befinden sich mehrere Anlagen. Daher wird angeregt, die Anlagen in der Fortschreibung zu berücksichtigen.	Siehe Stellungnahme 020.08	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
020	020.10	B	Offshore-Terminal Bremerhaven und „Luneplate“ Im RRQP 2012 ist im Teilbereich Windenergie unter Punkt 3 beschrieben '(...) Synergieeffekte zum Offshore-Standort Bremerhaven sollen genutzt und ausgebaut werden.' Im Hinblick auf den Offshore-Wirtschaftsstandort Bremerhaven und die damit verbundene positive Auswirkung auf die regionale Wirtschaftsstruktur wird angeregt, dass diese Zielsetzung im Sinne einer gemeinsamen Ansiedlungspolitik weiter zu verfolgen.	Die noch im RROP 2012 bestehende Regelung ist inhaltlos und damit weder als Ziel, noch als Grundsatz der Raumordnung festzulegen. Selbstverständlich werden die Stadt Cuxhaven, der Landkreis Cuxhaven sowie die Seestadt Bremerhaven stets eng zusammenarbeiten und versuchen Synergieeffekte zu nutzen.	Nicht zu berücksichtigen.
020	020.11	B	Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Planverfahren der Seestadt Bremerhaven zum Offshore-Terminal Bremerhaven, die Ende des Jahres zum Abschluss gebracht werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
020	020.12	A	Integriertes Klimaschutzkonzept Das Regionalforum Bremerhaven hat die Erstellung eines „integrierten Klimaschutzkonzeptes“ beauftragt. Der Abschlussbericht wurde großflächig in den Städten und Gemeinden aber auch im Landkreis Cuxhaven in den Beschlussgremien verbreitet und in der Stadt Bremerhaven zur Kenntnis genommen und befürwortet. Auf dieser Grundlage wird im Landkreis für die Umsetzung der Einsatz eines Klimamanagers vorgesehen und entsprechende weitere Umsetzungen in der „Arbeitsgruppe Klima“ vorbereitet. Im obigen Bericht wird auf das Repowering von Windkraftanlagen (Projekt M1.16) besonders hingewiesen. Auf die Querbezüge sollte im Sinne der gemeinsamen Anstrengungen zur weiteren Aktivierung der CO2-Einsparpotentials (siehe auch das gemeinsame beschlossene Leitbild des obigen Berichtes, Punkt 3.2 des IKS) hingewiesen werden.	Das integrierte Klimaschutzkonzept des Regionalforums Bremerhaven ist dem Landkreis bekannt. Bezüglich der Windenergie (insbesondere das in M1.16 angesprochene Repowering) werden im Klimaschutzkonzept jedoch keine relevanten neuen Informationen für das RROP gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
025	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr				
025	025.01	A	die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien soweit militärische Belange nicht entgegenstehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
025	025.02	A	Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, z.B. militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Luftverkehr berühren und beeinträchtigen. Aufgrund der Vielzahl der bereits vorhandenen und genehmigten Windenergieanlagen sind die Errichtung und der Betrieb neuer Anlagen jedes Mal eine Einzelfallentscheidung, auch um eine große Anzahl von Windenergieanlagen zu ermöglichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
025	025.03	A	Für Flächen kann in dieser Planungsphase lediglich eine mögliche Betroffenheit der Bundeswehr festgestellt werden. Ob eine tatsächliche Beeinträchtigung militärischer Interessen – hier Richtfunkstrecken, militärischer Flugbetrieb und Luftverteidigungsradar - vorliegt, kann erst bei Vorlage konkreter Daten, wie Anzahl der Anlagen, Anlagentyp, Nabenhöhe, Rotordurchmesser, Gesamthöhe, Standortkoordinaten in WGS 84 (Grad*Minute* Sekunde´´), beurteilt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
025	025.04		Die Plangebiete befinden sich teilweise im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flughafens Nordholz. Weiterhin befinden sich die Plangebiete im Interessengebiet der Luftverteidigungsanlage Brockzetel. In diesem Bereich kann eine verstärkte Kollision der militärischen Interessen mit der Errichtung von Windenergieanlagen möglich sein. Wie Sie auf im Unterpunkt „Infrastruktur“ auf Seite 11 Ihres RROP ausführen, kann eine abschließende Stellungnahme nur im Einzelfall mit Kenntnis aller Anlagendetails erfolgen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
025	025.05	A	Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen des weiteren Verfahrens zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend zu machen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	Bundesnetzagentur				
030	030.01	A	Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) teilt u.a. gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 09.05.2012 die Frequenzen für das Betreiben von zivilen Richtfunkanlagen zu. Selbst betreibt sie keine Richtfunkstrecken. Die BNetzA kann aber in Planungs- und Genehmigungsverfahren (z.B. im Rahmen des Baurechts oder im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes) einen Beitrag zur Störungsvorsorge leisten, indem sie Namen und Anschriften der für das Plangebiet in Frage kommenden Richtfunkbetreiber identifiziert und diese den anfragenden Stellen mitteilt. Somit werden die regionalen Planungsträger in die Lage versetzt, die evtl. betroffenen Richtfunkbetreiber frühzeitig über vorgesehene Baumaßnahmen bzw. Flächennutzungen zu informieren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
030	030.02	A	Beeinflussungen von Richtfunkstrecken durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Auf das Einholen von Stellungnahmen der BNetzA zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe kann daher allgemein verzichtet werden. Im vorliegenden Fall wird diese Höhe jedoch erreicht bzw. überschritten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.03	A	Angaben zum geografischen Trassenverlauf der Richtfunkstrecken bzw. zu den ggf. eintretenden Störsituationen kann die BNetzA nicht liefern. Im Rahmen des Frequenzzuteilungsverfahrens für Richtfunkstrecken prüft die BNetzA lediglich das Störverhältnis zu anderen Richtfunkstrecken unter Berücksichtigung topografischer Gegebenheiten, nicht aber die konkreten Trassenverhältnisse (keine Überprüfung der Bebauung und anderer Hindernisse, die den Richtfunkbetrieb beeinträchtigen können). Die im Zusammenhang mit der Bauleit- bzw. Flächennutzungsplanung erforderlichen Informationen können deshalb nur die Richtfunkbetreiber liefern. Außerdem ist die BNetzA von den Richtfunkbetreibern nicht ermächtigt, Auskünfte zum Trassenverlauf sowie zu technischen Parametern der Richtfunkstrecken zu erteilen. Aus Gründen des Datenschutzes können diese Angaben nur direkt bei den Richtfunkbetreibern eingeholt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.04	A	Hinsichtlich einer Bekanntgabe von in Betrieb befindlichen Richtfunktrassen in Flächennutzungsplänen, möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Verfahren nicht zwingend vorgeschrieben ist (keine Dokumentationspflicht) und nur eine dem Ermessen überlassene Maßnahme zur vorsorglichen Störungsvermeidung darstellt, die auch durch die öffentlichen Planungsträger nicht einheitlich gehandhabt wird. Eine Darstellung der Trassenverläufe in den Planunterlagen ist nur möglich, wenn die Betreiber dies ausdrücklich wünschen und mit einer Veröffentlichung ihrer Richtfunk-Standortdaten einverstanden sind (Datenschutz). Zu den Betreibern von Richtfunkstrecken gehören z.B. die in Deutschland tätigen großen Mobilfunkunternehmen. Diese erfüllen zwar einen öffentlichen Auftrag, sind jedoch untereinander Wettbewerber. Übersichten zu den Netzstrukturen gehören daher zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen; ihre Veröffentlichung unterliegt grundsätzlich den Wettbewerbsstrategien der Betreiber. Unter Berücksichtigung dieser Bedingung und der hohen Anzahl laufend neu hinzukommender Richtfunkstrecken ist es auf regionaler Ebene somit kaum möglich, ständig aktuelle Übersichten zu führen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.05	A	Bei Vorliegen konkreter Bauplanungen von Bauwerken mit einer Höhe von über 20m (z.B. Windkraftanlagen), empfehle ich Ihnen, entsprechende Anfragen an mich (Anschrift lt. Kopfzeile dieses Briefes) zu richten. Bei Abforderung einer Stellungnahme sind bitte die geografischen Koordinaten (WGS 84) des Baugebiets anzugeben und ausreichend übersichtliches topografisches Kartenmaterial mit genauer Kennzeichnung des Baubereiches sowie das Maß der baulichen Nutzung zu übermitteln.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.06	A	Unabhängig vom Planungsstand habe ich zu Ihrer Vorinformation, eine Überprüfung der Eignungs-Norranggebiete für Windkraftanlagen durchgeführt. Dazu habe ich eine Aufteilung in 5 Teilgebiete vorgenommen. Den beigefügten Anlagen können Sie die dazu von mir ermittelten Koordinaten (WGS84) der Prüfgebiete (jeweils Fläche eines Planquadrats mit dem NW- und dem SO-Wert) sowie das Ergebnis entnehmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.07	A	Die anliegenden Übersichten geben Auskunft über die als Ansprechpartner in Frage kommenden Richtfunkbetreiber. Da das Vorhandensein von Richtfunkstrecken im Untersuchungsraum allein kein Ausschlusskriterium für die Nutzung der Windenergie ist, empfehle ich Ihnen, die Richtfunkbetreibern in die weiteren Planungen einzubeziehen. Je nach Planungsstand kann auf diesem Wege ermittelt werden, ob tatsächlich störende Beeinträchtigungen von Richtfunkstrecken zu erwarten sind.	Die Richtfunkbetreiber wurden beteiligt.	Nicht zu berücksichtigen.
030	030.08	A	Bei den Untersuchungen wurden Richtfunkstrecken militärischer Anwender nicht berücksichtigt. Diesbezügliche Prüfungsanträge können beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra 1 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, E-Mail: BAIUDBwToeB@Bundeswehr.org gestellt werden.	Die Bundeswehr wurde beteiligt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
030	030.09	A	Da der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt, sind Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend. Ich möchte deshalb ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Ihnen hiermit erteilte Auskunft nur für das Datum meiner Mitteilung gilt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.10	A	Messeinrichtungen des Prüf- und Messdienstes der BNetzA werden nach bisherigem Stand durch die Planungen nicht beeinträchtigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.11	A	Falls sich Ihre Bitte um Stellungnahme ggf. auch auf die im Plangebiet zu berücksichtigenden Leitungssysteme, wie z.B. unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen oder Energieleitungen, bezieht, möchte ich darauf hinweisen, dass die BNetzA selbst über keine eigenen Leitungsnetze verfügt. Sie kann auch nicht über alle regional vorhandenen Kabeitrassen Auskunft erteilen, da das Führen entsprechender Datenbestände nicht zu ihren behördlichen Aufgaben gehört. Angaben über Kabel- bzw. Leitungssysteme im Planbereich können daher nur direkt bei den jeweiligen Betreibern oder den Planungs- bzw. Baubehörden vor Ort eingeholt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.12	A	<p>Zusätzliche Hinweise:</p> <p>Bei der Festlegung von Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für die Windenergienutzung nach § 8 Abs. 7 ROG, auf der Ebene der kommunalen Flächennutzungsplanung oder der konkreten Anlagegenehmigung nach BImSchV empfiehlt die BNetzA, die Abstandsmaße zu Freileitungen der Hoch- und Höchstspannungsebene gern. DIN EN 50341 -3-4 wie folgt heranzuziehen:</p> <p>„Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser; - für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser. <p>Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.</p> <p>Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstiger Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf“</p>	Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms kann ein solcher Abstand nicht berücksichtigt werden, da die genaue Anlagenkonfiguration noch nicht feststeht. Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
030	030.13	A	Bei derzeit bestehenden Nabenhöhen von Windkraftanlagen von 80 bis 740 m sowie Rotordurchmessern von 70 bis 120 m regt die BNetzA an, die in der DIN genannten Maße als Abstände zwischen der Außengrenze des auszuweisenden Gebietes (Ebene Raumordnung und kommunale Flächennutzungsplanung) als Ausschlusskriterien festzulegen, da ein anderweitig ermittelter „starrer“ Abstandswert zwischen Windkraftanlage und Freileitung nicht sachgerecht erscheint.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.14	A	Darüber hinaus sind Betreiber von Windenergieanlagen seit August 2014 nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der darauf erlassenen Anlagenregister-Verordnung verpflichtet, der BNetzA unter anderem Standort und Leistung ihrer Anlagen zu melden. Die Meldepflicht umfasst dabei auch aufgrund von Bundesgesetzen erteilte Genehmigungen. Hierzu finden sich Formulare auf der Internetseite der BNetzA (http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1_411/DE/Horne/home_node.html). Sofern die Registrierung nicht erfolgt, reduziert sich der Anspruch auf finanzielle Förderung für die betreffende Anlage nach dem EEG auf null, was mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein kann. Die Meldung an das Register muss zusätzlich zur Beteiligung der Bundesnetzagentur am oben genannten Baugenehmigungsverfahren erfolgen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.15	A	Da ggf. weitere Vorschriften im Zusammenhang mit der Anbindung der Windenergieanlagen an das Energienetz zu beachten sind, habe ich Ihre Planunterlagen zur ergänzenden Prüfung weitergeleitet an die Bundesnetzagentur, Abteilung Netzausbau, Referat N3, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.16	A	Falls noch besondere Hinweise zu berücksichtigen sein sollten, werden Sie darüber durch das Referat N3 in einem separaten Schreiben in Kenntnis gesetzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
030	030.17	A	Ich hoffe, dass ich Ihrem Anliegen entsprochen habe und meine Mitteilung für Sie von Nutzen ist. Sollten Ihrerseits noch Fragen offen sein, so steht Ihnen zu deren Klärung die BNetzA, Referat 226 (Richtfunk), unter der o.a. Telefonnummer gern zur Verfügung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
032	Eisenbahn-Bundesamt				
032	032.01	A	Ihr Schreiben ist am 07.07.2015 beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) eingegangen und wird hier unter dem o.a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für die Beteiligung des EBA als Träger öffentlicher Belange.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
032	032.02	A	Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz — BEVG) berühren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
032	032.03	A	Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden vom Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie Beteiligungsverfahren nach § 3 des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG) berücksichtigt. Insofern bestehen keine Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
032	032.04	A	Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereitbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnstromfernleitungen prüft. Die Betreiber dieser Anlagen sind möglicher Weise betroffen. Daher werden die gebotenen Beteiligungen empfohlen, sofern sie nicht bereits stattfinden.	Alle betroffenen TÖB wurden beteiligt.	Nicht zu berücksichtigen.
032	032.05	A	Sie haben das Eisenbahn-Bundesamt über seine Zentrale in der Heinemannstraße 6, 53175 Bonn, Poststelle@eba.bund.de angeschrieben. Bitte beachten Sie, dass für Ihren Zuständigkeitsbereich die Außenstelle Hannover des EBA örtlich zuständig ist. Sie erreichen diese unter der Anschrift Herschelstraße 3, 30159 Hannover, Sb1-Hannover(eba.bund.de. Ich bitte Sie, bei zukünftigen Beteiligungen diese Anschrift zu verwenden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
034	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Außenstelle Nordwest				
034	034.01	A	ich bedanke mich – auch im Namen der o.g. ebenfalls adressierten WSV-Dienststellen – für die erneute Beteiligung an der Fortschreibung Ihres regionalen Raumordnungsprogramms. Mit Bezug auf meine beiden eingereichten Stellungnahmen und unser Mitte Juli geführtes Telefonat sehe ich der von Ihnen geplanten Gesamterörterung der abgewogenen Stellungnahmen zu den Fortschreibungen aus 2014 und 2015 entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie				
043	043.01	A	Aus Sicht des Fachbereiches Bauwirtschaft wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Im Untergrund der im RROP 2015 für den Landkreis Cuxhaven ausgewiesenen Vorranggebiete zur Windenergiegewinnung sind keine löslichen Gesteine bekannt oder liegen in so großer Tiefe, dass bisher kein Schadensfall bekannt geworden ist, der auf Verkarstung in dieser Tiefe zurückgeführt wird. Es besteht praktisch keine Erdfallgefahr (Gefährdungskategorie 0 bis 1 gemäß Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, AZ. 305.4 - 24 110/2 -). Auf konstruktive Sicherungsmaßnahmen bezüglich der Erdfallgefährdung kann daher bei Bauvorhaben in den Planungsbereichen verzichtet werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.02	A	Für die geotechnische Erkundung des Baugrundes sind die allgemeinen Vorgaben der DIN EN 1997-1:2009-09 mit den ergänzenden Regelungen der DIN 1054:2010-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-1/NA:2010-12 zu beachten. Der Umfang der geotechnischen Erkundung ist nach DIN EN 1997-2:2010-10 mit ergänzenden Regelungen DIN 4020:201 0-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-2/NA:2010-12 vorgegeben. Vorabinformationen zum Baugrund können dem Internet-Kartenserver des LBEG (www.lbeg.niedersachsen.de) entnommen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.03	A	Diese Stellungnahme ersetzt keine geotechnische Erkundung des Baugrundes.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
043	043.04	A	Aus Sicht des Fachbereiches Hydrogeologie wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Durch die Errichtung von Windkraftanlagen ergeben sich hinsichtlich des Grund-/ Trinkwasserschutzes grundsätzliche Gefährdungspotentiale durch: • Erdaufschlüsse für die Herstellung des Fundaments, bei der die grundwasserschützenden Deckschichten vermindert werden bzw. bei der das Grundwasser möglicherweise aufgedeckt wird, • erhöhte Nitratausträge aus den Bodenmieten während der Bauphase, • die Einbringen von Baustoffen bei der Herstellung des Fundaments, die möglicherweise eine Belastung des Grundwassers verursachen, • das Eindringen von Schadstoffen in den Untergrund bzw. in das Grundwasser während der Baumaßnahmen, • Den Betrieb von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen (Windkraftanlage und Transformatoren)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.05	A	Zusätzlich zu den. Gefährdungspotentialen können sich die Baumaßnahmen durch evtl. notwendige Wasserhaltungen bei der Herstellung der Fundamente auf den Grundwasserhaushalt auswirken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.06	A	Um Aussagen zu möglichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und insbesondere im Hinblick auf Wasserschutzgebiete/Trinkwassergewinnungsgebiete treffen zu können, empfehlen wir die Erstellung eines hydrogeologischen Gutachtens. Darin sollten die evtl. geplanten Wasserhaltungs- und Versickerungsmaßnahmen unter Darlegung der geplanten Bauvorgehensweise (Standorte und Zeitrahmen der Wasserhaltungen und Versickerungen, Mengenabschätzung, etc.) und unter Berücksichtigung der möglichen Auswirkungen auf • den Wasser-, Boden- und Naturhaushalt, • die Quantität und Qualität des Grundwassers und • Einzugsgebiete der Trinkwassergewinnung beschrieben werden.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
043	043.07	A	Des Weiteren empfehlen wir ein geeignetes Beweissicherungskonzept vorzulegen und mit den zuständigen Fach- und Genehmigungsbehörden abzustimmen. Hinweise zur Beweissicherung finden sich in GeoBerichte 15 sowie Geofakten 19 des LBEG.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
043	043.08	A	Aus Sicht des Fachbereiches Bergaufsicht CLZ wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: In mehreren geplanten Standorten überschneiden sich die Planstandorte für Windenergieanlagen mit bestehenden Erdgas-/Roherdölleitungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.09	SO 09	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: EWE Netz GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.10	SO 10	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: EWE Netz GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.11	SO 11	Leitungsart: Roherdölleitung, Betreiber: NWO Nord-West Oelleitung GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.12	SO 17	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: EWE Netz GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.13	SO 18	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.14	SO 24	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.15	SO 36	Leitungsart: Erdgastransportleitung, Betreiber: EWE Netz GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
043	043.16	A	Um einen sicheren Betrieb der Anlagen zu gewährleisten, müssen Windenergieanlagen außerhalb eines Sicherheitsabstandes (= Nabenhöhe plus Rotorblattlänge plus 10 m) zu Gasleitungen errichtet werden. Dieser Mindestabstand setzt voraus, dass die Windenergieanlagen entsprechend dem Stand der Technik geplant, errichtet und betrieben werden und die Belastungen der Windenergieanlagen statisch und dynamisch bestimmt wurden. Bei Unterschreitung des Mindestabstandes ist ein erneuter Nachweis vom Betreiber der WEA erforderlich, dass auch ein Versagen von Maschinenkomponenten (zB. Abriss eines Rotorblattes oder Teile davon) kein inakzeptables Risiko für den Betrieb der Anlage darstellt. Eine Risikominimierung kann ggf. durch geeignete technische Maßnahmen erfolgen. In diesen Fällen ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie erneut zu beteiligen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
043	043.17	A	Ich bitte die o.g. Betreiber am Verfahren zu beteiligen.	Der Landkreis Cuxhaven beteiligt lediglich die Träger öffentlicher Belange. Private Firmen sind verpflichtet ihre Interessen selbst zu bekunden.	Nicht zu berücksichtigen.
043	043.18	A	Weitere Anregungen oder Bedenken aus Sicht unseres Hauses bestehen unter Bezugnahme auf unsere Belange nicht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer				
048	048.01	A	Vorbemerkung: Grundlage dieser Stellungnahme sind die Ihnen in meiner Stellungnahme vom 31.07.2014 bereits erläuterten Rechts- und Planungsgrundlagen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048	048.02	A	2. Anregungen und Hinweise zum Entwurf des überarbeiteten, sachlichen Teilabschnittes Windenergie Die Nationalparkverwaltung begrüßt ausdrücklich, dass das regionale Raumordnungs-programm die Windenergienutzung im Außenbereich mit Ausschlusswirkung steuern soll. Sie sieht darin die Chance auf Verlagerung ungeeigneter Altstandorte aus der nahen Umgebung des Nationalparks aus den Pionierzeiten der Onshore-Windenergienutzung Ende der achtziger, bzw. Anfang der neunziger Jahre im Zuge eines landkreisweit und gemeinde-übergreifend koordinierten Repowerings an verträglichere Standorte als in Betracht kommende Planungsalternativen. Dies läge im Sinne der Schutzziele, insbesondere zum Vogelschutz und zum Schutz von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Wattenmeerlandschaft.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048	048.03	Z	Es handelt sich dabei um die Standorte in den Detailkarten 25: Misselwarden 27: Nordholz/Cappel-Neufeld 28: Nordholz/Spieka-Neufeld 33: Padingbüttel 39: Wremen-Schottwarden Sie begrüßt daher, dass hier keine Vorranggebiete für Windenergie festgelegt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048	048.04	E 01	Jedoch sind wesentliche Teilaspekte der planerischen Herleitung, insbesondere bei der Ermittlung von harten und weichen Tabuzonen, auch nach der Überarbeitung aus rechtlichen Gründen zu kritisieren. Zum einen sind die Flächen des Nationalparkgebietes selbst als harte Tabuzonen auszusondern, da sie aufgrund der Bestimmungen des NWattNPG für eine Windenergienutzung generell nicht in Frage kommen. Sie sind der Windenergienutzung aus rechtlichen Gründen vollflächig entzogen.	Der "Nationalpark und Puffer 500 m" ist den weichen Tabuzonen zugeordnet worden. - Der Landkreis hat sich entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler als weiche Tabuzonen zu behandeln; bzgl. der Gründe dieser Entscheidung wird auf die Ausführungen in der Begründung/Erläuterung zum Entwurf 2015 verweisen (Seite 6 bis 7).	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.05	E 01	Um erhebliche Beeinträchtigungen oder nachteilige Wirkungen auf die Schutzziele des Nationalparks oder seine Bestandteile zu vermeiden oder zu begrenzen, ist aus Gründen des Landschaftsbildes das 15fache der Höhe einer Standardanlage, aus Gründen des Vogelschutzes ein Mindestabstand von 1200m zu seinen Außengrenzen als weiche Tabuzone zu kategorisieren (vgl. Arbeitshilfen des NLT/ML (2013+2014): Regionalplanung und Windenergie; NLT(2014): Naturschutz und Windenergie). Zur detaillierten Begründung verweise ich auf meine Stellungnahme vom 31.07.2014. Eine Vereinbarkeit des RROP-Entwurfes mit höherrangigem Recht (hier NWattNPG), darf an dieser Stelle ernsthaft bezweifelt werden.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substanziiell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. - Für die Übernahme der Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche Windenergienutzung gelten im Entwurf 2015 andere Bedingungen als für die Vorranggebiete Windenergienutzung; hierbei wird auf die Ausführungen in der Begründung/Erläuterung zum Entwurf 2015 verwiesen (Seite 5). - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.
048	048.06	A	Ein weiterer Kritikpunkt am vorliegenden, überarbeitenden Entwurf ist nach wie vor die Verlagerung der Lösung von sich aufdrängenden, standortbedingten Konflikten mit Schutzzwecken des Nationalparks auf die Bauleitplanungsebene der Gemeinden.	Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.	Nicht zu berücksichtigen.
048	048.07	A	Im niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm ist festgelegt: „In der niedersächsischen Küstenzone sind durch eine ganzheitliche abwägende räumliche Steuerung frühzeitig Nutzungskonflikte zu vermeiden und bestehende Nutzungskonflikte zu minimieren. Öffentliche Belange raumbedeutsamer Nutzungen sind frühzeitig und koordinierend zum Ausgleich zu bringen“ Ziel des LROP 2012 Ziff. 1.4, Rd.nr. 02. 4. „Der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ ist in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt auch durch angepasste Entwicklung in der Umgebung zu erhalten, zu unterstützen und zu entwickeln“ Ziel des LROP 2012 Ziff. 1.4 ,Rd.nr. 04. Leider wird der vorgelegte Entwurf aus Sicht der Nationalparkbelange dem Auftrag zur planerischen Konfliktlösung und der Umsetzung dieser Planungsaufträge aus dem LROP im Sinne eines integrierten Küstenzonenmanagement immer noch nicht gerecht. Die Windenergienutzung in der Umgebung steht sowohl mit Belangen des Vogelschutzes, als auch denen des Landschaftsbildes des Nationalparks im Konflikt. Zwar wird hier im Entwurf kein Vorranggebiet für Windenergie dargestellt, von einer angepassten Entwicklung kann aber dennoch nicht gesprochen werden, denn gleichzeitig wird den Gemeinden nach wie vor ein großer Spielraum für das Repowering an eben diesen Standorten gelassen.	Der Einwendung wird gefolgt. Die genannten Ziele und der damit verbundene Auftrag der Landesregierung wird in die Abwägung über die bauleitplanerisch gesicherten Standorte am Nationalpark Wattenmeer eingestellt. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche in diesem Bereich wird erneut geprüft.	Zu berücksichtigen.
048	048.08	A	3. Hinweise und Anregungen Die folgenden Hinweise und Anregungen sollen der textlichen Umsetzung der vorstehenden Punkte dienen. Zur fachlichen Erläuterung der betroffenen Belange des Landschaftsbildes und des Vogelschutzes wird auf meine Stellungnahme vom 31.07.2014 verwiesen.	Kenntnisnahme. Die Stellungnahme wurden im Verfahren zum RROP Entwurf 2014 ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.09	B	3.1 Beschreibende Darstellung Eingefügt werden sollte als neues Ziel im Anschluss an Ziffer 10: „Es ist sicherzustellen, dass das Gebiet des Nationalparks ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ durch die Errichtung von Windenergieanlagen nicht erheblich beeinträchtigt wird. „ gefolgt von dem Ziel „Raumbedeutsame Bestandsanlagen in der Umgebung des Nationalparks ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ (Vorsorgeabstand mind. 1500 m) werden nach Ablauf ihrer vorgesehenen Betriebsdauer bzw. nach Ablauf einer befristeten Zulassung nicht mehr weiter betrieben und vollständig zurück gebaut.“	Dem Vorschlag kann nicht gefolgt werden. Die Belange des Nationalparks werden bereits in die Abwägung über die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche eingestellt. Zudem wird die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 insoweit angepasst, dass die Gesamtrоторfläche in den genannten Flächen nicht mehr zunehmen darf.	Nicht zu berücksichtigen.
048	048.10	B 06	Zu Ziffer 06: Die klare Definition der Nutzung eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches unter Einschluss der Rotorblätter wird begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048	048.11	B 11	Zu Ziffer 11: Die Vorgaben zur Festlegung einer Höhenbeschränkung Sätze 1 und 2 durch die Bauleitplanung werden generell begrüßt. Eine fakultative Verlagerung der Höhenbeschränkung auf das Blm- Sch-Verfahren (gemäß Ziffer 05 Satz 4) anhand einer raumordnerischen Beurteilung wird jedoch abgelehnt. Der Satz sollte hier gestrichen werden. Die Frage der Anlagenhöhe ist entscheidend u. a. für den Wirkradius von potentiellen Beeinträchtigungen der charakteristischen Eigenart des natürlichen und naturnahen Landschaftsbildes im Nationalpark. Ein Bauleitplan, der diesen Aspekt nicht beregelt, liefe Gefahr, im Hinblick auf Nationalparkbelange einen Abwägungsmangel zu erleiden.	Die Regelung in Ziffer 05 Satz 04 stellt nur einen Ausnahmetatbestand dar. In der Regel wird die maximale Gesamtanlagenhöhe von den Gemeinden in der Bauleitplanung festgesetzt. Nur in den Fällen, in denen eine Gemeinde auf eine solche Festlegung verzichtet, wird die im BlmSchG-Verfahren beantragte Gesamtanlagenhöhe im Zuge einer raumordnerischen Beurteilung geprüft. Dabei werden in der Abwägung, ob der beantragten Höhe stattgegeben werden, alle relevanten Stellungnahmen einbezogen. Die Wurster Nordseeküste plant derzeit nicht auf eine Höhenfestlegung zu verzichten. Von einem solchen Vorgehen in den Windparks auf dem Gemeindegebiet wäre angesichts der Belange des Nationalparks und der Bundeswehr auch abzuraten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.12	B 11	<p>Zu Ziffer 11, Satz 3:</p> <p>Durch die Festschreibung der Gesamtrоторfläche bei einem Repowering auf das bisherige Maß (zuzüglich 15%) soll der Absicht nach eine erhebliche Verschlechterung der Barrierewirkung gegenüber dem derzeitigen Zustand vermieden werden. Die Wirksamkeit dieser Begrenzungsmaßnahme ist unter Vogelschutzaspekten jedoch unsicher, da größere Rotoren (höhere Geschwindigkeiten der Flügelspitzen) bspw. andere Verwirbelungs- und Sogeffekte haben können, als kleinere Rotoren.</p>	<p>Bei acht Standorten ergab sich im Zuge der einzelfallbezogenen Abwägung, dass einem Repowering schwerwiegende naturschutzfachliche Belange entgegenstehen. Um hier gleichwohl ein Repowering auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms zu eröffnen, wurde die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 entwickelt; diese ist der Begründung/Erläuterung zu entnehmen (Seite 69). Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Hindernisse sind sehr gravierend; es ist fraglich, ob sie auf der Ebene nachfolgender Bauleitplanung und immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren bewältigt werden können. - Der Grund für die Ziel-Ausnahme-Regelungen Standort liegt darin, mit dieser Begrenzung des Repowerings überhaupt ein Repowering zu ermöglichen. Für eine Reihe von Arten werden Raumnutzungsanalysen erforderlich sein. - In den Windparks "Misselwarden", "Nordholz/Cappel-Neufeld", "Nordholz/Spieka-Neufeld", "Padingbüttel" und "Wremen-Schottwarden" sind die derzeit in Betrieb befindlichen Windenergieanlagen vielfach sehr alt. Der Rotordurchmesser liegt durchgängig unter 52 m, vielfach nur bei etwa 30 m bis 35 m. Bei einem Repowering mit Windenergieanlagen, die einen Rotordurchmesser von 71 bis 82 m aufweisen, wird die Anzahl der Anlagen auf die Hälfte bzw. ein Drittel bzw. ein Viertel zurückgehen. Damit wird die Ausdehnung der Windparks auf jeden Fall deutlich reduziert. - Die in der Einwendung getroffene Aussage, dass die Wirksamkeit der Begrenzungsmaßnahme unter Vogelschutzaspekten unsicher ist, da größere Rotoren - insbesondere bei höheren Geschwindigkeiten im Bereich der Flügelspitzen - andere Verwirbelungs- und Sogeffekte haben können als kleinere Rotoren, wird grundsätzlich zugestimmt. Dieses zu klären, ist der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens vorbehalten.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.13	B 11	<p>Leider reicht diese Regelung aus Nationalparksicht bei Weitem nicht aus, um die schwerwiegenden, v. a. lagebedingten Bedenken der Nationalparkverwaltung ausräumen zu können. Ein Repowering würde trotz dieser Vorkehrung weder den Landschaftsbildbelangen gerecht, noch würden potentielle Vergrämungseffekte auf Rast- und Brutgebiete im Nationalpark selbst dadurch wirksam gemindert werden können. Die Nationalparkverwaltung hält die Rotorflächenbegrenzung als alleinige Maßnahme für unzureichend. Sie ist als Festschreibung eines ungünstigen Status Quo einzustufen und kann planerische Standortalternativen nicht ersetzen.</p>	<p>In dem Maße, in dem die Zahl der Windenergieanlagen infolge der Regelung in Ziffer 11 Satz 3 im Falle eines Repowerings deutlich reduziert wird, wird auch die flächenhafte Ausdehnung der Windparks abnehmen. In welchem Ausmaß dies der Fall sein wird, ist nur in Kenntnis der geplanten Windenergieanlagentypen und -konfiguration beurteilbar. Diese Fragestellungen lassen sich somit erst auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens klären. - Zu den planerischen Alternativen: Die fünf Windparks "Misselwarden", "Nordholz/Cappel-Neufeld", "Nordholz/Spieka-Neufeld", "Padingbüttel" und "Wremen-Schottwarden" liegen allesamt in der Gemeinde Wurster Nordseeküste; alle fünf Windparks liegen vollständig in harten und weichen Tabuzonen. Innerhalb der Gemeinde Wurster Nordseeküste gibt es lediglich eine große Potenzialfläche, nämlich die des Standortes "Midlum". Eine Erweiterung des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Midlum" bzw. des Windparks "Midlum" kommt aufgrund des 4 km-Abstands zum Vorranggebiet Windenergienutzung/Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung/Windpark "Holßel-Neuenwalde" und zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung/Windpark "Langen-Krempel" nicht in Betracht. Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Midlum" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 77 bis 79 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Midlum")]. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.</p>	Teilweise zu berücksichtigen.
048	048.14	B 11	<p>Nach Auffassung der Nationalparkverwaltung würde die Verabschiedung neuer Bauleitpläne zum Repowering in der Umgebung des Nationalparks die Verwirklichung der von ihr dort gewünschten, konsequenten Ausschlusswirkung unmöglich machen oder wesentlich erschweren.</p>	<p>Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wird im Rahmen einer Abwägung vollzogen. Dabei werden alle relevanten Belange eingestellt. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche am Nationalpark Wattenmeer wird jedoch einer erneuten kritischen Prüfung unterzogen.</p>	Zu berücksichtigen.
048	048.15	Z	<p>3.2 Zeichnerische Darstellung Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen dieser Standorte, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtskräftiger Bauleitplan bestand : 25: Misselwarden; 27: Nordholz/Cappel- Neufeld;28: Nordholz/Spieka-Neufeld; 33: Padingbüttel; 39: Wremen-Schottwarden.</p>	<p>Es wurden keine bauleitplanerisch gesicherten Bereiche übernommen, für die kein rechtskräftiger Bauleitplan bestand. Die entsprechend übernommenen Pläne werden in der Begründung dargelegt.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.16	SO 33	Zur Detailkarte 33 Standort Padingbüttel fällt auf, dass die Flächengröße gegenüber dem Entwurf 2014 nahezu verdoppelt wurde und weiter an den Nationalpark heranrückt. Dies entspricht nach dem Informationsstand der NLPV nicht dem Vorgehen einer nachrichtlichen Darstellung, sondern stellt de facto eine Erweiterung dar, da ein rechtskräftiger F-Plan mit dieser Neuabgrenzung derzeit wohl nicht existiert. Dies steht im Widerspruch zur Definition bauleitplanerisch gesicherte Bereiche S. 5 der Begründung.	Der Standort Padingbüttel wurde nicht vergrößert. Im Zuge der Aufstellung des Entwurfs 2015 wurden alle rechtsgültigen Bauleitpläne zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen von den Gemeinden angefordert und digitalisiert. Die Darstellung des Windparks Padingbüttel im RROP Entwurf 2014 basierte auf einer falschen Darstellung. Die zeichnerische Darstellung im Entwurf 2015 ist richtig.	Nicht zu berücksichtigen.
048	048.17	E	3.3 Begründung Bei der Herleitung des zugrunde gelegten planerischen Konzeptes aus harten und weichen Tabuzonen werden der gesetzliche Schutzstatus und der landesraumordnerische Vorrangstatus des Nationalparks nicht angemessen eingestellt. Das RROP läuft damit Gefahr, einen Abwägungsfehler zu erleiden. Insofern wird auf die Stellungnahme vom 31.07.2014 verwiesen.	Der "Nationalpark und Puffer 500 m" ist den weichen Tabuzonen zugeordnet worden. - Der Landkreis hat sich entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler als weiche Tabuzonen zu behandeln; bzgl. der Gründe dieser Entscheidung wird auf die Ausführungen in der Begründung/Erläuterung zum Entwurf 2015 verweisen (Seite 6 bis 7).	Nicht zu berücksichtigen.
048	048.18	E 11	Die Nutzung an den Altstandorten in der Umgebung des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ (Vorsorgeabstand mind. 1500 m) soll auf einen baugenehmigungs- bzw. immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutz im engeren Sinne beschränkt bleiben. Ein Repowering mit höheren Anlagen ist aus Gründen der damit verbundenen erheblichen Verschlechterung des Landschaftsbildes des Nationalparks und einer erheblichen Beeinträchtigung Wert bestimmender Vogelarten auch im Zusammenwirken mit den anderen deichnahen Altstandorten, nicht mit den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Schutzzweck des NWattNPG vereinbar.	Eine solche pauschale Aussage bezogen auf alle am Nationalpark Wattenmeer angrenzenden Flächen kann nicht geteilt werden. Wie im Schreiben der Nationalpark Verwaltung vom 16.03.2015 ausgeführt wird, ist der Nationalpark Wattenmeer durch die fünf Standorte ganz unterschiedlich betroffen. Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird, auch im Hinblick auf das Schreiben vom 16. März, noch einmal kritisch geprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.
048	048.19	E 11	Es wird begrüßt, dass nunmehr alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche einer Einzelfall-Abwägung durch die Regionalplanung unterzogen wurden. Die gleichlautenden Ergebnisse für alle fünf küstennahen Standorte (Misselwarden S. 58; Nordholz/ Cappel-Neufeld S. 59f; Nordholz/ Spiekal-Neufeld S. 60; Padingbüttel S. 63; Wremen-Schottwarden S. 65) dass durch die Vorgaben nach Ziffer 11 Satz 3 (Rotorflächenbegrenzung + 15%) bei einem Repowering die Barrierewirkung zwischen dem Nationalpark Wattenmeer und dem Binnenland verringert werden könne und dadurch im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung der Bereich übernommen und einem Repowering überführt werden könne, finden jedoch ausdrücklich nicht die Zustimmung der Nationalparkverwaltung. Zur fachlichen Begründung dieser Auffassung wird ergänzend auf die Ausführung unter Nr. 3.1 und auf den gutachterlichen Standortvergleich der Nationalparkverwaltung vom 16.03.2015 verwiesen.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird, auch im Hinblick auf das Schreiben vom 16. März, noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
048	048.20	E 11	Im Übrigen ist die Begründung der Ziel-Ausnahmeregelungen unvollständig, da beispielsweise nicht erläutert wird, wie Belange des Landschaftsbildes im Rahmen der Abwägung berücksichtigt wurden.	Der Belang des Landschaftsbildes kann ohne weitere Kenntnis der genauen Anlagenkonfiguration nicht in die Abwägung eingestellt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
048	048.21	E 11	Belange des Vogelschutzes wurden auf eine Barrierewirkung reduziert und lassen die Vergrämungswirkung auf Rast- und Brutstandorte außer Acht.	In dem Maße, in dem die Zahl der Windenergieanlagen infolge der Regelung in Ziffer 11 Satz 3 im Falle eines Repowerings deutlich reduziert wird, wird auch die flächenhafte Ausdehnung der Windparks abnehmen. In welchem Ausmaß dies der Fall sein wird, ist nur in Kenntnis der geplanten Windenergieanlagentypen und -konfiguration beurteilbar. Diese Fragestellungen lassen sich somit erst auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens klären.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
048	048.22	U	<p>3.5 Umweltbericht - Teil C zu 4.2.2 Windenergie (Stand 05.06.2015)</p> <p>Dem Umweltbericht fehlt aus der Perspektive des Nationalparks die vergleichende Darstellung, Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (u. a. Nationalparkbelange) in Betracht kommender Planungsalternativen zur Verlagerung bzw. Zusammenlegung von küstennahen Altstandorten im Zuge eines Repowering. Er enthält keine Hinweise darauf, wie die Auswirkungen der Plandurchführung auf die Umwelt (u. a. Nationalparkbelange) überwacht werden sollen (Monitoring § 9 Abs. 4 ROG).</p>	<p>Die Auswahl der Potenzialflächen (Vorranggebiete und bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt) wurden in der Begründung durch den Landkreis Cuxhaven dargelegt. Im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes muss vom Landkreis Cuxhaven lediglich darlegt werden, welche Flächen als Potentialfläche für das weitere Verfahren ausgeschlossen wurden (z.B. aufgrund der Größe oder naturschutzfachlichen Einschätzung) bzw. welche Flächen als Vorranggebiete übernommen wurden. Eine Alternative im Sinne des Repowerings ist der derzeitige Ist-Zustand (Nullvariante, vgl. Kap. 6) mit allen bestehenden Wirkungen. Die andere Alternative ist das Repowering, wie es im Zuge der SUP für den RROP 2015 bewertet wurde. Eine weitere Prüfung von Alternativen für alle Standorte ist nicht vorgesehen (vgl. Hinweise zur Auswahl der Potenzialflächen). Hinweise zum Monitoring sind in Kap. 6 des Umweltberichts dargestellt.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.23	U	<p>S. 1 :</p> <p>Es wird begrüßt, dass die Umweltauswirkungen innerhalb von einzelnen Steckbriefen für jedes einzelne Gebiet, auch für die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche verbal-argumentativ bewertet werden. Die Nationalparkverwaltung wurde zur Bewertungsmethode des Umweltberichtes im Vorfeld nicht gesondert beteiligt. Die Abstände zur Festlegung erheblicher Umweltauswirkungen (Anhang 1 des Umweltberichtes) sind teilweise noch nicht ausreichend und widersprechen bereits in der Stellungnahme vom 31.07.2014 zum LROP-Entwurf 2014 aus Gründen des Landschaftsbildes begründeten Maßen (15faches der Höhe einer Standardanlage von 100m):</p> <p>„- Kriterium „Nationalpark“: Umfeld ist mit mind. 1500m anzunehmen</p> <p>- Kriterium „Landschaftsbild“: Umfeld ist mit mind. 1500m anzunehmen.“</p> <p>Beim VSG wurde nunmehr zutreffend ein Mindestabstand von 1200m angenommen.</p>	<p>Der angenommene Abstand zum Nationalpark "Niedersächsisches Wattenmeer" stellt den fachlichen Vorsorgeabstand aus den Empfehlungen des NLT (Februar 2014) zu den weichen Tabuzonen dar. Auch in den Hinweisen zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen vom NLT (Oktober 2014) wird ein Vorsorgeabstand von 500 m angegeben. Der Abstand wird nur bei einer besonderen gebiets- oder schutzzweckspezifischen Empfindlichkeit durch größere Abstände eingefordert. Die konkrete Festlegung größerer Abstände, wie hier gefordert: 1500 m, ist Teil des immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahrens. Die Eignung als Repowering-Standort wird demnach auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen geprüft. In dem Zuge können auch Vorkehrungen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes oder eine Wiederherstellung bzw. landschaftsgerechte Neugestaltung erfolgen (vgl. NLT 2014, Stand Oktober).</p> <p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Eine derartig differenzierte Betrachtung kann auf der Ebene des Regionalplanes nicht erfolgen, so dass eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich ist. Durch die Aufnahme der unter 2.6 beschriebenen Kriterien ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Es erfolgt keine Anpassung / Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.24	U	<p>S. 6 Tab. 1-1:</p> <p>Zum Schutzgut Landschaft heißt es hier „Umfeld auf Regionalplanebene nicht zu beurteilen.“ Die Nationalparkverwaltung ist jedoch der begründeten Auffassung, dass Wirkungen auf das Schutzgut Landschaft auf Regionalplanebene sehr wohl und mit vertretbarem Aufwand zu beurteilen sind (Siehe vergleichende Standortbewertung im Anhang (NLPV vom 16.03.2015)). Diese Aussagen stehen im Widerspruch zur Gesamtplanbetrachtung S. 217 ff., so in Tab. 4-1 auf Seite 219, wo bei der Beurteilung der Kumulationsgebiete als Wirkung auf die Schutzgüter ganz zutreffend die „(Beeinträchtigung des Landschaftsbildes insbes. durch visuelle Wirkungen auf den Nationalpark Wattenmeer)“ wörtlich angeführt wird. Diese innere Widersprüchlichkeit des Umweltberichtes könnte darauf hindeuten, dass das Landschaftsbild in der planerischen Konzeption nicht angemessen berücksichtigt wurde und hier eine abwägungserhebliche Unvollständigkeit der Umweltprüfung vorliegt.</p>	<p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Durch die Aufnahme der unter 2.6 beschriebenen Kriterien ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Die im Rahmen der SUP zu bewertenden kumulativen Umweltwirkungen nach Anhang I der Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (RL 2001/42 EG) wurden im Umweltbericht dargestellt (vgl. Kapitel 4 Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht). Es ist zu berücksichtigen, dass kumulative Wirkungen ebenfalls auf Maßstabsebene des RROP bewertet werden, eine differenzierte Aussage zur Landschaftsbildbeeinträchtigung ist dahingehend nicht möglich. Daneben werden Hinweise zu Minderungsmaßnahmen dargestellt, die in den nachgeordneten Planfestlegungen für die Abwägung hinzugezogen werden können. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichtes.</p>	Nicht zu berücksichtigen
048	048.25	U	<p>S. 8 :</p> <p>Starke Vorbelastung durch bestehenden Windenergieanlagen im Plangebiet führen nach Auffassung der Gutachter dazu, dass erhebliche Umweltauswirkungen als unerheblich eingestuft werden. Dieses Vorgehen ist in all denjenigen Fällen nicht zulässig, wo in absehbarer Zukunft mit einem Abbau der Altanlagen zu rechnen wäre (abgängige bzw. unrentable Anlagen, Auslaufen der Förderung). Dann ist zur Bewertung des zukünftigen Umweltzustandes dieses Szenario vergleichend heranzuziehen.</p>	<p>Die Methodik wurde bei allen Potenzialflächen (Vorranggebiete und bauleitplanerisch gesicherte Bereiche) in gleicher Weise angewandt. Die Beschreibung zur Vorbelastung auf S. 8 des Umweltberichtes bezieht sich auf Einzelfallentscheidungen und stellt keine generalisierende Aussage dar. Dies kommt lediglich bei der Bewertung des Landschaftsbilds mit mittlerer oder hoher Bedeutung zum Tragen (s. im jeweiligen Steckbrief unter Pkt. 2.25). Eine Änderung der Bewertung würde zu keiner anderen Einschätzung oder Beurteilung für den gesamten Standort führen. Im Rahmen der Beurteilung ist nicht bekannt, welche Anlagen in absehbarer Zeit abgebaut werden, weshalb dahingehend keine Beurteilung erfolgen kann. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichtes.</p>	Nicht zu berücksichtigen
048	048.26	U	<p>S. 138 (Misselwaren):</p> <p>Der generellen Einschätzung, dass Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden und eine FFH-VP bei einem Repowering erforderlich ist, wird zugestimmt.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.27	U	S. 147 (Nordholz/Cappel-Neufeld): Der generellen Einschätzung, dass Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden und eine FFH-VP bei einem Repowering erforderlich ist, wird zugestimmt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
048	048.28	U	S. 152 (Spieka-Neufeld): Der generellen Einschätzung, dass Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden und eine FFH-VP bei einem Repowering erforderlich ist, wird zugestimmt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
048	048.29	U	S. 173 (Padingbüttel): Der generellen Einschätzung, dass Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden und eine FFH-VP bei einem Repowering erforderlich ist, wird zugestimmt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
048	048.30	U	S. 205 (Wremen-Schottwarden): Der generellen Einschätzung, dass Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden und eine FFH-VP bei einem Repowering erforderlich ist, wird zugestimmt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
048	048.31	U	3.6 FFH-Verträglichkeitsvorprüfung Die Erhaltungsziele sind zu korrigieren und dem NWattNPG zu entnehmen und nicht dem Standarddatenbogen. Es wird dazu auf die Stellungnahme vom 31.07.2014 verwiesen, insbesondere den Hinweis auf Anlage 5 des NWattNPG, angefügt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104). Den Beschreibungen und Bewertungen der Beeinträchtigungen kann sich die Nationalparkverwaltung nicht anschließen und verweist auf vorangehende Stellungnahmen und Beiträge.	Die Erhaltungsziele wurden dem aktuellen Stand des NWattNPG entnommen und hinsichtlich ihrer Relevanz entweder dem VSG- oder dem FFH-Gebiet "Niedersächsisches Wattenmeer" zugeordnet. Diese sind somit vollständig in die Bewertung der FFH-Vorprüfungen eingeflossen. Insgesamt wurden alle Erhaltungsziele aus dem NWattNPG vom 19.02.2010 berücksichtigt. Ein dahingehender Hinweis wird an den jeweiligen Stellen in den Steckbriefen ergänzt.	Teilweise zu berücksichtigen
048	048.32	U	Es fehlen Hinweise auf Planungsalternativen, die nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen des Natura 2000-Gebietes führen oder diese erheblich mindern könnten, wie z. B. den Verzicht, die Verlagerung oder Zusammenlegung von küstennahen Altstandorten im Zuge eines Repowering.	Die Auswahl der Potenzialflächen (Vorranggebiete und bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt) wurden in der Begründung durch den Landkreis Cuxhaven dargelegt. Im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes muss vom Landkreis Cuxhaven lediglich darlegt werden, welche Flächen als Potentialfläche für das weitere Verfahren ausgeschlossen wurden (z.B. aufgrund der Größe oder naturschutzfachlichen Einschätzung) bzw. welche Flächen als Vorranggebiete übernommen wurden. Eine Alternative ist das Belassen der derzeitigen Situation (Nullvariante, vgl. Kap. 6) mit allen bestehenden Wirkungen. Die andere Alternative ist die Planungsvariante, wie es im Zuge der SUP für den RROP 2015 bewertet wurde. Eine weitere Prüfung von Alternativen für alle Standorte ist nicht vorgesehen (vgl. Hinweise zur Auswahl der Potenzialflächen). Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
048	048.33	U	Für die erforderliche Prüfung der FFH-Verträglichkeit reicht es nicht aus, die weitere Prüfung nachfolgender Planung oder dem Genehmigungsverfahren vorzubehalten.	Es handelt sich im Umweltbericht Anhang II des RROP 2015 um FFH-Vorprüfungen. Für Pläne (oder Projekte), die einzeln oder gemeinsam mit anderen Plänen ein Gebiet des Natura 2000-Netzes erheblich beeinträchtigen können, wird in § 34 BNatSchG die Prüfung der Verträglichkeit dieses Plans festgelegt. Die Aufgabe der FFH-Vorprüfung ist, den Bearbeitungsaufwand für unproblematische Vorhaben zu reduzieren, indem sie evidente Fälle ausscheidet. Aus diesem Grund ist es nicht angebracht, den gesamten Ablauf einer FFH-Verträglichkeitsprüfung in die Phase der Vorprüfung zu verlagern. Die FFH-Vorprüfung erfolgt deshalb i.d.R. überschlägig anhand von vorhandener Unterlagen zum Vorkommen von Arten und Lebensräumen und anhand akzeptierter Erfahrungswerte zur Reichweite und Intensität von Beeinträchtigungen. Für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist eine zusätzliche Datenerhebung notwendig, die im Zuge der SUP nicht durchgeführt wird. Der Konkretisierungsgrad der Vorprüfung entspricht dem Maßstab des Regionalplans bzw. dem Konkretisierungsgrad der zu prüfenden Planfestlegung. Auf Grundlage dieser Informationen wird durch die FFH-Vorprüfung geklärt, ob es prinzipiell zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebietes kommen kann. Anhand derer wird eine Notwendigkeit für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das weitere Genehmigungsverfahren abgeleitet. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
048	048.34	U	3.7 Zusammenfassende Erklärung (§11 Abs. 3 ROG) Die förmliche, zusammenfassende Erklärung über die Ergebnisse der Umweltprüfung, einschl. der FFH-VP als Teil der Begründung scheint zu fehlen.	Die Erfordernisse aus § 11 Abs. 3 ROG zu einer förmlichen, zusammenfassenden Erklärung werden in der nichttechnischen Zusammenfassung des Umweltberichts (Kap. 7) berücksichtigt. Diese wird im Zuge der Änderung des RROP 2015 überarbeitet. Es folgt eine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Zu berücksichtigen.
048	048.35	A	Fazit: Die Nationalparkverwaltung ist nach wie vor der Auffassung, dass die Regionalplanung die sich hier aufdrängenden raumrelevanten, standortbedingten Konflikte zwischen Belangen der regenerativen Energieerzeugung und dem Schutz des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ und seiner Umgebung mit Hilfe des Regionalen Raumordnungsprogramms einer verträglichen Lösung zuführen sollte und hält dies sowohl planungsmethodisch für machbar als auch rechtlich für dringend geboten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048	048.36	A	Die Nationalparkverwaltung hat Ihnen auf Ihre im Gespräch am 24.09.2014 geäußerte Bitte hin mit Schreiben vom 16.03.2015, basierend auf aktuellen Erhebungen, eine vergleichende, fachgutachterliche Standortbewertung der küstennahen Altstandorte in die Planung eingebracht, die als planungsrelevanter Hinweis bei einer möglichen Verlagerung, Aufgabe oder Zusammenlegung von Altstandorten als in Betracht kommende Planungsalternativen (Bündelungsgedanke) herangezogen werden kann. Sie ist dieser Stellungnahme als Anhang nochmal beigelegt.	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft. Das Schreiben vom 16.03.2015 wird unter 048a ausgewertet.	Zu berücksichtigen.
048	048.37	A	Meine Kollegen und ich stehen Ihnen selbstverständlich zum Gespräch gern zur Verfügung. Das Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg und das niedersächsische Umweltministerium erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.01	A	am 24.09.2004 kamen wir bei Ihnen im Hause zusammen, um uns über den Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms – Teilabschnitt Windenergie - unter dem Aspekt des Repowerings von Altstandorten im dem Nationalpark benachbarten Küstenstreifen an der Wurster Küste auszutauschen. Der Landkreis bat die Nationalparkverwaltung in diesem Gespräch um eine vergleichende fachliche Einschätzung des Konfliktpotenzials mit Nationalparkbelangen zwischen den fünf Altstandorten im Nahbereich des Nationalparks: Spieka-Neufeld, Cappel-Neufeld, Padingbüttel, Misselwarden und Schottwarden. In Ergänzung unserer vorangehenden Stellungnahmen, insbesondere der vom 28.07.2014, kommen wir dieser Bitte gerne nach. Ihre Stellungnahme vom 28.07.2014 hält die Nationalparkverwaltung aufrecht.	Kenntnisnahme. Die Stellungnahme zum RROP Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Kenntnisnahme
048a	048a.02	A	In diesem Schreiben finden Sie eine vergleichende, naturschutzfachliche Bewertung der küstennahen Altstandorte im Hinblick auf potentiell durch Repowering betroffene Nationalparkbelange zu den Schutzgütern „Vögel“ und „Landschaftsbild“. Alle Standorte werden unter einheitlichen, nachvollziehbaren Kriterien betrachtet, die aus dem NWattNPG abgeleitet wurden. Einfache, auf mit Hilfe eines GIS ermittelten Flächengrößen basierende Rangfolgen werden anhand verschiedener Fachkriterien gebildet. Je höher eine flächenbezogene Betroffenheit des Schutzgutes ist, desto höher ist die jeweilige Rangzahl für das Konfliktpotenzial (Rang 5 entspricht dem größten Konfliktpotential). Da entsprechend der Fragestellung keine absoluten, sondern nur relative Ergebnisse erzielt zu werden brauchen, kann auf Skalierungen und Gewichtungen verzichtet werden. Die Schutzgüter „Vögel“ und „Landschaftsbild“ werden getrennt betrachtet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.03	A	Es gibt fünf küstennahe Windparks an der Wurster Küste zwischen Cuxhaven und Bremerhaven (Abbildung 1). Von Nord nach Süd sind diese: Windpark: Spieka-Neufeld - Standort Fläche Windpark [ha]: 68,3 - Minimale Distanz zur Nationalpark-Außengrenze [m]: 742 Windpark: Cappel-Neufeld - Standort Fläche Windpark [ha]: 47,0 - Minimale Distanz zur Nationalpark-Außengrenze [m]: 528 Windpark: Padingbüttel - Standort Fläche Windpark [ha]: 10,9 - Minimale Distanz zur Nationalpark-Außengrenze [m]: 358 Windpark: Misselwarden - Standort Fläche Windpark [ha]: 56,9 - Minimale Distanz zur Nationalpark-Außengrenze [m]: 960 Windpark: Schottwarden - Standort Fläche Windpark [ha]: 33,3 - Minimale Distanz zur Nationalpark-Außengrenze [m]: 121 Diese Windparks liegen in 121-960 m Abstand im unmittelbaren Nahbereich des Nationalparks.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.04	A	1. Schutzgut „Vögel“ Im nachfolgenden Abschnitt wird eine vergleichende Bewertung der o. g. fünf Standorte unter ornithologisch-naturschutzfachlichen Belangen des Nationalparks vorgenommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.05	A	Für die Arten der Wattgebiete, der Salzwiesen und des Grünlands sieht das Nationalparkgesetz „störsame Nahrungs-, Rast- und Mausergebiete für typische Brut- und Gastvogelarten“ als Erhaltungsziel vor (Anlage 5 NWattNPG). Typische Brut- und Gastvogelarten sind die Arten, die als Wert bestimmend i. S. des Nationalparkgesetzes definiert sind (Anl. 5 NWattNPG).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.06	A	Zwischen den Flächen des Nationalparks und den Binnendeichsbereichen kommt es regelmäßig zu Austauschbewegungen und Wechselflügen von Vögeln. Arten mit einem entsprechenden Raumnutzungsmuster sind z.B. Großer Brachvogel, Goldregenpfeifer oder Weißwangengans. Aufgrund dieser Wechselwirkungen hat der Gesetzgeber das Erhaltungsziel „ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen zwischen Teillebensräumen auch in der Umgebung des Nationalparks“ in Anl. 5 zu § 2 des Nationalparkgesetzes verankert. Die bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen von Windparks können grundsätzlich die Wander- und Wechselbewegungen zwischen dem Nationalpark und seiner Umgebung beeinträchtigen.	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.07	A	Bei den Wert bestimmenden Vogelarten des Nationalparks handelt es sich um Arten des Offenlandes (Watvögel, Enten, Gänse), die i. d. R. sehr sensibel auf Vertikalstrukturen im Umfeld ihrer Nahrungs- und Rastgebiete reagieren. Von Windparks kann eine Barrierewirkung ausgehen, insbesondere dann, wenn sie zwischen Teillebensräumen wie dem Wattenmeer mit seinen Watt- und Vorlandflächen und binnenländischen Nahrungs- und Rastgebieten stehen sowie eine Scheuchwirkung, die die Nutzung von Teilbereichen durch Vögel verhindert. Eine weitere Gefährdung kann durch Vogelschlag (Kollisionen) an Windenergieanlagen ausgehen.	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.08	A	Zur vergleichenden Abschätzung des Konfliktpotenzials mit dem Schutzgut „Vögel“ werden vier Kriterien verwendet, denen Rangzahlen zugeordnet werden. Am Schluss werden die Rangplätze der Einzelkriterien ungewichtet zu einem Durchschnittswert gemittelt. Kriterium 1: Unterschreitung von empfohlenen Mindestabständen zu Vogellebensräumen Kriterium 2: Potentielle Beeinträchtigung von Hochwasserrastplätzen (Fläche) Kriterium 3: Potentielle Beeinträchtigung von Hochwasserrastplätzen (Anzahl der Rastplätze) Kriterium 4: Artspezifische potentielle Beeinträchtigung von Raum-Nutzungsmustern	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.09	A	Kriterium 1: Unterschreitung von empfohlenen Mindestabständen zu Vogellebensräumen Die Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten (LAG 2014) beziehen sich auf das Errichten, den Betrieb und das Repowering von WEA im Binnenland und den Küstengebieten Deutschlands („onshore“). Die LAG empfiehlt Mindestabstände als Beurteilungsmaßstab in der Raumplanung und der vorhabensbezogenen Einzelfallprüfung. Die Abstandsempfehlungen der LAG sind als anerkannte Fachkonventionen zu verstehen. Für ein Repowering von Altanlagen gelten danach die gleichen Abstandsempfehlungen wie bei der Errichtung von neuen Anlagen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.10	A	Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Mindestabstände, die zu bedeutenden Vogellebensräumen empfohlen werden. Bei den genannten Arten bzw. Artengruppen handelt es sich im Wesentlichen um Arten des Offenlandes, die i. d. R. sehr sensibel auf Vertikalstrukturen im Umfeld ihrer Nahrungs- und Rastgebiete reagieren.	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.11	A	Der Nationalpark ist Europäisches Vogelschutzgebiet und hat als nationales Schutzgebiet den Schutz u. a. von Vogelarten des Offenlandes als gesetzlichen Schutzauftrag. Der Nationalpark ist ein Feuchtgebiet internationaler Bedeutung nach der Ramsar-Konvention. Er ist Gastvogellebensraum internationaler Bedeutung von Wat- und Wasservögeln (Begriffe und Methode s. Krüger et al. 2010). Nach den Empfehlungen der LAG ist zu diesen Vogellebensräumen ein Mindestabstand von 1.200 m einzuhalten.	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft. -	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.12	A	<p>Tab. 1: Übersicht über fachlich empfohlene Abstände von Windenergieanlagen zu bedeutenden Vogel Lebensräumen. Angegeben werden Mindestabstände bzw. Prüfbereiche um die entsprechenden Räume (aus LAG 2014)</p> <p>Vogellebensraum: Europäische Vogelschutzgebiete (SPA) mit WEA-sensiblen Arten im Schutzzweck - Empfohlener Mindestabstand der WEA: 1.200 m</p> <p>Vogellebensraum: Alle Schutzgebietskategorien nach nationalem Naturschutzrecht mit WEA-sensiblen Arten im Schutzzweck bzw. in den Erhaltungszielen - Empfohlener Mindestabstand der WEA: 1.200 m</p> <p>Vogellebensraum: Feuchtgebiete internationaler Bedeutung entsprechend Ramsar-Konvention - Empfohlener Mindestabstand der WEA: 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m</p> <p>Vogellebensraum: Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung (Rast und Nahrungsflächen; z. B. von Kranichen, Schwänen, Gänsen, Kiebitzen, Gold- und Mornellregenpfeifern sowie anderen Wat- und Schwimmvögeln) - Empfohlener Mindestabstand der WEA: 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m</p>	<p>Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.</p>	<p>Zu berücksichtigen.</p>
048a	048a.13	A	<p>Im Folgenden wird geprüft, wie weit dieser Abstand zu den Altstandorten eingehalten wird. Dazu wurden die Außengrenzen der Standorte mit Hilfe eines GIS um 1.200 m gepuffert. Diese Puffer wurden mit den Flächen des Nationalparks verschnitten. Daraus ergeben sich je nach Windpark-Standort unterschiedlich große Überschneidungsbereiche (Tab. 2, Abbildung 2). Je stärker der derzeitige Altstandort den Mindestabstand unterschreitet, desto größer ist die Fläche der Überschneidungsbereiche.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
048a	048a.14	A	<p>In einem Ranking werden die Standorte auf einer Rangskala mit den Plätzen 1.-5. eingestuft.</p> <p>Tab. 2: Ergebnis des Verschneidens der 1.200 m-Puffer um den jeweiligen Standort mit den Flächen des Nationalparks</p> <p>Windpark: Spieka-Neufeld - Standort Fläche [ha]: 45 - Rangzahl: 2</p> <p>Windpark: Cappel-Neufeld - Standort Fläche [ha]: 166 - Rangzahl: 3</p> <p>Windpark: Padingbuettel - Standort Fläche [ha]: 211 - Rangzahl: 4</p> <p>Windpark: Misselwarden - Standort Fläche [ha]: 28 - Rangzahl: 1</p> <p>Windpark: Schottwarden - Standort Fläche [ha]: 228 - Rangzahl: 5</p> <p>Lesebeispiel: Der 1.200 m-Puffer um den WP Schottwarden überschneidet insgesamt 228 ha Nationalpark-Fläche. Dies ist der größte Überschneidungsbereich aller fünf WP-Standorte. Daraus ergibt sich Rang 5 im Ranking der Standorte (große Überschneidungsfläche resultiert in rangniedriger Bewertung).</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
048a	048a.15	A	<p>Kriterium 2: Potentielle Beeinträchtigung von Hochwasserrastplätzen (Flächenkriterium)</p> <p>Hochwasserrastplätze haben für rastende Vögel eine besondere Funktion. Sie bilden regelmäßig genutzte Rückzugsflächen, wenn bei auflaufender Flut Wattflächen überspült werden. Die im Watt zur Nahrungssuche verteilten Vögel kommen dann näher an die Vorlandkanten heran und suchen in der Zeit um Hochwasser hochwasserfreie Plätze auf. Hochwasserrastplätze sind in der Regel traditionell genutzte Bereiche, die – abhängig von Wasserständen - in der Regel zweimal täglich aufgesucht werden. Aufgrund ihrer besonderen Funktion spielen störungsarme Hochwasserrastplätze für die naturschutzfachliche Bedeutung eines Gebietes eine wesentliche Rolle.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
048a	048a.16	A	<p>Die Nationalparkverwaltung hat eine aktuelle Übersicht der an der Wurster Küste existierenden Hochwasserrastplätze erstellen lassen (BIOS 2015). Da Rastplätze eine funktionale Flaschenhals-Funktion für die ökologische Tragfähigkeit des Wattgebietes für Vögel einnehmen, sollten diese Bereiche von Vertikalstrukturen, wie Windparks sie darstellen, weiträumig freigehalten werden. Zwischen Hochwasserrastplätzen und Windparkstandorten sollte ein Abstand von mindestens 1.200 m eingehalten werden.</p>	<p>Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.</p>	<p>Zu berücksichtigen.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.17	A	Analog zum Vorgehen beim Kriterium 1, wurde dieser Puffer mit den Flächen des Nationalparks verschnitten, die nach BIOS (2015) als Rastplätze bzw. Nahrungsflächen abgegrenzt wurden (Abb. 3). Es ergeben sich unterschiedlich große Überschneidungsbereiche (Tab. 3-Spalte 4, Abb. 3). Je höher der derzeitige Geltungsbereich des jeweiligen Standorts die Mindestabstandsempfehlung von 1.200 m unterschreitet, umso größer der Überschneidungsbereich. Entsprechend werden die Standorte mit hoher überschrittener Rastplatz-Hektarzahl niedrig in der Rangfolge bewertet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.18	A	Tab. 3: Nummern und Flächenanteile von Hochwasserrastplätzen (HWR), die sich mit dem 1.200 m-Puffer um den jeweiligen Windparkstandort überschneiden Name: Spieka-Neufeld - Name Vorlandabschnitt*: NP Spieka-Nord-Sommerpolder - Nr. HWR*: 8-10, 12 - Flächenanteil HWR [ha]: 24 - Rangzahl: 2 Name: Cappel-Neufeld - Name Vorlandabschnitt*: NP Spieka-Süd-Sommerpolder - Nr. HWR*: 2-5 - Name Vorlandabschnitt*: NP Spieka-Süd-Vorland - Nr. HWR*: 6-8 - Flächenanteil HWR [ha]: 107 - Rangzahl: 5 Name: Padingbüttel - Name Vorlandabschnitt*: NP Dorumer Neufeld-Süd - Nr. HWR*: 1-8 - Flächenanteil HWR [ha]: 100 - Rangzahl: 4 Name: Misselwarden - Name Vorlandabschnitt*: NP Wremen-Nord - Nr. HWR*: 2, 4 - Flächenanteil HWR [ha]: 6 - Rangzahl: 1 Name: Schottwarden - Name Vorlandabschnitt*: NP Wremen-Süd-Vorland - Nr. HWR*: 1, 2 - Flächenanteil HWR [ha]: 84 - Rangzahl: 3 * Bezeichnungen siehe BIOS 2015 Lesebeispiel: Der 1.200 m-Puffer des Altstandortes Spieka-Neufeld überschneidet sich mit Hochwasserrastplätzen im Vorlandabschnitt. Der Mindestabstand wird dabei für die HWR 8-10 sowie 12 unterschritten (Bezeichnungen siehe BIOS 2015). Der 1.200 m-Puffer überschneidet insgesamt 24 ha Rastplatzfläche. Aufgrund der zweitniedrigsten Überschneidungsfläche ergibt sich Rang 2 im Ranking der Altstandorte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.19	A	Kriterium 3: Potentielle Beeinträchtigung von Hochwasserrastplätzen (Kriterien: Anzahl der Rastplätze, naturschutzfachliche Bedeutung des jeweiligen Teilgebietes als Gastvogellebensraum) Analog zum Vorgehen beim Kriterium 2, wurde der 1.200 m - Puffer mit den Flächen des Nationalparks verschnitten, die als Rastplätze abgegrenzt wurden (Abgrenzung der Rastplätze und Nahrungsflächen siehe BIOS 2015). Je nach Windpark-Standort sind dabei unterschiedlich viele Hochwasserrastplätze betroffen (Abb. 3, Tab. 4). Der Standort, dessen Puffer sich mit den meisten Hochwasserrastplätze überschneidet wird mit der höchsten Rangzahl bewertet (Tab. 4- Spalte 4).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.20	A	In Tabelle 4 wird dargestellt, in welchem Teilgebiet (Abgrenzung nach dem Niedersächsischen Vogelartenerfassungsprogramm des NLWKN/Staatliche Vogelschutzwarte) die Hochwasserrastplätze liegen. Zudem wird dargestellt, welche ornithologisch-naturschutzfachliche Bedeutung als Gastvogellebensraum die Teilgebiete erreichen (Methode: Krüger et al. 2010, Anwendung: BIOS 2015). Dabei wird für jedes Teilgebiet angegeben, für welche Rastvogelarten das Gebiet von internationaler bzw. nationaler Bedeutung ist. Fast alle betroffenen Teilgebiete sind von internationaler Bedeutung, einzig das Gebiet NP Spieka-Süd-Sommerpolder ist von nationaler Bedeutung. Aufgrund der gleichartigen sehr hohen Bedeutung aller Teilgebiete und der Vorläufigkeit der Bewertung (siehe BIOS 2015) fließen das die Bedeutung als Gastvogellebensraum nicht in die standortdifferenzierte Bewertung ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.21	A	<p>Tab. 4: Nummer und Anzahl von Hochwasserrastplätzen (HWR), die sich mit dem 1.200 m-Puffer um den jeweiligen Windparkstandort überschneiden; Bedeutung der Teilgebiete als Gastvogellebensraum; Arten, für die das Teilgebiet internationale/nationale Bedeutung erreicht wird.</p> <p>Es erfolgt eine Tabelle, in der die in Tabelle 3 dargestellten Informationen zu den Hochwasserrastplätzen um folgende Informationen ergänzt werden:</p> <p>Name Teilgebiet: NP Spieka-Nord-Sommerpolder - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: Weißwangengans, Ohrenlerche; Nat.: Goldregenpfeifer, Sturmmöwe</p> <p>Name Teilgebiet: NP Spieka-Süd-Sommerpolder - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: -; Nat.: Sandregenpfeifer</p> <p>Name Teilgebiet: NP Spieka-Süd-Vorland - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: Brandgans, Spießente; Nat.: Austernfischer, Sandregenpfeifer, Großer Brachvogel, Grünschenkel</p> <p>Name Teilgebiet: NP Dorumer Neufeld-Süd - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: Brandgans, Spießente, Kiebitzregenpfeifer; Nat.: Ringelgans, Austernfischer, Goldregenpfeifer, Sandregenpfeifer, Regenbrachvogel, Großer Brachvogel, Dunkelwasserläufer, Rotschenkel, Grünschenkel, Steinwälzer, Alpenstrandläufer, Lachmöwe, Sturmmöwe, Silbermöwe</p> <p>Name Teilgebiet: NP Wremen-Nord-Vorland - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: Weißwangengans, Brandgans, Spießente, Knutt; Nat.: Austernfischer, Kiebitzregenpfeifer, Goldregenpfeifer, Sandregenpfeifer, Regenbrachvogel, Großer Brachvogel, Dunkelwasserläufer, Rotschenkel, Grünschenkel, Steinwälzer, Sanderling, Alpenstrandläufer</p> <p>Name Teilgebiet: NP Wremen-Süd-Vorland - Bedeutung Teilgebiet als Gastvogellebensraum/Arten**: Int.: -; Nat.: Sandregenpfeifer, Regenbrachvogel, Knutt, Sanderling</p> <p>**int.=internationale Bedeutung, nat.= nationale Bedeutung</p> <p>Lesebeispiel: Der 1.200 m-Puffer des Altstandortes Spieka-Neufeld überschneidet sich mit Hochwasserrastplätzen im Teilgebiet „NP Spieka-Nord-Sommerpolder“. Der Mindestabstand wird dabei für vier HWR (8-10, 12). Im Ranking erreicht der Altstandort Spieka-Neufeld Platz 2, da er die zweitniedrigste Anzahl überschrittener Rastplätze aufweist. Das Teilgebiet „NP Spieka-Nord-Sommerpolder“ hat eine internationale Bedeutung als Gastvogellebensraum für Weißwangengans und Ohrenlerche sowie eine nationale Bedeutung für Goldregenpfeifer und Sturmmöwe (Methode nach Krüger et al. 2010, Anwendung siehe BIOS 2015).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.22	A	<p>Kriterium 4: Artspezifische potentielle Beeinträchtigung von Raum- Nutzungsmustern</p> <p>In diesem Schritt wird betrachtet, welche Arten die unter den Kriterien 2 und 3 aufgeführten Hochwasserrastplätze nutzen (Tab. 6-10). Dabei wird die artspezifische Empfindlichkeit gegenüber möglichen Barrierewirkungen auf einer fünfstufigen Punkteskala bewertet (Tab. 5). Dem wird zugrunde gelegt, dass Arten wie Goldregenpfeifer, Großer Brachvogel, Regenbrachvogel das höchste Gefährdungspotenzial bzw. Empfindlichkeit aufweisen, da diese Arten regelmäßige zwischen außen- und binnendeichs gelegenen Teillebensräumen wechseln. Für einige Gänse- und Möwenarten besteht eine vergleichsweise hohe Empfindlichkeit. Für Arten, die mehr oder weniger ausschließlich Außendeichslebensräume nutzen und nur sehr selten oder so gut wie gar nicht nach binnendeichs wechseln, wird die Empfindlichkeit als vergleichsweise gering eingeschätzt (Beispiel Austernfischer). Keine Art wurde mit einem sehr geringen Empfindlichkeit eingestuft, da grundsätzlich alle vorkommenden Arten ins Binnenland und zurück fliegen können.</p>	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.23	A	<p>Tab. 5: Empfindlichkeit der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks</p> <p>sehr hoch (5 Punkte): Goldregenpfeifer, Großer Brachvogel, Regenbrachvogel</p> <p>hoch (4 Punkte): Blässgans, Graugans, Kiebitz, Lachmöwe, Ringelgans, Silbermöwe, Sturmmöwe, Weißwangengans</p> <p>mittel (3 Punkte): Alpenstrandläufer, Kampfläufer, Krickente, Pfeifente, Schnatterente, Stockente</p> <p>gering (2 Punkte): Austernfischer, Brandgans, Bruchwasserläufer, Dunkelwasserläufer, Flussregenpfeifer, Flusssuferläufer, Grünschenkel, Kiebitzregenpfeifer, Knutt, Kormoran, Löffler, Ohrenlerche, Pfuhlschnepfe, Rotschenkel, Sandregenpfeifer, Spießente, Waldwasserläufer</p> <p>sehr gering (1 Punkt): -</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.24	SO 28	<p>Tab. 6: Konfliktpotenzial der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks für den Windpark Spieka-Neufeld</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Spieka-Neufeld im Vorlandabschnitt NP Spieka-Nord-Sommerpolder vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden.</p> <p>Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden: Nr. HWR: 8: Sandregenpfeifer, Flussregenpfeifer, Waldwasserläufer, Flusssuferläufer, Dunkelwasserläufer, Kampfläufer; Nr. HWR: 9: Weißwangengans, Blässgans, Graugans, Kiebitz, Goldregenpfeifer, Großer Brachvogel; Nr. HWR: 10: Goldregenpfeifer; Nr. HWR: 12: Kiebitz, Großer Brachvogel, Lachmöwe, Sturmmöwe</p> <p>In Bezug auf die Empfindlichkeitspunktwerte in Tabelle 5 ergibt sich insgesamt eine Empfindlichkeit von 61.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.25	SO 27	<p>Tab. 7: Konfliktpotenzial der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks für den Windpark Cappel-Neufeld</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Cappel-Neufeld im Vorlandabschnitt NP Spieka-Süd-Sommerpolder vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden.</p> <p>Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden:</p> <p>Nr. HWR: 2: Sandregenpfeifer, Kiebitz, Großer Brachvogel, Ringelgans, Brandgans; Nr. HWR: 3: Sandregenpfeifer, Kiebitz, Regenbrachvogel, Großer Brachvogel, Kampfläufer, Bruchwasserläufer, Weißwangengans, Ringelgans, Brandgans, Stockente; Nr. HWR: 4: Brandgans, Stockente, Pfeifente, Großer Brachvogel, Grünschenkel, Lach-/Sturmmöwe; Nr. HWR: 5: Ringelgans, Weißwangengans, Brandgans, Goldregenpfeifer, Kiebitz, Großer Brachvogel, Lachmöwe, Sturmmöwe</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Cappel-Neufeld im Vorlandabschnitt NP Spieka-Süd-Vorland vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden. Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden:</p> <p>Nr. HWR: 6: Großer Brachvogel, Kiebitzregenpfeifer, Ringelgans; Nr. HWR: 7: Spießente, Pfeifente, Stockente, Brandgans, Ringelgans, Großer Brachvogel, Austernfischer, Kiebitz, Goldregenpfeifer, Grünschenkel, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 8: Spießente, Pfeifente, Krickente, Stockente, Brandgans, Ringelgans, Großer Brachvogel, Austernfischer, Kiebitz, Pfuhlschnepfe, Kiebitzregenpfeifer, Dunkler Wasserläufer, Kormoran</p> <p>In Bezug auf die Empfindlichkeitspunktwerte in Tabelle 5 ergibt sich insgesamt eine Empfindlichkeit von 188.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.26	SO 33	<p>Tab. 8: Konfliktpotenzial der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks für den Windpark Paddingbüttel</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Padingbüttel im Vorlandabschnitt NP Dorum Neufeld-Süd vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden. Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden:</p> <p>Nr. HWR: 1: Goldregenpfeifer, Alpenstrandläufer, Lachmöwe, Sturmmöwe, Stockente; Nr. HWR: 2: Austernfischer, Alpenstrandläufer, Großer Brachvogel, Kiebitzregenpfeifer, Spießente, Stockente, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 3: Austernfischer, Lach-/Sturmmöwe, Silbermöwe, Löffler, Ringelgans, Sandregenpfeifer, Alpenstrandläufer, Goldregenpfeifer; Nr. HWR: 4: Großer Brachvogel, Knutt, Austernfischer, Alpenstrandläufer, Goldregenpfeifer, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 5: Großer Brachvogel, Kiebitzregenpfeifer, Knutt, Austernfischer, Säbelschnäbler, Goldregenpfeifer, Brandgans, Stockente, Schnatterente, Krickente, Kormoran, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 6: Ringelgans, Sandregenpfeifer, Großer Brachvogel, Kiebitz, Brandgans; Nr. HWR: 7: Großer Brachvogel, Alpenstrandläufer, Goldregenpfeifer, Stockente, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 8: Ringelgans, Sandregenpfeifer, Regenbrachvogel, Stockente, Ohrenlerche</p> <p>In Bezug auf die Empfindlichkeitspunktwerte in Tabelle 5 ergibt sich insgesamt eine Empfindlichkeit von 192.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.27	SO 25	<p>Tab. 9: Konfliktpotenzial der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks für den Windpark Misselwarden</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Misselwarden im Vorlandabschnitt NP Wremen-Nord-Vorland vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden. Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden:</p> <p>Nr. HWR: 2: Spießente, Stockente, Brandgans, Austernfischer, Großer Brachvogel, Alpenstrandläufer, Rotschenkel, Lachmöwe, Sturmmöwe; Nr. HWR: 4: Großer Brachvogel, Regenbrachvogel, Goldregenpfeifer, Kiebitzregenpfeifer, Pfuhlschnepfe, Grünschenkel, Brandgans, Kormoran</p> <p>In Bezug auf die Empfindlichkeitspunktwerte in Tabelle 5 ergibt sich insgesamt eine Empfindlichkeit von 52.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.28	SO 39	<p>Tab. 10: Konfliktpotenzial der wertbestimmenden Vogelarten bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks für den Windpark Schottwarden</p> <p>Es folgt eine Tabelle, in der die im Windpark Schottwarden im Vorlandabschnitt NP Wremen-Süd-Vorland vorkommenden Arten nach Tabelle 5 mit ihrer Empfindlichkeit aufgezählt werden. Folgende Vogelarten sind in diesem Bereich vorhanden:</p> <p>Nr. HWR: 1: Austernfischer, Großer Brachvogel, Sandregenpfeifer, Kiebitzregenpfeifer, Grünschenkel, Weißwangengans, Graugans, Brandgans, Stockente, Pfeifente, Spießente, Lachmöwe, Sturmmöwe, Kormoran; Nr. HWR: 2: Großer Brachvogel, Regenbrachvogel, Pfuhlschnepfe, Graugans, Brandgans, Stockente, Lachmöwe, Sturmmöwe</p> <p>In Bezug auf die Empfindlichkeitspunktwerte in Tabelle 5 ergibt sich insgesamt eine Empfindlichkeit von 70.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.29	A	<p>Tab. 11: Bewertung der Konfliktpotenziale der fünf Windpark-Standorte bezüglich des Erhaltungsziels ungehinderte Wander- und Wechselbewegungen in die Umgebung des Nationalparks anhand der artspezifischen Empfindlichkeit der wertbestimmenden Vogelarten</p> <p>Windpark: Spieka-Neufeld - Summe Empfindlichkeit [Punkte]: 61 - Rangzahl: 2 Windpark: Cappel-Neufeld - Summe Empfindlichkeit [Punkte]: 188 - Rangzahl: 4 Windpark: Padingbüttel - Summe Empfindlichkeit [Punkte]: 192 - Rangzahl: 5 Windpark: Misselwarden - Summe Empfindlichkeit [Punkte]: 52 - Rangzahl: 1 Windpark: Schottwarden - Summe Empfindlichkeit [Punkte]: 70 - Rangzahl: 3</p> <p>Lesebeispiel: Der Altstandort Spieka-Neufeld überschneidet sich mit Hochwasserrastplätzen 8, 9, 10 und 12 im Teilgebiet „NP Spieka-Nord-Sommerpolder“ (siehe Tab. 6). Die an diesen Hochwasserrastplätzen vorkommenden Arten haben – in der Summe – eine Empfindlichkeit von 61 Punkten. Dies ist der zweittiefste Wert aller Punkte für die Empfindlichkeit (Tab. 6-10), was den 2. Rang ergibt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.30	A	<p>Zusammenfassender Vergleich des Konfliktpotenzials beim Schutzgut „Vögel“</p> <p>Tab. 12: Ergebnis des Gesamtvergleichs zum Schutzgut „Vögel“, neu sortiert, absteigend nach dem Durchschnittswert der Rangzahlen</p> <p>Windpark: Padingbüttel - Rangzahl Kriterium 1 (NLP-Flächen-überschnitten): 4 - Rangzahl Kriterium 2 (HWR-Flächen-überschnitten): 4 - Rangzahl Kriterium 3 (Anzahl HWR-Plätze): 4 - Rangzahl Kriterium 4 (Empf. d. Arten): 5 - Durchschnitt: 4,25 Windpark: Cappel-Neufeld - Rangzahl Kriterium 1 (NLP-Flächen-überschnitten): 3 - Rangzahl Kriterium 2 (HWR-Flächen-überschnitten): 5 - Rangzahl Kriterium 3 (Anzahl HWR-Plätze): 3 - Rangzahl Kriterium 4 (Empf. d. Arten): 4 - Durchschnitt: 3,75 Windpark: Schottwarden - Rangzahl Kriterium 1 (NLP-Flächen-überschnitten): 5 - Rangzahl Kriterium 2 (HWR-Flächen-überschnitten): 3 - Rangzahl Kriterium 3 (Anzahl HWR-Plätze): 1 - Rangzahl Kriterium 4 (Empf. d. Arten): 3 - Durchschnitt: 3 Windpark: Spieka-Neufeld - Rangzahl Kriterium 1 (NLP-Flächen-überschnitten): 2 - Rangzahl Kriterium 2 (HWR-Flächen-überschnitten): 2 - Rangzahl Kriterium 3 (Anzahl HWR-Plätze): 2 - Rangzahl Kriterium 4 (Empf. d. Arten): 2 - Durchschnitt: 2 Windpark: Misselwarden - Rangzahl Kriterium 1 (NLP-Flächen-überschnitten): 1 - Rangzahl Kriterium 2 (HWR-Flächen-überschnitten): 1 - Rangzahl Kriterium 3 (Anzahl HWR-Plätze): 1 - Rangzahl Kriterium 4 (Empf. d. Arten): 1 - Durchschnitt: 1</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.31	SO 33	<p>In der Gesamtschau ergibt sich, nach dem Durchschnitt der für die einzelnen Kriterien erhaltenen Rangzahlen das folgende Bild:</p> <p>Der Standort Padingbüttel weist einen sehr geringen Abstand zum Nationalpark auf. Aufgrund der Lage und seiner küstenparallelen Ausdehnung überschneidet der Abstandspuffer eine Fläche von 211 ha des Nationalparks (Kriterium 1: Rang 4). Der Abstandspuffer überschneidet Hochwasserrastplätze auf einer Gesamtfläche von 100 ha (Kriterium 2: Rang 4). Es werden acht Rastplätze überschritten (Kriterium 3: Rang 4), die alle von Arten mit sehr hohem bzw. hohem Konfliktpotential genutzt werden (Großer Brachvogel, Regenbrachvogel, Goldregenpfeifer bzw. Ringelgans, Silbermöwe, Lachmöwe, Sturmmöwe). Im Vergleich aller fünf Standorte weist der Standort Padingbüttel das höchste Konfliktpotenzial beim Kriterium 4 auf. Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Padingbüttel das höchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Vögel“ auf (5. Rang).</p>	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.32	SO 27	Aufgrund seiner deichnahen Lage und einer küstenparallelen Ausdehnung des Windparkstandortes Cappel-Neufeld überschneidet dieser den Nationalpark mit 166 ha (Kriterium 1: Rang 3). Wegen der zahlreichen Hochwasserrastplätze in diesem Küstenabschnitt führt dies zu der höchsten Überschneidung von Hochwasserrastplätzen auf insgesamt 107 ha Fläche (Kriterium 2: Rang 5). Dabei werden sieben Hochwasserrastplätze überschritten (Kriterium 3: Rang 3). Alle betroffenen Rastplätze werden u.a. von Arten mit sehr hohem Konfliktpotenzial genutzt (Großer Brachvogel, Regenbrachvogel, Goldregenpfeifer). Weiterhin sind an allen sieben Hochwasserrastplätzen Arten mit hohem Konfliktpotenzial betroffen (Kiebitz, Ringelgans, Lachmöwe, Sturmmöwe, Weißwangengans). Das Gesamt-Konfliktpotenzial aller betroffenen Arten ist an dem Standort Cappel-Neufeld im Vergleich zu allen Standorten am zweithöchsten (Kriterium 4: Rang 4). Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Cappel-Neufeld das zweithöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Vögel“ auf (4. Rang).	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.33	SO 39	Der Standort Schottwarden weist mit 121 m den vergleichsweise geringsten Abstand aller Altstandorte zum Nationalpark auf. Der Überschneidungsbereich ist mit 228 ha Fläche der größte im Vergleich der fünf Standorte (Kriterium 1: Rang 5). Er überschneidet zwei Hochwasserrastplätze im Vorland des Nationalparks auf insgesamt 84 ha Fläche (Kriterium 3: Rang 1, Kriterium 2: Rang 3). Dies betrifft u.a. Arten mit sehr hohem Konfliktpotenzial (Großer Brachvogel, Regenbrachvogel) und Arten mit hohem Konfliktpotenzial (Weißwangen- und Graugans, Lachund Sturmmöwe) (Kriterium 4: Rang 3). Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Schottwarden das dritthöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Vögel“ auf (3. Rang).	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.34	SO 38	Aufgrund der vergleichsweise etwas größeren Entfernung zum Nationalpark unterschreitet der Altstandort Spieka-Neufeld den Mindestabstand etwas weniger als die anderen Standorte. Dadurch ergibt sich eine vergleichsweise geringere Überschneidung mit den Flächen des Nationalparks von 45 ha (Kriterium 1: Rang 2). Die Überschneidung erstreckt sich auf 4 Hochwasserrastplätze mit einer Gesamtfläche von 24 ha (Kriterium 2: Rang 2, Kriterium 3: Rang 2). Drei der Rastplätze werden u. a. von Arten mit sehr hohem Konfliktpotenzial (Großer Brachvogel, Goldregenpfeifer) sowie von Arten mit hohem Konfliktpotenzial (Weißwangengans, Blässgans, Graugans, Kiebitz) genutzt (Kriterium 4: Rang 2). Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Spieka-Neufeld das vierthöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Vögel“ auf (2. Rang).	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.35	SO 25	Der Standort Misselwarden weist mit 960 m den vergleichsweise größten Abstand unter den fünf deichnahen Altstandorten zum Nationalpark auf. Sein Abstandspuffer überschneidet eine Fläche von 28 ha des Nationalparks. Dies ist im Vergleich zu den anderen fünf Standorten der niedrigste Wert (Kriterium 1: Rang 1). Der Pufferbereich überschneidet Rastplätze auf insgesamt 6 ha Fläche (Kriterium 2: Rang 1). Der Pufferbereich überschneidet randlich zwei Rastplätze (Kriterium 3: Rang 1). Gleichwohl werden diese Flächen u. a. von Arten mit sehr hohem Konfliktpotenzial als Rastplatz genutzt (Großer Brachvogel, Regenbrachvogel, Goldregenpfeifer). Vorkommende Arten mit hohem Konfliktpotenzial sind Lach- und Sturmmöwe (Kriterium 4: Rang 1). Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Misselwarden das niedrigste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Vögel“ auf (1. Rang).	Die fachgutachterliche Standortbewertung wird der Prüfung der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zugrunde gelegt. Die Abwägung der fünf Standorte angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.36	A	2. Schutzgut Landschaftsbild Analog zur vergleichenden Bewertung des Konfliktpotenzials zum Schutzgut „Vögel“ werden auch für das Schutzgut „Landschaftsbild“ Lagekriterien mit Hilfe von im GIS ermittelten Puffern genutzt, die dann rechnerisch mit dem Nationalparkgebiet verschnitten wurden. Wie in der Stellungnahme vom 28.07.2014 erläutert, geht die in Niedersachsen gängige Fachkonvention zur Eingriffsregelung bei vertikalen Störelementen wie Windkraftanlagen von erheblichen potenziellen Beeinträchtigungen in einem Radius des 15-fachen der Anlagenhöhe aus. Für den Vergleich der fünf Altstandorte wurden zwei Referenzanlagenhöhen (100m und 150m) durchgerechnet. 100m Anlagenhöhe sind bislang aus Bauleitplanentwürfen der Wurster Küstengemeinden bekannt. Der Landkreis Leer verwendet als Referenzanlage für seine regionale Raumordnungsplanung derzeit 150m Höhe. Die Puffer (15-faches der Anlagenhöhe) werden sowohl für eine Gesamthöhe 100m (1.500m Radius) als auch eine Gesamthöhe von 150m (2.250m Radius) gebildet und mit den Flächen des Nationalparks verschnitten. Daraus ergeben sich je nach Windpark-Standort unterschiedlich große Überschneidungsbereiche (Tab. 13, Abbildung 4). Je höher der Überschneidungsbereich ist, je höher ist die vergebene Rangzahl.	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.37	A	Tab. 13: Ergebnis des Verscheidens der 1.500 m (Anlagenhöhe 100 m)- und 2.250m Puffer (Anlagenhöhe 150 m)- um den jeweiligen Standort mit den Flächen des Nationalparks Name Windpark Fläche [ha] 1.500m Rangzahl 2.250m Rangzahl Windpark: Spieka-Neufeld - Fläche [ha] 1.500m: 126 - Ragzahl: 2 - Fläche [ha] 2.250m: 490 - Rangzahl: 2 Windpark: Cappel-Neufeld - Fläche [ha] 1.500m: 281 - Ragzahl: 3 - Fläche [ha] 2.250m: 798 - Rangzahl: 4 Windpark: Padingbüttel - Fläche [ha] 1.500m: 337 - Ragzahl: 4 - Fläche [ha] 2.250m: 798 - Rangzahl: 5 Windpark: Misselwarden - Fläche [ha] 1.500m: 112 - Ragzahl: 1 - Fläche [ha] 2.250m: 464 - Rangzahl: 1 Windpark: Schottwarden - Fläche [ha] 1.500m: 357 - Ragzahl: 5 - Fläche [ha] 2.250m: 556 - Rangzahl: 3 Lesebeispiel: Der 1.500 m-Puffer um den Geltungsbereich des WP Schottwarden überschneidet insgesamt 357 ha Nationalpark-Fläche.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.38	A	Die Unterschiede in den Rangfolgen zwischen dem 1.500 m und dem 2.250 m-Puffer rühren daher, dass beim Standort Schottwarden durch den größeren Radius seewärts auch Flächen erfasst werden, die im Bereich des Weser-Hauptfahrwassers, d. h. nicht im Nationalpark liegen. Bei den Rängen 1-2 (Misselwarden und Spieka-Neufeld) ändert sich bei einer Vergrößerung des Radius nichts, durch das Aufrücken von Schottwarden auf Rang 3 werden Cappel-Neufeld und Padingbüttel auf die letzten beiden Ränge verwiesen, welcher beim kleinen Radius eigentlich Schottwarden zugewiesen würde. Da die Höhe der Anlagen noch offen ist und der Trend beim Repowering klar zu höheren Anlagen geht, wurde für die Gesamtbetrachtung aus Sicht des Landschaftsbildes der größere Radius von 2.550 m (Leeraner Referenzanlage 150m Höhe) herangezogen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
048a	048a.39	SO 33	Der Standort Padingbüttel weist einen sehr geringen Abstand zum Nationalpark auf. Aufgrund der Lage und seiner küstenparallelen Ausdehnung überschneidet der Abstandspuffer eine Fläche potenziell erheblicher Beeinträchtigung des Landschaftsbildes von 337 ha (1.500 m) bzw. 798 ha (2.250 m) des Nationalparks. Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Padingbüttel bei einem Abstandspuffer von 2.250m das höchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ auf (5. Rang).	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.40	SO 27	Aufgrund seiner deichnahen Lage und einer küstenparallelen Ausdehnung des Windparkstandortes Cappel-Neufeld überschneidet dieser den Nationalpark mit 281 ha (1.500 m) bzw. 718 ha (2.250 m) deutlich. Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Cappel-Neufeld bei einem Abstandspuffer von 2.250m das zweithöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ auf (4. Rang).	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
048a	048a.41	SO 39	Der Standort Schottwarden weist mit 121 m den vergleichsweise geringsten Abstand aller Altstandorte zum Nationalpark auf. Der Überschneidungsbereich liegt bei 357 ha (1.500 m) bzw. 556 ha (2.250 m) Fläche. Da der 2.250m Puffer bei diesem Windpark seewärts auch die nicht geschützten Bereich des Weserfahrwassers überschneidet, weicht die Rangfolge hier voneinander ab. Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Schottwarden bei einem Abstandspuffer von 2.250m das dritthöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ auf (3. Rang).	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.42	SO 28	Aufgrund der vergleichsweise etwas größeren Entfernung zum Nationalpark unterschreitet der Altstandort Spieka-Neufeld den Mindestabstand potenziell erheblicher Landschaftsbildbeeinträchtigungen etwas weniger als die anderen Standorte. Dadurch ergibt sich eine vergleichsweise geringere Überschneidung mit den Flächen des Nationalparks von 126 ha (1.500 m) bzw. 490 ha (2.250 m). Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Spieka-Neufeld bei einem Abstandspuffer von 2.250m das vierthöchste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ auf (2. Rang).	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.43	SO 25	Der Standort Misselwarden weist mit 960 m den vergleichsweise größten Abstand unter den fünf deichnahen Altstandorten zum Nationalpark auf. Seine Abstandspuffer überschneiden dennoch Flächen von 112 ha (1.500 m) bzw. 464 ha (2.250 m) des Nationalparks. Dies ist im Vergleich zu den anderen fünf Standorten der niedrigste Wert. Im Gesamtvergleich aller fünf Standorte weist der Standort Misselwarden bei einem Abstandspuffer von 2.250m das niedrigste Konfliktpotenzial im Bezug auf das Schutzgut „Landschaftsbild“ auf (1. Rang).	Kenntnisnahme. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
048a	048a.44	A	3. Fazit Das Konfliktpotenzial der fünf küstennahen Altstandorte von Windparks unterscheidet sich aufgrund der insgesamt ähnlich ausgeprägten Lagekriterien nur graduell voneinander. Der hier vorgenommene Vergleich der Standorte untereinander erlaubt aus sich heraus keine Rückschlüsse auf die Vereinbarkeit mit Schutzzwecken des Nationalparks. Es lassen sich allerdings im direkten Vergleich, wenn auch nur kleine, Unterschiede ableiten. Im Ergebnis des Vergleichs kommt die Betrachtung des Schutzgutes „Vögel“ zum selben Resultat wie die Betrachtung des Schutzgutes „Landschaftsbild“. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
051	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr				
051	051.01	A	mit Schreiben vom 02.07.2015 haben Sie die Zentralen Geschäftsbereiche der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr am RROP 2015 — Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie — beteiligt. Mit Schreiben vom 20.01.2014 — Az.: 22/20303 hatten wir bereits zu Ihrer Bekanntmachung der Allgemeinen Planungsabsichten vom 12.12.2013 Stellung genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
051	051.02	A	Diese Stellungnahme gilt weiterhin, allerdings mit Bezug auf den aktuellen Runderlass des Niedersächsischen Sozialministeriums vom 30.12.2014 (Liste der technischen Baubestimmungen — Fassung Dezember 2014). Dort heißt es u.a.: ... Abstände größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. Die Abstände sind sowohl für die bestehenden als auch für die im RROP als Vorranggebiet dargestellten geplanten Bundesfernstraßen zu berücksichtigen.	Die Eisabwurfproblematik kann auf verschiedenen Wegen gelöst werden. Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
052	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Luftfahrtbehörde -				
052	052.01	A	gegen die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms bestehen aufgrund der von meiner Behörde wahrzunehmenden luftverkehrsrechtlichen Belange grundsätzlich keine Bedenken. Wegen der Einzelheiten verweise ich auf meine Stellungnahmen vom 08.06.2011 und 15.08.2014.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
052	052.02	A	Belange der militärischen Luftfahrt bleiben unberührt. Diese werden vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, wahrgenommen.	Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen wurde beteiligt.	Nicht zu berücksichtigen.
055	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Geschäftsbereich Verden				
055	055.01	A	von der Beteiligung an der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie im Rahmen des o. g. Raumordnungsprogramms habe ich Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
055	055.02	A	Auf meine Stellungnahmen vom 17.01.2014 u. 13.08.2014, die ich bisher im Rahmen des Beteiligungsverfahrens abgegeben habe, nehme ich Bezug.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
055	055.03	SO 18	Als Ergänzung möchte ich noch darauf hinweisen, dass für die Erweiterung der PWC-Anlage Debstedt (jetzt Bütterler Holz) im Zuge der BAB 27 eine Kompensationsfläche „Erstaufforstung“ auf der Westseite der BAB 27 planfestgestellt und zwischenzeitlich umgesetzt wurde. Diese Erstaufforstung (Signatur Wald) fehlt in der Kartendarstellung (Detailkarte 18).	In der Einwendung wird angegeben, dass die Kompensationsfläche "Erstaufforstung" auf der westlichen Seite der A27 planfestgestellt und zwischenzeitlich umgesetzt wurde. Durch die Anbauverbotszone und die Anbaubeschränkungen entlang der Autobahn entsteht ein Puffer von über 200 m (Fahrbahn zzgl. jeweils 100 m). Der Puffer von 100 m zum Wald wird somit ebenfalls eingehalten. Die Kompensationsfläche hat im einheitlichen Planungskonzept keine Auswirkungen auf die Darstellung eines Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Debstedt". - Die fehlende Signatur "Wald" bezieht sich vermutlich auf die Hintergrundkarte, die Topografische Karte 1:50.000, die seitens der Vermessungs- und Katasterverwaltung fortgeführt wird.	Nicht zu berücksichtigen.
056	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Hannover-Hildesheim				
056	056.01	Z	Grundsätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass die dargestellten Vorranggebiete bzw. bau-leitplanerisch gesicherten Bereiche aus hiesiger Sicht zum Teil nicht für eine Inanspruchnahme für Windenergienutzung geeignet sind, da Sie im Bereich von aus landesweiter Sicht bedeutsamen Vogellebensräumen liegen. Landesweit bedeutsame Vogellebensräume sind Schwerpunktbereiche in der Bemühung der niedersächsischen Landesnaturschutzverwaltung sowie der unteren Naturschutzbehörden zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Niedersachsen. Planungen zur Gewinnung von Windenergie in diesen Bereichen, die eine besondere Bedeutung für windkraftsensible Arten haben, stehen den naturschutzfachlichen Zielsetzungen des Landes entgegen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.02	Z	<p>Das LROP enthält in Abschnitt 3.1.2, Ziffer 05, Satz 2 eine Regelung als Ziel der Landesplanung, die sich auf die avifaunistisch bedeutsamen Bereiche bezieht. Die betreffende Regelung stammt aus der LROP-Novelle von 2008. In den Erläuterungen zum LROP 2008 sowie in der Begründung wird der Auftrag an die Träger der Regionalplanung konkretisiert:</p> <p>„In die Kategorie der Gebiete mit bedeutsamen Lebensräumen von Arten zählen auch die avifaunistisch wertvollen Bereiche für Brut- und Gastvögel. Die Bewertung dieser Bereiche erfolgt in mehreren Stufen. Die als landesweit und national wertvoll eingestuften Gebiete sind in den Regionalen Raumordnungsprogrammen zu sichern. Die Gebiete geringerer Bedeutung können berücksichtigt werden.“</p>	<p>Abschnitt 3.1.2, Ziffer 05, Satz 1 des LROP 2008 umfasst u.a. die Gebiete mit Vorkommen international, national oder landesweit bedeutsamer Arten. Abschnitt 3.1.2, Ziffer 05, Satz 2 des LROP 2008 sagt aus, dass die Gebiete nach Satz 1 nach Abwägung ihrer Schutzerfordernisse in den Regionalen Raumordnungsprogrammen räumlich festzulegen und entsprechend ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung als Vorranggebiet oder Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft oder als Vorranggebiet oder Vorbehaltsgebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung zu sichern sind. In der Begründung zu Ziffer 05, Satz 1 findet sich das in der Einwendung genannte Zitat. - Dieser Verpflichtung ist der Landkreis Cuxhaven als Träger der Regionalplanung bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 auch nachgekommen. Vogelbrutgebiete mit nationaler oder landesweiter Bedeutung sowie Gastvogellebensräume mit internationaler, nationaler oder landesweiter Bedeutung werden - in Abhängigkeit von der Flächennutzung bzw. dem Biotoptyp - im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 als Vorranggebiet Natur und Landschaft (bei nicht-landwirtschaftlicher Nutzung), Vorranggebiet Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung (bei landwirtschaftlicher Nutzung als Grünland) oder Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (bei landwirtschaftlicher Nutzung als Acker) dargestellt; diesbezüglich wird verwiesen auf Seite 18 bis 21 der Begründung/Erläuterung zum Regionalen Raumordnungsprogramm 2012. - Ob und inwieweit Überlagerungen auftreten, wurde jetzt geprüft. Das Ergebnis lautet wie folgt: Zwischen den</p>	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Vorranggebieten Windenergienutzung nach dem Entwurf 2015 und den Vorranggebieten Natur und Landschaft 2012 treten keine Überlagerungen auf; hier wird vielmehr durchgängig ein Abstand von mindestens 200 m eingehalten. Zwischen den Vorranggebieten Windenergienutzung nach dem Entwurf 2015 und den Vorranggebieten Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung 2012 treten keine Überlagerungen auf. Auch hier besteht i.d.R. ein Abstand. Zwischen den Vorranggebieten Windenergienutzung nach dem Entwurf 2015 und den Vorbehaltsgebieten Natur und Landschaft 2012 treten einige Überlagerungen auf.	
056	056.03	Z	Demnach sind die landesweit bedeutsamen Vogellebensräume der Abwägung der Regionalplanung entzogen. Inhaltlich erscheint mir dies angemessen, da es hier um einen öffentlichen Belang geht, der wegen seiner landesweiten bzw. nationalen Bedeutung nicht der Abwägung auf regionaler Ebene unterliegen kann, da der Betrachtungsraum der Regionalplanung nicht dafür geeignet ist.	Der Einwendung kann gefolgt werden, soweit es sich um eine Überlagerung von Vorranggebieten Windenergienutzung mit Vorranggebieten Natur und Landschaft bzw. mit Vorranggebieten Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung handelt; eine derartige Überlagerung tritt jedoch nicht auf - siehe 056.02. - Eine Überlagerung von Vorranggebieten Windenergienutzung mit Vorbehaltsgebieten Natur und Landschaft kann demgegenüber durchaus vorkommen; hier wird den zugrunde liegenden Wertigkeiten im Hinblick auf Natur und Landschaft auch Rechnung zu tragen sein, sofern sich hier Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen ergeben können.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
056	056.04	Z	Ich empfehle daher, die nach dem jetzigen Entwurf festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung, die im Bereich der landesweit bzw. national bedeutsamen Vogellebensräume liegen und einen Mindestabstand von 1.200 m unterschreiten (Vgl. Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten (LAG VSW), 2015: Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten. sowie Niedersächsischer Landkreistag (NLT): 2014: Naturschutz und Windenergie. Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen.) nicht weiterzuverfolgen oder ggf. entsprechend zu verkleinern.	Es gibt keine Vorranggebiete Windenergienutzung, die in Vogelbrutgebieten mit nationaler Bedeutung oder in Gastvogellebensräumen mit internationaler oder nationaler Bedeutung liegen. Demgegenüber tritt eine Überlagerung von Vorranggebieten Windenergienutzung mit Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung auf, jedoch nur bei Berücksichtigung der Nahrungshabitate. - Es gibt keine Vorranggebiete Windenergienutzung, die in Gastvogellebensräumen mit internationaler Bedeutung, nationaler Bedeutung oder landesweiter Bedeutung liegen. - Bei den Vogelbrutgebieten mit nationaler Bedeutung wird ein Abstand von 200 m zu den Vorranggebieten Windenergienutzung eingehalten. Bei den Gastvogellebensräumen mit internationaler Bedeutung oder nationaler Bedeutung wird ein Abstand von 500 m zu den Vorranggebieten Windenergienutzung eingehalten. Der Mindestabstand von 1.200 m, der in den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bzw. in der NLT-Arbeitshilfe "Naturschutz und Windenergie" empfohlen wird, wird in einer Reihe von Fällen <u>nicht</u> eingehalten.	Kenntnisnahme.
056	056.05	SO 30	Dies sind nach hiesiger Auswertung die Gebiete: 30) Odisheim/Stinstedt: in Teilen Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichs (2319.2/7, Nahrungshabitat Weißstorch), hier liegt außerdem eine vollständige Überlagerung einer aus bundesweiter Sicht bedeutsamen Biotopverbundachse vor (Vgl. Fuchs, D. et al., 2010: Länderübergreifender Biotopverbund in Deutschland - Grundlagen und Fachkonzept. Naturschutz und Biologische Vielfalt, Heft 96.)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Der westliche Teil des Gebietes 053 gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; der östliche Teil gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört das gesamte Gebiet zu zwei Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. - Das Fachkonzept zum Biotopverbund ist derzeit noch nicht rechtsverbindlich auf Ebene des Landes bzw. des Landkreises Cuxhaven umgesetzt.	Kenntnisnahme.
056	056.06	SO 31	31) Osten-Isensee: < 1.200 m Abstand/angrenzend an landesweit bedeutsamen Brutvogelbereich (2221.3/3, Nahrungshabitat Weißstorch), < 1.200 m Abstand/Überlagerung eines 2006 als landesweit bedeutsam eingestuftes Brutvogelbereiches (2221.3/1, Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Gebiete 008 und 122 gehören - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
056	056.07	E 11	Die Darstellung bauleitplanerisch gesicherter Gebiete als Bestandsflächen ist in der Begründung zu Ziffer 11 erläutert: „Diesen bestehenden Windparks soll im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung eine über den reinen, einzulanlagenbezogenen Bestandsschutz (im Sinne eines „Weiterbetriebes“ trotz Erlöschen der Vorranggebietsfestlegung) hinausgehende Entwicklung ermöglicht werden.“ Dennoch liegen Gebiete im Bereich der landesweit bzw. national bedeutsamen Vogellebensräume bzw. unterschreiten einen Mindestabstand von 1.200 m zu diesen. Hingewiesen wird hier auf die Regelungen des besonderen Artenschutz-rechtes in der Bauleitplanung.	Es gibt Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche Windenergienutzung, die in Vogelbrutgebieten mit nationaler oder landesweiter Bedeutung oder in Gastvogellebensräumen mit internationaler, nationaler oder landesweiter Bedeutung liegen. Der Mindestabstand von 1.200 m, der in den Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bzw. in der NLT-Arbeitshilfe "Naturschutz und Windenergie" empfohlen wird, wird in vielen Fällen nicht eingehalten. - Die Begründung für eine Ziel-Ausnahme-Regelung resultiert in den meisten Fällen daraus, dass im Bereich der Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche bereits Windenergieanlagen realisiert sind und in vielen Fällen aufgrund des hohen Alters und der geringen Leistung der Windenergieanlagen eigentlich ein Repowering ansteht. Zwei Ausnahmen sind die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche "Bramstedt" und "Geversdorf/Oberndorf"; hier sind derzeit noch keine immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen erteilt (und keine Windenergieanlagen in Bau oder in Betrieb).	Kenntnisnahme.
056	056.08	SO 03	Das trifft auf folgende Gebiete zu: 3) Belum: <1.200 m Abstand zu landesweit bedeutsamem Brutvogelbereich (2219.2/2)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 4 bis 6 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" liegt nahezu vollständig in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung. - Der Abstand zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung - mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate - beträgt etwa 1,1 bis 1,2 km.	Kenntnisnahme.
056	056.09	SO 04	4) Bramstedt: tlw. Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichs (2618.1/1, Nahrungshabitat Schwarzstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 47 bis 49 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt" gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört die Sonderbaufläche Windenergienutzung zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.10	SO 07	7) DorumSachsending: Gebietsteil westl d. Grauwallkanals überlagert landesweit bedeutsamen Brutvogelbereich (2317.2/2, Nahrungshabitat Weißstorch) und grenzt mit < 1.200 m Abstand an einen weiteren landesweit bedeutsamen Brutvogelbereich (2317.1/2)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 6 bis 7 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen")]. - Die Sonderbauflächen Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" liegen - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in Vogelbrutgebieten mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate sind sie jeweils Vogelbrutgebieten mit nationaler Bedeutung zuzurechnen.	Kenntnisnahme.
056	056.11	SO 09	9) Geversdorf-Oberndorf: < 1.200 m Abstand zu landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichen (2221.1/3, 2220.2/3 Nahrungshabitat Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in zwei Vogelbrutgebieten mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist der mittlere und südliche Teil einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung zuzurechnen.	Kenntnisnahme.
056	056.12	SO 19	19) Langen-Krempel: < 1.200 m Abstand zu landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichen (2218.3/1, 2218.3/3)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 70 bis 72 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel")]. - Für den weit überwiegenden Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel" ist keine Bedeutung als Vogelbrutgebiet bekannt. Der östliche Teil der Sonderbaufläche gehört zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. - Unmittelbar angrenzend bzw. in räumlicher Nähe, in der Emmelke-Niederung, befinden sich mehrere Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung (mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate).	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.13	SO 23	23) Loxstedt-Stotel: Überlagerung eines bedeutsamen Gastvogelbereichs mit Status offen (2006, 2517.3/3), Lage zwischen den Gebietsteilen (tlw. angrenzend) des FFH-Gebietes Nr. 187 „Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen“ und einem damit verbundenen Kollisionsrisiko für die Teichfledermaus	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 10 bis 12 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Loxstedt-Stotel")]. - Der westliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Loxstedt-Stotel" gehört zu einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung, einem Ausschlussgebiet nach dem Kriterienkatalog. Maßgeblich ist hier die Art Weißwangengans. Für die Arten Blässgans, Pfeifente, Schnatterente und Reiherente hat der Gastvogellebensraum eine landesweite Bedeutung, für die Arten Zwergschwan, Zwergsäger, Kiebitz, Sturmmöwe und Silberreiher eine regionale Bedeutung, für die Arten Kormoran, Graugans, Krickente, Spießente, Tafelente und Blässhuhn eine lokale Bedeutung. - Auch unter Berücksichtigung der Vorbelastungen durch vorhandene Windenergieanlagen und durch die Autobahn A27 kommen allenfalls Teile der Sonderbaufläche Windenergienutzung für ein Repowering in Betracht - und zwar der Bereich östlich der Straße/des Weges bzw. des Gewässers "Großes Fleth". Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Hindernisse sind auch im übrigen Teil sehr gravierend; es ist fraglich, ob sie bewältigt werden können. Für eine Reihe von Arten werden Raumnutzungsanalysen erforderlich sein.	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.14	SO 25	25) Misselwarden: Überlagerung eines bedeutsamen Gastvogelbereichs mit Status offen (2006, 2317.1/2)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 12 bis 14 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Misselwarden")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Misselwarden" wird im Norden, Westen und Süden von einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung umschlossen. Dieser Gastvogellebensraum weist für eine Vielzahl von Gastvogelarten eine extrem hohe Bedeutung auf, so für die Art Weißwangengans eine internationale Bedeutung, für die Art Rotschenkel eine nationale Bedeutung. Des Weiteren hat der Gastvogellebensraum für die Art Dunkelwasserläufer eine landesweite Bedeutung, für die Arten Singschwan, Goldregenpfeifer, Grünschenkel, Sturmmöwe, Zwergtaucher eine regionale Bedeutung, für die Arten Blässgans, Graugans, Großer Brachvogel und Lachmöwe eine lokale Bedeutung. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Kenntnisnahme.
056	056.15	SO 27	27) Nordholz/Cappel-Neufeld: Vollständige Überlagerung eines national bedeutsamen Brut-vogelbereichs (2217.3/2, stetig besetztes Nahrungshabitat Wiesenweihe).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 15 bis 16 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld")]. - Für die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld" selbst ist keine Bedeutung als Vogelbrutgebiet bekannt. Unmittelbar angrenzend und die Sonderbaufläche Windenergienutzung ringförmig umschließend ist - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - ein Vogelbrutgebiet mit allgemeiner Bedeutung vorhanden; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. In räumlicher Nähe - westlich des Deiches - sind Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung vorhanden. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind mehrere Wiesenweißen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweißen-Vorkommen. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.16	SO 28	28) Nordholz/Spieka-Neufeld: Vollständige Überlagerung eines 2006 als national bedeutsam eingestuften Brutvogelbereichs (2217.1/4), für 2010/2013 ist der Status offen. < 1.200 m Abstand zu 2006 als landesweit bedeutsam eingestuften Brutvogelbereich (2217.2/1), für 2010/2013 ist der Status offen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 16 bis 18 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld" liegt - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweihen-Vorkommen. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.17	SO 29	29) Nordleda: Überlagerung von /< 1.200 m Abstand zu landesweit bedeutsamen Brutvogel-bereichen 2219.3/11, 2219.1/4, 2218.2/5, Nahrungshabitat Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 18 bis 19 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordleda")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordleda" liegt vollständig - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung zu einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung; die übrigen Teile zu zwei Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind fünf Weißstorch-Vorkommen vorhanden. Ein erheblicher Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung - grob geschätzt etwa ein Drittel - liegt innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Vorkommen. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung befindet sich ein Wiesenweihen-Vorkommen; es liegen Hinweise auf ein zweites Wiesenweihen-Vorkommen vor. Der westliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zum erstgenannten Wiesenweihen-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
056	056.18	SO 32	32) Osterbruch/Kehdingbruch: Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichs (2219.2/2, Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 19 bis 20 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Osterbruch/Kehdingbruch")]. - Die beiden Sonderbauflächen Windenergienutzung "Osterbruch/Kehdingbruch" gehören - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören der nördliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung im Bereich der Samtgemeinde Land Hadeln und die Sonderbaufläche Windenergienutzung im Bereich der Samtgemeinde Am Dobrock zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.19	SO 33	33) Padingbüttel. Vollständige Überlagerung eines national bedeutsamen Brutvogelbereichs (2217.3/5, Brut- und Nahrungshabitat Wiesenweihe)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 21 bis 22 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel" gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate liegt sie in einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. - In räumlicher Nähe - westlich des Deiches - sind Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung vorhanden. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweihen-Vorkommen. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
056	056.20	SO 37	37) Wanna: < 1200 m Abstand zu landesweit bedeutsamem Brutvogelbereich (2218.2/1 Nahrungshabitat Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 22 bis 23]. - Für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wanna" liegen keine Daten zu den Brutvögeln vor. Nordwestlich, nördlich und nordöstlich kommen in räumlicher Nähe Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung vor.	Zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.21	SO 38	38) Wremen-Grauwallkanal: Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelbereiches (2218.2/1 Nahrungshabitat Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 23 bis 24 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wremen-Grauwallkanal")]. - Für den überwiegenden Teil der Sonderbauflächen Windenergienutzung "Wremen-Grauwallkanal" ist keine Bedeutung als Vogelbrutgebiet bekannt. Im nordwestlichen, westlichen und südwestlichen Teil ragt ein Vogelbrutgebiet in der Sonderbaufläche Windenergienutzung hinein. Hierbei handelt es sich - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - um ein Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. - Östlich und südöstlich an die Sonderbauflächen Windenergienutzung grenzt ein Vogelbrutgebiet an, bei dem es sich - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - um ein Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung handelt; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist dies ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung. - Der (nord-)westliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Wiesenweihen-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
056	056.22	E 11	Die Darstellung der bauleitplanerisch gesicherten Gebiete soll, gemäß Begründung, diesen Gebieten als faktischen Bestandsflächen im Landkreis Cuxhaven Rechnung tragen. Mit der Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung aber werden diese Flächen dar-über hinaus raumplanerisch gesichert und in das Planungskonzept aufgenommen. Auch wenn es sich dabei um Bestandsflächen handelt, bleiben die oben dargelegten dagegenstehenden Vorgaben des LROP unberücksichtigt bzw. wird der Mindestabstand von 1.200 m zu bedeut-samen Vogellebensräume faktisch unterschritten.	In den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen sind - mit Ausnahme der Standorte "Bramstedt" und "Geversdorf/Oberndorf" - jeweils bereits Windenergieanlagen in Bau oder in Betrieb; es handelt sich in der Tat weit überwiegend um "Bestandsflächen". Diese Flächen sollen regionalplanerisch gesichert werden; es handelt sich hierbei jedoch nicht um Vorranggebiete Windenergienutzung; die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche liegen teilweise in harten Tabuzonen oder weichen Tabuzonen; einige Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche weisen in Teilen eine Potenzialfläche auf, andere nicht. Die Anteile der harten Tabuzonen, weichen Tabuzonen und Potenzialflächen werden in der Naturschutzfachlichen Einschätzung angegeben. Für jeden Bauleitplanerisch gesicherten Bereich ist eine Ziel-Ausnahme-Regelung erforderlich. - Hinsichtlich der Vorgaben des LROP 2008 wird auf die Aussagen unter 056.02 verwiesen. - Dass Mindestabstände zu bedeutsamen Vogellebensräumen in vielen Fällen unterschritten werden, ist zutreffend.	Kenntnisnahme.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
056	056.23	SO 06	Die betreffenden Gebiete sollten nach einer Überprüfung ggf. von einem möglichen Repowering ausgenommen werden: 6) Cuxhaven-Altenbruch: < 1.200 m Abstand zu landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichen (2218.1/1, 2218.1/3, 2218.3/4 Weißstorch)	Der Landschaftsrahmenplan der Stadt Cuxhaven ist öffentlich zugänglich (http://www.cuxhaven.de/staticsite/staticsite.php?menuid=322&topmenu=44); aus der Karte 1 "Arten und Biotope" des Landschaftsrahmenplans ist ersichtlich, dass der westliche Teil (= westlich der A27) des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Cuxhaven-Altenbruch" in einem Gebiet mit hoher Bedeutung für den Tierartenschutz (T41) liegt; aus der Tabelle 3.1.1.3-11 geht hervor, dass die hierfür maßgebliche Tierartengruppe die der Brutvögel ist. Die Bedeutung des Vogelbrutgebietes ist dem Landschaftsrahmenplan nicht zu entnehmen. An diesen westlichen Teil (= westlich der A27) des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergie grenzen im Westen (T42) und im Süden (T39) zwei Weitere Gebiete mit hoher Bedeutung für den Tierartenschutz an. Südlich des östlichen Teils (= östlich der A27) des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung liegt ein weiteres Gebiet mit hoher Bedeutung für den Tierartenschutz (T40). Für die Gebiete T39, T40, T41 und T42 sind jeweils die Brutvögel die wertbestimmende Tierartengruppe.	Kenntnisnahme.
056	056.24	SO 10	10) Heerstedt-Lohe: in Teilen Überlagerung von Gebieten, die im Niedersächsischen Moorschutzprogramms (Teil II, 1986) zur Sicherung als NSG aufgeführt sind, < 1.200 m Ab-stand zu FFH-Gebiet Nr. 23 „Silbersee, Laaschmoor, Bülter See, Bültermoor“, Überlagerung einer aus bundesweiter Sicht bedeutsamen Biotopverbundachse	Der südliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" - außerhalb des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" - liegt in einem Hochmoor des Niedersächsischen Moorschutzprogramms (Teil II, 1986); es handelt sich hierbei um das Moor 441 A "(Kreuzmoor) Dohrener Bachtal". - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Heerstedt-Lohe" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 57 bis 60 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. Der Abstand der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Silbersee, Laaschmoor, Bülter See, Bülter Moor" beträgt lediglich etwa 200 bis 300 m. Beim Vorranggebiet Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" wird der im Kriterienkatalog festgelegte 500 m-Puffer zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung exakt eingehalten. - Das Fachkonzept zum Biotopverbund ist derzeit noch nicht rechtsverbindlich auf Ebene des Landes bzw. des Landkreises Cuxhaven umgesetzt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
056	056.25	SO 16	16) Köhlen-Brockoh: < 1.200 m Abstand zu bedeutsamem Brutvogelbereich mit Status offen (2419.2/2)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 23 bis 24 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Köhlen-Brockoh")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Köhlen-Brockoh" liegt nahezu vollständig - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist sie einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung zuzurechnen.	Kenntnisnahme.
056	056.26	SO 34	34) Ringstedt: Überlagerung eines landesweit bedeutsamen Brutvogelbereichs (2419.1/2, Nahrungshabitat Weißstorch)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Ringstedt" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 79 bis 81 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Ringstedt")]. - Für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Ringstedt" liegen hier keine Daten zu den Brutvögeln vor. - Der südwestliche Teil der westlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt innerhalb des 2.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen.	Nicht zu berücksichtigen.
056	056.27	SO 36	36) Uthlede: Überlagerung eines bedeutsamen Brutvogelbereichs mit Status offen (2617.4/1), < 1200 m Abstand zu einem 2006 als landesweit wertvoll eingestuftem Gastvogelbereich (2217.3/3).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft beim Standort "Uthlede" wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 81 bis 84 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Uthlede" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Für den Bereich der 13. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. liegen keine aktuellen Daten zu den Brutvögeln vor. Der Bereich der 56. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. liegt weit überwiegend in einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. - Für den Bereich der 13. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. liegen keine aktuellen Daten zu den Gastvögeln vor. Der Bereich der 56. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. liegt weit überwiegend in einem Gastvogellebensraum mit regionaler Bedeutung. - Der Abstand zwischen dem Bereich der 13. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. und einem Gastvogellebensraum internationaler Bedeutung beträgt lediglich etwa 0,6 bis 0,7 km.	Nicht zu berücksichtigen.
059	Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Harsefeld				
059	059.01	A	ich verweise hinsichtlich Waldbelangen auf meine Stellungnahmen in diesem Verfahren vom 24.9.2010 (Az RROP CUX/10 Fortschreib. RROP CUX) sowie vom 15.8.2014 (Az RROP CUX/15 Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie).	Die Stellungnahmen wurden im jeweiligen Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
059	059.02	E 01	Nach der vorliegenden aktuellen Fassung sollen Waldflächen im Sinne des § 2 NWaldLG einschließlich eines Abstandspuffers von 100 m von Windenergieanlagen freigehalten werden. Das gilt ausdrücklich nicht nur für Wald ab einer Größe von 1 ha, sondern auch für kleinere Flächen (siehe Begründung, Seite 13).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
059	059.03	E 01	Diese Vorgabe wurde bei der Überarbeitung der neu ausgewiesenen Vorrangstandorte weitgehend berücksichtigt, während in einigen inzwischen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen Waldflächen überplant sind oder der Mindestabstand von 100 m z.T. deutlich unterschritten wird.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden die Darstellungen der rechtsgültigen Flächennutzungsplandarstellungen berücksichtigt. Die Flächennutzungspläne sind endabgewogen, mögliche naturschutzfachliche Belange wurden bereits bei der Aufstellung berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
059	059.04	E 01	Da vor allem Waldflächen und Waldränder u.a. für Fledermäuse häufig als bevorzugtes Wohn- und Jagdgebiet dienen, sind deshalb bei einer Neuplanung der künftigen WEA-Standorte und im Rahmen von Repowering bestehender Windparke die vorgegebenen Mindestabstände zum Wald einzuhalten oder durch entsprechende Untersuchungen vorher sicherzustellen, dass keine Gefahr für dort vorkommende Arten von z.B. Vögeln oder Fledermäusen besteht oder alternativ geeignete Möglichkeiten der Schadensvermeidung oder -minderung geschaffen werden.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
059	059.05	A	In einigen Fällen kann dazu z.B. durch die Festlegung von Anlagenmindesthöhen der Abstand zwischen der Rotorunterkante und den maximal erreichbaren Baumhöhen der Kronen bestimmt werden und durch die Vorgabe von Abschaltzeiten verhindert werden, dass Fledermäuse, die den Insekten bei geringen Windgeschwindigkeiten in größere Höhen folgen, dort durch von den Rotorblättern hervorgerufene Turbulenzen oder durch diese selbst zu Schaden kommen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
059	059.06	A	Darüber hinaus sollte im Rahmen der vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen für den Betrieb von WEA geprüft werden, ob durch gezielte Förderungsmaßnahmen in Waldflächen, z.B. den Erhalt von Alt- und Totholz (als Brut- und Höhlenbäume) über das in der forstlichen Praxis übliche Maß hinaus, für negativ beeinträchtigte seltene Tierarten eine Verbesserung ihrer Situation erzielt werden kann.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
059	059.07	A	Daneben sind Einschränkungen zu beachten, die sich aus den Vorgaben der Niedersächsischen Bauordnung ergeben. Mögliche Gefahren können hier z.B. von der Anlage als auch vom Wald ausgehen (z.B. Brandgefahr, Windwurf).	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BlmSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
059	059.08	A	Sich ggf. aus der Waldnähe ergebende Bewirtschaftungs-erschwernisse können durch entsprechende privatrechtliche Vereinbarungen gemindert werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg				
066	066.01	A	1. Von den obersten Landesbehörden zu vertretende Belange Ich weise darauf hin, dass das Niedersächsische Kultusministerium (MK), das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW), das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS) keine Anregungen und Hinweise zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie Ihres RROP gegeben haben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	066.02	A	Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) hat folgende Hinweise und Anregungen gegeben: Zur Sicherstellung des Digitalfunks der Ordnungsbehörden sind die einzelnen Windenergie-anlagen mit der Autorisierten Stelle Digitalfunk Niedersachsen (ASDN) bei der Zentralen Polizeidirektion zu gegebener Zeit abzustimmen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.03	A	Vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz werden folgende Hinweise und Anregungen gegeben: Derzeit befindet sich eine Änderung des Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) im Verfahren. Das Beteiligungsverfahren zum Planentwurf wurde in der 30. KW 2014 eingeleitet. Gelegenheit zur Stellungnahme bestand bis zum 31.12.2014. Die insoweit in Aufstellung befindlichen Ziele sind bei der Änderung des RROP Cuxhaven gemäß § 4 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG) zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
066	066.04	A	Dies gilt auch für die Ziele der Torferhaltung und zur Biotopvernetzung. So ist durch den Träger der Regionalplanung zu prüfen, ob sich bei Überlagerungen von Festlegungen des RROP mit den Vorranggebieten Torferhaltung oder Biotopverbund des LROP-Änderungsentwurfs im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP ein Zielkonflikt ergeben würde. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete des LROP-Entwurfs seitens des Trägers der Regionalplanung in die Abwägung über seine Festlegungen einzustellen.	Laut aktuellem Entwurf des Landesraumordnungsprogramms (2015) besteht in bezug auf das Ziel der Torferhaltung kein Zielkonflikt mit der Windenergienutzung (vgl. Begründung LROP Entwurf 2015). Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 2015) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.	Teilweise zu berücksichtigen.
066	066.05	A	Derzeit wird der Entwurf überarbeitet, für die Genehmigung von RROP gilt die zum Genehmigungszeitpunkt geltende Fassung des LROP.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	066.06	B 05	2. Raumordnerische Belange gemäß des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) und genehmigungsrelevante Aspekte 1. Genehmigungsrelevante Hinweise zur beschreibenden Darstellung: zu Ziffer 05, Satz 4: Der Landkreis verneint das regionalplanerische Erfordernis für eine Höhenbegrenzung durch die Raumordnung und verweist auf die Regelungskompetenz der Gemeinden. Zugleich möchte er im Einzelfall raumordnerisch regeln, wenn Gemeinden städtebaulich keine Höhenbegrenzung vor-sehen. Dieser Widerspruch stößt auf rechtliche Bedenken.	Die Regelung in Ziffer 05 Satz 04 stellt nur einen Ausnahmetatbestand dar. In der Regel wird die maximale Gesamtanlagenhöhe von den Gemeinden in der Bauleitplanung festgesetzt. Nur in den Fällen, in denen eine Gemeinde auf eine solche Festlegung verzichtet, wird die im BImSchG-Verfahren beantragte Gesamtanlagenhöhe im Zuge einer raumordnerischen Beurteilung geprüft. Dabei werden in der Abwägung, ob der beantragten Höhe stattgegeben werden kann, alle relevanten Stellungnahmen einbezogen.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.07	B 11	zu Ziffer 11, Satz 2: Es wird angeregt, noch deutlicher – und zugleich knapper – zu formulieren, auch um kompetenzrechtliche Zuständigkeiten zu berücksichtigen: „Eine Repowering in diesen Flächen ist nur möglich, wenn im zugehörigen FNP eine Höhenbegrenzung festgesetzt ist.“	Dem Vorschlag kann nicht gefolgt werden. Der Landkreis Cuxhaven räumt den Gemeinden bewusst die Möglichkeit ein, ausnahmsweise auf eine Höhenfestlegung im Bauleitplanungsverfahren zu verzichten. Solche solche Formulierung würde diese Möglichkeit nicht länger zulassen.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.08	B 11	zu Ziffer 11, Satz 3 (bisher ohne Satznummer): Die ersatzweise „Definition“ einer Höhenbegrenzung durch die Raumordnung in Rahmen einer Einzelfallbeurteilung stößt auf rechtliche Bedenken (s. Anmerkung zu Ziffer 05).	Siehe Stellungnahme 066.06	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
066	066.09	B 11	zu Ziffer 11, Satz 5 (bisher als Satz 3 benannt): Die 15%-Schwelle wird mit „Überlegungen und Berechnungen des Landkreises“ begründet, wonach u.a. durch eine Schwelle von 10% „ein Repowering auf vielen Standorten jedoch eingeschränkt werden [würde]“. Gerade eine Einschränkung des Repowerings ist jedoch Ziel der vorgeschlagenen Schwellenwert-Regelung. Von daher ist die Begründung in diesem Punkt zu konkretisieren, etwa durch die Benennung der wesentlichen Rechenergebnisse.	Die Regelung zur Zunahme der Gesamtrorfläche wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
066	066.10	B 11	Grundsätzlich ist anzumerken, dass die vorgeschlagene „15%-Regelung“ für die Begrenzung des Repowerings an acht Standorten der Unterschiedlichkeit der Ausgangsvoraussetzungen wenig Rechnung trägt. Die mögliche Anlagenkonfiguration, die sich im Falle einer Maximalausnutzung der 15%-Schwelle am jeweiligen Standort ergibt, ist von Standort zu Standort unterschiedlich, in Abhängigkeit von Flächengröße und -zuschnitt und vom bisherigem Anlagenbesatz als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Gesamtrorfläche. Darüber hinaus sind auch an den einzelnen Standorten jeweils unterschiedliche Anlagenkonstellationen denkbar, die den Maximalwert (+15%) einhalten. Die Auswirkungen neuer raumbedeutsamer Anlagen auf die einschlägigen Schutzgüter – hier u.a. Avifauna und Landschaftsbild – variieren jedoch je nach Anlagenkonfiguration. Insofern bestehen Bedenken hinsichtlich einer pauschalierten Begrenzung des Repowering-Potenzials über eine prozentuale Flächen-Schwelle.	Die Regelung zur Zunahme der Gesamtrorfläche wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
066	066.11	B 11	Sie ersetzt in jedem Fall nicht eine spätere Prüfung der Betroffenheit von Umweltbelangen, im Rahmen von Bauleitplanverfahren und Einzelgenehmigungsverfahren.	Die Regelung zur Zunahme der Gesamtrorfläche wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
066	066.12	B 11	Für den Fall, dass durch die im Rahmen des Repowerings angestrebte Anlagenanzahl/-höhe/-standorte/-technik etwa Tiere der streng geschützten Arten erheblich gestört werden können, würde auch eine Einhaltung der raumordnerisch vorgesehenen Maximal-Gesamtrorfläche keine Genehmigungsfähigkeit begründen, da das hier maßgebliche höherrangige Artenschutz-Recht anzuwenden ist. Mindestens die Eventualität, dass aufgrund der starken Konflikthaftigkeit BlmschG-Anträge nicht genehmigt werden könnten, sollte in der Begründung mit ausgeführt werden.	Dem Vorschlag wird gefolgt. Die Begründung wird dementsprechend erweitert.	Zu berücksichtigen.
066	066.13	B 11	Gemäß Umweltbericht und Begründung stehen einer dauerhaften und intensivierten Windenergienutzung an den in Satz 5 benannten Standorten z.T. „schwerwiegende naturschutzfachliche Belange“ entgegen. Es wird daher angeregt, die vorgeschlagene Abwägung noch einmal zu überprüfen, um Abwägungsfehler zu vermeiden, und in der Folge ggf. Standorte aus der Zielausnahmeregelung auszunehmen und damit einem weiteren Ausbau der Windenergienutzung zu entziehen.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
066	066.14	B 12	zu Ziffer 12: Satz 1: Eine Regelung zugunsten ortsansässiger Betriebe kann einen Konflikt zu EU-Recht darstellen. Die Raumordnung darf nur wettbewerbsneutrale Festlegungen treffen. Ich bitte um Überprüfung und ggf. Neufassung der Regelung.	Die Regelung wurde rechtlich geprüft. Ein Verstoß gegen EU-Recht bzw. das Wettbewerbsrecht ist nicht feststellbar.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.15	B 12	Satz 4: Um den Eindruck zu vermeiden, die Genehmigung von Windenergieanlagen gehe von der Raumordnung aus, empfehlen wir folgende Formulierung: „Die Gebiete nach Satz 1 bis 3 sollen WEA jeweils maximal für die Dauer von 5 Jahren einen Testbetrieb ermöglichen“.	Dem Vorschlag wird gefolgt. Die Zielformulierung wird dementsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.16	E 01	zur Begründung: zu Ziffer 01: S. 35 (Zwischenergebnis Arbeitsschritt 3): Hier wird eine ergänzende Sonderregelung festgelegt, in dem man den bauleitplanerischen gesicherten Bereichen, die ganz oder teilweise als Potenzialfläche ermittelt worden sind, die aber nicht den erforderlichen Mindestabstand von 4 km zu anderen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen einhalten, einen Sonderstatus einräumt. Begründet wird dies mit der bereits bestehenden Vorbelastung des Landschaftsbildes. Wegen dieser Vorbelastung sieht der Landkreis es als vertretbar an, Potenzialflächen im bauleitplanerischen Bereich als Vorrangstandort auszuweisen. Auf welche Vorrangstandorte dies zutrifft, wird nicht beschrieben.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.17	E 01	Auch in der nachfolgenden Einzelfallbetrachtung der bauleitplanerischen gesicherten Bereiche wird die Einhaltung der Abstände dieser Bereiche untereinander und zu den ermittelten Vorrangstandorten nicht weiter als Bewertungskriterium thematisiert. Dies ist nachzuholen, da so nicht erkennbar ist, in welchem Umfang diese Sonderregelung zur Anwendung gekommen ist.	Siehe Stellungnahme 066.17	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
066	066.18	E 01	Die Aussage, dass Vorranggebiete „geringere Restriktionen“ aufweisen, ist zu konkretisieren. Hierzu kann auch auf die Begründung zu Ziffer 11, Satz 2 (S. 68) verwiesen werden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.19	E 01	Es ist nicht klar, warum die Potentialfläche 015 hier noch einmal in den Vergleich eingestellt wird. Gemäß den Ausführungen auf S. 22 oben wurden Flächen, die „voraussichtlich unge-eignet“ sind, ohnehin ausgeschlossen, so dass sich ein Vergleich mit dieser Fläche erübrigen könnte.	Dies ist richtig. Der Vergleich mit dieser Fläche erübrigt sich durch den vorherigen Arbeitsschritt. Der entsprechende Absatz in der Begründung wird herausgenommen.	Zu berücksichtigen.
066	066.20	E 04	zu Ziffer 04: Raumordnerische Ziele und Grundsätze dürfen aus kompetenzrechtlichen Gründen nur den Umgang mit der Ressource "Raum" betreffen. Regelungen zur Bodennutzung/Bodenrecht sind Angelegenheit des Baurechts. Die Begründung zu Ziffer 04 muss nach wie vor deutlicher machen, dass es um den Schutz der Ressource Raum mit seiner Komponente Boden geht und nicht um bodenrechtliche Regelungen im Sinne des Baurechts. Bodenrechtliche Regelungen wären wegen eines Kompetenzverstoßes nicht genehmigungsfähig. Denkbar wäre beispielsweise eine klarstellende Ergänzung wie: "Diese bodenrechtlichen Regelungen des BauGB werden raumordnerisch ergänzt, um den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Raum/Boden auch im überörtlichen Zusammenhang zu verankern und Flächen für zukünftige Raumnutzungen zu sichern".	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.21	E 10	zu Ziffer 10, S. 41: Die berührten Vorranggebiete Windenergienutzung sollten der Klarheit wegen aufgezählt werden, der Begründungssatz könnte dann etwa wie folgt lauten: „MÖGLICHERWEISE betroffen sind hiervon DIE Vorranggebiete A, B, C, ...“.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.22	E 11	zu Ziffer 11, Satz 1: S. 41: Die bauleitplanerisch gesicherten Windenergieflächen werden im Entwurf an drei Stellen einer Bewertung unterzogen, in der Begründung, in der naturschutzfachlichen Einschätzung des Naturschutzamtes und im Umweltbericht, wobei die Begründung die Ergebnisse der beiden naturschutzfachlichen Bewertung zusammenführen sollte. Aus dem Vorspann zur Bewertung der o.g. Flächen in der Begründung geht nicht deutlich genug hervor, dass die Ergebnisse der beiden gutachterlichen Bewertungen hier die entsprechende Berücksichtigung gefunden haben. Auch die textlichen Ausführungen zu den einzelnen Sonderbauflächen übernehmen lediglich eine Auflistung der betroffenen Schutzbelange, nicht jedoch die zusammenfassenden Bewertungen der zu erwartenden Auswirkungen, die jeweils von Naturschutzamt und Umweltbericht-Gutachter vorgenommen wurden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.23	E 11	Aus dem Abwägungsprozess muss erkennbar hervor gehen, warum dem Erhalt und der Entwicklung dieser Flächen der Vorrang gegenüber den i.d.R. naturschutzfachlichen Bedenken eingeräumt worden ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	066.24	E 11	S. 41 unten, dritter Spiegelstrich: Die Aussagen zu Akzeptanz/Gewöhnungseffekten beziehen sich auf den „Status Quo“; durch das angestrebte Repowering kann es in Teilen zu Entlastungswirkungen, in Teilen aber auch zu Mehrbelastungen kommen; dies gilt etwa für die optische Wirkung der in der Regel deutlich höheren Neuanlagen. Ein entsprechender, relativierender Hinweis sollte der Vollständigkeit halber an dieser Stelle in die Begründung aufgenommen werden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.25	E 11	Die Begründung bedarf noch weiterer Ausführungen zu den Sonderbauflächen, die als Ziel-ausnahmeregelung (ZAR) einem Repowering erschlossen werden sollen. Insbesondere ist jeweils darzustellen, welche weichen Tabuzonen in welchem Umfang nicht eingehalten wurden. Hinweise wie "Schutzabstände wurden nahezu vollständig eingehalten" sind zu allgemein und auch in dieser Form nicht überprüfbar.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
066	066.26	E 11	Auch die Betroffenheit des Landschaftsbilds, die durch ein mögliches Repowering gegenüber dem Status-Quo im Einzelfall auch erhöht werden kann, muss in die Abwägung eingestellt werden.	Die Betroffenheit des Landschaftsbildes ist sehr wesentlich von der Höhe der Windenergieanlagen abhängig. - Aufgrund der Regelung unter Ziffer 11 Satz 2 Nr. 1 und 2 des Entwurfs 2015 werden in vielen Fällen nur Teilbereiche des jeweiligen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs für ein Repowering in Betracht kommen. Von daher ist eine detaillierte Betrachtung des Schutzgutes Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) erst nachgelagert auf der Ebene des Flächennutzungsplans - mit Festlegung der Gesamtanlagenhöhe - bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung - mit Bearbeitung der Eingriffsregelung - sinnvoll.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.27	E 11	Die jeweilige, abschließende Abwägung, warum die Betroffenheit von Tabuzonen bzw. Naturschutzbelangen zurückgestellt wird, ist noch zu allgemein. Es muss dargestellt werden, warum die spezifischen Abstandsverletzungen bzw. Naturschutzbelange dieses Gebiets eine Zielausnahmeregelung rechtfertigen.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.28	E 11	Bei der Darstellung der einzelnen Sonderbauflächen (S. 41ff) wird die Weiternutzung dieser Standorte trotz entgegenstehender avifaunistischer Belange in Teilen damit begründet, dass bereits eine Nutzung durch Windenergieanlagen stattfinde und ein Gewöhnungseffekt vorliege (z.B. für die Sonderbaufläche Cuxhaven-Altenbruch, S. 45). In der Begründung muss in solchen Fällen jedoch auch explizit betrachtet werden, inwieweit sich durch das ermöglichte Repowering im „worst-case“-Fall durch Veränderung von Anlagenkonfiguration/-höhe Umweltauswirkungen einstellen, die nicht durch den Gewöhnungseffekt abgedeckt sind und ggf. zu einer (erheblichen) Verschlechterung etwa für den avifaunistischen Belang führen können.	Es ist nicht ersichtlich, wie hier mit "worst case"-Szenarien gearbeitet werden kann. Wenn als "worst case" aus Sicht des Investors ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung bzw. ein Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung angenommen wird, wird kein Repowering möglich sein. Von daher ist zunächst eine Erfassung und Bewertung der Brut- und Gastvögel im jeweiligen Untersuchungsgebiet eines möglichen Repowering-Vorhabens erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.29	E 11	Für einzelne Gebiete ist festzustellen, dass diese sich teilweise mit Brut- oder Rastvogelgebieten landesweiter oder sogar nationaler Bedeutung überlagern. Für weitere Gebiete wird konstatiert, dass hier „schwerwiegende naturschutzfachliche Belange“ vorliegen – z.B. für den Standort Geversdorf-Oberndorf. Mehrere der für die Zielausnahme-Regelung vorgesehenen Standorte sind darüber hinaus aufgrund entgegenstehender Belange im Auswahlprozess für Vorranggebiete bereits ausgeschieden (s. Begründung zu Ziffer 1), sollen aber über die Zielausnahmeregelung der Ziffer 11 einer dauerhaften und ggf. durch Repowering auch verstärkten Nutzung durch die Windenergie zugeführt werden, die mit der Nutzungsintensität an Vorrangstandorten vergleichbar sein könnte. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, die Abwägungen für die einzelnen Standorte nach Ziffer 11 noch einmal zu überprüfen, um Abwägungsfehlern vor-zubeugen, und die Anzahl bzw. Flächenabgrenzung der über die Zielausnahme-Regelung erfassten Gebiete ggf. zu verringern.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
066	066.30	E 11	zu Ziffer 11, Satz 3: In Satz 2 der Begründung zu Ziffer 11 Satz 3 werden acht Standorte aufgeführt, an denen schwerwiegende naturschutzfachliche Belange einer Windenergienutzung entgegen stehen. Der Beschreibung der einzelnen Sonderbauflächen in der Begründung zu Ziffer 11 Satz 1 ist jedoch zu entnehmen, dass es darüber hinaus weitere Sonderbauflächen gibt, die schwerwiegende naturschutzfachliche Belange aufweisen, etwa der Standort Geversdorf-Oberndorf. Es ist nicht erkennbar, warum für diese Standorte nicht ebenfalls eine weitergehende Reglementierung im Sinne der Ziffer 11 Satz 3 vorgesehen wird.	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" sind derzeit keine Windenergieanlagen realisiert. Die Gesamtrotorfläche beträgt demzufolge derzeit 0 m². Bei einer Reglementierung nach Ziffer 11 Satz 3 des Entwurfs dürften hier keine Windenergieanlagen errichtet werden.	Kenntnisnahme.
066	066.31	E 12	zu Ziffer 12, Satz 4: In der Begründung fehlt die Angabe der Rechtsgrundlage, auf der die Begrenzung der Genehmigung auf fünf Jahre festgelegt worden ist.	Eine Rechtsgrundlage für diese Regelung besteht nicht. Die fünf Jahre wurden vom Landkreis Cuxhaven festgelegt. Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass die Erprobung und nicht die Energieerzeugung im Mittelpunkt steht. Die Begründung wird in diesem Punkt ergänzt.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
066	066.32	Z	zur zeichnerischen Darstellung: Die Darstellung der Detailkarten und ihre Übereinstimmung mit der textlichen Charakterisierung der jeweiligen Standorte sollte noch einmal im Detail auf Richtigkeit überprüft werden. Zwei Beispiele veranschaulichen den Prüfbedarf:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	066.33	Z	- Der Beschreibung zu Detailkarte 13 – Holßel-Neuenwald – ist zu entnehmen, dass Teile der bauleitplanerisch gesicherten Fläche über das Vorranggebiet hinausgehen, und zwar im Norden, Nordosten und Süden des Vorranggebiets. Die Detailkarte selbst hingegen erweckt eher den Eindruck, die bauleitplanerische gesicherte Fläche ginge im Westen über diejenige des Vorranggebiets hinaus.	Die falsche Beschreibung in der Begründung wird entsprechend des Hinweises überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
066	066.34	Z	- In der Detailkarte 33 für den Standort Padingbüttel ist zu erkennen, dass der bauleit-planerisch gesicherte Bereich von 2014 auf 2015, trotz der erheblichen naturschutzfachlichen Bedenken, die in der Begründung und im Umweltbericht benannt werden, und der beim Repowering möglicher Weise zu erwartenden Beeinträchtigung der Schutz- und Erhaltungsziele des EU-VSG „Niedersächsisches Wattenmeer“, deutlich erweitert worden ist. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um einen Fehler in der Detailkarte handelt, da gemäß tabellarischer Auflistung auf S. 68 die letzte FNP-Änderung in 2011 erfolgte.	Der Standort Padingbüttel wurde nicht vergrößert. Im Zuge der Aufstellung des Entwurfs 2015 wurden alle rechtsgültigen Bauleitpläne zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen von den Gemeinden angefordert und digitalisiert. Die Darstellung des Windparks Padingbüttel im RROP Entwurf 2014 basierte auf einer falschen Darstellung. Die zeichnerische Darstellung im Entwurf 2015 ist richtig.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.35	U	zum Umweltbericht: Der Umweltbericht weist auf S. 222 ff. (Pkt. 5) darauf hin, dass in Ermangelung eines Kriteriums für die Erfassung und Bewertung visueller Beeinträchtigungen und der Maßstabs-ebene keine Bewertung des Schutzguts Landschaft erfolgt ist. Die Bewertung dieses Aspekts bleibt den konkretisierenden nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren vorbehalten. Dies erscheint mir ein erheblicher Mangel insbesondere bei der Ermöglichung von Repowering-maßnahmen bei den in unmittelbarer Nachbarschaft zum Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ gelegenen bauleitplanerisch gesicherten Windenergieflächen. Denn gerade die Anlagenhöhe ist u.a. entscheidend für den Wirkradius von potentiellen Beeinträchtigungen der charakteristischen Eigenart des natürlichen und naturnahen Landschaftsbildes im Nationalpark. Repoweringmaßnahmen können daher nur zugelassen werden, wenn in den nachfolgenden Plan- und Genehmigungsverfahren durch Bewertung der Auswirkungen auf das zu schützende Landschaftsbild des Nationalparks sicher gestellt ist, dass eine weitere Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ausgeschlossen werden kann. Dies sollte neben der notwendigen FFH-Verträglichkeitsprüfung als planerische Bedingung für die nachfolgenden Verfahren im RROP in der Begründung im Rahmen der Bewertung der Einzelflächen ausgeführt werden.	Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Eine derartig differenzierte Betrachtung kann auf der Ebene des Regionalplanes nicht erfolgen, so dass eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich ist. Durch die Aufnahme der unter 2.6 beschriebenen Kriterien ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Es handelt sich im Umweltbericht Anhang II des RROP 2015 um FFH-Vorprüfungen. Für Pläne (oder Projekte), die einzeln oder gemeinsam mit anderen Plänen ein Gebiet des Natura 2000-Netzes erheblich beeinträchtigen können, wird in § 34 BNatSchG die Prüfung der Verträglichkeit dieses Plans festgelegt. Die Aufgabe der FFH-Vorprüfung ist, den Bearbeitungsaufwand für unproblematische Vorhaben zu reduzieren, indem sie evidente Fälle ausscheidet. Aus diesem Grund ist es nicht angebracht, den gesamten Ablauf einer FFH-Verträglichkeitsprüfung in die Phase der Vorprüfung zu verlagern. Die FFH-Vorprüfung erfolgt deshalb i.d.R. überschlägig anhand	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				von vorhandener Unterlagen zum Vorkommen von Arten und Lebensräumen und anhand akzeptierter Erfahrungswerte zur Reichweite und Intensität von Beeinträchtigungen. Für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist eine zusätzliche Datenerhebung notwendig, die im Zuge der SUP nicht durchgeführt wird. Der Konkretisierungsgrad der Vorprüfung entspricht dem Maßstab des Regionalplans bzw. dem Konkretisierungsgrad der zu prüfenden Planfestlegung. Auf Grundlage dieser Informationen wird durch die FFH-Vorprüfung geklärt, ob es prinzipiell zu erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebietes kommen kann. Anhand derer wird eine Notwendigkeit für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das weitere Genehmigungsverfahren abgeleitet. Es folgt keine Anpassung / Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	
066	066.36	U	Die Ausführungen zum Monitoring (Pkt. 6) erscheinen ergänzungsbedürftig.	Die Hinweise zum Monitoring in Kapitel 6 sind ausreichend. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
066	066.37	U	In der nichttechnischen Zusammenfassung (Pkt. 7) wird im Wesentlichen die Methodik des Umweltberichts wiedergegeben. Die zusammenfassende Bewertung der ermittelten Umwelt-auswirkungen beschränkt sich auf die Feststellung, dass die Festlegung von bestimmten Vorranggebieten für Windenergie auch negative Umweltauswirkungen haben, diese jedoch durch Abwägung in der Standortwahl bei der Erstellung des RROP minimiert werden können. Dies erfüllt nicht die Anforderungen an eine allgemein verständliche, nicht technische Zusammenfassung noch die Anforderungen an eine „zusammenfassende Erklärung“ gemäß §11, Abs. 3 ROG. Eine Ergänzung ist erforderlich.	Das Kapitel 7 (nichttechnische Zusammenfassung) wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
066	066.38	B 05	Sonstige Hinweise und Anregungen: zu Ziffer 05: Die Bezugsziffer zum LROP ist nicht stimmig. Die angegebene Ziffer enthält keine Aussage aus der das o.g. Ziel abgeleitet werden könnte.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Beschreibende Darstellung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.39	B 07	zu Ziffer 07: Die gewählte Formulierung stellt die Rechtsfolge der Ausschlusswirkung (Ziffer 1) auf die gemeindliche Bauleitplanung dar. Es wäre zu prüfen, ob daher eine Zuordnung der Ziffer 7 zu Ziffer 01 vorzunehmen ist, im Sinne einer Konkretisierung, oder ob Ziffer 07 in die Begründung aufgenommen wird.	Eine solche Zuordnung wäre durchaus aufgrund des Zusammenhanges sinnvoll. Allerdings würde dies dazu führen, dass die Nummerierung der Ziffern sich ändern würde. Dies würde bei drei verschiedenen Entwürfen (2014, 2015, 2016) im Zuge der Auswertung und Erörterung möglicherweise zu Verwirrungen führen. Insoweit wird von dem Vorschlag abgesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.40	B 10	zu Ziffer 10: Ggf. könnte Satz 1 als Grundsatz umformuliert werden, z.B. „ In den VR ... ist bei der Planung von WEA-Standorten zu berücksichtigen, dass die Einrichtung ... nicht beeinträchtigt wird.“ Hierbei könnte eine ähnliche Formulierung wie in Ziffern 08 und 09 gewählt werden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Beschreibende Darstellung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.41	B 11	zu Ziffer 11, Satz 4 (bisher unnummeriert): Für Unterpunkt 2 schlage ich der Klarheit wegen folgende Formulierung vor: „Bei einem Repowering nach dieser Regelung muss ein Mindestabstand zu Ortslagen vom 5-fachen der Gesamtanlagenhöhe, jedoch nicht mehr als 1000 m eingehalten werden.“ Analog wäre auch Spiegelstrich 1 neu zu fassen.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Beschreibende Darstellung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
066	066.42	B 11	Es sei darauf hingewiesen, dass die in Ziffer 11, Satz 4 getroffene Vorgabe zur Einhaltung von Mindestabständen zur Wohnbebauung bei der BImSchG-Genehmigung zu beachten ist, sofern diese auf der Basis einer FNP-Festsetzung erfolgt; sie entfaltet jedoch keine direkte Wirkung, wenn zusätzlich ein Bebauungsplan für die betreffende Fläche existiert; dieser müsste zunächst an das neue Ziel der Raumordnung angepasst werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
066	066.43	B 11	zu Ziffer 11, Satz 5 (bisher als Satz 3 benannt): Der Einschub „durch Festlegung einer neuen maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung“ erscheint entbehrlich und sollte gestrichen werden; der Regelungsintention von Ziffer 11, Satz 5 nach wäre das Kriterium der nicht wesentlichen Erhöhung der Gesamtrotorfläche auch für den Fall einzuhalten, dass ein Repowering im Rahmen der im FNP bereits heute festgesetzten maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe erfolgte.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Beschreibende Darstellung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
066	066.44	B 11	Die Festlegung der 15%-Schwelle soll offenbar für jeden der benannten acht Standorte einzeln gelten. Der Klarheit halber sollte daher ergänzt werden „...JEWEILS nicht wesentlich erhöht.“	Die Ergänzung wird als entbehrlich erachtet, da die bisherige Formulierung der Regelung als verständlich genug angesehen wird.	Nicht zu berücksichtigen.
066	066.45	A	Eine umfassende Prüfung des RROP muss dem späteren Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben, da erst dann anhand der entsprechenden Unterlagen eine abschließende Beurteilung möglich ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
070	BUND - Kreisgruppe Cuxhaven				
070	070.01	A	die Kreisgruppe Cuxhaven des BUND hatte mit Schreiben vom 12.12.2013 und 12.8.2014 Stellungnahmen zur Änderung des RROP für den Landkreis Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie, abgegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
070	070.02	A	Unsere Stellungnahme vom 12.8.2014, eingegangen beim Landkreis per Eingangsstempel vom 13.8.2014, ist bei den aktuellen Unterlagen zum Entwurf „RROP 2014...Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung“ nicht erfasst und wird unter den 127 Stellungnahmen auf 335 Seiten nicht aufgeführt. Dies ist wiederum ein Verfahrensmangel, der den Abbruch des Verfahrens erforderlich macht, und eine Neuauslegung der gegenwärtigen Öffentlichkeitsbeteiligung unter Einschluss unserer Stellungnahme erfordert.	Die Stellungnahme zum RROP Entwurf 2014 wurde erfasst und ausgewertet. Sie befindet sich jedoch nicht unter den veröffentlichten Stellungnahmen Privater, sondern unter den Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange, da der BUND ein anerkannter Naturschutzverband ist.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.03	A	Den Verfahrensfehler vom Frühjahr 2014 hatten wir bereits mit unserem Schreiben vom 12.8.2014 massiv gerügt. Wir halten beide Stellungnahmen (12.12.2013 und 12.8.2014) in vollem Umfang aufrecht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
070	070.04	A	Aus den ausgelegten Dokumenten ist nicht ersichtlich, ob und in welcher Form sich der Landkreis mit den vorgebrachten Argumenten der 127 erfassten Einwendungen befasst hat und in welcher Form eine Abwägung und eine Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung der einzelnen vorgebrachten Argumente stattgefunden haben könnte.	Im Vorfeld zur Beteiligung zum Entwurf 2015 des RROP hat der Landkreis Cuxhaven alle zum Entwurf 2014 eingegangenen Stellungnahmen im vollen Umfang im Internet veröffentlicht. Die Auswertung der Argumente wurde jedoch nicht veröffentlicht. Dies ist jedoch auch nicht notwendig, da es sich dabei lediglich um eine freiwillige informelle Aktion gehandelt hat. Im Vorfeld zu den Erörterungsterminen werden selbstverständlich alle Stellungnahmen inklusive der Auswertung zur Verfügung gestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.05	A	Unsere Stellungnahme vom 12.8.2014 fügen wir diesem Schreiben erneut bei, verbunden mit der Aufforderung zu einer inhaltlichen Beschäftigung mit den vorgebrachten Sachverhalten.	Die Stellungnahme wurde im Verfahren zum RROP Entwurf 2014 ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.06	B	Wir müssen ebenfalls feststellen, dass ganz offensichtlich alle Regelungen, die über ein gültiges Raumordnungsprogramm getroffen werden müssen, durch die Trennung in Vorranggebiete nach Raumordnungsprogramm und Vorranggebiete nach Bauleitplanung (F-Pläne, B-Pläne) ausgehebelt werden sollen. Unter die Regelungen des RROP müssen explizit alle Vorranggebiete für Windenergienutzung fallen.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche stellen, wie in der Begründung ausgeführt, eine Ziel-Ausnahme-Regelung dar. Das Vorgehen des Landkreises Cuxhaven entspricht dem gültigen Recht.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
070	070.07	A	Es ist ebenfalls immer noch nicht klar geworden, welche Windparkplanungen zur Umgehung des RROP nach dessen förmlicher Beanstandung und Aufhebung durch F-Pläne und B-Pläne auf den Weg gebracht worden sind. Die vom Landkreis erlassene Veränderungssperre wird offenbar nicht beachtet oder greift aus anderen Gründen nicht.	Die Veränderungssperre ist in § 14 BauGB geregelt und dient den Behörden zur Sicherung der Bauleitplanung. Das Raumordnungsgesetz (ROG) wiederum gehört nicht zum Baurecht. Dies bedeutet, dass für die Raumordnung das BauGB nicht anzuwenden ist. Der Begriff der Veränderungssperre wird im ROG in § 14 nicht verwendet. Vielmehr ist in diesem Paragraphen die sog. Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geregelt. Eine Untersagung kann nur in Einzelfällen ausgesprochen werden und nicht pauschal für das gesamte Landkreisgebiet. Der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft (RegA) wurde erstmals in der Sitzung am 15.09.2014 seitens der Verwaltung darüber informiert, dass der Landkreis Cuxhaven das Instrument der Untersagung nutzen möchte, um negative Entwicklungen zu verhindern (Sitzungsvorlage 181/2014). Dieses Vorgehen wurde von der Politik gebilligt. In der Sitzung des RegA am 24.06.2015 wurde der neue Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 vorgelegt. Zudem wurde von der Verwaltung darüber informiert, dass man auch weiterhin das Ziel verfolge, mögliche Planungen und Maßnahmen zu untersagen, die den Zielen im Entwurf des RROP widersprechen (Sitzungsvorlage 112/2015). Allerdings wird nun nicht länger der Entwurf 2014, sondern der Entwurf 2015 als Bemessungsgrundlage für eine solche mögliche Untersagung genutzt. Bislang hat der Landkreis Cuxhaven kein Vorhaben untersagt, da kein Vorhaben beantragt wurde, das den Zielen der Raumordnung widerspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.08	E 01	Ferner haben wir die Festlegung auf eine Mindestgröße für Vorranggebiete zu bemängeln. Auszuweisen sind ausnahmslos alle Gebiete, unabhängig der Größe, welche sich für die Windkraftnutzung nach den vorgegebenen Kriterien des kommenden Windenergieerlassen samt zugehörigem Leitfaden, ersatzweise den vorliegenden verschiedenen Leitfäden und Handlungshilfen des Niedersächsischen Landkreistages ergeben.	Die Begründung für die Mindestgröße erfolgt in der Erläuterung. Eine Ausweisung aller Potentialflächen ist rechtlich nicht vorgeschrieben.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.09	B 11	Das Heranziehen einer um 15% vergrößerten Rotorfläche im Falle von Repoweringflächen erscheint geradezu lächerlich grotesk. Warum die Rotorfläche ein Kriterium für die Ausweisung oder die Bestandskraft eines Windparks sein könnte, kann nirgendwo hergeleitet werden und wird im RROP-Entwurf auch nicht begründet.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
070	070.10	A	Da die Nichterfassung und Nichtbeachtung unserer Stellungnahme vom 12.8.2014 für sich allein bereits einen schweren Verfahrensmangel darstellt, der eine erneute öffentliche Auslegung erfordert, verzichten wir auf eine detaillierte Stellungnahme zu einzelnen Projekten und verweisen lediglich auf die Notwendigkeit, den zur Zeit in der Verbändebeteiligung befindlichen Windenergieerlass des Landes Niedersachsen zu beachten.	Wie bereits ausgeführt wurde, wurde die Stellungnahmen zum RROP Entwurf 2014 sehr wohl erfasst und ausgewertet. Der Entwurf des Windenergieerlasses muss nicht beachtet werden. Ein Entwurf kann eine Verwaltung nicht binden.	Nicht zu berücksichtigen.
070	070.11	A	Dies insbesondere bei der gegenwärtigen Umsetzung von Planungsvorhaben auf der Basis von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Jetzt beschlossene Windparkvorhaben genießen keinen Bestandsschutz.	Dies ist nicht Gegenstand der RROP-Aufstellung.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
070	070.12	A	Die im Windenergieerlass und zugehörigem Leitfaden getroffenen Festlegungen sind verbindlich für die Verwaltungsebenen unterhalb der Landkreise und müssen auch nachträglich durchgesetzt werden.	Bei der Aufstellung der RROP können nur zu diesem Zeitpunkt rechtsgültige Gesetze und Vorschriften beachtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
077	Naturschutzbund Deutschland, KV Cuxhaven-Bremerhaven				
077	077.01	A	im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 3 NROG nehmen wir für den NABU-Landesverband Niedersachsen wie folgt Stellung. Zunächst einmal müssen wir feststellen, dass eine umfassende Prüfung der Unterlagen mit einem Gesamtumfang von 600 Seiten in der gesetzten Zeit – zumal in der Haupturlaubs- und Ferienzeit – kaum leistbar ist. Insofern sind wir für die gegenüber dem LABÜN zugesagte Fristverlängerung dankbar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
077	077.02	A	Der NABU unterstützt grundsätzlich die Abkehr von der Atomenergie sowie den fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Ausbau der regenerativen Energien wie der Windenergie. Von daher begrüßen wir ausdrücklich die Bemühungen des LK Cuxhaven, dem Ausbau der Windenergie im Landkreis angemessen Raum zu verschaffen und durch Ausweisung von Vorrangstandorten mit Ausschlusswirkung in geordnete Bahnen zu lenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
077	077.03	B 06	Gegenüber dem Entwurf 2014 begrüßen wir dabei ganz besonders, dass nunmehr das Urteil des BGH zur Abgrenzung von Windparks (Spitze Rotorblatt statt Fundament) zur Kenntnis genommen und im Abschnitt 4.2.2 Ziffer 6 umgesetzt wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
077	077.04	A	Mit einer großen Anzahl von Windparks, die seit mehr oder minder langer Zeit in Betrieb sind, im Bau befindlich sind oder zum Repowering anstehen, leistet der LK Cuxhaven bereits heute einen sehr bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, der aber mittlerweile an seine Grenzen stößt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
077	077.05	E 01	Generell interpretieren wir die Unterlagen dahingehend, dass der Ausbau der Windenergie im Landkreis Cuxhaven bereits jetzt seine Kapazitätsgrenzen weitgehend erreicht hat. So wird auf S. 4 mit entwaffnender Ehrlichkeit eingestanden, dass bei Anwendung der Kriterien des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) – die weithin anerkannt und fachlich begründet sind und sich zudem als gerichtsfest erwiesen haben – der Windenergie im Landkreis Cuxhaven nicht mehr substantiell Raum verschafft werden kann.	Auch wenn im Landkreis Cuxhaven kein einziger Windpark stehen würde, würde bei Anwendung aller Kriterien nach NLT-Papier kaum mehr eine Fläche verbleiben (siehe naturschutzfachliche Einschätzung der Potentialflächen Seite 6). Die im NLT-Papier festgelegten Kriterien sind pauschal und können nicht einheitlich auf alle Landkreise unabhängig von den jeweiligen Besonderheiten angewandt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.06	E 01	Die hier praktizierte Vorgehensweise, die angelegten Kriterien nicht fachlich zu begründen, sondern ein Ausbauziel vorzugeben und die Kriterien dann soweit herunterzuschrauben, bis das angestrebte Ziel erreicht werden kann, wird u.E. über kurz oder lang zu einem erneuten Scheitern vor dem Verwaltungsgericht führen.	Alle Tabuzonen inklusive der Abstände wurden in der Erläuterung hergeleitet und begründet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
077	077.07	E 01	So empfiehlt der NLT ebenso wie die Länderarbeitsgemeinschaft der Staatlichen Vogelschutzwarten (LAG-VSW) beispielsweise bei Vogelbrutgebieten nationaler Bedeutung einen Puffer von mind. 1 200 m, im LK Cuxhaven müssen 200 m ausreichen; der von NLT und der LAG-VSW empfohlene Puffer von mind. 1 200 m für Vogelrastgebiete von internationaler oder nationaler Bedeutung wird vom LK Cuxhaven auf 500 m reduziert; der vom NLT für Brutvogellebensräume landesweiter oder regionaler Bedeutung empfohlene fachliche Vorsorgeabstand von ebenfalls mind. 1 200 m wird gar vollständig gestrichen. Wer die hier ansässigen Brut- und Rastvögel entsprechend trainieren soll, bleibt unbeantwortet.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substanziell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat. - Bei den Empfehlungen in den NLT-Arbeitshilfen "Regionalplanung und Windenergie" sowie "Naturschutz und Windenergie" handelt es sich um fachlich begründete Vorsorgeabstände, nicht mehr - und nicht weniger. In den Differenzen der Kriterienkataloge liegt die Ursache vieler naturschutzfachlicher und -rechtlicher Konflikte bei einer ganzen Reihe von Potenzialflächen, die sich nach dem Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven für den RROP-Entwurf Juni 2015 ergeben. Ohne eine umfangreiche Betrachtung der einzelnen Potenzialfläche dürfte das Ziel, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen, schwerlich erreichbar sein, so auch die Naturschutzfachliche Einschätzung (Seite 12).	Kenntnisnahme.
077	077.08	E 01	Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Kritikpunkte. So sind die verwendeten bzw. zur Verfügung stehenden Daten insbesondere zu betroffenen Biotoptypen und ganz besonders zu Brut- sowie Gast- und Zugvögeln eindeutig unzureichend.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. Generell von einer unzureichenden Datengrundlage zu sprechen, wäre jedoch <u>nicht</u> sachgerecht. Möglicherweise lagen noch nie so viele Informationen zu Brut- und Gastvögeln vor wie derzeit - vor allem aus einer Vielzahl von Gutachten im Rahmen von Planungen und Verwaltungsverfahren (Bodenabbau, Straßen- und Wegebau, Windenergie, Flurneuordnung usw.).	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.09	E 01	Im Hinblick auf die Darlegungen zu noch erforderlichen Daten ist eine durchgängige Ausweisung von Vorrangstandorten mit Ausschlusswirkung oder von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nicht möglich. Allenfalls zulässig wäre diesbezüglich die Ausweisung von Eignungsgebieten bzw. von Gebieten mit Artenschutzvorbehalt.	Bei der Aufstellung des RROP wurden alle dem Landkreis Cuxhaven zur Verfügung stehenden Daten zu Grunde gelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.10	E 01	Eine grundsätzliche Konfliktverlagerung auf nachgeordnete Planungs- und Zulassungsebenen, wie sie hier erfolgt, ist nach unserer Auffassung nicht zulässig und stellt einen grundsätzlichen Mangel dar.	Eine Vielzahl gerade naturschutzfachlicher Belange kann erst unter Zugriff der genauen Anlagenkonfigurationen geprüft werden. Dies ist auf Ebene der Regionalplanung nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
077	077.11	SO 04	So gibt es bei mehreren Windparks z.B. erhebliche Widersprüche zwischen der naturschutzfachlichen Einschätzung und den sonstigen Unterlagen (z.B. WP Bramstedt).	Dies bedarf der Betrachtung des Einzelfalls. Es ist nicht erkennbar, was in der Einwendung mit "sonstigen Unterlagen" gemeint ist.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.12	E 01	Die Eignung der Gebiete hätte durch den Landkreis hinreichend geprüft worden sein müssen, um ein Vorranggebiet mit Ausschlusswirkung bzw. ein Repowering in „bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ begründen zu können.	Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind. 1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden. 2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft. 3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden. 4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.13	E 01	Diesbezüglich nicht erklärbar ist die Einbeziehung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen für das Repowering, wenn dort noch gar keine Anlagen vorhanden sind (z.B. WP Geversdorf/Oberndorf, WP Bramstedt und südl. Teilflächen vom WP Schottwarden).	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden in einer Einzelfall-Abwägung als Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen. Sie dienen bei Altstandorten sowohl den Repowering, als auch bei Standorten, an denen noch keine Anlagen stehen, zur Errichtung von neuen Anlagen.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.14	E 01	Allesamt sind dies nicht verantwortbare Festlegungen von WP-Arealen, teils nach eigener Einschätzung des Landkreises, teils aufgrund der gegenwärtig absolut unzureichenden Datenlage.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden einer Einzelfall-Abwägung unterzogen. Naturschutzfachliche Belange wurden dabei vollumfänglich in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.15	SO 09	Besonders erklärungsbedürftig ist auch die vor nicht allzu langer Zeit erfolgte Genehmigung des F-Plans zum WP Geversdorf/Oberndorf auf derselben Datengrundlage, die der Landkreis selbst zuvor als so unzureichend eingestuft hatte, dass er die BImSchG-Anträge für dieselben Flächen abgelehnt hatte.	Dies ist nicht Gegenstand der RROP-Aufstellung. Die Genehmigungsanträge nach BImSchG wurden nicht aufgrund der unzureichenden Datengrundlage abgelehnt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
077	077.16	SO 09	Nicht zutreffend ist auch die Argumentation auf S. 46, dass dieser Park nicht „überdimensioniert“ sei. Die vorhandenen Anlagen auf dem angrenzenden Stader Kreisgebiet werden einfach ausgeblendet, eine – eigentlich erforderliche – Ergänzungsbetrachtung der geplanten Erweiterung in diesem Gebiet fehlt. Dies steht in Widerspruch zu der sonstigen Vorgehensweise innerhalb des Kreisgebietes, wonach sich optisch ergänzende Windparks als zusammenhängend betrachtet werden.	Die Betrachtung, dass es sich bei diesem Windpark nicht um eine überdimensionale Planung handelt, bezieht sich auf den Landkreis Cuxhaven. Es handelt sich bei den Windparkplanungen auf dem Gebiet des Landkreises Cuxhaven und dem Gebiet des Landkreises Stade nicht um eine gemeinsame Planung, sondern eine parallele Entwicklung. Der Landkreis Cuxhaven würde den eigenen Planungsanspruch aufgeben, wenn auf die Ausweisung von Vorranggebieten in der Nähe zu bestehenden Windparks anderer Landkreise verzichtet werden würde. Selbstverständlich werden kumulative Wirkungen aber auf den nachfolgenden Ebenen berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.17	SO 09	Abgesehen davon ist schon auf Basis der eigentlich unzureichenden Datenlage (s.o.) nach eigenem Bekunden des LK Cuxhaven im Bereich dieses WPs von einem „wertvollen Vogellebensraum“ auszugehen.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden einer Einzelfall-Abwägung unterzogen. Naturschutzfachliche Belange wurden dabei vollumfänglich in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.18	SO 09	Insofern ist die Ausweisung und insbesondere die bereits erfolgte F-Plangenehmigung nicht begründbar, zumal auch in keiner Weise von einem Repowering gesprochen werden kann, wenn noch keine Anlagen auf dem Kreisgebiet vorhanden sind.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden einer Einzelfall-Abwägung unterzogen. Naturschutzfachliche Belange wurden dabei vollumfänglich in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.19	SO 04	Ebenfalls unverständlich und aus Sicht des NABU nicht zu begründen ist die Genehmigung des F-Plans zum WP Bramstedt (s. hierzu die naturschutzfachliche Beurteilung des LK Cuxhaven).	Die Genehmigung eines Flächennutzungsplans ist nicht Gegenstand der RROP-Aufstellung.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.20	SO 39	Auch bezüglich des WP Schottwarden wird verkannt, dass der ausgewiesene bauleitplanerisch gesicherte Bereich derzeit überhaupt nicht vollständig in Nord-Süd-Richtung mit WEA belegt ist.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche werden für den Entwurf 2016 noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
077	077.21	SO 39	Ein Repowering – und dann noch mit 15 %iger Erhöhung der bestehenden Rotorfläche – stellt durch massive Höhenzunahme und Erweiterung der Nord-Süd- Ausdehnung eine erhebliche Problemverschärfung in Hinblick auf die Interaktionen im bzw. vom und zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer dar. Die vorgelegte Begründung im RROP (z.B. S. 65) stellt diesen Aspekt völlig falsch dar und geht nicht nachvollziehbar von einer „abnehmenden Barrierewirkung“ aus.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
077	077.22	SO 39	Zudem ist die Erhöhung um den Betrag von 15 % willkürlich gesetzt bzw. ausschließlich mit dem Interesse der Investoren begründet; eine fachliche Begründung fehlt (und ist wohl auch nicht möglich).	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
077	077.23	U	Hinzu kommt, dass die im Umweltbericht Teil C (ab S. 215) konstatierte Aussage, dass für die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche im LK Cuxhaven die gleichen Maßstäbe für die Überprüfung angelegt wurden wie für die Vorranggebiete, für mehrere WPs unzutreffend ist. Unter Spiegelstrich 2 auf S. 215 wird angeführt, dass FFH- und Vogelschutzgebiete/Nationalpark inkl. eines Pufferbereichs (gemäß Begründung auf S. 12 „NP und 500 m Puffer“) berücksichtigt worden seien. Im Falle des WP Schottwarden (S. 65) beträgt der Abstand aber nur 100-200 m und auch im Falle des WP Padingbüttel wird der Abstand von 500 m zum Nationalpark erheblich unterschritten.	Die Methodik zur Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen wurde für alle geprüften Potenzialgebiete (bauleitplanerisch gesicherte Bereiche sowie Vorranggebiete) gleichermaßen angewandt. In den Steckbriefen zu beiden potenziellen Vorranggebieten Padingbüttel und Wremen-Schottwarden wird der Hinweis gegeben, dass der Abstand von 500 m zum Niedersächsischen Wattenmeer unterschritten wird. Aus diesem Grund wurde für beide Standorte eine schutzgutübergreifende Erheblichkeit ermittelt. Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang, erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
077	077.24	E 01	Zudem können laut Umweltbericht Anhang 2 (S. 2ff) für die Standorte Misselwarden, Cappel-Neufeld, Spieka-Neufeld, Padingbüttel und Schottwarden erhebliche Beeinträchtigungen des Vogelschutzgebietes Nieders. Wattenmeer nicht ausgeschlossen werden. Die Ausweisung dieser Standorte - insbesondere Schottwarden und Padingbüttel – ist insoweit nicht herleitbar und verantwortbar.	Die Ausweisung der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche, insbesondere im Bereich des Nationalparks Wattenmeer, wird noch einmal geprüft.	Zu berücksichtigen.
077	077.25	E 01	In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Umdenken im Windenergieland Schleswig-Holstein. Hier werden mittlerweile für das Repowering von Windparks, die aus heutiger Sicht zu nahe am Nationalpark stehen, Flächen zur Rückverlegung dieser WPs im Hinterland raumordnerisch gesichert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
077	077.26	E 01	Völlig unberücksichtigt bleibt auch die aus landesweiter Sicht hohe Bedeutung der Binnendeichsflächen entlang des Wurster Seedeichs für die in Niedersachsen vom Aussterben bedrohte Wiesenweihe. Zumindest zwischen Misselwarden im Süden und Spieka-Neufeld im Norden besteht ein Dichtezentrum für diese Art, das seit vielen Jahren konkret belegt ist. Die erhebliche Tötungsgefahr für Wiesenweißen wird in den vorgelegten Unterlagen (Umweltbericht Anhang 2) eindeutig unzureichend gewürdigt.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Im Umfeld des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Misselwarden wurde das Vorkommen der Wiesenweißen nach den Abstandserfordernissen gem. NLT 2014 bewertet. Daneben würden weitere Vorkommen der Wiesenweihe keine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein, weshalb eine Bewertung des Tötungsrisikos und der Störungstatbestände für Brutvögel auf der Regionalplan-Ebene nicht erfolgen kann. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
077	077.27	SO 27	Zusammenfassend kommen wir zu dem Schluss, dass die Ausweisung dieser Bereiche nicht zu rechtfertigen ist, insbesondere auch in Anbetracht der derzeitigen Höhenfestsetzung in den rechtsgültigen F-Plänen. So genehmigte die damalige Bezirksregierung Lüneburg den F-Plan der Gemeinde Nordholz für den Bereich Cappel-Neufeld erst nach jahrelangem Zögern unter der klaren Maßgabe, dass eine Verträglichkeit mit den Schutzgütern des NP Nieders. Wattenmeer nur bei einer Höhenbegrenzung von u.W. <55 m Gesamthöhe gegeben sei.	Im RROP werden keine Höhen festgelegt, die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden lediglich nach einer Einzelfallabwägung als Fläche übernommen. Sofern eine neue maximale Gesamtanlagenhöhe festgelegt werden soll, ist eine Änderung der Flächennutzungsplanung notwendig. Im Rahmen dieser können alle Belange vorgebracht werden.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.28	E 11	Nicht zu rechtfertigen ist auch, dass wesentliche Sachverhalte wie die (bereits erheblich gegenüber den Standards des NLT und der LAG-VSW abgesenkten) Abstandsempfehlungen zu bedeutenden Gast- und Brutvogelgebieten bei den allermeisten der ausgewiesenen Gebiete weitgehend unberücksichtigt bleiben, nämlich bei den „bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
077	077.29	E 11	Dies ist in Anbetracht der bereits erwähnten mangelhaften Datenlage und der z.B. im Umweltbericht Teil C, S.9 aufgezeigten erheblichen Umweltauswirkungen für eine Vielzahl von Gebieten – 12 von 13 Vorranggebieten und 33 von 35 bauleitplanerisch gesicherten Bereichen! – völlig unverständlich. Damit wären in fast allen Gebieten die für die Errichtung von raumordnerisch relevanten WEA grundsätzlichen, bereits erheblich abgesenkten Maßgaben (weiche Tabuzonen) nicht von Relevanz – die Ausnahme würde zur Regel!	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
077	077.30	E 11	Diese Verfahrensweise ist aus Naturschutzsicht nicht akzeptabel, zumal artenschutzrechtliche Belange nicht abwägbar sind und die sich hieraus ergebenden Eingriffsfolgen in keiner Weise sachgerecht abgearbeitet werden können, da weder die erforderlichen Flächen zur Optimierung verfügbar sind noch die Bereitschaft der Investoren zur Umsetzung von Maßnahmen in der erforderlichen Größe und Qualität vorhanden sein dürfte. Folge ist die Zuspitzung der Auseinandersetzungen auf der Ebene der Genehmigungsverfahren.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
077	077.31	E 11	Angeführt werden als Abwägungsgrundlage durchgehend die Interessen der Investoren und der Grundeigentümer. Eine sachgerechte Würdigung der naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Belange findet dagegen auf der Regionalplanungsebene infolge der gegenüber fachwissenschaftlichen Erkenntnissen abgesenkten Standards (z.B. 500 statt 1 200 m Pufferzone bei FFH-/Vogelschutzgebieten, s.o.) und Verlagerung der Auseinandersetzung mit naturschutzfachlichen Belangen in nachgeordnete Verfahrenswege nicht statt.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
077	077.32	A	Zu hinterfragen ist auch die noch in den letzten Monaten während der Aufstellungsphase dieser RROP-Fortschreibung geübte Praxis des LK Cuxhaven, F-Pläne zu genehmigen und Genehmigungen für Gebiete zu erteilen, denen nach den durch den LK selbst gesetzten Maßgaben (harte/weiche Tabuzonen) kein Vorrangstatus zugemessen werden konnte (z.B. WP Köhlen-Brockoh, WP Lunestedt, WP Appeln und mehr).	Die Genehmigungen nach BImSchG sind nicht Gegenstand dieser Fortschreibung.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.33	E 02	Noch einige Anmerkungen zur Raumbedeutsamkeit von WEA (Ziffer 4.22-02 und Umweltbericht Teil C, S. 6). Aus Sicht des NABU ist die Festlegung einer Regelhöhe von 75 m für raumbedeutsame WEA nicht akzeptabel. In Anbetracht der insbesondere an der Wurster Küste vorzufindenden derzeitigen Anlagenhöhen und der besonderen Sensibilität der teilweise gehölzfreien Marschenlandschaft ist diese Höhe nicht zu begründen; abgesehen vom WP Spieka-Neufeld sind auf allen Standorten dieser Region niedrigere Anlagen vorzufinden.	Die Frage, ob eine Anlage als raumbedeutsam einzustufen ist, wird immer im konkreten Einzelfall beantwortet. Dabei sind natürlich auch naturschutzfachliche Belange zu berücksichtigen. Bei der Höhe von 75m handelt es sich lediglich um eine in der Begründung genannte Regelvermutung. Auch bei der Errichtung von Anlagen, die als nicht raumbedeutsam eingestuft werden, müssen selbstverständlich alle naturschutzfachlichen Belange berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.34	E 02	Eine Regelhöhe von 75 m würde zur Folge haben, dass erheblich höhere als die derzeit raumbedeutsamen Anlagen außerhalb von ausgewiesenen WP-Arealen errichtet werden könnten. Dies liefe dem Ziel einer geordneten Entwicklung von WEA-Standorten diametral zuwider und könnte eine vollständige Überprägung derartiger Landschaftsräume zur Folge haben.	Siehe Stellungnahme 077.33	Nicht zu berücksichtigen.
077	077.35	E 02	Diese Höhe ist in keiner Weise hergeleitet und nach Auffassung des NABU auf 50 m zu reduzieren, eine Regelhöhe, wie sie im Landkreis Cuxhaven schon bis 2012 gegolten hat. Dies würde der Errichtungsmöglichkeit von „Klein-WEA“ nicht entgegenstehen und bei sachgerechter Genehmigungspraxis eine ungeordnete Entwicklung verhindern können (ähnlich praktiziert im LK Stade).	Siehe Stellungnahme 077.33	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
077	077.36	U	Zu Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Die Ausführungen in Kap. 2.6 im Umweltbericht Anhang 1 stehen in Widerspruch zu den Ausführungen in den Kap. 2.6.2, 2.6.3 und 2.6.4, Die aufgeführten Schutzkriterien in 2.6 werden in den nachfolgenden Abschnitten wieder verworfen. Mit Verweis auf den Planungsmaßstab werden dann die einzelnen zu berücksichtigenden Faktoren als nicht erheblich für die Regionalplanungsebene bzw. in Abhängigkeit von den konkreten Planungen der Anlagen dargestellt.	Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Eine derartig differenzierte Betrachtung kann auf der Ebene des Regionalplanes nicht erfolgen, so dass eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich ist. Durch die Aufnahme der unter 2.6 beschriebenen Kriterien ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
077	077.37	U	Nach Auffassung des NABU wird diese Vorgehensweise dem eigenständig zu berücksichtigenden Schutzgut ‚Landschaftsbild‘ eindeutig nicht gerecht. Besonders herausragende Landschaftsstrukturen wie gehölzfreie Marschen, Flussniederungen, prägnante Geesthangbereiche, naturnahe Landschaftsareale u.ä. sind auch über die (vor langer Zeit erfolgte) Ausweisung als LSG hinaus von schutzwürdigem Charakter.	Im Rahmen der Aufstellung des Kriterienkatalogs hat kein Kriterium zum Schutzgut "Landschaftsbild" berücksichtigt gefunden. Gleichwohl zeigt sich, dass Gebiete mit sehr hoher Bedeutung für das Landschaftsbild eigentlich auch immer für andere Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege eine herausgehobene Rolle spielen, das Landschaftsbild über andere Schutzgüter gleichsam mit abgedeckt wird. Lediglich ein kleiner Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" gehört zu einer Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung. - Dass Gebiete mit hoher Bedeutung für das Landschaftsbild zu Vorranggebieten Windenergienutzung zu rechnen sind, ist ebenfalls eher selten.	Kenntnisnahme.
077	077.38	U	Diesbezüglich findet das Schutzgut Landschaftsbild im vorliegenden RROP-Entwurf jedoch keine Beachtung. Die lediglich angesprochene „Wirkung“ im Rahmen der Ersatzgeldberechnung wird dem Schutzgut nicht gerecht.	Siehe 077.37.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
077	077.39	U	Auch trifft die Darstellung in 2.6.3 nicht zu, wonach größere landschaftlich wertvolle Flächen bei der Planung berücksichtigt seien und eine Inanspruchnahme i.d.R. nicht erfolgen würde. So werden z.B. im Bereich der WP Odisheim und Bramstedt derartige Flächen konkret überplant.	Der Umweltbericht berücksichtigt geschützte Landschaftsbestandteile. Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG weder in den potenziellen Vorranggebieten Odisheim-Stinstedt und Bramstadt noch in deren Umfeld. Die Bewertung der Umweltwirkungen betrachtet die geschützten Biotope ab einer Mindestgröße von 5 ha. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (wie geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
077	077.40	U	Die fehlende Berücksichtigung des Schutzgutes Landschaftsbild wird als erheblicher Planungsmangel angesehen.	Siehe 077.37.	Kenntnisnahme.
083	Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände im Altkreis Wesermünde				
083	083.01	A	wir geben für die Mitgliedsverbände im Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände im Altkreis Wesermünde folgende Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf ab: aufgrund der Vielzahl der aufgeführten geplanten Windparks und der übereinstimmenden Anforderungen bei allen Prüfungen dieser Standortplanungen führen wir hier exemplarisch übergreifende Punkte an. Die genauen Anforderungen werden in den jeweiligen Genehmigungsverfahren im Rahmen der Beteiligungen eingearbeitet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
083	083.02	A	1. Betroffenheit Für die Samtgemeinden Am Dobrock, Land Hadeln, Börde Lamstedt und Hemmoor ergeben sich keine direkten Betroffenheiten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
083	083.03	A	2. Einwände Grundsätzlich bestehen gegen die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie aus der beschreibenden Darstellung keine Einwände seitens unserer Mitgliedsverbände, soweit die Einhaltung einiger Punkte in der jeweiligen Planungsphase sichergestellt wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
083	083.04	A	2.1. Grundsätzlich sind bei der Ausweisung von Windparks die jeweilig gebietsmäßig betroffenen Verbände wie bisher im Verfahren zu beteiligen, d.h. es müssen sämtliche mögliche Betroffenheiten an Verbandsanlagen, insbesondere an Gewässern II. und III. Ordnung, erfasst werden. Gern helfen wir den Planern bereits in der Vorbereitungsphase durch die Mitteilung der im Planungsgebiet belegenen Verbandsgewässer. Eine frühzeitige Beteiligung sichert auch die Planung für die Herstellung erforderlicher Zuwegungen durch das Verbandsgebiet, oder den Überbau von Gewässerteilstücken.	Dies wird im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt.	Nicht zu berücksichtigen.
083	083.05	A	2.2. In der Vorbereitungsphase, ätesfens im Zuge der Beteiligung im Genehmigungsverfahren sind bei Betroffenheiten von Verbandsanlagen Gestattungsverträge mit dem jeweiligen Anlageneigentümerverband zu schließen. In diesen Gestaffungsverträgen werden wichtige Hinweise auf technische Durchführung beispielsweise von Gewässerkreuzungen (HZB Verfahren zur Querung/Dükerung) aufgenommen. Auch werden Entschädigungen geregelt, und die Erledigung notarieller Erfordernisse, Mitteilung von Baubeginnen, Regelungen zu bestehenden Pacht/Nutzungsverhältnissen etc. festgeschrieben.	Dies wird im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
083	083.06	A	2.3. Auf die Einhaltung der bestehenden Verbandssatzungen wird hingewiesen. Hier finden sich für die Unterhaltung und Durchführung der Verbandsaufgaben unabdingbare Abstandsregelungen zu Gewässern, Ufern, Wegen, technischen Anlagen.	Dies wird im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt.	Nicht zu berücksichtigen.
083	083.07	A	2.4. Eine weitere Beteiligung im Verfahren erbitten wir hinsichtlich der geplanten Kompensationsmaßnahmen von Windparks. Bei einer Kompensation in Geld erbitten wir zur Information und Erleichterung der Datenpflege Negativanzeige von anderen Maßnahmen. Auch sind die Kompensationsplanungen der Windparke bei den o.a. unter 1. genannten, nicht betroffenen Samtgemeindegebieten mitzuteilen, da diese bei Ausführung in der räumlichen Umgebung durchaus Berührungspunkte mit verbandlichen Belangen und Aufgabenstellungen aufweisen können.	Dies wird im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt.	Nicht zu berücksichtigen.
088	Wasser- und Abwasserverband Wesermünde-Nord				
088	088.01	SO 13	Stellungnahme zur Änderung des RROP Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie Detailkarte 13: In der zeichnerischen Darstellung liegt der bauleitplanerisch gesicherte Bereich, für die Windenergiegewinnung, direkt im Wasserschutzgebiet des Wasser- und Abwasserverbandes Wesermünde-Nord in Holßel.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
088	088.02	SO 13	Im Zuge des Repowerings wurden alte überirdische Fundamente des Windparks rückgebaut und durch Fundamente mit Pfahlgründung ersetzt. Die vom LK Cuxhaven vorgegebene Schutzverordnung, vom 11. März 2009 in diesem Gebiet sieht vor, das Bohrungen, tiefer als 5m, genehmigungspflichtig sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
088	088.03	SO 13	Berechnungen eines Nitratströmungsmodelles, für die Beantragung des WSG für diesen Bereich, haben ergeben, dass Oberflächenwasser bereits nach 50 Jahren über die Ost- und Westflanke des Wasserschutzgebietes, an den Schutzschichten des Gwndwasserspeichers vorbei in den Grundwasserspeicher fließt. Beschleunigt wird dies, durch das Anbohren der oberen Deckschichten durch die Pfahlgründung der Fundamente der Windenergieanlagen, da diese nicht versiegelt werden können. Das Gleiche gilt auch für Windparks in Wasservorranggebieten.	Gründungsfragen der Windenergieanlagen sind dem Genehmigungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen.
088	088.04	SO 13	Der Wasser- und Abwasserverband Wesermünde-Nord (vormals Wasserversorgungsverband Wesermünde-Nord) hat zwischen 1998 und 2001 unter erheblichen Aufwendungen die Rohwasserförderung aufgrund der Schadstoffbelastung der vorherigen Trinkwasserbrunnen bereits verlegt. Eine nochmalige Verlegung ist nicht möglich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
088	088.05	A	Aus vorbezeichneten Gründen bitten wir Sie, unsere Bedenken zur Kenntnis zu nehmen und von weiteren Windparks und deren Erweiterung in Wasserschutzgebieten, der Zonen 1 bis III A/B und den Wasservorranggebieten abzusehen.	Wasserschutzgebiete der Stufe 1 sind als harte Tabuzone ausgeschlossen. Wasserschutzgebiete der Stufe 2 sind als weiche Tabuzone ausgeschlossen. In diesen Bereichen werden somit keine Vorranggebiete ausgewiesen. Sofern bestehende Windparks, das heißt Flächen die als bauleitplanerisch gesichert übernommen wurden, Wasserschutzgebiete berühren, muss dies bei einem Repowering berücksichtigt werden. Gründungsfragen der Windenergieanlagen sind dabei dem Genehmigungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen.
089	Wasserverband Wesermünde				
089	089.01	A	die Wasserverbände Wesermünde-Mitte und Wesermünde-Süd haben zum 01.01.2015 fusioniert zum Wasserverband Wesermünde (27624 Geestland, Beerster Wasserwerk 1).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
089	089.02	A	Aufgrund der wesentlichen Änderungen in der Beschreibenden und Zeichnerischen Darstellung zu o. a. Verfahren ergeben sich für den Wasserverband Wesermünde keine neuen Einwände. Wir verweisen auf unsere bisher abgegebenen Stellungnahmen vom 17.01.2014 und 12.08.2014 (Stellungnahmen des Wasserversorgungsverbandes Wesermünde-Mitte).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093	Bundesverband WindEnergie				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093	093.01	A	im Beteiligungsverfahren des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Land-kreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie 2015 nehmen wir, der Regionalverband Elbe-Weser-Nord des Bundesverbandes WindEnergie e.V., Stellung zum Entwurf des RROP 2015. Der Bundesverband WindEnergie e.V. setzt sich für ei-nen nachhaltigen Ausbau der Windenergie in ganz Deutschland ein. Der Regionalverband Elbe-Weser-Nord tritt dabei insbesondere für die Interessen der Verbandsmitglieder im Landkreis Cuxhaven ein. Neben dem Ausbau der Windenergie geht es uns vor allem um effektives Repowering.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093	093.02	A	Im Interesse einer effektiven Energiewende kommt es darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die neue Ausbau- und Repoweringvorhaben fördern. Dabei kommt dem RROP eine große Bedeutung zu. Wir begrüßen deswegen die Aufstellung eines Raumordnungs-programms, das neue Windvorranggebiete ausweist und Repoweringgebiete vorsieht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093	093.03	E 01	Im Einzelnen wenden wir Folgendes ein: I. Abstandsregelungen und Auswirkungen der Grenzen 1. Abstand zwischen zwei Windparks Es ist nicht nachzuvollziehen, warum ein 4 km-Puffer zwischen zwei Vorranggebieten für Windenergienutzung bzw. bauleitplanerisch gesicherte Bereiche eingehalten werden soll (Begründung des Entwurfs des RROP 2015, S. 18 f.). Ohne überzeugende Begründung ist der Hinweis auf die Landesempfehlung der obersten Raumordnungsbehörde, die 5 km zwischen zwei Vorranggebieten für Windenergie vorsieht (Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie, Arbeitshilfe zur Steuerung der Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung in Regionalen Raumordnungsprogrammen (Kategorisierung harte und weiche Tabuzonen, Stand: 15.11.2013, S. 29), nicht ausreichend und rechtswidrig (BVerwG, Urt. v. 13.12.2012, 4 CN 1/11, Juris Rn. 9).	Die Begründung zum Mindestabstand der Windparks untereinander wird als ausreichend erachtet. Die Herleitung des 4km-Abstandes wird begründet dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.04	E 01	Warum genau 4 km Mindestabstand und damit eine Abweichung von der Landesempfehlung „als vertretbar erachtet“ werden (Begründung des Entwurfs des RROP 2015, S. 18), folgt nicht in dieser Pauschalität aus dem Schutz des Landschaftsbilds.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Die Begründung hierzu wird als ausreichend erachtet.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.05	E 01	Sie widerspricht auch der Regelungspraxis in den übrigen Bundesländern („Überblick zu den landesplanerischen Abstandsempfehlungen für die Regionalplanung zur Ausweisung von Windenergiegebieten“ der Bund-Länder Initiative Windenergie, Stand Mai 2013, S. 5).	Die Regelungen in anderen Bundesländern sind für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.06	E 01	Wir fordern deshalb, keinen Mindestabstand zwischen Windparks festzulegen sondern im Rah-men der Einzelfallprüfung den optischen Zusammenhang zwischen den Potenzialflächen zu beurteilen.	Der Forderung wird nicht gefolgt. Der Landkreis Cuxhaven hat begründet dargelegt, weshalb ein 4km-Abstand zwischen Windparks als Notwendig erachtet wird.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.07	B 06	2. Rotor oder besser Turm als Bezugspunkt für den Abstand Aus fachlicher Sicht ist nicht nachvollziehbar, warum die Bezugnahme auf die Rotorspitze der WEA für die Bemessung des Abstandes herangezogen wird. Charakteristisch für ein RROP ist, dass potentiell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt wer-den. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität, sodass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch zweckmäßig ist.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt. Durch moderne GIS-Programm ist eine genaue Abmessung in der Praxis problemlos möglich.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093	093.08	E 06	Irreführend in der Begründung des RROP 2015 (S. 40 oben) ausgeführt, gibt es auch keine gefestigte Rechtsprechung zu dieser Frage. Ob sich die Rotorblätter innerhalb einer im RROP ausgewiesenen Fläche halten müssen oder nur der Turm, ist bislang weder höchst-richterlich noch obergerichtlich geklärt. Das Bundesverwaltungsgericht entschied 2004 für einen Bebauungsplan, dass sich auch der Rotor der WEA innerhalb der Grenze des Ge-biets halten müsse (BVerwG, Urt. v. 21.10.2004, 4 C 3/04, Juris Rn. 38 ff.). Das VG Hanno-ver hat ähnlich für einen Flächennutzungsplan (Urt. v. 30.8.2012, 12 A 1642/11, Juris Rn. 28) entschieden.	Das VG Hannover hat seine Rechtssprechung eindeutig auf Regionale Raumordnungsprogramme angewandt. Insofern gibt es sehr wohl eine Rechtsprechung zu diesem Thema. Davon abgesehen wird eine solche Regelung, wie in der Begründung ausgeführt, auch aus anderen Gründen als notwendig erachtet.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.09	E 06	Soweit das Verwaltungsgericht Hannover diese Rechtsprechung in einer ande-ren (nicht rechtskräftigen) Einzelentscheidung auf das RROP übertragen möchte (VG Han-nover, Urt. v. 22.9.2011, 4 A 1052/10, Juris Rn. 39), überzeugt dies wegen der von Natur aus unterschiedlichen Detailltiefe von Bebauungsplan und RROP nicht. Anders als ein RROP ist ein Bebauungsplan parzellenscharf gefasst.	Für die Anwendung der Rechtsprechung des VG Hannover ist es nicht von Belang, ob der Einwender diese Rechtsprechung als überzeugend ansieht oder nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.10	B 06	Nach alldem sollte das RROP im Interesse einer effizienten Ausnutzung der für Windenergie ausgewiesenen Flächen vorsehen, dass nur der Turm innerhalb der ausgewiesenen Baugrenzen bleiben muss und die Rotorblätter den Luftraum auch darüber hinaus überstreichen dürfen.	Die neue Regelung zu Ziffer 06 wurde in der Erläuterung ausführlich begründet. Der Landkreis Cuxhaven sieht keine Gründe, die es zwingend erfordern diese Regelung aufzugeben.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.11	B 06	Auch die Landesregierung geht von dieser Ausgangssituation in Ihren Berechnungen für das Flächenziel im Windenergieerlass aus. Sollte dies so nicht gehandhabt werden müssten etwa 25-30 % mehr Fläche als angenommen, ausgewiesen werden (siehe Anlage 1 DEWI)	Die Ausbauziele im Erlassentwurf, dessen genauer Inhalt erst nach Beschluss der andesregierung feststehend wird, stellen keine verbindliche Vorgabe dar. Auch mit der Regelung in Ziffer 06 wird der Windenergie ausreichend Potential gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.12	B 04	II. Ungewöhnlich hohe und zu pauschale Anforderungen für den Rückbau Wir begrüßen, dass der Entwurf des RROP 2015 nicht mehr uneingeschränkt den vollständigen Rückbau der WEA fordert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093	093.13	B 04	Der Entwurf des RROP 2015 sieht vor, dass auch die Kranstellflächen und die für die Erschließung der Windenergie erforderlichen Wegeflächen zurückgebaut werden (Satz 2 der Rn. 04 der beschreibenden Darstellung des Entwurfs des RROP 2015). Aus der Praxis wissen wir, dass die Wegeflächen meist in Absprache mit den Grundstückseigentümern angelegt werden. Sie werden während und nach der Windenergienutzung als Wirtschaftswege genutzt, um mit dem zum Teil schweren Ackergerät auf sonst schwer erreichbare Flächen zu gelangen. Es gibt auch viele Wegeflächen, die bereits vor der Windenergienutzung vom landwirtschaftlichen Verkehr als Zuwe-gung zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken genutzt und für Zwe-cke des Windparks nur verstärkt wurden. Soweit das landwirtschaftliche Wegenetz für die Erschließung von Windparks verbessert (ausgebaut oder besser befestigt) worden ist, wünschen sich viele Landwirte, dass dieser Zustand nach der Windener-gienutzung erhalten bleibt.	Es sollen lediglich Wegflächen zurückgebaut werden, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen. Sofern bei einzelnen Wegflächen ein Interesse besteht, dass diese für eine weitere Nutzung bestehen bleiben sollen, kann dies selbstverständlich im Einzelfall geregelt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.14	B 04	Auch die Gemeinden ziehen hieraus einen Nutzen, wenn ein Windenergiebetreiber die Wegeflächen ausbaut und für die Gemeinde keine Kosten anfallen. Vom Wortlaut des Entwurfs des RROP 2015 werden auch solche Wegeflächen erfasst, die nach der Windenergienutzung noch sinnvoll genutzt werden können. Die pauschale Forde-rung des Rückbaus der für die Windparks erforderlichen Wegeflächen schießt des-halb über das Ziel hinaus und macht keinen Sinn. Wir fordern daher, Rn. 04 der beschreibenden Darstellung des Entwurfs des RROP 2015 dahingehend zu überarbeiten, da dies nicht im RROP geregelt werden muss.	Es sollen lediglich Wegflächen zurückgebaut werden, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen. Sofern bei einzelnen Wegflächen ein Interesse besteht, dass diese für eine weitere Nutzung bestehen bleiben sollen, kann dies selbstverständlich im Einzelfall geregelt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093	093.15	B 05	III. Verhinderung von Repowering Die engen Vorgaben im Entwurf des RROP 2015 schränken Repowering ein. 1. Maximale Zulässigkeit von zwei Anlagenhöhen schränkt zu sehr ein Der Entwurf sieht vor, dass innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung höchstens zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig sind (Rn. 05 der beschreibenden Darstellung des Entwurfs des RROP 2015). Dies schränkt insbesondere die Möglichkeit des Repowerings unnötig ein. Es kommt in der Praxis nicht selten vor, dass innerhalb eines Vorranggebiets mehrere Windparks vorhanden sind. Die geplante Regelung schränkt insbesondere dann ein, wenn die WEA unterschiedlichen Eigentümern und Betreibern zuzuordnen sind.	Innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches kann es mehrere Betreiber geben, allerdings wird die Fläche aus Sicht der raumordnung als ein einziger Windpark gesehen. Der Landkreis Cuxhaven ist der Ansicht, dass die Eigentümer sich, auch und gerade aus wirtschaftlichem Interesse, auf eine Höhe einigen können. Bei der Regelung geht es um optisch wahrnehmbare Höhen. Minimale Unterschiede sind nicht relevant. Insgesamt wird die Vorgabe von lediglich zwei Höhen als nicht zu einschränkend angesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.16	B 05	Die vorgeschlagene Regelung führt dazu, dass im Falle des Repowerings schon zwei verschiedene Typen von WEA in einem Vorranggebiet ausreichen, dass beim Repowering keine Wahl mehr bleibt, welche Anlagenhöhe sinnvoll ist. Es ist dann vielmehr eine der Anlagenhöhen zu wählen, die bereits vorhanden ist. Dies engt die heutigen Planer von WEA besonders ein, weil die beim Repowering zu ersetzenden Altanlagen noch völlig andere Standards und Anlagenhöhen hatten.	Sofern in einem Windpark bereits zwei Höhen vorhanden sind, können Anlagen mit einer neuen Höhe geplant werden und alle Anlagen mit einer der beiden alten Höhen zurückgebaut werden. Es können auch alle Anlagen der alten beiden Höhen zurückgebaut werden und Anlagen mit zwei neuen Höhen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.17	B 05	Sowohl das Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) (LROP Abschnitt 4.2 Energie, Ziffer 04, Satz 5) als auch der Windenergieerlass sehen keine Höhenbegrenzung für die Windenergie-nutzung vor. Eine solche Formulierung, wie im RROP getroffen, kommt jedoch einer Festsetzung de facto gleich. Wir empfehlen dieses nicht als Ziel der Raumordnung zu übernehmen, da dies im Aufgabenbereich der Bauleitplanung der Gemeinden liegt.	Es handelt sich bei diesem Ziel nicht um eine Höhenbegrenzung. Die Gemeinden können weiterhin im Rahmen der kommunalen Planungshoheit eine Gesamtanlagenhöhe im Bauleitplan festsetzen. Die Regelung bezieht sich lediglich auf die von den Anlagen ausgehende Wirkung auf den Raum und ist somit Gegenstand der Raumordnung. Durch eine möglichst einheitliche Anlagenkonfiguration soll eine Beruhigung des Landschaftsbildes sichergestellt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.18	B 11	2. Praxisferne und willkürliche Grenze von 15 % Erhöhung der Gesamtrotorfläche beim Repowering Die neue Maßgabe für das Repowering, dass die Gesamtrotorfläche um nicht mehr als 15 % erhöht werden darf (vgl. Rn. 11 der beschreibenden Darstellung des Entwurfs des RROP 2015), ist ebenfalls nicht nachzuvollziehen. Sie ist praxisfern und scheint ohne entspreche-nde Folgenabwägung getroffen worden zu sein sowie jegliche rechtlicher Grundlage zu entbehren.	Die betreffende Regelung in Ziffer 11 wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
093	093.19	B 11	Eine solche Regelung ist rechnerisch unvernünftig und als klare Verhinderungsmaß-nahme für Gemeinden und Betreiber zu sehen Altstandorte wirtschaftlich sinnvoll zu repo-wern. (siehe Anlage 2). Wir empfehlen die Streichung einer solchen Regelung, da sie das RROP rechtlich angreifbar macht.	Siehe Stellungnahme 093.18	Zu berücksichtigen.
093	093.20	B 12	IV. Testbetrieb muss länger möglich sein Wir begrüßen die Möglichkeit, Testgebiete für die Erprobung neuer WEA festzulegen (Rn. 12 des Entwurfs des RROP 2015). Die Beschränkung „wenn dies im unmittelbaren betrieblichen Zusammenhang mit der Ansiedlung und dem Betrieb eines Produktionsstandortes für Offs-hore- und/oder Onshoreanlagen oder wesentlicher Anlagenbestandteile, das heißt Flügel, Mast, Gondel oder Generatoren, steht und der Produktionsstandort im Landkreisgebiet liegt“ ist insbesondere auf die Ansiedlung von Siemens zugeschnitten, von der wir uns eine erneute Dynamisierung für die Windenergie in der Region erhoffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
093	093.21	B 12	In Anbetracht der notwendigen Dauer eines Testbetriebes und des Aufwandes zur Genehmigung eines Standortes ist die vorgesehene Genehmigungsdauer von fünf Jahren nicht ausreichend. Die Beschränkung auf eine solch kurze Dauer erlaubt insbesondere bei Offshore-Anlagen und Testanlagen keine technisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle Gestaltung. Sie gibt einem Standort zum Testen von Offshore-Anlagen keinen hinreichenden Spielraum und keine wirtschaftliche Sicherheit. Gerade bei Testanlagen kommt es nicht nur auf die kurzfristige Beobachtung des Betriebs einer neuartigen WEA an. Es muss vielmehr im Langzeittest erprobt werden, welche neuen Teile von WEA sich besonders eignen. Personal kann an solchen Anlagen geschult werden, was auf See nur schwer möglich ist.	Bei der Regelung in Ziffer 12 sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen nachgeordnet. Das bedeutet, dass die Energieerzeugung gegenüber der Testfunktion nachrangig ist. Vielmehr soll es im Rahmen des Testbetriebes darum gehen, Daten und Erfahrungen aus dem dem Betrieb der Anlagen unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu sammeln. Durch die Regelung wird weiterhin die Möglichkeit gegeben, durch Veränderung der Teststrukturen eine erneute Genehmigung für den Betrieb der geänderten Anlage zu erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.22	B 12	Aus Expertensicht müsste die Genehmigungsdauer für Testgebiete daher mindestens 20 Jahre betragen, um Tests von Getriebe, Flügeln usw. so betreiben zu können, dass wesentliche Komponenten (z.B. Flügel oder andere Generatoren) als Teil der Erprobung gewechselt und ausreichend erprobt werden können.	Siehe Stellungnahme 093.21	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.23	B 12	Hier muss das RROP entsprechend geändert werden. Es ist darauf zu achten, dass nicht nur das RROP, sondern auch die Festlegung des Testgebiets sowie die Genehmigung für die WEA das Wechseln dieser wesentlicher Komponenten an dem genehmigten Standort zulassen.	Siehe Stellungnahme 093.21	Nicht zu berücksichtigen.
093	093.24	A	V. Grundsätzlich zum RROP Landkreis Cuxhaven Nachdem es bereits beim Entwurf für das letzte RROP erhebliche Einwendungen gegeben hat (siehe Anlage 3, unser Schreiben vom letzten Jahr) haben wir versucht, konstruktiv Vorschläge für eine rechtssichere und einfache Gestaltung eines RROP zu machen und entsprechende Hilfestellungen zu geben. Insbesondere die Hinweise auf den kommenden Windenergieerlass sowie den Leitfaden Naturschutz und haben diese auch dem Landkreis übermittelt, um eine möglichst konfliktfreie und rechtlich sichere Gestaltung mit überschaubarem Arbeitsaufwand zu erreichen. Leider wurden diese Möglichkeiten und Chancen nicht genutzt. Darum ist es unsere Auffassung, dass dieser Entwurf des RROP keine Bestandskraft erlangen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093	093.25	A	VI. Berücksichtigung unserer Stellungnahme im weiteren Verfahren Wir begrüßen, wenn Sie die Anregungen aus der Praxis im weiteren Aufstellungsverfahren berücksichtigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.01	B 06	Zusammenfassung In diesem Beitrag wird anhand von 14 real existierenden Konzentrationszonen (Als Konzentrationszonen werden die auf Ebene der Regionalplanung festgelegten Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung und Eignungsgebiete Windenergienutzung bezeichnet.) für die Windenergie erörtert, welche Auswirkungen sich für den Flächenbedarf einer Windenergieanlage (WEA) ergeben, wenn die Rotorblattspitzen innerhalb der Grenzen der Konzentrationszone liegen müssen oder darüber hinaus ragen können. In zwei Szenarien werden idealisierte Windparkkonfigurationen ermittelt und daraus die Flächenbedarfe der WEA abgeleitet. Im ersten Szenario wird angenommen, dass nur der Mastfuß in der Konzentrationszone liegen muss, im zweiten Szenario ist Bedingung, dass sich auch die Rotorblattspitze bei allen Windrichtungen (Rotorkreis) innerhalb der Konzentrationszone befindet. Um auch Trends für die Zukunft abzuleiten, werden neben heute marktüblichen WEA auch zukünftig zum Einsatz kommende WEA in die Betrachtung einbezogen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich ein im Durchschnitt um 20 % erhöhter Flächenbedarf ergibt, wenn sich nicht nur der Mastfuß, sondern auch die Rotorblattspitze innerhalb der Grenzen der Konzentrationszone befinden muss. Bei Zugrundelegung zukünftiger Technik ist zu erwarten, dass sich dieser Wert sogar noch weiter erhöht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093a	093a.02	B 06	<p>1. Hintergrund und Problemstellung</p> <p>Derzeit wird eine Diskussion geführt, ob bereits auf Ebene der Regionalplanung Festlegungen getroffen werden können, wonach sich WEA nur mit ihrem Mastfuß oder auch mit ihrer Rotorblattspitze innerhalb der Grenzen der für die Windenergie ausgewiesenen Konzentrationszonen befinden müssen. Diese Frage ist für die Projektentwicklung und für die Bestimmung des Flächenbedarfs zur Erreichung von Ausbauzielen in Klimaschutzkonzepten von sehr hoher Relevanz, aus rechtlicher Sicht bisher aber nicht abschließend geklärt. Unstrittig dürfte lediglich sein, dass Regionalplanung nicht parzellenscharf plant (SCHMIDT-EICHSTÄDT, G. (2012): Ist in der Regionalplanung Parzellenschärfe erforderlich? In: LKV – Verwaltungsrechtszeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. 2012. 22. Jahrgang.) Damit geht einher, dass bei Unschärfen im Regionalplan der Grundsatz „im Zweifel für die Freiheit“ gilt, sich also die Handlungs- und Eigentumsfreiheit durchsetzt (Ebda. S. 53). Unabhängig vom Ausgang dieser Diskussion soll an dieser Stelle aufgezeigt werden, welche Auswirkung die Entscheidung, ob neben dem Mastfuß auch die Rotorblattspitze innerhalb der Konzentrationszone liegen muss, auf den Flächenbedarf von WEA hat. Dies wird anhand von 14 real existierenden Konzentrationszonen simuliert.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.03	B 06	<p>Wesentlich determiniert wird der Flächenbedarf durch den Abstand der WEA untereinander. Hierbei ist der Rotordurchmesser ausschlaggebend, da größere Rotoren weitreichende Turbulenzwirkungen im Lee der Anlagen hervorrufen und der Atmosphäre mehr Energie entziehen, so dass die dahinter stehenden WEA höhere Ertragsverluste und Turbulenzen verkraften müssen. Aus diesem Grund sind bei Anlagen mit großem Rotordurchmesser in der Regel größere Abstände erforderlich. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf den Flächenbedarf pro WEA.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.04	B 06	<p>2. Methodische Vorgehensweise</p> <p>2.1 Heute übliche WEA-Größen und technologische Trends</p> <p>Abbildung 1 zeigt eine kartografische Übersicht der Windverhältnisse in Niedersachsen mit einer Klassifizierung nach den Windzonen der DIBt-Richtlinie für Windenergieanlagen (Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung Oktober 2012; Hrsg.: Deutsches Institut für Bautechnik, Berlin). Aus dem Kartenausschnitt wird deutlich, dass die Standorte von WEA in Niedersachsen überwiegend der DIBt-Windzone 2 zuzuordnen sind. Nur im küstennahen Bereich gibt es gute bis teilweise sehr gute Windbedingungen (DIBt-Windzonen 3 und 4), während in den südlichen Landesteilen gebietsweise nur Schwachwindstandorte (DIBt-Windzone 1) verfügbar sind.</p> <p>Die Windbedingungen der vorherrschenden DIBt-Windzonen 2 und 3 entsprechen weitgehend den IEC-Windklassen III und II nach dem internationalen Standard IEC 61400-1 (International Standard IEC 61400-1 – Third Edition 2005-08: Wind turbines – Part 1: Design requirements). Deshalb kommen in Niedersachsen praktisch nur WEA zum Einsatz, die für Standorte der IEC-Windklasse III/II ausgelegt sind.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.05	B 06	<p>Tabelle 2 (siehe Anlage) gibt einen Überblick zu den aktuell (Stand: Frühjahr 2015) von den marktführenden Herstellern angebotenen WEA-Typen, die für die dargestellten Standortbedingungen in Niedersachsen geeignet sind. Die Übersicht berücksichtigt WEA der Leistungsklasse 2,2-3,5 MW, die heute üblicherweise bei der Realisierung neuer Windparks zum Einsatz kommen. Diese Anlagengröße ist heute aus technisch-wirtschaftlicher Sicht besonders gut geeignet für eine möglichst effiziente Nutzung der Windenergiestandorte.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093a	093a.06	B 06	<p>In Tabelle 2 ist auch die spezifische Leistung der WEA als Verhältnis der Nennleistung zur Rotorkreisfläche in Watt pro Quadratmeter (W/m²) angegeben. Die Werte der heute angebotenen WEA liegen verbreitet in einer Größenordnung von 250-350 W/m² und damit teilweise deutlich unter dem in der Vergangenheit üblichen Auslegungswert von 400 W/m² (und mehr). Dies entspricht dem in den letzten Jahren zu beobachtenden Trend zu WEA-Konzepten mit größerem Rotordurchmesser (RD) bei gleichbleibender oder nur geringfügig steigender Anlagennennleistung. Im Sinne einer Minimierung der Energieerzeugungskosten sowie der Verstetigung der Windstromerzeugung (Siehe hierzu auch: Neue Leistungsauslegung von Windturbinen; Beitrag von J.P. Molly in DEWI Magazin No. 44, Februar 2014, S. 32ff) ist zu erwarten, dass die Windenergieanlagen künftig tendenziell mit noch kleineren spezifischen Leistungen im Bereich von 220-300 W/m² ausgelegt werden.</p> <p>Ob sich zukünftig deutlich leistungsstärkere WEA mit 5 MW und mehr mittel- oder langfristig als Standard bei der Realisierung neuer Windparks etablieren werden, ist aus heutiger Sicht schwer abzuschätzen und soll an dieser Stelle nicht näher diskutiert werden.</p> <p>Auf Basis der o.g. Ausführungen werden in dieser Betrachtung die folgenden WEA untersucht: WEA heute: 3 MW mit 120 m Rotordurchmesser (265 W/m²) WEA zukünftig: 4 MW mit 140 m Rotordurchmesser (260 W/m²)</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.07	B 06	<p>2.2 Auswirkungen auf den Flächenbedarf</p> <p>Bei der Errichtung mehrerer WEA in einem Windpark sind bestimmte Mindestabstände zwischen den Anlagen einzuhalten, um die bereits erwähnten Ertragseinbußen bei Absenkung des Parkwirkungsgrades durch gegenseitige Abschattung zu minimieren, aber auch um die sogenannte Standsicherheit zu gewährleisten. In der Praxis gilt der fünffache Rotordurchmesser in Hauptwindrichtung und der dreifache Rotordurchmesser in Nebenwindrichtung (quer zur Hauptwindrichtung) als Orientierungswert für den erforderlichen Abstand zwischen den Anlagen (Siehe hierzu auch: DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND [Hrsg.] (2012): Kommunale Handlungsmöglichkeiten beim Ausbau der Windenergie – unter besonderer Berücksichtigung des Repowering. DStGB DOKUMENTATION NO 111, S. 23.).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.08	B 06	<p>Bei der Planung von Windenergieprojekten in Deutschland war in den letzten Jahren ein Trend zu einer zunehmenden Verdichtung des WEA-Bestandes in Windparks zu beobachten. Dies bestätigen auch die Ergebnisse verschiedener DEWI-Studien im Zeitraum 2004 - 2013, in denen regional das Potenzial zur Windenergienutzung in den hierfür ausgewiesenen Gebieten ermittelt wurde. Die Entwicklung ist in dem Bestreben der Projektplaner begründet, die nur begrenzt verfügbaren Flächen mit der maximal möglichen WEA-Anzahl zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich die heute üblichen Dimensionen von Baugröße, Investitionsbedarf und Energieertrag einer WEA deutlich stärker auf die Wirtschaftlichkeit des Windparks auswirken als früher beim Einsatz kleinerer Anlagen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.09	B 06	<p>Durch die Verringerung der Abstände zwischen den WEA sinkt auch der Flächenbedarfswert (Der Flächenbedarfswert (in ha/MW) gibt an, welche Flächengröße in Hektar benötigt wird, um 1 Megawatt Windenergieleistung zu installieren.) entsprechend. In der Praxis zeigt sich dies durch eine steigende Zahl von Projekten, bei denen die empfohlenen Mindestabstände – fünffacher Rotordurchmesser in Hauptwindrichtung – teilweise deutlich unterschritten werden. In der Konsequenz kommt es wegen erhöhter Abschattungsverluste und Turbulenzen zu stärkeren Ertragseinbußen und höheren Belastungen benachbarter WEA. Die sog. Standsicherheit der betroffenen WEA ist deshalb im Einzelfall durch ein gesondertes Gutachten im Rahmen der Genehmigung nachzuweisen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093a	093a.10	B 06	Die oben getroffenen Ausführungen zur aktuellen und zukünftigen Entwicklung der WEA-Konzepte lassen erwarten, dass der Flächenbedarf für die Realisierung neuer Windparks künftig nicht weiter abnehmen, sondern tendenziell eher zunehmen wird. Denn bei gleichbleibender Leistung (z.B. 3 MW) und vergrößertem Rotordurchmesser (z.B. 115 statt 100 m) sind größere Mindestabstände zwischen den WEA einzuhalten, so dass auch der Flächenbedarfswert entsprechend ansteigt. Zudem ist damit zu rechnen, dass bei weiter absinkenden Einspeisevergütungen (u.a. durch EEG-Degression und Ausschreibungen) und dem damit steigenden wirtschaftlichen Druck, bei der Planung in Zukunft wieder größere Abstände eine Rolle spielen werden, um über einen hohen Parkwirkungsgrad die Wirtschaftlichkeit der Projekte zu gewährleisten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.11	B 06	2.3 Gebietsauswahl und idealisierte Windparkkonfiguration Zur Ermittlung eines Flächenbedarfswertes sowie zur Klärung der Frage, wie hoch der Flächenmehrbedarf ist, wenn nicht nur der Mastfuß, sondern auch die Rotorblattspitze innerhalb einer Konzentrationszone liegen muss, hat die Energiekontor AG (Die Energiekontor AG ist eine Entwicklungs- und Betreiber-gesellschaft zur Realisierung von Windenergieprojekten mit Sitz in Bremen.) anhand von 14 in Größe, Form und Windexposition verschiedenen Konzentrationszonen in acht Landkreisen in fünf Bundesländern idealisierte Windparkkonfigurationen ermittelt. Zugrundegelegt wurden heute marktübliche WEA mit einem Rotordurchmesser von 120 m und einer installierten Leistung von 3 MW als Referenzanlage sowie ein für das Jahr 2030 angenommener WEA-Typ mit einem Rotordurchmesser von 140 m und einer installierten Leistung von 4 MW. Wie im vorangehenden Kapitel erläutert, ist es bei der Ermittlung einer optimalen Windparkkonfiguration üblich, Ellipsen zu bilden, deren Achsen mindestens das Dreifache des Rotordurchmessers in Nebenwindrichtung sowie das Fünffache in Hauptwindrichtung messen. Die Ellipsen werden in der Art und Weise platziert, dass sie sich idealerweise nicht überschneiden, die Konzentrationszone aber bestmöglich ausnutzen. Die verwendete Parkkonfiguration bildet die unter dieser Annahme optimale Anzahl an WEA pro Konzentrationszone ab. Um Aussagen zu treffen, welche Auswirkungen die Lage der Rotorblattspitzen innerhalb oder außerhalb der Grenzen der Konzentrationszone auf den Flächenbedarf haben, werden zwei Szenarien gebildet. Beim ersten Szenario („Rotor außerhalb“) lautet die Bedingung, dass sich der Mastfuß der WEA innerhalb der Konzentrationszone befinden muss, die Rotorblattspitzen aber über die Grenze der Konzentrationszone hinausragen dürfen. Beim zweiten Szenario („Rotor innerhalb“) müssen auch die Rotorblattspitzen innerhalb der Konzentrationszone liegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.12	B 06	Die ermittelten Kennzahlen können der Tabelle 1 entnommen werden. Tabelle 1: Vergleichende Darstellung der Szenarien „Rotor außerhalb“ und „Rotor innerhalb“. Datenquelle: Energiekontor AG Es folgt eine Tabelle die in zwei Bereiche gegliedert ist. Im ersten Bereich wird der Flächenbedarf [ha/MW] sowohl für heutige, als auch für zukünftige Anlagen dargestellt, wenn die Rotorblätter außerhalb der Flächen sein können. So wird anhand von 14 Windenergieflächen aufgezeigt, dass bei einem RD von 120m und einer Nennleistung von 3 MW ein durchschnittlicher Flächenbedarf [ha/MW] von 3,6 gegeben ist. Bei modernen Anlagen mit einem RD von 140m und einer Nennleistung von 4 MW ist durchschnittlich ein Flächenbedarf von 3,4 gegeben. Im zweiten Bereich wird den selben 14 Windenergieflächen die Regelung zugrunde gelegt, dass sich die Rotorblätter komplett innerhalb der Fläche befinden müssen. Hierdurch ergibt sich bei den heutigen Anlagen ein durchschnittlicher Flächenbedarf von 4,3 ha/MW. Bei den zukünftigen Anlagen ergibt sich ein Flächenbedarf von 4,2.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.13	B 06	Ausgehend von der Größe und der Anzahl an WEA, die in den Konzentrationszonen (Flächen 1-14) unter den verschiedenen Voraussetzungen platziert werden könnten, wird der Flächenbedarf in Hektar pro Megawatt installierter Leistung (ha/MW) errechnet. Um die Vergleichbarkeit der Szenarien zu gewährleisten, wird der durchschnittliche Flächenbedarf bestimmt. Hierbei wird das gewichtete arithmetische Mittel angewendet, damit kleine Flächen nicht einen überproportional großen Einfluss auf das Ergebnis nehmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093a	093a.14	B 06	Um den realen Flächenbedarf einer WEA projektspezifisch zu bestimmen, bedarf es der Berücksichtigung kleinräumlicher Einschränkungen (z.B. kleinräumige Biotope, Artenschutz, vorhandene Infrastruktur, Grundstücke ohne vertragliche Sicherung etc.). Gesicherte Erkenntnisse zum sich daraus ergebenden zusätzlichen Flächenbedarf aufgrund ggf. wegfallender WEA-Standorte sind nicht vorhanden, an dieser Stelle wird weiterer Forschungsbedarf gesehen. Einen Einfluss auf das Ergebnis hat diese Kenntnislücke jedoch nicht, da im letzten Schritt beide Szenarien ins Verhältnis gesetzt werden und somit von gleichen Annahmen ausgegangen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.15	B 06	3. Auswertung Die durchschnittliche Größe der betrachteten Konzentrationszonen beträgt 126 ha, wobei die kleinste Fläche 16 ha groß ist und die größte Fläche 299 ha.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.16	B 06	Szenario „Rotor außerhalb“ Unter idealtypischen Verhältnissen beträgt der Flächenbedarfswert im Durchschnitt 3,6 ha/MW bei WEA mit einem Rotordurchmesser von 120 m und einer Leistung von 3 MW. Beim Einsatz von WEA mit 140 m Rotordurchmesser und 4 MW Leistung treten geringfügig günstigere Werte von 3,4 ha/MW auf. Zu beobachten ist, dass der Flächenbedarfswert bei kleinen Konzentrationszonen tendenziell geringer ist, da der unbebaute Teil bei großen Gebieten größer ausfällt als bei kleinen Flächen (Siehe hierzu auch: Niedersachsen bietet Potenzial für 10.000 MW Windenergieleistung bis 2015; Beitrag von B. Neddermann in DEWI Magazin No. 38, Februar 2011, S. 30ff.). Auch die Form der Fläche und ihre Exposition zur Hauptwindrichtung haben einen Einfluss auf den Flächenbedarf, dies wurde in der Betrachtung aber nicht näher untersucht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.17	B 06	Szenario „Rotor innerhalb“ Deutliche Unterschiede sind im Vergleich dazu beim Szenario „Rotor innerhalb“ zu verzeichnen. Der Flächenbedarfswert liegt unter idealen Bedingungen bei 4,3 ha/MW bei Anlagen der heutigen Generation bzw. 4,2 ha/MW bei zukünftig verwendeten WEA.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.18	B 06	Vergleich beider Szenarien Wird heute verfügbare Technik (RD 120 m, 3 MW Leistung) genutzt, könnten bei der Annahme, dass sich auch der Rotor stets vollständig innerhalb der Konzentrationszone befinden muss, im Durchschnitt ca. 20 % weniger WEA in den Konzentrationszonen errichtet werden, weil sich der Flächenbedarf um 21,5 % erhöht. Bei der Simulation zukünftig verfügbarer Technik (RD 140 m, 4 MW Leistung) liegt der Flächenmehrbefehl sogar bei ca. 24 % und es könnten nur noch etwa 79 % der Anlagen errichtet werden. Besonders gravierende Auswirkungen zeigen sich für kleine Konzentrationszonen, deren Breite geringer ist als die Durchmesser moderner WEA. In entsprechend schmalen Konzentrationszonen müssten WEA mit kleineren Rotoren eingesetzt werden, was zu entsprechenden Einbußen in der Stromproduktion führen würde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.19	B 06	4. Fazit Die Fragestellung, ob sich nur der Mastfuß oder auch das Rotorblatt einer WEA stets vollständig innerhalb der Grenzen einer Konzentrationszone befinden muss, hat gravierende Auswirkungen auf den Flächenbedarf. Regionalplaner setzen sich zunehmend damit auseinander, wie viel Strom auf den für die Windenergie ausgewiesenen Flächen potenziell produziert werden kann, z.B. um Grundlagen für Klimaschutzkonzepte zu liefern. Auch das Land Niedersachsen steht der Frage gegenüber, welchen Flächenbedarf Windenergieanlagen haben, um von den Landeszielen auf den Bedarf an Vorranggebieten für die Nutzung der Windenergie zu schließen. Sollte sich die rechtliche Auffassung durchsetzen, dass sich sowohl der Mastfuß als auch die Rotorblattspitze innerhalb der Konzentrationszone befinden müssen, so zeigt sich als Ergebnis dieser Untersuchung, dass der anzulegende Flächenbedarf einer WEA mit einem Zuschlag von etwa 20 % erfolgen sollte. Dies hat auch entsprechende Auswirkungen auf die Berechnung der benötigten Fläche für die Windenergienutzung in Klimaschutzkonzepten.	Durch das Regionale Raumordnungsprogramm wird der Windenergie auch mit der Regelung in Ziffer 06 ausreichend Potential gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
093a	093a.20	B 06	Generell lässt sich festhalten, dass eine weitaus größere Flexibilität bei der Erstellung der Windparkkonfiguration vorhanden ist, wenn sich die Rotorblattspitze außerhalb der Konzentrationszone befinden kann. Dies hat eine sehr große praktische Relevanz, da bei der Detailplanung einzelner Anlagenstandorte in einem Windpark ohnehin weitere kleinräumliche Einschränkungen beachtet werden müssen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
093a	093a.21	B 06	Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, können Einschränkungen bei der Windparkkonfiguration im Einzelfall sogar so weit gehen, dass die verfügbare Fläche für den Einsatz moderner WEA vollständig entfällt. So war eine hier betrachtete kleine Fläche (16,3 ha) unter Zugrundelegung künftiger Anlagentechnik im Szenario „Rotor innerhalb“ nicht mehr nutzbar. An dieser Stelle müssten Anlagen mit geringeren Rotordurchmessern installiert werden, was zu einer geringeren Stromproduktion und einer ineffizienten Nutzung des Standortes führen würde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.22	B 06	Insgesamt zeigt sich, dass kleinere Konzentrationszonen einen geringeren Flächenbedarfswert aufweisen, da der – wegen einzuhaltender Mindestabstände zwischen den WEA – unbebaute Teil bei großen Gebieten größer ausfällt als bei kleinen Flächen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093a	093a.23	B 06	Es folgt als Anlage die Tabelle 2: WEA-Typen der IEC-Windklassen II / III mit einer Nennleistung von 2,2-3,5 MW. In dieser werden ebvrschiedene Anlagen der Firmen ENERCON, eno, GE, Nordex, Senvion, Siemens und VESTAS mit der jeweiligen Nennleistung, dem Rotordurchmesser, der spezifischen Leistung sowie der IEC Windklasse aufgelistet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093b	093b.01	B 11	Beispielberechnung zur Repoweringmethodik Eine frühere häufig verwendete WEA des Typs E40 mit einem Rotordurchmesser von 40 m und damit einem Radius von 20 m hat eine Gesamtrotorfläche von 1.256 m². Die Rechen-formel für den Flächeninhalt des Kreises (A) lautet $A = r^2 \times \pi$. Bei $r = 20$ m lautet die Rech-nung (vereinfacht) $20 \text{ m} \times 20 \text{ m} = 400 \text{ m}^2 \times 3,14 = 1.256 \text{ m}^2$. Eine moderne WEA, etwa vom Typ E115 mit einem Rotordurchmesser von 115 m, hat eine Gesamtrotorfläche von ca. 10.386 m² (vereinfachte Rechnung: $57,5 \text{ m} \times 57,5 \text{ m} \times 3,14 = 10.381 \text{ m}^2$) und damit annä-hernd die gleiche Gesamtrotorfläche wie acht WEA des Typs E40.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093b	093b.02	B 11	Nimmt man einen Bestandswindpark mit vier WEA des Typs E40 mit einer Gesamtrotorfläche des Windparks von $6 \times 1.256 = 7.536 \text{ m}^2$ als Beispiel, könnte man also diese sechs WEA überhaupt nicht WEA des Typs E-115 ersetzen. Erst ab über acht Altanlagen könnte eine neue E115 errichtet werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093b	093b.03	B 11	Bei einer kleineren Anlage vom Typ E101 (Rotordurchmesser 101 m, Radius 50,5 m, Rotor-fläche 8.011 m²) würde die Gesamtrotorfläche ein Repowering zulassen. Jedoch würde dies nicht dem Stand der Technik entsprechen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
093b	093b.04	B 11	Das Repowering macht wirtschaftlich nur Sinn, wenn zwei bis drei alte WEA durch eine neue WEA ersetzt werden können, sodass der Ertrag im Ergebnis mehr als verdoppelt werden kann. Die festgelegte Grenze von plus 15 % macht sinnvolles Repowering unmöglich und hat mit der technischen.	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
093b	093b.05	B 11	Wir haben den Eindruck, dass die willkürlich anmutende Grenze von 15 % vor allem zur Ver-hinderung der weiteren Nutzung von bauleitplanerisch gesicherten Gebieten und Vorrangge-bieten für Windenergie ausgewählt wurde. Wir fordern, die Flächenbegrenzung aus dem Entwurf zu streichen, denn auch die neuen WEA müssen sich selbstverständlich an die Grö-ßen- und Abstandsvorgaben für WEA halten. Diese ins Verhältnis zu den vorherigen WEA zu setzen, entbehrt jeglicher Grundlage.	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
096	Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH				
096	096.01	A	die im Internet bereitgestellten Unterlagen zu der neuen Entwurfsfassung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie (RROP 2015) haben wir hinsichtlich eisenbahntechnischer Belange durchgesehen. Da alle geplanten Vorranggebiete einen ausreichenden Abstand zu den Bahnanlagen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Landkreis Cuxhaven aufweisen, werden die Belange der nichtbundeseigenen Eisenbahnen durch die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie nicht betroffen. Aus eisenbahntechnischer Sicht bestehen seitens der LEA Gesellschaft ifir Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA) gegen die neue Entwurfsfassung keine Einwände.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
097	Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade				
097	097.01	A	für die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung zur Nutzung von Windenergie.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
097	097.02	A	Die im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) genannten Voraussetzungen sollten ebenso Berücksichtigung finden wie die landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen zum Immissionsschutz und zu den Abstandsregelungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
097	097.03	A	Gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse in der Nähe von Windparks sind aus unserer Sicht dringlich zu wahren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
098	Industrie und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum				
098	098.01	A	zentrale Aufgabe der Regionalplanung ist es, die übergeordneten öffentlichen Ansprüche an den Raum auf regionaler Ebene zu sichern, zu ordnen und zu entwickeln. Wir begrüßen die Ermittlung und Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung im Landkreis Cuxhaven in diesem Zusammenhang.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
098	098.02	A	Die im Abschnitt 4.2.2 des RROPs aufgeführten Ziffern 01 bis 12 erscheinen uns jedoch in ihrer Detaillierung den Rahmen der Festlegungen in einem Regionalen Raumordnungsprogramm teilweise zu überschreiten und widersprechen nach unserer Auffassung dem Subsidiaritätsprinzip.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
098	098.03	B 04	So wird unter Ziffer 04 der vollständige Rückbau der Windenergieanlagen nach Beendigung des Betriebes festgeschrieben. Eingeschlossen sind dabei ausdrücklich die Fundamente, die Kranstellflächen und die Erschließungswege. In der Begründung dazu wird auf 5. 39 ausgeführt, dass dieser Rückbau sich aus § 35 Abs. 5 des BauGB ergibt. Es wird weiterhin ausgeführt, das „... die Teile der Verkehrsflächen, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen“ zur Rücknahme der Bodenversiegelung zu entfernen sind. Diese Einschränkung erscheint uns unnötig, da bei einer üblichen Nutzungsdauer von Windparks von 20 Jahren und mehr, die bei der Errichtung der Windparks neu angelegten Wege durchaus schon eine Bedeutung für den örtlichen und auch landwirtschaftlichen Verkehr erlangt haben, der dem pauschalen Rückbaugesamt entgegenstehen würde.	Es sollen lediglich Wegflächen zurückgebaut werden, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen. Sofern bei einzelnen Wegflächen ein Interesse besteht, dass diese für eine weitere Nutzung bestehen bleiben sollen, kann dies selbstverständlich im Einzelfall geregelt und genehmigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.04	B 04	Abschließende Regelungen zum Rückbau insbesondere der Verkehrswege sollten auf kommunaler Ebene getroffen werden. Wir regen daher an, diesen Passus zu streichen.	Siehe Stellungnahme 098.03	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.05	B 04	Hilfsweise wäre eine Klarstellung in der Ziffer 04 möglich, die folgendermaßen lauten könnte: „... und für die Verkehrsflächen, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen“.	Siehe Stellungnahme 098.03	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.06	B 05	In Ziffer 05 wird als Ziel der Raumordnung innerhalb eines Vorranggebietes die Zulässigkeit von maximal zwei unterschiedlichen Anlagenhöhen angegeben. Dies wird in der Begründung zu Ziffer 05 auf S. 39 pauschal mit einer „negativen Auswirkung auf das Landschaftsbild“ begründet. Gleichzeitig wird angeführt, dass „dem Landkreis bekannt ist, dass die Festlegung . . . eine Einschränkung für Investoren darstellt.“ Aus unserer Sicht erscheint diese Festlegung aufgrund der pauschalen und nicht näher begründeten negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild nicht gerechtfertigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
098	098.07	B 05	Eine mögliche Formulierung zur Überwindung dieser Einschränkung gerade in Hinblick auf das Repowering könnte lauten: „Hiervon kann in Einzelfällen beim Repowering vorübergehend abgewichen werden.“	Sofern in einem Windpark bereits zwei Höhen vorhanden sind, können Anlagen mit einer neuen Höhe geplant werden und alle Anlagen mit einer der beiden alten Höhen zurückgebaut werden. Es können auch alle Anlagen der alten beiden Höhen zurückgebaut werden und Anlagen mit zwei neuen Höhen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.08	B 06	Die Ziffer 06 stellt als Ziel der Raumordnung die Festsetzung des Prinzips „Rotor inside“ fest. Bisher wurde in der Praxis das Prinzip „Rotor outside“ verfolgt, so dass die Türme so nah an die Grenze des bauleitplanerisch festgelegten Bereichs gebaut wurden, dass die Rotorflächen, je nach Windrichtung, sich teilweise außerhalb des Bebauungsplans befanden. Insbesondere die Ziffer 06 gibt uns Anlass unsere grundsätzlichen Bedenken über eine zu einschränkende Festlegung auf der Ebene des Raumordnungsprogramms zu äußern. So erscheint aufgrund der maßstäblichen Darstellung im Raumordnungsprogramm eine parzellenscharfe Darstellung der Vorranggebiete nicht möglich. Diese geschieht regelmäßig auch erst im Rahmen der Bauleitplanung, die in der Hoheit der Kommunen liegt.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.09	B 06	Wir regen daher an, die Ziffer 06 zu streichen und in Zusammenhang mit den Festlegungen in der Ziffer 11, auf im Folgenden noch eingegangen wird, wie folgt vorzugehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
098	098.10	B 06	Da im Rahmen der Bauleitplanung ein Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionschutzgesetz durchgeführt wird, welches die konkreten Umstände (eingesetzte Anlagen, Anzahl, Höhen, Emissionen...) berücksichtigt, sollte den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen der parzellenscharfen Festsetzung des Bebauungsplans, von den Grenzen der im RROP festgesetzten Vorranggebiete in einem verträglichen und zu begründenden Rahmen abzuweichen.	Die Regelung in Ziffer 06 wird beibehalten. Es sind keine zwingenden Gründe erkennbar, weshalb von diesem Ziel abgewichen werden sollte-	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.11	B 06	Eine Formulierung könnte lauten: „Die Konkretisierung der Vorranggebiete Windenergienutzung soll durch die Bauleitplanung der Gemeinde/Samtgemeinde erfolgen. Auf eine optimale Ausnutzung der Vorranggebiete soll hingewirkt werden.“	Siehe Stellungnahme 098.10	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.12	B 06	Damit könnten sowohl die grundsätzlichen Ziele der Raumordnung (hier abschließende Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie), die Umschließung der gesamten Windenergieanlage einschließlich der Rotorfläche durch die Grenzen des Bebauungsplans und die berechtigten Interessen der Investoren zur maximierten Nutzung der zur Verfügung stehenden Flächen miteinander vereinbart werden.	Siehe Stellungnahme 098.10	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.13	B 11	Die in Ziffer 11, Satz 2 festgesetzten maximalen Abstände für das Repowering von bauleitplanerisch bereits festgesetzten, aber außerhalb der Vorranggebiete befindlichen Windenergieanlagen, werden begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
098	098.14	B 11	Der als Ziel der Raumordnung festgelegte Hinweis auf ein Verfahren nach Ziffer 05, Satz 4 wird hier so verstanden, dass dieses Verfahren nur dann zur Anwendung kommt, wenn der gültige FNP keine Höhenbegrenzung enthält und im Rahmen des Repowering höhere, als die bisher vorhandenen Anlagen errichtet werden sollen.	Dies ist richtig.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.15	B 11	Sollte sich der Satz, „sieht der Flächennutzungsplan keine Höhenfestlegung vor, so wird gern. Ziffer 05 Satz 4 verfahren“ auf den neuen, im Zuge des Repowerings erstellten FNP beziehen, erscheint dieser Hinweis entbehrlich, da ausdrücklich eine Höhenfestsetzung im neuen FNP („... muss ... oder erstmalige Gesamtanlagenhöhe festgelegt werden.“) gefordert wird. Hier erscheint eine Klarstellung notwendig.	Die Regelung ist wie in Stellungnahme 098.14 ausgeführt zu verstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.16	B 11	Die im Satz 3 der Ziffer 11 genannte Erhöhung der Gesamtrotorfläche um maximal 15 % für die betroffenen Windparks ist u. E. nicht nachvollziehbar begründet. So wird auf 5. 69 zur Begründung einerseits angeführt, dass, „...unter nicht wesentlich maximal 10 % zu sehen seien. ... Dies würde auch dem Ziel, durch ein Repowering von Altanlagen zur Energiewende beizutragen, widersprechen.“ Dann wird festgestellt, dass „bei einer höheren Vorgabe von 20 % oder 30 % es dem Ziel der Verhinderung der größeren Beeinträchtigung von Landschaft und Avifauna widersprechen würde.“ Es fehlt jedoch eine nachvollziehbare Begründung für die gewählte prozentuale Erhöhung der Rotorfläche.	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
098	098.17	B 11	Um dem verständlichen Ziel der Verhinderung der Beeinträchtigung von Landschaft und Avifauna ausreichend Platz zu geben, erscheint auch hier die Verfolgung des Subsidiaritätsprinzips.	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
098	098.18	B 11	Eine entsprechende Formulierung könnte lauten: „Für ein Repowering durch Festlegung einer neuen maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung in den bauleitplanerisch gesicherten Flächen der Windparks Wremen Schottwarden, Padingbüttel, Nordholz—Spieka-Neufeld, Nordholz-Cappel-Neufeld, Belum, Loxstedt-Stotel, Wremen-Grauwallkanal sowie Misseywarden sind die natur- und landschaftsschutzfachlichen Belange im Rahmen der Bauleitplanung der Gemeinden zu beachten.“	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
098	098.19	B 12	Die Einschränkung des Satz 1 der Ziffer 12 bezüglich des Produktionsstandortes wird mitgetragen, da dadurch die Attraktivität des Landkreises für weitere Ansiedlungen aus der Windenergiebranche erhöht wird und die Nutzung eventueller Potentialflächen durch „ortsfremde“ Unternehmen ausgeschlossen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
098	098.20	B 12	Unverhältnismäßig erscheint aber die in der Begründung geforderte juristische Identität des Betreibers der Testanlagen und des gewerblichen Betriebs (hier Hersteller wesentlicher Anlagenbestandteile) und das Verbot der Gründung einer Tochterfirma zum Betrieb der Testanlagen, da auch hier eine nähere Begründung für diese erhebliche Einschränkung der unternehmerischen Freiheit fehlt.	Maßgeblich ist, dass ein Unternehmen mit Sitz im Landkreis Cuxhaven die Entscheidungshoheit über die Testanlagen hat. Dies ist durch die geforderte juristische Identität des Betreibers sichergestellt. Die Einschränkung auf wesentliche Anlagenbestandteile soll sicherstellen, dass der Testcharakter der Anlagen im Vordergrund bleibt und nicht die Energieerzeugung. So wäre es ohne Einschränkung beispielsweise möglich, dass ein Unternehmen den Bau von Testanlagen damit begründet, dass Schrauben oder ähnliches getestet werden sollen.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.21	B 12	Darüber hinaus erscheint die in Ziffer 12, Satz 4 festgelegte Genehmigungsdauer von maximal 5 Jahren als Ziel der Raumordnung nicht nachvollziehbar und willkürlich, auch wenn in der Begründung auf S. 70 ausgeführt wird: „diese Einschränkung erscheint aus Sicht des Landkreises auch deshalb verhältnismäßig, da die Windenergieanlagen lediglich zum Test neuer Komponenten dienen sollen und nicht vorrangig für die Energieerzeugung. Aus diesem Grund wird die Genehmigung für solche Testanlagen auch für lediglich fünf Jahre erteilt, da der Landkreis Cuxhaven davon ausgeht, dass dieser Zeitraum zur Erprobung ausreicht.“	Bei der Regelung in Ziffer 12 sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen nachgeordnet. Das bedeutet, dass die Energieerzeugung gegenüber der Testfunktion nachrangig ist. Vielmehr soll es im Rahmen des Testbetriebes darum gehen, Daten und Erfahrungen aus dem dem Betrieb der Anlagen unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu sammeln. Durch die Regelung wird weiterhin die Möglichkeit gegeben, durch Veränderung der Teststrukturen eine erneute Genehmigung für den Betrieb der geänderten Anlage zu erhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.22	B 12	Eine nähere Begründung, wie der Landkreis zu dieser Überzeugung gelangt ist, fehlt auch hier. Es wird zwar im Folgenden der Grundsatz „Nachfolgenehmigungen ... sind möglich“ aufgestellt, jedoch spricht die Begründung auf S. 70 von neuen und erheblich veränderten Anlagen, während der Satz 5 der Ziffer 12 von neuen und wesentlich veränderten Anlagen spricht. Hier erscheint zumindest eine Klarstellung bezüglich der unbestimmten Rechtsbegriffe „erheblich“ und „wesentlich“ notwendig.	Die unterschiedliche Sprachregelung in der Beschreibenden Darstellung und der Begründung wird angeglichen. Eine Klarstellung wird nicht als notwendig erachtet, da dies im Einzelfall geklärt werden muss.	Teilweise zu berücksichtigen.
098	098.23	B 12	Die Festlegung der Genehmigungsdauer sollte jedoch auch hier grundsätzlich im Rahmen der Bauleitplanung, den konkreten zur Erprobung anstehenden Anlagenbestandteilen angepasst, durch die Gemeinden erfolgen, so dass dieser Passus gestrichen werden sollte.	Siehe Stellungnahme 098.21	Nicht zu berücksichtigen.
098	098.24	A	Wir bitten darum, uns ein Exemplar der genehmigten Planausfertigung zur Verfügung zu stellen oder über den Abschluss des Planverfahrens zu informieren. Zudem bitten wir um Mitteilung der Abwägungsentscheidungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
100	Landwirtschaftskammer Niedersachsen				
100	100.01	A	gegenüber unserer Stellungnahme vom 14.08.2014 zum RROP 2014— Teilabschnitt Windenergie ergeben sich unsererseits keine zusätzlichen Anregungen oder Bedenken zu den vorliegenden Änderungen im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens zum RROP 2015 - Teilabschnitt Windenergie. Unsere Stellungnahme vom 14.08.2014 halten wir weiterhin, auch im Hinblick auf das hier gegenständliche Beteiligungsverfahren, uneingeschränkt aufrecht.	Kenntnisnahme. Die Stellungnahme zum RROP Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Kenntnisnahme
101	Niedersächsisches Landvolk Kreisverband Land Handeln e.V.				
101	101.01	A	Die Landwirtschaft im Landkreis Cuxhaven und hier besonders im Altkreis Land Hadeln und der Stadt Cuxhaven stellt den größten Wirtschaftsfaktor im Wirtschaftskreislauf des Landkreises Cuxhaven dar. Die Landwirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen stellt den größten Arbeitgeber der Region dar. Auf jeden Arbeitsplatz in der Landwirtschaft im engeren Sinne, kommen etwa drei bis fünf Arbeitsplätze die im direkten Zusammenhang mit der Tätigkeit auf den landwirtschaftlichen Betrieben stehen. Eine Besonderheit der Landwirtschaft ist ihre Wirkung auf die regionale Wirtschaft, Dienstleistungen werden regional eingekauft, auch werden Investitionen, die von den hiesigen landwirtschaftlichen Betrieben getätigt, in der Regel durch Unternehmen in der Region abgearbeitet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
101	101.02	A	Aus genanntem Grund müssen generell bei Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms und insbesondere bei der konkret beabsichtigten Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms die Interessen der hiesigen Landwirtschaft berücksichtigt werden.	Alle eingegangenen Stellungnahmen werden nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz bearbeitet. Es werden keine Stellungnahmen stärker oder weniger stark berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
101	101.03		Windkraftstandorte befinden sich in der Regel auf landwirtschaftlichen Flächen, dadurch partizipieren auch die Bewirtschaftet bzw. Eigentümer dieser Flächen von den Umsätzen der Windkraftanlagen. Diese zusätzlichen Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe, fördern dann durch die Mittelverwendung die gesamte regionale Wirtschaft.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
101	101.04	A	Außerdem ist zu beachten, dass die Kommunen im Altkreis Land Hadeln strukturschwach und sehr ländlich geprägt sind, dies zeigt sich auch in den Haushalten der Kommunen. Oft erhalten die Kommunen einen Großteil ihrer in der Regel dürftigen Gewerbesteuereinnahmen von den Windkraftanlagen in den Kommunen. Schlechtere Wirtschaftsbedingungen für die Windkraftanlagen hätten eine Verringerung beim Gewerbesteueraufkommen der Kommunen zur Folge. Ein geringeres Gewerbesteueraufkommen hätte zur Folge, dass bestimmte öffentliche Güter von den Kommunen nicht mehr oder nur noch unzureichend bereitgestellt werden können. Als Beispiel können hier ein verminderter Ausbau und eine schlechtere Unterhaltung der kommunalen Infrastruktur genannt werden, welche die hiesige Landwirtschaft direkt betreffen würden, aber auch ein Verzicht auf andere öffentliche Güter mit dem eine Reduzierung der Lebensqualität einher gehen würde, würde die örtliche Struktur schwächen und den örtlichen Bevölkerungsrückgang weiter fördern. Letztendlich würde auch dies zu einer Schwächung der hiesigen Landwirtschaft über das regionale Wirtschaftsgefüge führen.	Dies ist für die Raumordnung nicht von Belang. Es gibt genügend Kommunen, die auch ohne Windenergieanlagen ein attraktives Angebot aufrecht erhalten können.	Nicht zu berücksichtigen.
101	101.05	B 04	Konkrete Anmerkungen: Unter Punkt 4.2.2 Absatz 04 soll festgeschrieben werden, dass nach Beendigung des Betriebes einer WEA ein Rückbau zu erfolgen hat, inkl. sämtlicher und zugehöriger Einrichtungen, zu denen auch die Zuwegungen gehören. Die Zuwegungen, sofern es sich um spezielle Zuwegungen zu den WEA handelt, befinden sich in der Regel auf Flurstücken von privaten Eigentümern, in der Regel ist es den privaten Eigentümern auch gestattet diese Zuwegungen bei Bedarf für eigene Zwecke (landwirtschaftliche Nutzung, bzw. Zuwegung zu landwirtschaftlichen Flächen) zu nutzen. O. g. Festschreibung hätte zur Folge, dass auch ggf. der Landwirtschaft dienliche Wege oder Wendeplätze zurück gebaut werden müssten. Eine ggf. erfolgte Entlastung der öffentlichen Wege durch die Infrastruktur der WEA würde zurückgenommen werden. Entscheidungsregeln zum Rückbau der Zuwegungen und Kranstellplätze sind ausschließlich dem betreffenden Flächeneigentümern zu zugestehen.	Es sollen lediglich Wegflächen zurückgebaut werden, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen. Sofern bei einzelnen Wegflächen ein Interesse besteht, dass diese für eine weitere Nutzung bestehen bleiben sollen, kann dies selbstverständlich im Einzelfall geregelt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
101	101.06	B 05	Punkt 4.2.2 Absatz 05 legte eine Grenze von unterschiedlich hohen WEA innerhalb eines Windparks dar. Diese gewählte Grenze stellt eine willkürliche pauschale Grenze dar, eine fachliche Begründung liegt weder vor, noch ist diese trivial ersichtlich. Es wird eine differenzierte und detaillierte Betrachtung im Vorwege ausgeschlossen. So ist es beispielsweise denkbar, dass verschieden hohe Anlagen als einheitlich wahrgenommen werden, sofern eine durchdachte Anpassung an die tatsächliche Topographie stattfindet, und die örtliche Topographie sich entsprechend darstellt. Dieser prinzipiell zu begrüßende Fall, sofern denn tatsächlich eine entsprechende Topographie vorliegt, würde durch die genannte Regelung pauschal ausgeschlossen werden, auch wird ggf. generell bei großen Windparks ein teilweises „Repowering“ verhindert, da ggf. schon min. zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sind. Vielmehr wäre zu formulieren, dass in einem Windpark nicht mehr als zwei optisch wahrnehmbare Anlagenhöhen vorkommen sollen, wobei entsprechend die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen sind.	Es geht bei dieser Regelung lediglich um optisch wahrnehmbare Höhen. Sofern in einem Windpark bereits zwei Höhen vorhanden sind, können Anlagen mit einer neuen Höhe geplant werden und alle Anlagen mit einer der beiden alten Höhen zurückgebaut werden. Es können auch alle Anlagen der alten beiden Höhen zurückgebaut werden und Anlagen mit zwei neuen Höhen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
101	101.07	B 06	Unter Punkt 4.2.2 Absatz 06 wird verlangt, dass sich sowohl der Turm der WEA, als auch die Rotorspitzen ausschließlich innerhalb des Vorranggebietes befinden müssen. Fraglich scheint aber insgesamt die kartenscharfe Darstellung im RROP, zumal dass RROP kein Instrument der Detailplanung ist. Die Kartendarstellung ist üblicherweise 1:50.000. Vielmehr kann nur ein genannter Mindestabstand zu Ortslagen und Wohnbebauung als konkrete Beschränkung im Zusammenhang mit einem insgesamt vorhandenen (nicht absolut lagescharfen) Vorranggebiet akzeptiert werden.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtssprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
101	101.08	B 05	Unter Punkt 4.2.2 Absatz 05 ist weiter festgelegt, dass die Narbenhöhen seitens der zuständigen Kommune mittels Bauleitplanung festgelegt werden kann, findet keine Höhenbegrenzung durch die Bauleitplanung statt, soll automatisch eine Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren durch Bundesimmissionsschutzgesetz stattfinden. WEA-Standorte außerhalb von Vorranggebieten werden näher durch 4.2.2 Absatz 11 geregelt. Innerhalb von bauleitplanerisch gesicherten Gebieten gilt die Höhenbegrenzung der Bauleitplanung, sofern eine festgelegt ist. Hierbei ist aber nicht genau definiert, ob die bestehende Bauleitplanung zum Zeitpunkt der Verabschiedung des LROP gemeint ist, oder ob eine Änderung der Bauleitplanung durch die zuständige Gemeinde nach der Verabschiedung des RROP als wirksam und rechtens erachtete wird. Die mögliche Änderung der Höhenfestlegung durch eine spätere Änderung der Bauleitplanung, hätte entschiedenen Einfluss auf die Realisierbarkeit von Repowering-Maßnahmen, Da ein Repowering in der Regel höhere Narbenhöhen voraussetzt. Ein Ersatz der WEA zum betriebswirtschaftlich sinnvollen Zeitpunkt der Ersatzinvestition mit Anlagen gleicher Höhe ist oft schon technisch nicht möglich, da oft derartige Anlagen zum betreffenden Zeitpunkt am Markt nicht mehr verfügbar sind.	Die Bauleitplanung und die Genehmigung nach BImSchG hat sich immer nach dem derzeit gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm zu richten. Insoweit muss die Regelung ab dem Zeitpunkt beachtet werden, wenn das Regionale Raumordnungsprogramm in Kraft tritt.	Nicht zu berücksichtigen.
101	101.09	B 11	Unter Punkt 4.2.2 Absatz 11 wird eine maximale Erhöhung der Narbenhöhe um nicht mehr als 15 % im Rahmen des Repowerings festgelegt. Dies wird damit begründet, dass eine Erhöhung von mehr als 15% wesentlich sei. Eine Definition des Begriffes findet nicht statt, eine Erklärung und Begründung zur gesetzten Grenze bzw. zum Begriff wird ebenfalls nicht beigebracht. Eine Abschätzung zu den Folgen der gesetzten Grenze wird ebenfalls nicht vorgenommen. Etwa Abschätzung von Folgenzenarien mit entsprechenden Eintrittswahrscheinlichkeiten. Vielmehr muss die gesetzte Grenze als Willkür angesehen werden und in Bezug zum allgemeinen technischen Fortschritt als Mittel zur Verhinderung von potenziellem Repowering interpretiert werden.	Die betreffende Regelung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
101	101.10	A	Wie soeben beschrieben sehen wir durch die geplante Fortschreibung des sachlichen Teils Windenergie - 2015- die Entwicklungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen im Landkreis Cuxhaven sehr eingeschränkt. Diese Einschränkungen hätten einen starken Effekt auf die Wirtschaft und damit auch nachhaltige Auswirkungen auf das soziale und gesellschaftliche Leben im Landkreis Cuxhaven. Anstatt mit geeigneten Maßnahmen strukturelle Defizite zu überwinden, käme es bestenfalls zu einer Konservierung des Status Quo.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
101	101.11	SO 09	Anmerkung Weiter möchten wir anmerken, dass wir uns explizit für die Ausweisungen und Realisierung des geplanten Vorrangstandort Geversdorf-Oberndorf aussprechen, hierbei handelt es sich in der praktischen Betrachtung um die Erweiterung eines Windparks, auch wenn sich dieser im benachbarten Landkreis Stade in den Gemeinden Baije und Oederquart befindet. Eben durch den genannten bestehenden Windpark ist der dortige Raum ohnehin schon vorbelastet. Ein gemeinsamer großer und Landkreisgrenzen überschreitender Windkraftstandort dürfte nicht nur Größenvorteile bei der Erschließung und Entwicklung der notwendigen Infrastruktur bedeuten, außerdem wäre ein solcher Windpark auch ein Symbol für die Zusammenarbeit der Landkreise und das Miteinander der Bürger in den verschiedenen Gemeinden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
102	Niedersächsisches Landvolk Kreisverband Wesermünde e.V.				
102	102.01	A	grundsätzlich steht die Landwirtschaft in unserem Verbandsgebiet der Windenergienutzung und deren Ausbau nach wie vor positiv gegenüber. Zum Gelingen der bundesweiten Energiewende ist neben einer deutlich zu erhöhenden Offshore-Windnutzung auch ein weiterer Ausbau der Onshore-Windenergienutzung erforderlich. Hierzu kann der Landkreis Cuxhaven aufgrund seiner Windgunst in besonderem Maße beitragen, wie in der Begründung zum Änderungsentwurf 2015 in Abs. 1 zutreffend konstatiert wird. Gleichwohl befindet sich auch die Windenergie in Konkurrenz zu anderen Raumnutzungen und hat sich daher einer sorgfältigen Abwägung zu stellen. Dies vorausgeschickt nehmen wir zum vorgelegten Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes aus landwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
102	102.02	B 04	Beschreibende Darstellung und Begründung/Erläuterung Ziffer 04 Aus landwirtschaftlicher Sicht ist ein Rückbau der Fundamente bis in 2,5 m Tiefe ausreichend. Dies sichert die nachfolgende landwirtschaftliche Nutzung der Anlagenstandorte. Ein weiterer (tieferer) Rückbau bringt für die Landwirtschaft keinen weiteren Nutzen, sondern ist im Gegenteil mit gravierenden Eingriffen in das Bodengefüge verbunden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
102	102.03	B 04	Die Wege zur Erschließung der Windparkflächen dienen i. d. R. ebenso der Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, teilweise sind bereits vorhandene Wege lediglich ausgebaut bzw. verstärkt worden. Wege, die der Erschließung bzw. Verbesserung der Erschließung des ländlichen Raumes dienen, sollten daher - mit Ausnahme der lediglich die einzelnen Windenergieanlagen erschließenden Wege - unbedingt erhalten bleiben.	Es sollen lediglich Wegflächen zurückgebaut werden, die ausschließlich der Erschließung der Windenergieanlagen dienen. Sofern bei einzelnen Wegflächen ein Interesse besteht, dass diese für eine weitere Nutzung bestehen bleiben sollen, kann dies selbstverständlich im Einzelfall geregelt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
102	102.04	B 05	Ziffer 05 Die Möglichkeiten zur Erneuerung und Leistungssteigerung (Repowering) von Windenergieanlagen sollten flexibel gehalten werden, da die zukünftig verfügbaren Techniken derzeit nicht bekannt sind. Zu Bedenken ist, dass der technische Fortschritt nicht nur leistungsfähigere, sondern i. d. R. auch emissionsärmere Anlagentypen hervorbringt. Zudem trägt die optimale Ausnutzung der Leistungsfähigkeit jedes Windparkstandortes zum Ressourcenschutz bei.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
102	102.05	B 05	Aus unserer Sicht kann die Regelung des Aspektes unterschiedlicher Anlagenhöhen auf Ebene der Regionalplanung entfallen und die Entscheidung auf die Planungshoheit der Gemeinden übertragen werden, analog der Vorgehensweise zur Höhenfestlegung in Vorranggebieten für Windenergiegewinnung. So kann den jeweiligen Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden.	Die Festlegung in Ziffer 06 wurde aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes getroffen. Um das Landschaftsbild im gesamten Landkreis gleichermaßen zu schützen, wird dies auf regionaler Ebene festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
102	102.06	B 06	Ziffer 06 Die Anwendung des Abstandskriteriums "von den Rotoren überstrichene Fläche" nimmt der gesellschaftlich gewollten Energiewende ein deutliches Maß an Effektivität. Untersuchungen z.B. des DEWI zeigen, dass ca 20-25 % Mehrfläche zur Erzielung gleicher Windparkleistungen erforderlich sind. Die genaue Ausgestaltung der Windparkflächen sollte individuell im Wege der Bauleitplanung erfolgen - unter Berücksichtigung von Anlagentyp, Wind- und Sichtverhältnissen sowie kleinräumlichen Besonderheiten. So können die Potenzialflächen optimal ausgenutzt werden, zumal die Anlagentechnik, die in einigen Jahren zur Verfügung stehen wird, derzeit noch nicht bekannt ist.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
102	102.07	B 11	Ziffer 11 Die Schaffung grundsätzlicher Möglichkeiten, die Windparkstandorte in unserem Verbandsgebiet einer technischen Weiterentwicklung (Repowering) zu unterziehen, wird begrüßt. Die Beschränkung des Repowerings für einige Windparks auf eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um maximal 15 % ist jedoch nicht ausreichend und wird insbesondere den entlang der Küste gelegenen Parks und deren Windpotential nicht gerecht.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
102	102.08	B 11	Das Ausmaß eines individuell dem jeweiligen Windpark angemessenen Repowering sollte dem jeweiligen Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
102	102.09	SO 09	Zeichnerische Darstellung An der Zeichnerischen Darstellung der Vorranggebiete für Windenergiegewinnung bitten wir um Berücksichtigung folgender Korrekturen. Detailkarte 2 (Bederkesa-Alfstedt) Die nochmalige Verkleinerung des Vorranggebiets Windenergienutzung im Nordosten wird mit möglicherweise eintretenden gravierenden Konflikten mit dem Seeadler und anderen Großvogelarten begründet. Die in der "Naturschutzfachlichen Einschätzung von Potentialflächen" zitierte Raumnutzungsanalyse zum Seeadler geht aber gerade nicht von einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko aus. Daher ist dieses Vorranggebiet in den Abmessungen des RROP 2012 mindestens jedoch in denen des RROP-Entwurfes 2014 darzustellen.	Gegenüber der Planung 2014 ist die Ausweisung im Entwurf 2015 ca. 10 ha größer. Die Auswahl der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
102	102.10	SO 19	Detaillkarte 19 (Krempel) Der Wegfall der Eigenschaft als Vorranggebiet ist — neben einer in Teilen leichten Unterschreitung des Abstandes zur Ortstage — auf das Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten sowie der Nähe zum Vogelrastgebiet Ahlenmoor zurückzuführen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
102	102.11	SO 19	Der Windpark Krempel wird seit 1998 in unmittelbarer Nachbarschaft mit einem Sandabbauvorhaben betrieben. Trotz Sandabbaus und Windparkbetriebs hat sich vor einigen Jahren der Uhu mit Bruterfolg angesiedelt. Gleiches gilt für den jährlich in dieses Gebiet wiederkehrenden Weißstorch. Für das angrenzende Vogelrastgebiet Ahlenmoor ist in den letzten Jahren eine stetig zunehmende Zahl von Rastvögeln, insbesondere verschiedener Gänsearten zu verzeichnen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 70 bis 72 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel")]. - Der südöstliche Rand der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel" liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Der überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel" liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Uhu-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
102	102.12	SO 19	Dieser bewährte, von der Bevölkerung akzeptierte und von einem Gewöhnungseffekt der Avifauna begleitete Windparkstandort ist analog RROP 2012 als Vorranggebiet Windenergiegewinnung darzustellen sowie das künftige Repowering sicherzustellen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
102	102.13	SO 36	Detaillkarte 36 (Uthlede) Die Reduzierung des Vorranggebietes im Südwesten ist nicht klar nachvollziehbar. Die vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes "Aschwardener Flutgraben" ist durch die begonnene Errichtung von Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt. Die Bedeutung dieses Bereiches als Fledermauslebensraum ist anhand aktueller Daten aus dem immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren noch einmal zu bewerten. Die Darstellung als Vorranggebiet Windenergiegewinnung ist für den südwestlichen Bereich wieder in das RROP 2015 aufzunehmen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 81 bis 84 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Uthlede" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Das einstweilig sichergestellte Überschwemmungsgebiet ist den weichen Tabuzonen zugeordnet; hierdurch ergibt sich die die Abgrenzung der Potenzialflächen. Eine Aufnahme des südwestlichen Bereichs als Vorranggebiet Windenergienutzung widerspräche dem einheitlichen Planungskonzept.	Nicht zu berücksichtigen.
111	Deutsche Bahn Services Immobilien GmbH				
111	111.01	A	die DB Immobilien übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o. g. Verfahren. Gegen das Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - bestehen grundsätzlich keine Einwendungen, wenn nachfolgende Hinweise und Auflagen berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
111	111.02	A	Wir weisen vorsorglich auf den Bestandsschutz sowie Immissionen aus dem Eisenbahnbetrieb hin, damit hieraus später keine Forderungen abgeleitet werden können. Auch künftig ist mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens auf der Schiene zu rechnen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
111	111.03	A	Wir gehen davon aus, dass planfestgestelltes DB Gelände nicht überplant wird und dass die Betriebsfähigkeit der planfestgestellten Eisenbahnanlagen durch Ihre Planungen nicht beeinträchtigt wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
111	111.04	A	Ergänzend geben wir noch folgenden Hinweis: Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (4 Absatz 3 AEG).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
111	111.05	A	Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen WEA einen Abstand von größer gleich 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
111	111.06	A	Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
111	111.07	A	Wir bitten um weitere Beteiligung im Planverfahren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	Deutsche Telekom Technik GmbH				
115	115.01	A	die Telekom Deutschland GmbH — als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S. v. § 68 Abs. 1 TKG — hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wertsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Vielen Dank für die Ankündigung o. g. Baumaßnahme.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	115.02		Gegen die o. a. Planung haben wir keine grundsätzlichen Bedenken. Im Planbereich befinden sich zahlreiche Telekommunikationsanlagen der Telekom Deutschland GmbH.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	115.03	A	Das Eigentum der Telekom Deutschland GmbH, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie die Vermögensinteressen der Telekom Deutschland GmbH werden durch das Vorhaben betroffen. Die erforderlichen Maßnahmen an unseren Telekommunikationslinien müssen im Rahmen der noch folgenden Flächennutzungspläne / Bebauungspläne mit der Gesamtmaßnahme abgestimmt werden.	Die Beteiligung der TÖB auch in den nachfolgenden Planungsebenen ist durch die jeweiligen Planungsträger zu gewährleisten.	Nicht zu berücksichtigen.
115	115.04	A	Aus Gründen der Aktualität verzichten wir zum jetzigen Zeitpunkt auf die Überlassung von Bestandsplänen. Wir bitten vor Einziehung und Aufhebung von öffentlichen Wegen und Straßen, bzw. möglichen Geländeänderungen um die Zusendung von Detailplänen.	Die Beteiligung TÖB auch in den nachfolgenden Planungsebenen wird gewährleistet.	Nicht zu berücksichtigen.
115	115.05	A	Detailpläne können Sie bei der Planauskunft.Nord@telekom.de anfordern, oder benutzen Sie die kostenlose Trassenauskunft Kabel https://trassenauskunft-kabel.telekom.de/html/index.html Die Aufwendungen der Telekom Deutschland GmbH bei der Durchführung Ihrer Planung möchten wir möglichst gering halten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	115.06	A	Gegen die o. a. Planung haben wir dann keine Einwände, wenn für die Telekom Deutschland GmbH, die erforderlichen Unterhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen an ihrem unterirdischen Kabelnetz jederzeit möglich sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	115.07	A	Wir bitten sicherzustellen, dass die entsprechenden Verordnungen Regelungen enthalten, die sowohl die Unterhaltungs- als auch die Erweiterungsmaßnahmen der Deutsche Telekom Technik GmbH TI NL Nord, Ressort Produktion Technische Infrastruktur PTI 13, 28207 Bremen, Stresemannstr. 4-10, an ihrem Kabelnetz jederzeit ohne besondere Ausnahmegenehmigung oder Befreiung ermöglichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
115	115.08	A	Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.	Eine Beteiligung im weiteren Verfahren wird sichergestellt.	Kenntnisnahme
116	Deutscher Wetterdienst				
116	116.01	A	zu o.a. Vorhaben erteilen wir als „Träger öffentlicher Belange keine Auflagen. Teilen Sie uns den Ausgang des Verfahrens bitte schriftlich mit einer Antragsaufbereitung mit.	Dem Deutschen Wetterdienst wird nach Abschluss des Verfahrens ein Exemplar des Regionalen Raumordnungsprogramms zur Verfügung gestellt.	Kenntnisnahme
118	DFS Deutsche Flugsicherung				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
118a	118a.01	A	Sehr geehrte Damen und Herren, wir verweisen auf unsere Stellungnahme 201401991 vom 15.08.2014. Durch oben genannte Planung sind weiterhin die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen: Die Plangebiete 6, 7, 8, 13, 18, 19, 20, 24, 25, 27, 28, 29, 33, 37 und 38 liegen im Anlagenschutzbereich der zivilen Radaranlage Nordholz - Radar Nordholz - Geogr. Koordinaten (ETRS89): 530 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.02	A	Insbesondere in den der Radaranlage am nächsten gelegenen Vorranggebieten 24 und 19 ist mit erheblichen Einschränkungen bezüglich der Anzahl, Größe und räumlicher Ausrichtung von neu zu errichtenden WEA zu rechnen.	Dies ist bekannt. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Lösungen für diese Konfliktlagen zu finden sind.	Nicht zu berücksichtigen.
118a	118a.03	A	Die Plangebiete 22 und 23 liegen im Anlagenschutzbereich des - Peiler Bremerhaven - Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 30' 21,14" N / 08° 34' 31,06" E; Höhe des Geländes 3,08 m ü. NN Aufgrund von Größe und Abstand der Gebiete zum Peiler Bremerhaven sind diesbezüglich keine Einschränkungen zu erwarten,	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.04	A	Der in unserer Stellungnahme 201401991 angegebene Anlagenschutzbereich der Navigationsanlage VOR Weser ist für aktuelle Antragsverfahren von Bedeutung, im Rahmen künftiger Planungen, die den Realisierungszeitraum ab November 2015 betreffen, ist er nicht mehr relevant.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.05	A	Diese Beurteilung beruht auf dem obigen Anlagenstandort und -schutzbereich Stand August 2015. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine weiteren Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §78 LuftVG einzureichen.	Die Beteiligung der zuständigen Luftfahrtbehörde im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz wird sichergestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
118a	118a.06	A	Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang- und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang- und Eignungsgebieten entgegenstehen.	Der in §18a LuftVG benannte Anlagenschutzbereich nomiert kein generelles Planungsverbot, sondern legt nur fest, innerhalb welchen Bereichen im Rahmen des konkreten Genehmigungsverfahrens für eine bauliche Anlage ein Errichtungsverbot besteht, wenn im konkreten Einzelfall nachgewiesen wurde, dass dieses einzelne Bauwerk zu einer Störung führt. Aus den bisherigen Genehmigungsverfahren ergibt sich, dass durch Anlagenkonfigurationen oder sonstigen beschränkungen bzw. Regelungen Lösungen für die Errichtung von Anlagen, wenn auch im modifizierten Umfang, gefunden werden können.	Nicht zu berücksichtigen.
118a	118a.07	A	Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) unberührt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.08	A	Die gemäß LuftVG angemeldeten Anlagenschutzbereiche orientieren sich an den Anhängen 1-3 des "ICAO EUR DCC 015, 2. Ausgabe 2009" (http://www.baf.bund.de/DE/BAF/Publikationen/ICAO_Docs/ICAQDocs_node.html). Aufgrund betrieblicher Erfordernisse kann der angemeldete Schutzbereich im Einzelfall von der Empfehlung des ICAO EUR DCC 075 abweichen (insbes. bei Radaranlagen). Für weitere Fragen zu den angemeldeten Anlagenschutzbereichen stehen wir oder das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung Ihnen gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.09	A	Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
118a	118a.10	A	Hinweis: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen gem. §18a LuftVG zur Verfügung. http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_node.html	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
118b	118b.01	SO 06	Das Vorranggebiet Nr. 6 (südlich Cuxhaven, westlich der A27) liegt in unmittelbarer Nähe der Sicht An- / Abflugstrecke "November" des Militärflugplatzes/Flughafen Nordholz. Da Mindestabstände von höheren Hindernissen wie z.B. Windkraftanlagen zu Meldepunkten sowie zu Sicht-An- und -Abflugstrecken weder in einer entsprechenden Richtlinie oder AW des BMVI noch in einer anderen Form festgelegt sind, können lediglich die Vorgaben aus der LuftVO (insbesondere § 12) berücksichtigt werden. Hiernach wären die WKA in einer Höhe von mindestens 150 m oberhalb der höchsten Höhe zu überfliegen bzw. in einem Mindestabstand von 150 m zu umfliegen. Aus unserer Sicht kann dies bei marginalen Wetterbedingungen (tief hängende Wolke, SVFR-Bedingungen) nicht sichergestellt werden. Die DFS hält einen Abstand von mindestens 1000 m zu jeder Seite von Sicht-An- und Abflugstrecken für erforderlich, um dem Luftfahrzeugführer auch weiterhin eine Umkehrkurve bei marginalen Wetterbedingungen zu ermöglichen.	Dies ist im Genehmigungsverfahren nach BimSchG zu klären. Möglicherweise sind Anpassungen in der Anlagenkonfiguration (Anzahl der Anlagen, Positionierung, Höhe) nötig; es ist jedoch nicht ersichtlich, dass durch diesen belang der Standort insgesamt auszuschließen wäre.	Nicht zu berücksichtigen.
118b	118b.02	SO 06	Wir empfehlen daher, die Planungen zu Gebiet Nr. 6 nicht weiter zu verfolgen.	Siehe 118b.01	Nicht zu berücksichtigen.
118b	118b.03	SO 13	Das Vorranggebiet Nr. 13 (östlich von Holßel, westlich der A27) liegt in unmittelbarer Nähe der Sicht An- / Abflugstrecke "Sierra" des Militärflugplatzes/Flughafen Nordholz. Da Mindestabstände von höheren Hindernissen wie z.B. Windkraftanlagen zu Meldepunkten sowie zu Sicht-An- und -Abflugstrecken weder in einer entsprechenden Richtlinie oder AW des BMVI noch in einer anderen Form festgelegt sind, können lediglich die Vorgaben aus der LuftVO (insbesondere § 12) berücksichtigt werden. Hiernach wären die WKA in einer Höhe von mindestens 150 m oberhalb der höchsten Höhe zu überfliegen bzw. in einem Mindestabstand von 150 m zu umfliegen. Aus unserer Sicht kann dies bei marginalen Wetterbedingungen (tief hängende Wolke, SVFR-Bedingungen) nicht sichergestellt werden. Die DFS hält einen Abstand von mindestens 1000 m zu jeder Seite von Sicht-An- und -Abflugstrecken für erforderlich, um dem Luftfahrzeugführer auch weiterhin eine Umkehrkurve bei marginalen Wetterbedingungen zu ermöglichen.	Dies ist im Genehmigungsverfahren nach BimSchG zu klären. Möglicherweise sind Anpassungen in der Anlagenkonfiguration (Anzahl der Anlagen, Positionierung, Höhe) nötig; es ist jedoch nicht ersichtlich, dass durch diesen belang der Standort insgesamt auszuschließen wäre.	Nicht zu berücksichtigen.
118b	118b.04	SO 13	Wir empfehlen daher, die Planungen zu Gebiet Nr. 13 nicht weiter zu verfolgen.	Siehe 118b.04	Nicht zu berücksichtigen.
118b	118b.05	A	Darüber hinaus bleibt unsere gutachtliche Stellungnahme TWR/BL-Ni 3339 vom 09.09.20 14 weiterhin gültig.	Die Stellungnahme wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
120	Avacon AG				
120	120.01	A	im Bereich der im RROP des Landkreises Cuxhaven festgelegten Vorranggebiete für Windenergie verlaufen Versorgungsanlagen unseres Unternehmens.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
120	120.02	A	Am 20.August 2014 haben wir zum Entwurf der Änderung des RROP eine Stellungnahme abgegeben. Diese behält weiterhin Ihre Gültigkeit.	Die Stellungnahme wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
120	120.03	A	Wir möchten Sie bitten, nach Festlegung der Windvorrangflächen diese uns als Shape Dateien zu Verfügung zu stellen. Diese files werden in unseren Netzplanungstools eingepflegt und ermöglichen somit verlässlichere Aussagen zum Netzausbaubedarf.	Georeferenzierte Daten zu den Vorranggebieten und den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen können nach Abschluss des Verfahrens zur Verfügung gestellt werden.	Zu berücksichtigen.
121	E-Plus Mobilfunk GmbH				
121	121.01	A	aus Sicht der E-Plus Mobilfunk GmbH sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden: - ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 24 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.02	SO 03	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: 3, 6, 11, 13, 15, 20, 37, 38, 39 und 40. Alle anderen Gebiete sind nicht betroffen und stellen aus meiner Sicht kein Problem dar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.03	SO 06	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.04	SO 11	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.05	SO 13	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.06	SO 15	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.07	SO 20	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.08	SO 37	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.09	SO 38	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
121	121.10	SO 39	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.11	SO 40	Siehe Stellungnahme 121.02	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.12	A	- zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail elf digitale Bilder, welche den Verlauf unserer Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen verdeutlichen sollen. Die schwarzen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen der E-Plus Mobilfunk GmbH (zusätzliche Info: farbige Verbindungen gehören zu Telefonica Germany, werden aber in der Belange-Liste nicht aufgeführt). Die Plangebiete sind in den Bildern nummeriert und mit einer dicken orangen Linie eingezeichnet. Bei betroffenen / kritischen Gebieten erfolgt die Nummerierung in der Farbe Rot.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.13	A	- im Umkreis von 250m um unsere Funkstandorte herum dürfen keine Windenergieanlagen aufgebaut werden, um Störungen auszuschließen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
121	121.14	A	- da von Ihrer Seite keine Angaben zu dem geplanten WEA Typ und Standortkoordinaten gemacht wurden, konnte keine genauere Überprüfung erfolgen. Sobald Ihnen der genaue Anlagentyp und die Standortkoordinaten bekannt sind, bitten wir Sie uns die Daten zu übermitteln, damit eine genauere Überprüfung erfolgen kann.	Die Beteiligung der Betreiber von Richtfunkverbindungen im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz wird sichergestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
121	121.15	A	Es gelten folgende Eckdaten für die Funkfelder dieser Telekommunikationslinien: [Es folgt eine Tabelle in der die Richtfunktrassen und Funkverbindungen aufgelistet sind]	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.16	A	Man kann sich diese Telekommunikationslinien als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
121	121.17	A	Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
121	121.18	A	Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.	Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms werden Richtfunkstrecken nicht dargestellt. Diese Thematik wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens behandelt.	Nicht zu berücksichtigen.
123	Ericsson Service GmbH				
123	123.01	A	Die Firma Ericsson hat bezüglich des Standortes Ihrer Windkraftanlage(n) keine Einwände. Von weiteren Anfragen bitten wir abzusehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	EWE Netz GmbH				
124	124.01	A	vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des o. g. Raumordnungsprogramms. Bezug nehmend auf die aktuelle Anfrage vom 02.07.2015, behält unsere Stellungnahme vom 5. August 2014 weiterhin ihre Gültigkeit. Ergänzend dazu haben wir noch folgende Anmerkungen.	Die Stellungnahme wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
124	124.02	A	Die Erdgashochdruckleitungen sind zur Sicherung Ihres Bestandes in einem Schutzstreifen (in der Regel 4 m links und 4 m rechts der Rohrachse) verlegt und durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit dinglich gesichert. In diesem Bereich dürfen keine baulichen Anlagen errichtet und betrieben werden sowie Bepflanzungen vorgenommen werden. Die Lagerung von Material ist unzulässig. Vor dem Befahren mit Arbeitsgeräten bzw. Fahrzeugen und bei Rammarbeiten muss eine Prüfung und Freigabe durch EWE NETZ erfolgen. Bei Arbeiten innerhalb des Schutzstreifens und Kreuzung der Leitungen hat eine örtliche Einweisung durch EWE NETZ zu erfolgen. EWE NETZ stellt während der Arbeiten im Schutzstreifen eine Bauaufsicht. Den Anweisungen der Bauaufsicht zum Schutz der Erdgashochdruckleitungen ist Folge zu leisten.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
124	124.03	A	Zusätzlich ist bei Kreuzungen und Parallelverlegungen innerhalb des Schutzstreifens der Erdgashochdruckleitungen ein Interessenabgrenzungsvertrag mit EWE NETZ vor Baubeginn abzuschließen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
124	124.04	A	Windenergieanlagen dürfen nur außerhalb eines Sicherheitsbereichs zu einer Erdgashochdruckleitung errichtet werden. Die folgenden Mindestabstände in Abhängigkeit von Nabenhöhe (NH) und Leitung (P) sind einzuhalten: Nabenhöhe (NH) bis 60 m - 0,5 MW < P < 1,5 MW: 25 - 1,5 MW ≤ P < 3,0 MW: 25 - 3,0 MW ≤ P < 4,5 MW: / - 4,5 MW ≤ P < 8,0 MW: / Nabenhöhe (NH) bis 80 m - 0,5 MW < P < 1,5 MW: 25 - 1,5 MW ≤ P < 3,0 MW: 25 - 3,0 MW ≤ P < 4,5 MW: 25 - 4,5 MW ≤ P < 8,0 MW: / Nabenhöhe (NH) bis 100 m - 0,5 MW < P < 1,5 MW: 25 - 1,5 MW ≤ P < 3,0 MW: 25 - 3,0 MW ≤ P < 4,5 MW: 25 - 4,5 MW ≤ P < 8,0 MW: 25 Nabenhöhe (NH) bis 120 m - 0,5 MW < P < 1,5 MW: / - 1,5 MW ≤ P < 3,0 MW: 25 - 3,0 MW ≤ P < 4,5 MW: 25 - 4,5 MW ≤ P < 8,0 MW: 30 Nabenhöhe (NH) bis 150 m - 0,5 MW < P < 1,5 MW: / - 1,5 MW ≤ P < 3,0 MW: 25 - 3,0 MW ≤ P < 4,5 MW: 30 - 4,5 MW ≤ P < 8,0 MW: 35	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
124	124.05	A	Die BeLastung durch die AnLage muss statisch und dynamisch bestimmt worden sein. Wird der Mindestabstand unterschritten, sind vom Anlagenbetreiber Nachweise über weitergehende technische Maßnahmen zur Anlagensicherheit beizubringen. Das Versagen von Maschinenkomponenten darf kein inakzeptables Risiko für den Betrieb der Erdgashochdruckleitung darstellen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
124	124.06	SO 09	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 9 - Geversdorf-Oberndorf	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.07	SO 10	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 10 - Heerstedt-Lohe	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.08	SO 17	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 17 - Lamstedt-Mittelstehnahe	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.09	SO 21	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 21 - Lintig-Meckelstedt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.10	SO 32	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 32 - Osterbruch/Kehdingbruch	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.11	SO 36	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 36 - Uthlede	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.12	SO 40	Die Prüfung der zeichnerischen Darstellung hat ergeben, dass die foLgenden WEA-Gebiete von Gashochdruckleitungen der EWE NETZ GmbH gekreuzt werden. Detailkarte 40 - Lamstedt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
124	124.13	A	Die in dieser SteLLungnahme genannten Mindestabstände sind bei der zukünftigen Aufstellung von WEA besonders zu beachten.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
124	124.14	A	Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere notwendige Betriebsarbeiten wegen begründeter Vorgaben oder Freigaben erforderlich werden, sollen für die technische Vorgehensweise die geltenden gesetzlichen Regelungen und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und dementsprechend der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostenverteilung vertraglich geregelt.	Eine Beteiligung im weiteren Verfahren wird sichergestellt.	Kenntnisnahme
126	ExxonMobil Production Deutschland GmbH				

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
126	126.01	A	die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr. Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB und MEEG, danken Ihnen für die weitere Beteiligung in der o.a. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass unsererseits keine weiteren Anmerkungen und / oder Hinweise erforderlich sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
126	126.02	A	Als Anlage fügen wir eine aktuelle Übersichtskarte mit unserer Konzession Bergwerkseigentum Jade-Weser bei.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
126	126.03	A	Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	Kabel Deutschland				
127	127.01	SO 40	Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.02	SO 40	In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.03	SO 39	Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.04	SO 01	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.05	SO 02	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.06	SO 03	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.07	SO 04	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.08	SO 05	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.09	SO 06	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.10	SO 07	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.11	SO 08	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.12	SO 09	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.13	SO 10	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.14	SO 11	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.15	SO 12	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.16	SO 13	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.17	SO 14	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.18	SO 38	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.19	SO 37	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.20	SO 36	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.21	SO 34	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.22	SO 32	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.23	SO 31	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.24	SO 30	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.25	SO 28	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.26	SO 35	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.27	SO 33	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.28	SO 29	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.29	SO 26	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.30	SO 23	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
127	127.31	SO 27	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.32	SO 25	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.33	SO 24	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.34	SO 22	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.35	SO 21	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.36	SO 20	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.37	SO 19	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.38	SO 18	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.39	SO 17	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.40	SO 16	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
127	127.41	SO 15	Siehe Stellungnahme 127.03	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	O2 Telefónica Germany GmbH				
129	129.01	A	aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden: - ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 20 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.02	SO 02	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Bederkesa-Alfstedt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.03	SO 04	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Bramstedt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.04	SO 06	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Cuxhaven-Altenbruch	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.05	SO 15	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Kirchwistedt-Altewistedt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.06	SO 19	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Langen-Krempel	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.07	SO 23	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Loxstedt-Stotel	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.08	SO 26	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Neuenkirchen	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.09	SO 29	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Nordleda	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.10	SO 32	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Osterbruch/Kehdingbruch	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.11	SO 36	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Uthlede	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.02	SO 17	- folgende Gebiete / Standorte sind betroffen: Lamstedt-Mittelstenahe	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
			Alle anderen Gebiete sind nicht betroffen und stellen aus meiner Sicht kein Problem dar.		
129	129.12	A	- zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigelegt zur E-Mail zwölf digitale Bilder, welche den Verlauf unserer Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen verdeutlichen sollen. Die farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen von Telefónica Germany GmbH & Co. OHG (zusätzliche Info: schwarze Verbindungen gehören zu E-Plus werden aber in der Belange-Liste nicht aufgeführt). Die Plangebiete sind in den Bildern nummeriert und jeweils mit einer dicken orangen Linie eingezeichnet. Bei betroffenen / kritischen Gebieten erfolgt die Nummerierung in der Farbe Rot.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.13	A	- im Umkreis von 250m um unsere Funkstandorte herum dürfen keine Windenergieanlagen aufgebaut werden, um Störungen auszuschließen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
129	129.14	A	- da von Ihrer Seite keine Angaben zu dem geplanten WEA Typ und Standortkoordinaten gemacht wurden, konnte keine genauere Überprüfung erfolgen. Sobald Ihnen der genaue Anlagentyp und die Standortkoordinaten bekannt sind, bitten wir Sie uns die Daten zu übermitteln, damit eine genauere Überprüfung erfolgen kann.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
129	129.15	A	Es gelten folgende Eckdaten für die Funkfelder dieser Telekommunikationslinien: [Es folgt eine Tabelle in der die Richtfunktrassen und Funkverbindungen aufgelistet sind]	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
129	129.16	A	Man kann sich diese Telekommunikationslinien als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
129	129.17	A	Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
129	129.18	A	Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.	Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms werden Richtfunkstrecken nicht dargestellt. Diese Thematik wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens behandelt.	Nicht zu berücksichtigen.
130	TenneT TSO GmbH				
130	130.01	A	durch den Landkreis Cuxhaven verläuft unsere oben genannte Höchstspannungsfreileitung. Der Verlauf unserer Leitung ist in der zeichnerischen Darstellung aufgeführt. Unsere Leitung ist von den folgenden Standorten für Windenergienutzung betroffen: • Bereich 5, Bramstedt — Wittstedt • Bereich 10, Heerstedt — Lohe • Bereich 11, Heerstedt — Lunestedt • Bereich 16, Köhlen — Brockoh • Bereich 36, Uthlede	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
130	130.02	A	Wir bitten Sie die folgenden Punkte mit in die beschreibende Darstellung und zeichnerische Darstellung mit aufzunehmen: Nach DIN EN 50341 -2-4 (VDE 0201-2): 2015-05 (Entwurf) sind zwischen dem äußersten ruhenden Leiter der Freileitung und der Turmachse der Windenergieanlage mindestens folgende Abstände einzuhalten: aWEA = 0,5 x DWEA + aRaum + aLIG Dabei ist aWEA der waagerechte Abstand zwischen äußerstem ruhendem Leiter der Freileitung und Turmachse der Windenergieanlage, DWEA der Durchmesser des Rotors der Windenergieanlage, aLTG der waagerechte spannungsabhängige Mindestabstand (> 11 0-kV = 30 m) und aRaum der Arbeitsraum für Montagekrane für Errichtung und betriebsbedingte Arbeiten an der Windenergieanlage (liegen für den Arbeitsraum aRaum keine Angaben vor, kann ein Wert von 25 m angenommen werden).	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
130	130.03	A	Liegen die geplanten Windenergieanlagen innerhalb eines Abstandes von 3 x Rotordurchmesser so ist zu prüfen ob die Freileitung im Bereich der Nachlaufströmung liegt, in diesem Fall werden schwingungs dämpfende Maßnahmen erforderlich. Hierzu sind uns zur detaillierten Bearbeitung die Lage (Lageplan oder Koordinaten), die Abmessungen sowie die Standorte der Windenergieanlagen mit NN-Angaben anzugeben.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
130	130.04	A	An diesem Verfahren bitten wir Sie uns auch weiterhin zu beteiligen.	Eine Beteiligung im weiteren Verfahren wird sichergestellt.	Zu berücksichtigen.
132	Nieders. Landvolk Kreisverband Bremervörde e.V.				
132	132.01	SO 15	von Windparkplanungsfirmen sind Grundstückseigentümer in einem Gebiet in der Gemarkung Altwistedt/Ahe darauf aufmerksam gemacht worden, dass möglicherweise das unten näher dargestellte Gebiet als Erweiterung des Windparks Kirchwistedt-Altewistedt interessant sein könnte. Daraufhin hat das Landvolk Bremervörde die Grundstückseigentümer informiert und es hat sich einenZusammenschluss der Grundstückseigentümer gegründet — die Interessengemeinschaft Windpark Altwistedt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
132	132.02	SO 15	Ziel der Interessengemeinschaft ist es, von Seiten der Grundeigentümer interne Abstimmungen durchzuführen und nach außen einheitlich und geschlossen aufzutreten. Darüber hinaus sollen bei einer Ausweisung durch den Landkreis gute Konzepte zur Realisierung eines Bürgerwindparks und weitere positive regionale Aspekte umgesetzt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
132	132.03	SO 15	Die Grundeigentümer würden eine Ausweisung des Gebietes als Vorrangfläche für Windenergieanlagen sehr begrüßen und haben mit der Firma eNatura einen Nutzungsvertrag geschlossen, der auch die Option auf die Umsetzung eines Bürgerwindparks enthält. Vor dem Hintergrund der bereits in der Region bestehenden Windparkfläche und der geplanten Erweiterung gern. der Planungen im Entwurf Juni 2014 erscheint das Gebiet für eine Erweiterung des Windparks Kirchwistedt/Altwistedt sehr geeignet zu sein. Im Namen der Interessengemeinschaft Windpark Altwistedt möchten wir Sie bitten, die Einbeziehung dieses Gebietes noch einmal zu überprüfen.	Eine nochmalige Erweiterung des bestehenden Windparks ist durch das einheitliche Planungskonzept nicht möglich. Die Potentialfläche, um die der Windpark auf Wunsch der Interessengemeinschaft Windpark Altwistedt erweitert werden soll, wird durch eine Landesstraße sowie einem Wald und einen Puffer von 100m zum Wald von dem ausgewiesenen Vorranggebiet abgetrennt. Ein optisch zusammenhängender Park ist somit aus Sicht des Landkreises Cuxhaven nicht gegeben. Als eigenständiger Windpark kann diese Potentialfläche ebenfalls nicht ausgewiesen werden, da sie nicht den Kriterien des Landkreises entspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
133	Landesbüro Naturschutz Niedersachsen				
133	133.01	A	im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 3 NROG gibt das Landesbüro Naturschutz Niedersachsen für den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Niedersachsen sowie die Kreisgruppe des BUND Cuxhaven, den Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V. und den Naturschutzverband Niedersachsen e. V. (NVN) (nachfolgend die Verbände genannt) zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie folgende Stellungnahme ab:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
133	133.02	A	Zunächst einmal müssen wir feststellen, dass eine umfassende Prüfung der Unterlagen mit einem Gesamtumfang von 600 Seiten in der gesetzten Zeit — zumal in der Haupturlaubs- und Ferienzeit — kaum leistbar ist. Insofern begrüßen die Verbände die zugesagte Fristverlängerung und danken Ihnen hierfür.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
133	133.03	A	Die Kreisgruppe Cuxhaven des BUND hatte mit Schreiben vom 12.12.2013 und 12.8.2014 Stellungnahmen zur Änderung des RROP für den Landkreis Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie, abgegeben. Von Seiten der BUND Kreisgruppe Cuxhaven werden die beiden Stellungnahmen (12.12.2013 und 12.8.2014) in vollem Umfang aufrecht gehalten.	Die Stellungnahme des BUND wurde im entsprechenden Verfahren zum RROP 2014 ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.04	A	Aus den ausgelegten Dokumenten ist nicht ersichtlich, ob sich der Landkreis mit den vorgebrachten Argumenten der 127 erfassten Einwendungen befasst hat und inwieweit eine Berücksichtigung und eine Abwägung (oder Nichtberücksichtigung) der einzelnen vorgebrachten Argumente stattgefunden haben könnte. Aus Sicht der Verbände stellt dies einen Verfahrensfehler dar, der zu korrigieren ist. Die Stellungnahme vom 12.8.2014 der BUND Kreisgruppe Cuxhaven wird als Anlage diesem Schreiben beigelegt.	Die angehängte Stellungnahme des BUND zum RROP Entwurf 2014 wurde bereits im entsprechenden Verfahren ausgewertet. Der Landkreis Cuxhaven ist bei der Auslegung eines RROP Entwurfs nicht verpflichtet vorzulegen, wie die eingegangenen Stellungnahmen eines vorherigen Entwurfs ausgewertet wurden. Im Zuge des weiteren Verfahrens werden Erörterungstermine für die TÖB und privaten Einwander stattfinden. Im Vorfeld dieser Erörterungstermine werden die Synopsen zu den Stellungnahmen zum Entwurf 2014 und Entwurf 2015 veröffentlicht.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.05	A	Grundsätzlich wird festgestellt, dass der Landkreis Cuxhaven seine Kapazitätsgrenzen bzgl. des Ausbaus von Windenergie weitgehend ausgeschöpft hat.	Für den Ausbau der Windenergie bestehen keine Kapazitätsgrenzen. Der Ausbau der Windenergie wird über ein einheitliches Planungskonzept geregelt, in dem alle zu beachtenden Belange eingestellt wurden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.06	E 01	Es wird darauf hingewiesen, dass bezüglich der aufgeführten Schutzgebiete (Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete, Nationalparks, gesetzlich geschützte Biotope) - auch bei Einhaltung der im Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven fixierten Ausschluss- und Abstandswerte - negative Auswirkungen auf die Gebiete nicht pauschal ausgeschlossen werden können. Dies gilt insbesondere für Natura 2000-Gebiete zum Schutz von Vogel- und Fledermausarten, für die nach dem NLT-Kriterienkatalog ein Abstand von mindestens 1.200 m empfohlen wird. Der vom NLT wie auch von der LAG VSW2 empfohlene Ausschluss- und Abstandswert wird im Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven (500 m Puffer) deutlich unterschritten.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substanziell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat.	Kenntnisnahme.
133	133.07	E 01	Der Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven berücksichtigt Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung mit einem Puffer von 200 m sowie Vogeleastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung mit einem Puffer von 500 m. Die gewählten Kategorien und Abstandswerte stellen eine der wesentliche Abweichung vom NLT-Kriterienkatalog dar — dort werden Vogelbrutgebiete nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung mit einem Puffer von mindestens 1.200 m und Vogeleastgebiete internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung mit einem Puffer von ebenfalls mindestens 1.200 m empfohlen (Tabelle 1). Auch diese vom NLT wie auch von der LAG VSW empfohlenen Ausschluss- und Abstandswerte werden somit deutlich unterschritten.	Siehe 133.06.	Kenntnisnahme.
133	133.08	E 01	Aus Sicht der Verbände ist diese Vorgehensweise nicht nachvollziehbar und fachlich nicht haltbar. Die massive Unterschreitung der Ausschluss- und Abstandswerte zeigt dann, dass es in der Praxis zu naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Konflikten führt. Allein bei den Windparks entlang der Wurster Küste (Schottwarden, Misseiwarden, Padingbüttel, Cappel-Neufeld, Spieka-Neufeld) werden die empfohlenen Mindestabstände massiv unterschritten (Tabelle 1 und Tabelle 2). Tabelle 1: Übersicht über fachlich empfohlene Abstände von Windenergieanlagen zu bedeutenden Vogellebensräume nach LAG-VSW (2015) und der NLT-Arbeitshilfe (Okt. 2014). Vogellebensraum: Europäische Vogelschutzgebiete (SPA) mit WEA-sensiblen Arten im Schutzzweck - Empfohlener Mindestabstand: 1.200m Vogellebensraum: Alle Schutzgebietskategorien nach nationalem Naturschutzrecht mit WEA-sensiblen Arten im Schutzzweck bzw. in den Erhaltungszielen - Empfohlener Mindestabstand: 1.200m Vogellebensraum: Feuchtgebiete internationaler Bedeutung entsprechend Ramsar Konvention - Empfohlener Mindestabstand: 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200 m Vogellebensraum: Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung (Rast- und Nahrungsflächen) - Empfohlener Mindestabstand: 10-fache Anlagenhöhe, mind. jedoch 1.200m	Siehe 133.06. - Keiner der Windparks an der Wurster Küste liegt in einem Vorranggebiet Windenergienutzung; die Windparks liegen allesamt in harten bzw. weichen Tabuzonen. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 12 bis 14 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Misseiwarden"), Seite 15 bis 16 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld"), Seite 16 bis 18 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld"), Seite 21 bis 22 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel"), Seite 25 bis 26 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wremen-Schottwarden")]. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer bzw. zum Europäischen Vogelschutz Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.09	E 01	Völlig unberücksichtigt bleibt auch die aus landesweiter Sicht hohe Bedeutung der Binnendeichsflächen entlang des Wurster Seedeichs für die in Niedersachsen vom Aussterben bedrohte Wiesenweihe. Zumindest zwischen Missewarden Im Süden und Spieka-Neufeld Im Norden besteht ein Dichtezentrum für diese Art, das seit vielen Jahren konkret belegt ist. Aufgrund des Schwerpunktorkommens der Wiesenweihe entlang der Wurster-Küste ist eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos — für die oben genannten Windparks - nicht auszuschließen. Im Umweltbericht werden „voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen“ auf die Wiesenweihe bejaht bzw. eine Einzelfallprüfung bzgl. der Wiesenweihe für erforderlich gehalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 12 bis 14 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Missewarden"), Seite 15 bis 16 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld"), Seite 16 bis 18 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld"), Seite 21 bis 22 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel"), Seite 25 bis 26 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wremen-Schottwarden")]. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Missewarden" sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Grob geschätzt etwa 60 % der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu zwei Wiesenweihen-Vorkommen. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld" sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweihen-Vorkommen. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld" sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweihen-Vorkommen. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel" sind mehrere Wiesenweihen-Vorkommen vorhanden. Die Sonderbaufläche liegt vollständig innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu diesen Wiesenweihen-Vorkommen. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer bzw. zum Europäischen Vogelschutz Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.
133	133.10	A	Die Verbände fordern eine sach- und fachgerechte Auseinandersetzung der artenschutzrechtlichen Problematik —vor allem bei Anhang I und windsensiblen Arten.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.11	E 11	Ein Repowering ist aus naturschutzfachlicher und artenschutzrechtlicher Sicht an keinem der Standorte entlang der Wurster Nordseeküste zu rechtfertigen. Die Standorte befinden sich innerhalb eines geschlossenen Bandes weicher Tabuzonen entlang der Küstenlinie. Betroffen sind u.a. ein Nationalpark und Natura 2000-Gebiete zum Schutz von Vogel- und Fledermausarten. Selbst die im Vergleich zum NLT-Kriterienkatalog deutlich reduzierten Abstandswerte zu diesen Gebieten im Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven (500 m) — mit denen sich nicht einverstanden erklärt wird - werden teilweise nicht eingehalten.	Siehe 133.06. - Keiner der Windparks an der Wurster Küste liegt in einem Vorranggebiet Windenergienutzung; die Windparks liegen allesamt in harten bzw. weichen Tabuzonen. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 12 bis 14 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Misselwarden"), Seite 15 bis 16 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld"), Seite 16 bis 18 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld"), Seite 21 bis 22 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel"), Seite 25 bis 26 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wremen-Schottwarden")]. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Europäischen Vogelschutzgebiet Niedersächsisches Wattenmeer bzw. zum Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.
133	133.12	E 11	Zudem genehmigte die damalige Bezirksregierung Lüneburg den F-Plan der Gemeinde Nordholz für den Bereich Cappel-Neufeld erst nach jahrelangem Zögern unter der klaren Maßgabe, dass eine Verträglichkeit mit den Schutzgütern des NP Nieders. Wattenmeer nur bei einer Höhenbegrenzung von u.W. <55 m Gesamthöhe gegeben sei.	Der aktuell gültige Flächennutzungsplan ist der Flächennutzungsplan der Gemeinde Nordholz, der am 7. April 2014 genehmigt und am 26. Juni 2014 bekannt gemacht wurde. Der Flächennutzungsplan enthält keine direkte Höhenfestlegung, jedoch eine indirekte Höhenfestlegung über den Bauschutzbereich. - Die Abwägung zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld" wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
133	133.13	E 11	Tabelle 2: Beispiel Windparks für die Unterschreitung der empfohlenen Mindestabstände im Landkreis Cuxhaven Windpark Standort: Schottwarden - Distanz zum EU-VSG und Nationalpark-Außengrenze (m): 121 Windpark Standort: Misselwarden - Distanz zum EU-VSG und Nationalpark-Außengrenze (m): 960 Windpark Standort: Padingbüttel - Distanz zum EU-VSG und Nationalpark-Außengrenze (m): 358 Windpark Standort: Cappel-Neufeld - Distanz zum EU-VSG und Nationalpark-Außengrenze (m): 528 Windpark Standort: Spieka-Neufeld - Distanz zum EU-VSG und Nationalpark-Außengrenze (m): 742	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 12 bis 14 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Misselwarden"), Seite 15 bis 16 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Cappel-Neufeld"), Seite 16 bis 18 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Nordholz/Spieka-Neufeld"), Seite 21 bis 22 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Padingbüttel"), Seite 25 bis 26 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Wremen-Schottwarden")]; dort sind auch die Abstände zum Nationalpark, zum Europäischen Vogelschutzgebiet, zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung und zum Biosphärenreservat angegeben. - Die angegebenen Werte liegen allesamt in den Spannen, die in der Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 angegeben sind.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.14	E 11	Die Konsequenz ist, dass In vielen Verfahren aufwändige Untersuchungen über mehrere Jahre von Behörden und Naturschutzverbänden gefordert werden (Bsp. Raumnutzungsanalysen), umfangreiche Betriebseinschränkungen, die unter Umständen die Wirtschaftlichkeit der Vorhaben in Frage stellen, bis hin zu Versagungen der Errichtung von WEA oder die Versagung ganzer Windparks (Naturschutzfachliche Einschätzung, S. 12).	Diese Aussage ist korrekt. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, zum Europäischen Vogelschutzgebiet Niedersächsisches Wattenmeer bzw. zum Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Teilweise zu berücksichtigen.
133	133.15	E 11	Die Einschätzung des Landkreises Cuxhaven (Begründung und Erläuterung, S. 68), dass eine Zunahme der beanspruchten Rotorfläche von 15 % als nicht wesentlich angesehen wird, ist fachlich nicht begründet. Es ist zu bedenken, dass bisher nicht beanspruchte Höhenbereiche zusätzlich von Rotoren überstrichen werden.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
133	133.16	E 01, E 11	Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Kritikpunkte. So sind die verwendeten bzw. zur Verfügung stehenden Daten insbesondere zu betroffenen Biotoptypen und ganz besonders zu Brut- sowie Gast- und Zugvögeln eindeutig unzureichend. Im Hinblick auf die Darlegungen zu noch erforderlichen Daten ist eine durchgängige Ausweisung von Vorrangstandorten mit Ausschlusswirkung oder von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nicht möglich. Allenfalls zulässig wäre diesbezüglich die Ausweisung von Eignungsgebieten bzw. von Gebieten mit Artenschutzvorbehalt.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. Generell von einer unzureichenden Datengrundlage zu sprechen, wäre jedoch <u>nicht</u> sachgerecht. Möglicherweise lagen noch nie so viele Informationen zu Brut- und Gastvögeln vor wie derzeit - vor allem aus einer Vielzahl von Gutachten im Rahmen von Planungen und Verwaltungsverfahren (Bodenabbau, Straßen- und Wegebau, Windenergie, Flurneuordnung usw.).	Kenntnisnahme.
133	133.17	E 01, E 11	Eine grundsätzliche Konfliktverlagerung auf nachgeordnete Planungs- und Zulassungsebenen, wie sie hier erfolgt, ist nach Auffassung der Verbände nicht zulässig und stellt einen grundsätzlichen Mangel dar.	Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.18	E 01, E 11	So gibt es bei mehreren Windparks z.B. erhebliche Widersprüche zwischen der naturschutzfachlichen Einschätzung und den sonstigen Unterlagen (z.B. WP Bramstedt). Die Eignung der Gebiete hätte durch den Landkreis hinreichend geprüft werden müssen, um ein Vorranggebiet mit Ausschlusswirkung bzw. ein Repowering in „bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ begründen zu können.	Dies bedarf der Betrachtung des Einzelfalls. Es ist nicht erkennbar, was in der Einwendung mit "sonstigen Unterlagen" gemeint ist. - Seitens des Landkreises Cuxhaven sind alle Potenzialflächen und alle Sonderbauflächen Windenergienutzung geprüft worden; die Ergebnisse sind in der öffentlich zugänglichen Naturschutzfachlichen Einschätzung zum Entwurf 2015 bzw. in der Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 niedergelegt. Dieses stellt für diese Planungsebene eine ausgesprochen detaillierte Auseinandersetzung mit den Schutzgütern des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar. Weitergehende Klärungen sind nachgelagert auf der Ebene des Flächennutzungsplans - mit Festlegung der Gesamtanlagenhöhe - bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung - mit Bearbeitung der Eingriffsregelung - erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.19	E 11	Diesbezüglich nicht erklärbar ist die Einbeziehung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen für das Repowering, wenn dort noch gar keine Anlagen vorhanden sind (z.B. WP Geversdorf/Oberndorf, WP Bramstedt und südl, Teilflächen vom WP Schottwarden).	Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche berücksichtigt den Planungswillen der Gemeinden. Diese Flächen wurden in der gemeindlichen Bauleitplanung als Gebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen. Dabei ist unabhängig, ob auf diesen Flächen bereits Anlagen stehen oder nicht. Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden im Rahmen einer Abwägung kritisch auf eine Übernahme geprüft.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.20	E 01, E 11	Allesamt sind dies nicht verantwortbare Festlegungen von WP-Arealen, teils nach eigener Einschätzung des Landkreises, teils aufgrund der gegenwärtig absolut unzureichenden Datenlage.	Siehe 133.18.	Kenntnisnahme.
133	133.21	SO 09	Besonders erklärungsbedürftig ist auch die vor nicht allzu langer Zeit erfolgte Genehmigung des F-Plans zum WP Geversdorf/Oberndorf auf derselben Datengrundlage, die der Landkreis selbst zuvor als so unzureichend eingestuft hatte, dass er die BlmschG-Anträge für dieselben Flächen abgelehnt hatte.	Dies ist nicht Gegenstand der Aufstellung des RRÖP.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.22	E 11	Nicht zutreffend ist weiterhin die Argumentation auf 5, 46 (Begründung und Erläuterung), dass dieser Park nicht „überdimensioniert“ sei. Die vorhandenen Anlagen auf dem angrenzenden StaUer Kreisgebiet werden einfach ausgeblendet, eine — eigentlich erforderliche — Ergänzungsbetrachtung der geplanten Erweiterung in diesem Gebiet fehlt. Dies steht in Widerspruch zu der sonstigen Vorgehensweise innerhalb des Kreisgebietes, wonach sich optisch ergänzende Windparks als zusammenhängend betrachtet werden.	Die entsprechende Passage in der Begründung wird überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
133	133.23	E 11	Abgesehen davon ist schon auf Basis der eigentlich unzureichenden Datenlage (s.o.) nach eigenem Bekunden des LK Cuxhaven im Bereich dieses WPs von einem „wertvollen Vogellebensraum“ auszugehen. Insofern ist die Ausweisung und insbesondere die bereits erfolgte F-Plangenehmigung nicht begründbar, zumal auch in keiner Weise von einem Repowering gesprochen werden kann, wenn noch keine Anlagen auf dem Kreisgebiet vorhanden sind.	Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche berücksichtigt den Planungswillen der Gemeinden. Diese Flächen wurden in der gemeindlichen Bauleitplanung als Gebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen. Dabei ist unabhängig, ob auf diesen Flächen bereits Anlagen stehen oder nicht. Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden im Rahmen einer Abwägung kritisch auf eine Übernahme geprüft. Die Genehmigung der Flächennutzungsplanung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.24	E 11	Nicht zu rechtfertigen ist auch, dass wesentliche Sachverhalte wie die bereits erheblich gegenüber den Standards des NLT und der LAG-VSW abgesenkten Abstandsempfehlungen zu bedeutenden Gast- und Brutvogelgebieten bei den allermeisten der ausgewiesenen Gebiete weitgehend unberücksichtigt bleiben, nämlich bei den „bauplanerisch gesicherten Bereichen“. Dies ist in Anbetracht der bereits erwähnten mangelhaften Datenlage und der z.B. im Umweltbericht Teil C, S.9 aufgezeigten erheblichen Umweltauswirkungen für eine Vielzahl von Gebieten — 12 von 13 Vorranggebieten und 33 von 35 bauleitplanerisch gesicherten Bereichen! — völlig unverständlich. Damit wären in fast allen Gebieten die für die Errichtung von raumordnerisch relevanten WEA grundsätzlichen, bereits erheblich abgesenkten Maßgaben (weiche Tabuzonen) nicht von Relevanz — die Ausnahme würde zur Regel!	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft. Hierbei werden auch die Tabuzonen in die Abwägung eingestellt.	Zu berücksichtigen.
133	133.25	E 11	Diese Verfahrensweise ist aus Naturschutzsicht nicht akzeptabel, zumal artenschutzrechtliche Belange nicht abwägbar sind und die sich hieraus ergebenden Eingriffsfolgen in keiner Weise sachgerecht abgearbeitet werden können, da weder die erforderlichen Flächen zur Optimierung verfügbar sind noch die Bereitschaft der Investoren zur Umsetzung von Maßnahmen in der erforderlichen Größe und Qualität vorhanden sein dürfte. Folge ist die Zuspitzung der Auseinandersetzungen auf der Ebene der Genehmigungsverfahren.	Siehe 133.18.	Kenntnisnahme.
133	133.26	E 11	Angeführt werden als Abwägungsgrundlage durchgehend die Interessen der Investoren und der Grundeigentümer. Eine sachgerechte Würdigung der naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Belange findet dagegen auf der Regionalplanungsebene infolge der gegenüber fachwissenschaftlichen Erkenntnissen abgesenkten Standards (z.B. 500 statt 1 200 m Pufferzone bei FFH/Vogelschutzgebieten) und Verlagerung der Auseinandersetzung mit naturschutzfachlichen Belangen in nachgeordnete Verfahrenswege nicht statt.	Alle naturschutzfachlichen Belange, die auf Ebene der Regionalplanung behandelt werden können, werden im Rahmen der Abwägung eingestellt. Belange, die beispielsweise aufgrund der nicht bekannten Anlagenkonfiguration nicht weiter geprüft werden können, werden in den nachgelagerten Verfahren behandelt.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.27	A	Zu hinterfragen ist auch die noch in den letzten Monaten während der Aufstellungsphase dieser RROP-Fortschreibung geübte Praxis des 1K Cuxhaven, F-Pläne zu genehmigen und Genehmigungen für Gebiete zu erteilen, denen nach den durch den LK selbst gesetzten Maßgaben (harte/weiche Tabuzonen) kein Vorrangstatus zugemessen werden konnte (z.B. WP Köhlen-Brockoh, WP Lunestedt, WP Appeln und mehr).	Dies ist nicht Gegenstand der Aufstellung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.28	B 02	Noch einige Anmerkungen zur Raumbedeutsamkeit von WEA (Ziffer 4.22-02 und Umweltbericht Teil C, 5. 6): Aus Sicht der Verbände ist die Festlegung einer Regelhöhe von 75 m für raumbedeutsame WEA nicht akzeptabel. In Anbetracht der insbesondere an der Wurster Küste vorzufindenden derzeitigen Anlagenhöhen und der besonderen Sensibilität der teilweise gehölzfreien Marschenlandschaft ist diese Höhe nicht zu begründen; abgesehen vom WP Spieka-Neufeld sind auf allen Standorten dieser Region niedrigere Anlagen vorzufinden. Eine Regelhöhe von 75 m hätte zur Folge, dass erheblich höhere als die derzeit raumbedeutsamen Anlagen außerhalb von ausgewiesenen WP-Arealen errichtet werden könnten. Dies liefe dem Ziel einer geordneten Entwicklung von WEA-Standorten diametral entgegen und könnte eine vollständige Überprägung derartiger Landschaftsräume zur Folge haben. Diese Höhe ist in keiner Weise hergeleitet und auf 50 m zu reduzieren, eine Regelhöhe, wie sie im Landkreis Cuxhaven schon bis 2012 gegolten hat. Dies würde der Errichtungsmöglichkeit von „Klein-WEA4 nicht entgegenstehen und bei sachgerechter Genehmigungspraxis eine ungeordnete Entwicklung verhindern können (ähnlich praktiziert im LK Stade).	Die Frage, ob eine Anlage als raumbedeutsam einzustufen ist, wird immer im konkreten Einzelfall beantwortet. Dabei sind natürlich auch naturschutzfachliche Belange zu berücksichtigen. Bei der Höhe von 75m handelt es sich lediglich um eine in der Begründung genannte Regelvermutung. Auch bei der Errichtung von Anlagen, die als nicht raumbedeutsam eingestuft werden, müssen selbstverständliche naturschutzfachliche Belange berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
133	133.29	E 01	<p>Zu Auswirkungen auf das Landschaftsbild: Die Ausführungen in Kap. 2.6 im Umweltbericht Anhang 1 stehen in Widerspruch zu den Ausführungen in den Kap. 2.6.2, 2.6.3 und 2.6.4. Die aufgeführten Schutzkriterien in 2.6 werden in den nachfolgenden Abschnitten wieder verworfen. Mit Verweis auf den Planungsmaßstab werden dann die einzelnen zu berücksichtigenden Faktoren als nicht erheblich für die Regionalplanungsebene bzw. in Abhängigkeit von den konkreten Planungen der Anlagen dargestellt. Nach Auffassung der Verbände wird diese Vorgehensweise dem eigenständig zu berücksichtigenden Schutzgut ‚Landschaftsbild‘ nicht gerecht. Besonders herausragende Landschaftsstrukturen wie gehölzfreie Marschen, Flussniederungen, prägnante Geestabhangbereiche, naturnahe Landschaftsareale u. ä. sind auch über die (vor langer Zeit erfolgte) Ausweisung als LSG hinaus von schutzwürdigem Charakter. Diesbezüglich findet das Schutzgut Landschaftsbild im vorliegenden RROP-Entwurf jedoch keine Beachtung. Die lediglich angesprochene „Wirkung“ im Rahmen der Ersatzgeldberechnung wird dem Schutzgut nicht gerecht.</p>	<p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Eine derartig differenzierte Betrachtung kann auf der Ebene des Regionalplanes nicht erfolgen, so dass eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich ist. Durch die Aufnahme der unter Kap. 2.6 (Umweltbericht Anhang I) beschriebenen Kriterien ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Hier werden auch Besonders herausragende Landschaftsstrukturen als geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG berücksichtigt. Die Bewertung der Umweltwirkungen betrachtet die geschützten Biotope ab einer Mindestgröße von 5 ha. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (wie geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
133	133.30	U	Auch trifft die Darstellung in 2.6.3 nicht zu, wonach größere landschaftlich wertvolle Flächen bei der Planung berücksichtigt worden seien und eine Inanspruchnahme i. d. .R. nicht erfolge, So werden z.B. im Bereich der WP Odisheim und Bramstedt derartige Flächen konkret überplant. Die fehlende Berücksichtigung des Schutzgutes Landschaftsbild stellt einen erheblichen Planungsmangel dar.	Der Umweltbericht berücksichtigt geschützte Landschaftsbestandteile. Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG weder in den potenziellen Vorranggebieten Odisheim-Stinstedt und Bramstadt noch in deren Umfeld. Die Bewertung der Umweltwirkungen betrachtet die geschützten Biotope ab einer Mindestgröße von 5 ha. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (wie geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
133	133.31	A	Für die Verbände drängt sich der Eindruck auf, dass alle Regelungen, die über ein gültiges Raumordnungsprogramm getroffen werden müssen, durch die Trennung in Vorranggebiete nach Raumordnungsprogramm und Vorranggebiete nach Bauleitplanung (F-Pläne, B-Pläne) ausgehebelt werden sollen. Unter die Regelungen des RROP müssen explizit alle Vorranggebiete für Windenergienutzung fallen.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche werden im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung in das RROP übernommen. Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden einer Abwägung unterzogen. Sie stellen keine Vorranggebiete dar und sind entsprechend gesondert zu betrachten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.32	A	Es wird nicht klar, welche Windparkplanungen zur Umgehung des RROP nach dessen förmlicher Beanstandung und Aufhebung durch F-Pläne und B-Pläne auf den Weg gebracht worden sind. Die vom Landkreis erlassene Veränderungssperre wird offenbar nicht beachtet oder greift aus anderen Gründen nicht. Jetzt beschlossene Windparkvorhaben genießen keinen Bestandsschutz.	Die Veränderungssperre ist in § 14 BauGB geregelt und dient den Behörden zur Sicherung der Bauleitplanung. Das Raumordnungsgesetz (ROG) wiederum gehört nicht zum Baurecht. Dies bedeutet, dass für die Raumordnung das BauGB nicht anzuwenden ist. Der Begriff der Veränderungssperre wird im ROG in § 14 nicht verwendet. Vielmehr ist in diesem Paragraphen die sog. Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geregelt. Eine Untersagung kann nur in Einzelfällen ausgesprochen werden und nicht pauschal für das gesamte Landkreisgebiet. Der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft (RegA) wurde erstmals in der Sitzung am 15.09.2014 seitens der Verwaltung darüber informiert, dass der Landkreis Cuxhaven das Instrument der Untersagung nutzen möchte, um negative Entwicklungen zu verhindern (Sitzungsvorlage 181/2014). Dieses Vorgehen wurde von der Politik gebilligt. In der Sitzung des RegA am 24.06.2015 wurde der neue Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 vorgelegt. Zudem wurde von der Verwaltung darüber informiert, dass man auch weiterhin das Ziel verfolge, mögliche Planungen und Maßnahmen zu untersagen, die den Zielen im Entwurf des RROP widersprechen (Sitzungsvorlage 112/2015). Allerdings wird nun nicht länger der Entwurf 2014, sondern der Entwurf 2015 als Bemessungsgrundlage für eine solche mögliche Untersagung genutzt. Bislang hat der Landkreis Cuxhaven kein Vorhaben untersagt, da kein Vorhaben beantragt wurde, das den Zielen der Raumordnung widerspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.33	A	Für den Fall, dass der Windenergieerlass sowie der dazugehörige Leitfaden beschlossen werden sollten, sei bereits jetzt darauf hingewiesen, dass die Festlegungen für die Verwaltungsebenen verbindlich sind und der Landkreis diese nachträglich durchsetzen müsste.	Dies ist sachlich falsch. Bei der Aufstellung des RROP müssen nur die zu diesem Zeitpunkt gültigen rechtlichen Vorschriften (Gesetze, Richtlinien etc.) beachtet werden. Eine erzwungene nachträgliche Durchsetzung des Windenergieerlasses gibt es nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.34	E 01	Die Festlegung auf eine Mindestgröße für die Vorranggebiete wird ebenfalls gerügt. Auszuweisen sind ausnahmslos alle Gebiete, unabhängig von der Größe, welche sich für die Windkraftnutzung nach den vorgegebenen Kriterien der NLT-Arbeitshilfe und der Empfehlungen der LAG-VSW (2015).	Die Begründung für die Mindestgröße erfolgt in der Erläuterung. Eine Ausweisung aller Potentialflächen ist rechtlich nicht vorgeschrieben.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.35	E 11	Um eine Gleichbehandlung der einzelnen Standorte gewährleisten zu können und zur Sicherstellung der Rechtssicherheit ist bei der Einzelabwägung eine vollständige Berücksichtigung der Kriterien der harten und weichen Tabuzonen zwingend erforderlich. Es wird insofern darauf hingewiesen, dass in den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen — welche die Kriterien zur Ausweisung von Vorranggebieten nicht erfüllen erhebliche Vorbehalte bei der tatsächlichen Realisierbarkeit von WEA, zumindest in Teilflächen, bestehen können.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft. Hierbei werden auch alle Tabuzonen in die Abwägung eingestellt.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.36	E 11	Sofern artenschutzrechtliche Belange berührt sind, weisen die Verbände darauf hin, dass diese Belange in nachgelagerten Genehmigungsverfahren nicht abwägungsfähig sind. Dieser artenschutzrechtliche Vorbehalt muss insbesondere bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen deutlich kenntlich gemacht werden und auch in der Begrifflichkeit zum Ausdruck kommen (z.B. „Eignungsgebiet für Windenergiegewinnung“).	Die Aussage, dass die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Belange nicht abwägungsfähig sind, ist korrekt. - Für die Vorranggebiete Windenergienutzung ist eine Klärung auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms auf der Grundlage der besten hier verfügbaren Daten herbeigeführt worden; die schließt nicht völlig aus, dass es auf der nachfolgenden Ebene des Flächennutzungsplans bzw. der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens dazu kommt, dass lediglich Teile eines Vorranggebietes Windenergienutzung nutzbar sind. Für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche Windenergienutzung ohne Potenzialfläche ist klar, dass hier Einschränkungen zu erwarten sind. Auf der Ebene des Flächennutzungsplans ist zunächst einmal die Höhe festzulegen. Da in der Regel bereits Windenergieanlagen vorhanden sind - lediglich die Standorte "Bramstedt" und "Geversdorf/Oberndorf" stellen hier Ausnahmen dar -, ist meist eine Vorbelastung gegeben.	Kenntnisnahme.
133	133.37	E 11	Sind keine Potenzialflächen (mehr) vorhanden, ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht auch im Rahmen einer „Ziel Ausnahme-Regelung“ insbesondere dann keine (Neu-)Aufstellung von Anlagen — auch im Rahmen von Repowering — möglich, wenn gravierende naturschutzfachliche/ -rechtliche Konflikte vorhanden sind.	Die naturschutzfachlichen belange wurden auf Basis des Umweltberichtes und der naturschutzfachlichen Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven in die Abwägung eingestellt. Auch ohne Potentialfläche können bauleitplanerisch gesicherte Bereiche im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.38	E 11	Eine weitere Differenzierungsmöglichkeit besteht bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen zwischen bereits bestehenden, im Bau befindlichen Parks oder Parkerweiterungen und solchen Gebieten, die bisher „nur“ im Rahmen einer Flächennutzungsplandarstellung ausgewiesen sind und noch keine Anlagen aufweisen.	Kenntnisnahme. Eine solche Differenzierung ist weder vorgesehen, noch wird sie als erforderlich angesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.39	E 11	In den Unterlagen fehlt eine Differenzierung, welchen Status die im LK Cuxhaven bestehenden Windparks haben, nach: a) Windparks ohne Genehmigungsgrundlage, b) Windparks auf der Grundlage von Flächennutzungsplänen oder Bebauungsplänen c) Windparks nach RROP 2012 d) Windparks in Genehmigungsverfahren mit den jeweils zugehörigen Größenangaben der Flächen.	Eine solche Differenzierung ist weder rechtlich vorgeschrieben, noch wird sie aus Sicht des Landkreises als erforderlich angesehen. Alle wichtigen relevanten Informationen zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen werden in der Begründung gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
133	133.40	A	Bei den Verbänden entsteht der Eindruck, dass im Landkreis Windparks / Windkraftanlagen vorhanden sind, die in keinen Plänen verzeichnet sind. Vor der Diskussion eines Entwurfs sind daher verbindliche Regelungen zu treffen, wie mit nicht genehmigten oder nicht mehr genehmigungsfähigen Windparks umgegangen wird.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche stellen Flächen dar, die in rechtsgültigen und genehmigten Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Im Landkreis Cuxhaven wurden zu keinem Zeitpunkt Windparks errichtet, die nicht genehmigt wurden.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
133	133.41	U	Die Aufstellung von Bosch + Partner im Umweltbericht Teil C ist unvollständig, mit schweren Fehlern behaftet und missverständlich. So findet z.B. das UNESCO Weltnaturerbe Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer keinerlei Erwähnung. Aussagen über Fledermausvorkommen und Fledermausschutz fehlen ebenso, Für eine Beurteilung ist der Teil C nicht geeignet und muss neu erstellt werden.	Das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer wird über die planerische Einbeziehung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer im Umweltbericht berücksichtigt. Die Schutzgebiete sind deckungsgleich. Der Nationalpark "Niedersächsisches Wattenmeer" wird im Umweltbericht Teil C (S. 2) als Ausschlusskriterium für WEA genannt. Daneben ist dem Umweltbericht zu entnehmen, dass die Bewertungsvorschriften für die Schutzgüter im Anhang I ausführlich beschrieben und zusammenfassend dargestellt werden. Im Zuge des Schutzgutes "Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt" (vgl. Kap. 2.2.2 im Umweltbericht Anhang I, S. 5f.) werden Hinweise zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer gegeben. Es liegen keine Daten vom LK Cuxhaven in Bezug auf das Vorkommen von Fledermäusen vor. Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumsprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
133	133.42	E 11	Dass neben der Berücksichtigung bereits getätigter Investitionen auch die wirtschaftlichen Interessen privater Grundstückseigentümer Eingang in die Abwägung bei der Übernahme von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen im Rahmen der „Ziel-Ausnahme-Regelung“ finden, ist bemerkenswert. Da derartige Interessen privater Grundstückseigentümer an jedem alternativen Standort aber wohl ähnlich ausgeprägt sein dürften, erscheint das Kriterium zur Abwägung aus Sicht der Verbände kaum geeignet.	Es ist zwar richtig, dass prinzipiell wahrscheinlich jeder Grundstücksbesitzer ein Interesse an einer monetären Nutzung seines Grundstücks hat, das Interesse von Grundstückseigentümern in bereits in Bauleitplänen ausgewiesenen Windparks ist jedoch insoweit höher zu werten, da diese bereits fest mit ihren Pachten planen. Das Interesse anderer Grundstückseigentümer ist nur allgemeiner Natur.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
133	133.43	A	Aus naturschutzrechtlicher und —rechtlicher Sicht wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren mit dem heutigen Stand mit sehr schweren Verfahrensmängeln behaftet ist, die sich nachträglich nicht heilen lassen. Die NLT-Arbeitshilfe sowie das Helgoländer Papier der LAG-VSW (2015) hätten im Entwurf berücksichtigt und eingearbeitet werden müssen. Dies betrifft insbesondere eine verbindliche Festlegung der Abstandsregelungen nach harten und weichen Tabuzonen.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substanziell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat. - Bei den Empfehlungen in den NLT-Arbeitshilfen "Regionalplanung und Windenergie" sowie "Naturschutz und Windenergie" handelt es sich um fachlich begründete Vorsorgeabstände, nicht mehr - und nicht weniger. In den Differenzen der Kriterienkataloge liegt die Ursache vieler naturschutzfachlicher und -rechtlicher Konflikte bei einer ganzen Reihe von Potenzialflächen, die sich nach dem Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven für den RROP-Entwurf Juni 2015 ergeben. Ohne eine umfangreiche Betrachtung der einzelnen Potenzialfläche dürfte das Ziel, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen, schwerlich erreichbar sein, so auch die Naturschutzfachliche Einschätzung (Seite 12).	Kenntnisnahme.
133	133.44	A	Die Verbände fordern, das laufende Verfahren abubrechen, den Entwurf mit den aufgeführten Hinweisen und Anmerkungen zu überarbeiten und erneut auszulegen.	Der Entwurf 2015 wird überarbeitet. Alle relevanten Hinweise aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werden dabei zugrunde gelegt.	Zu berücksichtigen.
134	Landkreis Cuxhaven Amt 66 (Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft)				
134	134.01	A	Seitens des Amtes 66 bestehen gegen das Regional Raumordnungsprogramm 2015 keine Bedenken, es wurde lediglich aus abfallrechtlicher Sicht folgender Hinweis gegeben: Falls ein WEA Standort auf einer ehemaligen Abfalldeponie errichtet wird, ist der Landkreis Cuxhaven – Amt Wasser- und Abfallwirtschaft – einzuschalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	Landkreis Cuxhaven Amt 63.1 (Baudenkmalpflege)				
135	135.01	E 01	Auch im regionalen Raumordnungsprogramm 2015 ist der Bereich Baudenkmalpflege nicht oder nur in ungenügender Form berücksichtigt worden. Zwar befinden sich – außer in einem Windpark – keine Baudenkmale direkt im Gebiet eines Windparks, aber an fast allen ausgewiesenen Standorten befinden sich Baudenkmale in deren näheren Umgebung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
135	135.02	U	Infolgedessen sind die Tabellen im Umweltbericht Teil C unter der Rubrik „Kultur- und sonstige Sachgüter“ in diesem Punkt überwiegend falsch dargestellt worden.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet berücksichtigt. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene.	Nicht zu berücksichtigen
135	135.03	U	Wie bereits im vergangenen Jahr wurde im Bereich des Windparks Kirchwistedt-Altewistedt der im Gebiet liegende Teilabschnitt einer denkmalgeschützten Straße auf Seite 91 erwähnt. Ferner wurden noch für den Windpark Lamstedt/Mittelstenahe das benachbarte Gut Haneworth auf Seite 104 benannt und für die Windparks Padingbüttel auf Seite 172 und für Wremen-Schottwarden auf Seite 204 jeweils der benachbarte Weserdeich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.04	U	Ansonsten sind lt. Umweltbericht keine Denkmale betroffen, weder in den Gebieten noch in deren Umfeld. Dies ist unzutreffend.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.05	U	Die zum ROP 2014 von der unteren Denkmalschutzbehörde erarbeitete Liste wurde ansonsten nicht berücksichtigt.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.06	E 01	Obgleich es zur Abstandsregelung im Umgebungsschutz von Baudenkmalen keine rechtlichen Vorschriften oder offiziellen Vereinbarungen gibt, wurde vom zuständigen Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur bzw. der staatlichen Denkmalfachbehörde, dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, eine Faustformel von 10m Mindest-Abstand je m Höhe der baulichen Anlagen vorgegeben. Diese Formel ist zwar nicht grundsätzlich anzuwenden, da die Entfernung auch von der topographischen Lage, der Bedeutung des Denkmals und sonstigen Parametern (z.B. vorhandene Bebauung, Bepflanzungen etc.) abhängig ist, stellt aber zumindest eine gewisse Richtschnur dar.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.07	E 01	Meines Wissens nach fordert der Landkreis Stade immer noch einen grundsätzlichen Abstand von 800m von Windenergieanlagen zu Baudenkmalen, der aber auch noch – je nach Prüfung des Einzelfalles – ausgedehnt werden kann.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.08	E 01	Von landschaftsprägenden Denkmalen wie z.B. bestimmte Kirchen mit hohen Kirchtürmen, Burgen oder Windmühlen wird im Bundesland Bayern sogar grundsätzlich ein Abstand von 3km bei landschaftsändernden Vorhaben gefordert.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.09	E 01	Aufgrund der in dieser Hinsicht nur vagen niedersächsischen Abstandsempfehlung und der Tatsache, dass noch nicht überall Anlagenhöhen festgelegt worden sind, wurden auch bei dieser Beurteilung des Vorhabens in dieser Stellungnahme nur die Lage von Baudenkmalen berücksichtigt, die sich in einer Entfernung von bis zu 1200m zur Grenze des Plangebietes des jeweiligen Windparks befinden. Dieser Abstand wurde willkürlich von mir festgelegt, um einen mittleren Abstand zwischen vorhandenen Anlagen von rund 99m bis 150m Höhe beurteilen zu können und damit die meisten der in Betracht zu ziehenden Objekte zu erfassen.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.10	E 01	Die übrigen Baudenkmale, die in Abständen von 1200m bis ca. 2000m Entfernung liegen, fanden zunächst keine Berücksichtigung und wären erst im zweiten Abschnitt, bei der konkreten Ausweisung der Anlagen während der Aufstellung des Bebauungsplanes, ggf. noch zu berücksichtigen	Dies ist Gegenstand nachfolgender Planungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
135	135.11	E 01	Des weiteren wurden nicht nur die neu ausgewiesenen Flächen denkmalpflegerisch beurteilt, sondern auch die bereits in früheren Raumordnungsprogrammen festgesetzten Flächen, so dass nun ein genaueres Bild aller Standorte in baudenkmalfachlicher Hinsicht vorliegt. In der Tabelle wurde dargestellt, ob sich die Abstände auf die Alt- oder Neuflächen beziehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.12	E 01	Außerdem wurden archäologische Denkmale nicht mit erfasst, auch wenn sie mir bekannt waren (wie z.B. die Altendeiche im Gebiet des Samtgemeinde Land Wursten).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.13	E 01	In der Anlage ist – wie im vergangenen Jahr – wieder eine Tabelle angefügt, in der die betroffenen Denkmale des jeweiligen Windparks mit dem ungefähren Abstand (gemessen aus Karten im Maßstab 1: 25.000) zu dessen Grenze benannt sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.14	E 01	Da die nicht ausreichenden Abstände auch für die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie nahezu vollständig ignoriert worden sind, wird nochmals daraufhin gewiesen, dass ggf. eine für die Genehmigung erforderliche denkmalfachliche Erlaubnis nach § 10 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) versagt werden kann, wenn die geplanten Windenergieanlagen das Erscheinungsbild des Denkmals im Sinne des § 8 NDSchG erheblich beeinträchtigen würden (ist z.B. im Windpark Heerstedt-Lunestedt in Bezug auf die Galerieholländer-Windmühle Heerstedt bereits der Fall gewesen).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.15	E 01	Es wird auch nochmals daraufhin gewiesen, dass mittlerweile auch dem Eigentümer eines Baudenkmals Klagerecht eingeräumt worden ist. Deshalb kann dieser, sofern er aus der Bebauung eine Beeinträchtigung für sein Denkmal erkennt, die sich z.B. aus der inneren Erlebbarkeit des Denkmals ableiten lässt, und die von der Behörde nicht gesehen wurde, die denkmalrechtliche Erlaubnis anfechten und damit den gesamten Bescheid aufheben (wie im Beispiel des Windparks Mittelstenahne, in welchem nach erfolgreicher Klage bereits genehmigte Windenergieanlagen wieder abgebaut werden müssen).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.16	E 01	Aus den vorgenannten Gründen sind die benachbarten Denkmale so früh wie möglich für die weiteren Planungen zu erfassen und sind deshalb im Umweltbericht des Raumordnungsprogramms aufzunehmen. Ob tatsächlich dann von den Windparks eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des § 8 NDSchG für die betroffenen Denkmale erkannt wird, wäre dann in den späteren Verfahren im Detail prüfend abzuklären.	Siehe Stellungnahme 135.02	Nicht zu berücksichtigen
135	135.17	SO 03	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Osterende 46 in Belum-Kehdingbruch; Abstand zu Altflächen 900m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1100m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.18	SO 03	Baudenkmal Ehemalige Schmiede Osterende 52 in Belum-Kehdingbruch; Abstand zu Altflächen 900m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.19	SO 03	Baudenkmal Kirche in Belum; Abstand zu Altflächen 1200m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.20	SO 04	Baudenkmal Kirche in Bramstedt; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1200m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.21	SO 04	Baudenkmal Heimathaus Dorfstraße 24; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1200m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.22	SO 04	Baudenkmal Ehem. Schule Eilandstraße 1 in Bramstedt; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1200m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.23	SO 05	Baudenkmal Ehrenmal auf Friedhof in Wittstedt; Abstand zu Altflächen 500m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 900m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.24	SO 05	Baudenkmal Hofanlage Ortsstraße 10 in Wittstedt Abstand; Abstand zu Altflächen 650m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.25	SO 05	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäudes Ortsstraße 6 in Wittstedt; Abstand zu Altflächen 850m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.26	SO 07	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Holßelerfeld 7; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1150m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.27	SO 09	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude und Scheune Bentwisch 7 in Oberndorf; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.28	SO 09	Baudenkmal Ostedeich rechts; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 650m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.29	SO 09	Baudenkmal Ostedeich links; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 800m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.30	SO 09	Baudenkmal Taubenhaus Portshemm 1 in Geversdorf; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
135	135.31	SO 09	Baudenkmal Wohnhaus Bentwisch 23 in Oberndorf; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.32	SO 09	Baudenkmal Hofanlage Laak 38 in Geversdorf; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 900m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.33	SO 11	Baudenkmal Galerieholländer-Windmühle Wesermünder Str. 53 in Heerstedt; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 750m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.34	SO 12	Baudenkmal Wassermühle Bröckelbeck 2 in Hemmoor; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.35	SO 12	Baudenkmal Ehemalige Schule mit Nebengebäude Westersoder Schulstraße 7 in Hemmoor; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1100m	Der Windpark Hemmoor-Bröckelbeck ist im Entwurf 2015 entfallen	Nicht zu berücksichtigen
135	135.36	SO 13	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof, Alte Dorfstraße in Holßel; Abstand zu Altflächen 1100m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1600m	Der Windpark Hemmoor-Bröckelbeck ist im Entwurf 2015 entfallen	Nicht zu berücksichtigen
135	135.37	SO 13	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Alte Dorfstraße 13 in Holßel; Abstand zu Altflächen 1100m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.38	SO 13	Baudenkmal Wohnhaus Mühlentrift 1 in Neuenwalde; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.39	SO 13	Baudenkmal Villa Krempeler Straße 8; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.40	SO 14	Baudenkmal Scheune und Backhaus Ahe 9 in Kirchwistedt-Ahe; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 800m	Der Windpark Kirchwistedt-Ahe ist im Entwurf 2015 entfallen	Nicht zu berücksichtigen
135	135.41	SO 15	Baudenkmal Straßenabschnitt Zur Schmiede; Abstand zu Altflächen: Im Plangebiet; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.42	SO 15	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Kuhstedter Straße 5; Abstand zu Altflächen 600; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 950m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.43	SO 17	Baudenkmal Gutspark mit Gutshaus Haneworth; Abstand zu Altflächen 250m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.44	SO 22	Baudenkmal Apeler Weg in Schiffdorf-Apeler; Abstand zu Altflächen 950m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.45	SO 22	Baudenkmal Schafstall in Loxstedt-Junkernhose; Abstand zu Altflächen 1100m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.46	SO 22	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof Am Beekeshoop in Bexhövede; Abstand zu Altflächen 1500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.47	SO 23	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Työrgenstraße 6 in Stotel; Abstand zu Altflächen 500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.48	SO 23	Baudenkmal Ehemalige Schule Fleester Straße 2 in Stotel; Abstand zu Altflächen 700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.49	SO 23	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof An der Kirche 11 in Stotel; Abstand zu Altflächen 650m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.50	SO 24	Baudenkmal Jüdischer Friedhof Wanhödener Weg in Midlum; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.51	SO 25	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäudes An der Kreisstraße 27 in Misselwarden; Abstand zu Altflächen 550m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.52	SO 25	Baudenkmal Kirche in Misselwarde; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.53	SO 25	Baudenkmal Weserdeich; Abstand zu Altflächen 850m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.54	SO 27	Baudenkmal Scheune Alter Deich 110 in Nordholz; Abstand zu Altflächen 500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.55	SO 27	Baudenkmal Weserdeich; Abstand zu Altflächen 550m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.56	SO 27	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Niederstrich 17 in Cappel; Abstand zu Altflächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.57	SO 28	Baudenkmal Weserdeich; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.58	SO 28	Baudenkmal Galerieholländer-Windmühle Mühlenstraße 8 in Nordholz; Abstand zu Altflächen 1000m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.59	SO 29	Baudenkmal Gartenpavillon Cuxhavener Straße 58 in Nordleda; Abstand zu Altflächen 400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.60	SO 29	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Cuxhavener Straße 31 in Nordleda; Abstand zu Altflächen 400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.61	SO 29	Baudenkmal Ehem. Pastorenhaus mit Nebengebäude Otterndorfer Straße 15 in Nordleda; Abstand zu Altflächen 250m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.62	SO 29	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof Otterndorfer Straße 14 in Nordleda; Abstand zu Altflächen 300m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.63	SO 29	Baudenkmal Hofanlage Otterndorfer Straße 8; Abstand zu Altflächen 350m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.64	SO 31	Baudenkmal Schwebefähre Osten (könnte Weltkulturerbe werden); Abstand zu neu ausgewiesener Fläche 2700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
135	135.65	SO 31	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude und Scheune Schüttdamm 36; Abstand zu Altflächen 800m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.66	SO 31	Baudenkmal Scheune Altendorf 3; Abstand zu Altflächen 900m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.67	SO 31	Baudenkmal Herrenhaus Altendorf; Abstand zu Altflächen 1700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.68	SO 32	Baudenkmal Kirche mit Friedhof in Kehdingbruch; Abstand zu Altflächen 500m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.69	SO 32	Baudenkmal Ehem. Schmiede Osterende 52 in Kehdingbruch; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.70	SO 32	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Osterende 46 in Kehdingbruch; Abstand zu Altflächen 700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.71	SO 32	Baudenkmal Kirche Dorfstraße in Osterbruch; Abstand zu Altflächen 700m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.72	SO 33	Baudenkmal Weserdeich; Abstand zu Altflächen 400m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.73	SO 33	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude und Stall Padingbütteler Altendeich 76; Abstand zu Altflächen 550m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.74	SO 33	Baudenkmal Wohnhaus und ehem. Stall Padingbütteler Altendeich 86; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.75	SO 34	Baudenkmal Wassermühle Hainmühlen; Abstand zu Altflächen 800m; Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen 1050m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.76	SO 37	Baudenkmal Denkmalanlage „Am Friedhof“ in Wanna; Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.77	SO 37	Baudenkmal Kirche mit Freifläche Mittelstraße 14 in Wanna; Abstand zu Altflächen 750m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.78	SO 38	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Schlipp 8 in Sievern; Abstand zu Altflächen 1200m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.79	SO 39	Baudenkmal Weserdeich; Abstand zu Altflächen 200m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.80	SO 39	Baudenkmal Ochsenturm in Imsum; Abstand zu Altflächen 650m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.81	SO 40	Baudenkmal Scheune Im Iserbrock 1 (Hackemühlen); Abstand zu Altflächen 600m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
135	135.82	SO 40	Baudenkmal Kirche St. Bartholomäus; Abstand zu Altflächen 900m	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
136	Landkreis Cuxhaven Amt 63.2				
136	136.01	A	Zur vorgelegten Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie sind keine Bedenken oder Anregungen veranlasst.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
137	Landkreis Cuxhaven Amt 32 (Ordnungsamt)				
137	137.01	A	Aus Sicht des Ordnungsamtes sind von hier Aspekte hinsichtlich des Richtfunks und des Straßenverkehrs anzusprechen. Hinsichtlich des Richtfunks ist darauf zu achten, dass die vorhandenen Richtfunkstrecken nicht durch Windenergieanlagen auf den ausgewiesenen Standorten beeinträchtigt werden. Die fachliche Beurteilung muss durch die Bundesnetzagentur vorgenommen werden. Insofern bitte ich diese, soweit nicht schon geschehen, zu beteiligen.	Kenntnisnahme. Die Bundesnetzagentur wurde im Verfahren beteiligt.	Nicht zu berücksichtigen.
137	137.02	A	Hinsichtlich des Straßenverkehrs ist zu beachten, dass eine ausreichende Erschließung der Flächen sichergestellt ist bzw. im Falle der Erschließung, sichergestellt werden kann. Dieses gilt auch für den Transport bis zu den ausgewiesenen Flächen. Unzumutbaren Behinderungen auf dem öffentlichen Straßen- und Wegenetz sind auszuschließen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
138	Landkreis Cuxhaven Amt 67 (Naturschutzamt)				
138	138.01	A	Mit dem Schreiben vom 2. Juli 2015 wurde der Entwurf Juni 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Sachlicher Teilabschnitt Windenergie mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 20. August 2015 übersandt. In der hiermit vorgelegten Stellungnahme des Naturschutzamtes (Amt 67) des Landkreises Cuxhaven werden Bedenken, Hinweise und Anregungen zur Beschreibenden Darstellung, zur Zeichnerischen Darstellung und zur Begründung/Erläuterung sowie zum Umweltbericht gegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
138	138.02	A	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung der für mögliche Vorranggebiete Windenergienutzung in Betracht kommenden Potenzialflächen wurden eine Vielzahl von in Betracht kommenden Flächen geprüft. Diese Naturschutzfachliche Einschätzung ist – soweit sie sich auf Potenzialflächen bezieht – als Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 im Internet-Auftritt des Landkreises Cuxhaven bereitgestellt worden (http://www.landkreis-cuxhaven.de/media/custom/1779_3807_1.PDF?1435824902). Die dort getroffenen Aussagen haben weiterhin Gültigkeit. Auf die Wiedergabe dort bereits getroffener Aussagen wird hier verzichtet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.03	A	Eine naturschutzfachliche Einschätzung, die sich auf die Sonderbauflächen Windenergienutzung im Flächennutzungsplan (einschließlich Änderungen) von kreisangehörigen Einheits- und Samtgemeinden bezieht, die keine Potenzialfläche enthalten, ist hier als Anlage beigelegt.	Kenntnisnahme. Die der Stellungnahme beigelegte Anlage wird dem RROP Entwurf 2016 als Anlage beigelegt.	Kenntnisnahme
138	138.04	A	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung werden die Defizite bzgl. der Erfassungen und Bewertungen, v.a. zu Brut-, Gast- und Zugvögeln sowie zu Fledermäusen, benannt. Es stellt sich die Frage, ob im Falle sehr rudimentärer Datenlage die Darstellung eines Vorranggebietes Windenergienutzung rechtlich durchzuhalten ist - oder ob nicht die Darstellung eines Eignungsgebietes Windenergienutzung u.U. die bessere Wahl wäre.	Bei der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung können nur die dem Landkreis Cuxhaven vorliegenden Daten und Gutachten berücksichtigt werden. Sofern in Einzelfällen lediglich eine rudimentäre Datenbasis besteht, lässt sich jedoch bereits aus dieser eine Tendenz ableiten, ob eine Fläche geeignet ist oder nicht. Vertiefende Untersuchungen der Standorte sind Gegenstand der Bauleitplanung und des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.05	B	Beschreibende Darstellung In einigen Fällen ist von „Windenergieanlage“, in anderen Fällen von „Windkraftanlage“ die Rede. Es wird als sinnvoll erachtet, hier eine einheitliche Begrifflichkeit zu verwenden. Da es um die Nutzung der kinetischen Energie des Windes geht, erscheint mir der Begriff „Windenergieanlage“ zutreffender.	Die uneinheitliche Begrifflichkeit wird zur Kenntnis genommen. Eine Anpassung würde jedoch die Änderungen von Zielen der Raumordnung bedeuten. Dies ist vom Landkreis Cuxhaven nicht gewollt. Da im Allgemeinen beide Begriffe gleichermaßen verstanden werden, und Mißverständnisse als höchst unwahrscheinlich angesehen werden können, erscheint eine Anpassung nicht als zwingend erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.06	E 01	Es wird als erheblicher Mangel erachtet, dass im Rahmen des aufgestellten Kriterienkatalogs kein Kriterium zum Schutzgut „Landschaftsbild“ Berücksichtigung gefunden hat. Es wird angeregt, dass in zukünftigen sachlichen Teilabschnitten Windenergienutzung ein Kriterium hierzu entwickelt wird. Heranzuziehen wäre hierzu in erster Linie die Karte zum Landschaftsbild aus der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans (z.Zt. nur in vorläufiger Fassung vorliegend).	Das Landschaftsbild wird durch Windenergieanlagen immer beeinträchtigt. Das Landschaftsbild als Tabuzone abzubilden ist insoweit schwierig, als dass auf Ebene der Regionalplanung noch keine Anlagenkonfigurationen bekannt sind. Das Landschaftsbild könnte somit lediglich oberflächlich einbezogen werden. Auf den nachfolgenden Ebenen wird das Landschaftsbild jedoch selbstverständlich berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.07	B 06	Das Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 06 legt fest, dass neu zu errichtende Windenergieanlagen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs stehen müssen; dies schließt die Rotorblätter ein. – Dieses Ziel wird ausdrücklich begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
138	138.08	B 05	Das Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 05, Satz 2 bezieht sich in der derzeitigen Formulierung lediglich auf Vorranggebiete Windenergienutzung. Dieses hat zur Folge, dass bei Vorranggebieten Windenergienutzung mit räumlich angrenzenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und/oder bestehenden Windenergieanlagen ohne Darstellung im RROP-Entwurf Juni 2015 drei oder mehr unterschiedliche Höhen vorkommen können. Dieser Fall könnte beispielsweise bei den Standorten „Bramstedt-Wittstedt“, „Lamstedt/Mittelstenahe“ und „Langen-Krempel“ auftreten. Um tatsächlich zu gewährleisten, dass in einem Windpark nur zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorkommen, ist die frühere Zielformulierung im RROP besser geeignet: „Innerhalb eines Windparks sind maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig.“	Die Zielformulierung wird entsprechend angepasst. Selbstverständlich ist dieses Ziel sowohl auf Vorranggebiete, als auch auf bauleitplanerisch gesicherte Bereiche gerichtet.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.09	A	<p>Im Grundsatz bietet ein Repowering die Chance, Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren, die Landschaft „aufzuräumen“ und einzelne Streuanlagen zurückzubauen, negative Auswirkungen der Altanlagen zu beseitigen, die Anzahl der Windenergieanlagen zu reduzieren und durch den Einsatz moderner Windenergieanlagen den Beitrag zum Klimaschutz zu erhöhen. Im Hinblick auf die Belange von Natur und Landschaft ist die Art und das Maß des Repowerings von entscheidender Bedeutung (Im Internet-Auftritt des Michael-Otto-Instituts im NABU heißt es: „Nach gegenwärtigem Wissensstand dürften sich durch ein Repowering die negativen Auswirkungen von WKA auf Vögel und Fledermäuse (Störwirkung und Mortalitätsrate) dann eher verringern als verstärken, wenn die Gesamtleistung des Windparks nicht gesteigert wird, also deutlich weniger neue Anlagen installiert werden als alte vorhanden waren. Wird die Leistung eines Windparks aber um mehr als das anderthalbfache erhöht, überwiegen die negativen Auswirkungen. Bei einer Verdoppelung der Leistung des Windparks führt das Repowering zu verstärkten Beeinträchtigungen.“ [Quelle: http://bergenhusen.nabu.de/forschung/windenergie/].).</p> <p>Möglicherweise ist es sinnvoll, bereits auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ein Maß für das Repowering festzulegen, um auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung und des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu schnelleren und besseren Ergebnissen zu kommen, also möglichst „Win-Win-Situationen“ zu erzeugen. Bei vielen älteren Windparks mit einer gesamten installierten Leistung von unter 5 MW oder 5-10 MW ließe sich die derzeitige installierte Leistung bereits durch zwei oder drei Windenergieanlagen neueren Typs erreichen. [Hinweis: Die Karte „Windenergieanlagen und -farmen“ im Intranet-Geoportal > „Landschaftsrahmenplan (Fortschreibung)“ enthält die Angaben zur installierten Leistung.]</p>	<p>Seitens der Regionalplanung sollen die Einschränkungen und Maßgaben so gering wie möglich gehalten werden. Bereits auf Regionalebene ein Maß für das Repowering festzulegen, erscheint in diesem Zusammenhang nicht sachdienlich. Eine solche Festlegung könnte nur im Zusammenhang mit einer intensiven Untersuchung der jeweiligen Standorte geschehen. Dies ist jedoch auf Ebene der Regionalplanung nicht möglich.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.10	SO 03	<p>In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Belum“ (Detailkarte 3) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.</p>	<p>Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.</p>	Zu berücksichtigen.
138	138.11	SO 22	<p>In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Loxstedt-Nüchel“ (Detailkarte 22) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.</p>	<p>Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.</p>	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.12	SO 23	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Loxstedt-Stotel“ (Detailkarte 23) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.13	SO 25	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Misselwarden“ (Detailkarte 25) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.14	SO 27	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Nordholz/Cappel-Neufeld“ (Detailkarte 27) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.15	SO 28	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Nordholz/Spieka-Neufeld“ (Detailkarte 28) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.16	SO 33	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Padingbüttel“ (Detailkarte 33) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.17	SO 38	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Wremen-Grauwallkanal“ (Detailkarte 38) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.18	SO 39	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung, die Bestandteil bzw. Anlage des Entwurfs Juni 2015 ist, sind keine Prüfergebnisse für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ohne Potenzialfläche dargestellt. Eine derartige Prüfung ist hier als Anlage beigelegt; sie bezieht sich ausschließlich auf diese Sonderbauflächen Windenergienutzung ohne Potenzialfläche (s.o.). – Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar: „Wremen-Schottwarden“ (Detailkarte 39) – Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien „Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)“ und „Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)“; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien „Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)“, „Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)“, „Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)“.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
138	138.19	B 11	Die Regelung in Kap. 4.2.2, Ziffer 11, Satz 3 zum Repowering in acht namentlich genannten Sonderbauflächen Windenergienutzung, die eine Begrenzung der Gesamtrotorfläche vorsieht, wird ausdrücklich begrüßt. Aufgrund der z.T. extremen artenschutzfachlichen/-rechtlichen Probleme kann auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms jedoch nicht abschließend entschieden werden, ob überhaupt ein Repowering möglich ist. Hier werden auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung und der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung auf der Basis neuer Daten erst abschließende Entscheidungen möglich sein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.20	A	In räumlicher Nähe zum Nationalpark, zu Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung und zu Europäischen Vogelschutzgebieten darf ein Repowering nur erfolgen, soweit die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den Nationalpark, die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und die Europäischen Vogelschutzgebiete eingehalten werden. Dies wird an dieser Stelle nochmals betont, weil zu diesen Schutzkategorien im Hinblick auf Vorranggebiete Windenergienutzung ein Abstand von lediglich 500 m eingehalten wird. Im Hinblick auf Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche Windenergienutzung liegt der Abstand teilweise noch deutlich darunter.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.21	A	Im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade ist für zwei Vorranggebiete Windenergienutzung ein artenschutzrechtlicher Vorbehalt angebracht worden. Möglicherweise wäre dies auch für das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven ein Weg für einige Vorranggebiete Windenergienutzung bzw. – vor allem – für einige Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche Windenergienutzung. Im Hinblick auf die Vorranggebiete Windenergienutzung wäre dieser Zusatz sinnvoll bei Gebieten mit sehr schwieriger Datenlage (Beispiel: Osten-Isensee) oder mit aktuell laufenden Untersuchungen (Beispiel: Bederkesa/Alfstedt).	Der LK Stade hat kein Vorranggebiet mit einem artenschutzrechtlichen Vorbehalt ausgewiesen. Eine solche Ausweisung würde auch dem Ziel der Windenergie substanziellen Raum zu verschaffen entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.22	A	Im Hinblick auf Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche Windenergienutzung kommen zuvorderst alle Gebiete, bei denen der Mindestabstand zu windenergiesensiblen Arten nicht eingehalten wird, für diesen Zusatz in Betracht; die entsprechenden Angaben können der Anlage entnommen werden.	Siehe Stellungnahme 138.21	Nicht zu berücksichtigen.
138	138.23	SO 02	Zeichnerische Darstellung (Da nicht nur rechtsverbindliche Zielfestlegungen, sondern auch in Aufstellung befindliche Zielfestlegungen relevant sind, wird nachfolgend auch auf Darstellungen im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen im Hinblick auf die dort dargestellten Vorranggebiete Biotopverbund eingegangen.) Standort „Bederkesa-Alfstedt“ (Detailkarte 2): Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung „Bederkesa/Alfstedt“ mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich etwa 0,2 bis 0,3 km.	Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.24	SO 04	<p>Standort „Bramstedt“ (Detailkarte 4):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist in räumlicher Nähe ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich 0,1 bis 0,2 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.25	SO 05	<p>Standort „Bramstedt-Wittstedt“ (Detailkarte 5):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung „Bramstedt-Wittstedt“ ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich etwa 0,2 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)".</p> <p>Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.26	SO 07	<p>Standort „Dorum-Sachsendingen“ (Detailkarte 7):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Grauwall-Kanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung „Dorum-Sachsendingen“ in einen westlichen und einen östlichen Teil.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)".</p> <p>Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zum Grauwall-Kanal generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.27	SO 10	<p>Standort „Heerstedt-Lohe“ (Detailkarte 10):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung „Heerstedt-Lohe“ bzw. zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Heerstedt-Lohe“ mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; im nordwestlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich etwa 0,3 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.28	SO 11	<p>Standort „Heerstedt/Lunestedt“ (Detailkarte 11):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind der Stinstedter Bach und der Dohrener Bach als Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; diese Gewässer liegen unmittelbar angrenzend an das Vorranggebiet Windenergienutzung bzw. den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung; sie teilen es in einen nördlichen und einen südlichen Teil.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.29	SO 15	<p>Standort „Kirchwistedt-Altwestedt“ (Detailkarte 15):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Altwestedter Lune als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Gewässer durchzieht den südlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung „Kirchwistedt-Altwestedt“.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.30	SO 16	<p>Standort „Köhlen-Brockoh“ (Detailkarte 16):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Köhlen-Brockoh“ mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt. Die Mehe und der Alfgraben sind als Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; die Mehe liegt unmittelbar angrenzend an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich; der Alfgraben verläuft etwa 0,2 km südlich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.31	SO 18	<p>Standort „Langen-Debstedt“ (Detailkarte 18):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs „Langen-Debstedt“ ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; der Abstand beträgt im östlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs jeweils lediglich etwa 0,1 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)".</p> <p>Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.32	SO 20	<p>Standort „Langen-Sievern“ (Detailkarte 20):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs „Langen-Sievern“ zwei Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt. Diese sind jeweils etwa 0,1 bis 0,2 km vom nordöstlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs „Langen-Sievern (Nord)“ bzw. vom südwestlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs „Langen-Sievern (Süd)“ entfernt.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Zu tiefgreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.33	SO 21	<p>Standort „Lintig/Meckelstedt“ (Detailkarte 21):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Obere Wittgeeste als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung „Lintig/Meckelstedt“ in einen nördlichen und einen mittleren/südlichen Teil.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.34	SO 23	<p>Standort „Loxstedt-Stotel“ (Detailkarte 23):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Lune als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund grenzt unmittelbar an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Loxstedt-Stotel“ an.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)".</p> <p>Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.35	SO 27	<p>Standort „Nordholz/Cappel-Neufeld“ (Detailkarte 27):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Verbindungsgraben (Gewässerkennzahl 03499562910000000) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund grenzt unmittelbar an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Nordholz/Cappel-Neufeld“ an.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)".</p> <p>Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.36	SO 28	<p>Standort „Nordholz/Spieka-Neufeld“ (Detailkarte 28):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Oxstedter Bach als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Nordholz/Spieka-Neufeld“ in einen nördlichen und einen mittleren/südlichen Teil.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.37	SO 30	<p>Standort „Odisheim/Stinstedt“ (Detailkarte 30):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Stinstedter Randkanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund zieht sich durch den nordöstlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.38	SO 31	<p>Standort „Osten-Isensee“ (Detailkarte 31):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist das Achthöfener Fleth als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; das Achthöfener Fleth durchzieht den südlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung „Osten-Isensee“.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biototypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biototypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.39	SO 32	<p>Standort „Osterbruch/Kehdingbruch“ (Detailkarte 32):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Schifffahrtsweg Elbe-Weser (Hadelner Kanal) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Osterbruch/Kehdingbruch“ in einen westlichen und einen östlichen Teil. Streng genommen grenzt es an den Teil „Osterbruch“ unmittelbar an; zum Teil „Kehdingbruch“ beträgt der Abstand etwa 0,1 bis 0,2 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da bei Errichtung der WEA zu Fließgewässern generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.40	SO 36	<p>Standort „Uthlede“ (Detailkarte 36):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist das Borneer Moor als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im nordöstlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs beträgt der Abstand etwa 0,2 bis 0,3 km.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.41	SO 38	<p>Standort „Wremen-Grauwallkanal“ (Detailkarte 38):</p> <p>Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Grauwall-Kanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich „Wremen-Grauwallkanal“ in einen westlichen und einen östlichen Teil.</p>	<p>Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Da zum Grauwall-Kanal generell ein Abstand einzuhalten ist, ist eine Beeinträchtigung des Vorranggebiets nicht zu erwarten. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
138	138.42	SO 39	Standort „Wremen-Schottwarden“ (Detailkarte 39): Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer an der Wurster Küste als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs „Wremen-Schottwarden“ beträgt der Abstand lediglich etwa 0,1 bis 0,2 km.	Die Hinweise zum Entwurf 2014 des in Änderung befindlichen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) Niedersachsens wurden zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrelevanten Einzelinformationen zu den Biotopverbund-Biotoptypen (Teil D des LROP, Entwurf 215) ist "die vorrangige Aufgabe des landesweiten Biotopverbunds gem. §20/21 BNatSchG die Sicherung, qualitative Verbesserung und ggf. Vergrößerung der international, national und landesweit bedeutsamen Kernflächen (...)" . Bei diesen Kernflächen handelt es sich um ausgewählte FFH-Lebensraumtypen (LRT) und sonstige Biotoptypen (BT) (Teil D des LROP Entwurf 2015, S. 74ff). Für den Naturschutz besonders wertvolle Flächen, in denen bestimmte Zielarten vorkommen und die aufgrund ihrer Größe und Unzerschnittenheit eine hohe Qualität aufweisen, werden bereits durch die Kriterien "geschützte Biotope", "Vorranggebiete Natur und Landschaft" und "Nationale Lebensraumraumkorridore" berücksichtigt. Ein Zielkonflikt besteht nicht. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen zum Biotopverbund im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
138	138.43	E 01	Begründung/Erläuterung In der Einleitung der Begründung/Erläuterung zu Kap. 4.2.2 heißt es: „Die getroffenen Regelungen zur Steuerung der Windenergienutzung sollen den Ausbau dabei in einem Rahmen halten, der allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur, gerecht wird.“ - Es wird vorgeschlagen, hier statt des Begriffs „Natur“ das Begriffspaar „Natur und Landschaft“ zu verwenden [Seite 5, in der Einleitung].	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
138	138.44	E 01	Der Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven berücksichtigt Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung mit einem Puffer von 200 m sowie Gastvogellebensräume mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung mit einem Puffer von 500 m. Die gewählten Kategorien und Abstands werte stellen wesentliche Abweichungen gegenüber dem aktuellen Kriterienkatalog der NLTArbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ bzw. den aktuellen Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten dar. Diese Unterschreitung der Ausschluss- und Abstandswerte hat auf der nachgelagerten Ebene der Bauleitplanung und der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung wiederholt zu massiven naturschutzfachlichen und -rechtlichen Konflikten geführt. In der Konsequenz waren und sind in vielen Planungen und Verwaltungsverfahren aufwändige, teilweise mehrjährige – und kostenintensive – Untersuchungen, Verschiebungen von Anlagenstandorten, Versagungen zur Errichtung von Windenergieanlagen in Teilgebieten der ehemaligen Vorranggebiete Windenergienutzung, umfangreiche Betriebsbeschränkungen von Windenergieanlagen – die u.U. die Wirtschaftlichkeit der Vorhaben in Frage stellen – bis hin zur Versagung ganzer Windparke in der Vergangenheit erforderlich gewesen bzw. für die Zukunft zu befürchten [Seite 13, zu den Kriterien Natur und Landschaft].	Die harten und weichen Tabuzonen wurden politisch beschlossen. Eine komplette Einhaltung der Abstandswerte im NLT-Papier ist im Landkreis Cuxhaven nicht möglich, da andernfalls nur wenige Kleinfächen für die Windenergienutzung verbleiben würden.	Nicht zu berücksichtigen.

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>Ziffer</u>	<u>Thema</u>	<u>Anregungen und Bedenken</u>	<u>Auswertung/Anmerkungen</u>	<u>Beschlussempfehlung</u>
138	138.45	E 01	Aufschluss über die räumliche Lage der Potenzialflächen gibt Karte 5 – nicht Karte 4 [Seite 14, zum Zwischenergebnis Arbeitsschritt 2].	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
138	138.46	E 01	Im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 – Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt soll darauf hingewiesen werden, dass die Einstufung „Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten (...)“ unter dem Vorbehalt weiterer Untersuchungen steht – wie in der Naturschutzfachlichen Einschätzung angegeben [Seite 22-23]. Dieses gilt insbesondere für den Seeadler, für den ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko derzeit auch für die verbleibende Potenzialfläche nicht ausgeschlossen werden kann.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
138	138.47	E 11	In der „Schlussformel“ zu den einzelnen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird der Begriff „Interesse der Allgemeinheit“ im Hinblick auf die Verwirklichung der Energiewende verwendet. – Hier ist zu beachten, dass auch die naturschutzfachlichen Belange im Interesse der Allgemeinheit liegen.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend angepasst.	Zu berücksichtigen.
138	138.48	U	Umweltbericht Auf den Umweltbericht gehe ich hier – auch aus Zeit- und Kapazitätsgründen – nicht weiter ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme